



DGB Region
Unterfranken

Was uns bewegt

Geschichte und Geschichten
aus 125 Jahren
Schweinfurter
Gewerkschaften

Was uns bewegt

**Geschichte
und Geschichten
aus 125 Jahren
Schweinfurter
Gewerkschaften**

1896 – 2021

Entwickelt und gedruckt mit freundlicher Unterstützung
des DGB Bayern, der IG Metall Schweinfurt,
des ver.di Bezirks Schweinfurt und der IG BCE Mainfranken.

2022 Verlag Rudolph Druck
Herausgeber: Frank Firsching, DGB Region Unterfranken
Projektteam: Roland Budz, Frank Firsching, Helmut Haferkorn,
Norbert Lenhard, Sinan Öztürk, Frank Riegler
Druck: Rudolph Druck OHG
Satz: Werner Enke
Lektorat: Andrea C. Greber M.A
Printed in Schweinfurt, Germany
ISMN 978-3-931909-36-9

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der
Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe
und der Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Idee, ein Buch über die Schweinfurter Gewerkschaftsgeschichte herauszubringen, kam mir 2015. Und zwar bei der DGB-Veranstaltung „70 Jahre Freier Gewerkschaftsbund Schweinfurt“, als Klaus Hofmann die Umstände der Gründung der Einheitsgewerkschaft 1945 in Schweinfurt in einem Redebeitrag gewohnt lebensnah beschrieb (der Text befindet sich im Buch).

Der Charakter des Buchs veränderte sich im Laufe der Zeit, bis dieses Lesebuch entstand, das nicht den Anspruch erhebt, die Schweinfurter Gewerkschaftsgeschichte der letzten 125 Jahre wissenschaftlich gesichert wiederzugeben. Der gesamten Autorengruppe geht es darum darzustellen, welchen gesellschaftlich-kulturellen Beitrag die Gewerkschaftsbewegung zur Entwicklung der Stadtgesellschaft und der Stadt selbst geleistet hat.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern und der Politik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Dazu haben wir Arbeitskämpfe, Geschichten und Anekdoten aus Schweinfurt zusammengetragen, Zeitzeugen befragt und Archive durchstöbert. Wir, das sind die Autorinnen und Autoren der Texte, die dieses Lesebuch gemeinsam entwickelten und schrieben. Wir sind uns bewusst, dass wir den Lesenden unterschiedliche Schreibstile zumuten. Ebenso differenziert stellt sich der Umgang mit Quellenverweisen dar. Da dieses Buch keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt, haben wir uns auf ein Mindestmaß an Quellenangaben verständigt, das zum Teil erheblich übertroffen wird.

Unser Mindestmaß ist es, Zitate kenntlich zu machen. Da Textzitate aus unterschiedlichen Epochen stammen, wurde teilweise noch die alte Rechtschreibung verwendet. Es wird in den Zitaten nicht explizit darauf hingewiesen. Die Quellenangaben sind am jeweiligen Artikelende zu finden, da die Autorinnen und Autoren für ihre Texte eigenverantwortlich sind. Fotos und Dokumente sind mit einer Bildunterschrift mit Quellenangabe versehen. Der Lesbarkeit wegen

haben wir uns entschieden, nicht konsequent zu gendern. Es sind stets alle Geschlechter gemeint. Zu allen Textspendenden finden Sie nähere Angaben am Ende des Buchs.

Das Buch beginnt mit einer Zeitfolge, die wichtige Ereignisse chronologisch aufzählt. In Kapiteln unterteilt gibt sie eine Orientierung zu den gewerkschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen im Land wie auch in der Region Schweinfurt. Es folgen Texte, die sich um spezifische Themen drehen, Geschichten erzählen und den Einfluss der Schweinfurter Gewerkschaftsfamilie im DGB auf die Gesellschaft beschreiben. So können nach Lust und Laune einzelne Texte unabhängig voneinander gelesen und studiert werden. Ein Durcharbeiten von vorne bis hinten ist nicht nötig. Mein großer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, die ehrenamtlich und unentgeltlich mit Herzblut ihre Beiträge zur Entstehung des Buchs geleistet haben. Insbesondere bedanke ich mich bei unserem Autorenteam, das das Werk gemeinsam entwickelt und vorangebracht hat. Namentlich meine ich Norbert Lenhard, Helmut Haferkorn, Roland Budz, Sinan Öztürk und Frank Riegler. Unvergessen bleibt unser geschätzter Kollege Klaus Hofmann, der im Dezember 2020 von uns ging und nicht weiter mitwirken konnte. Zwei bislang unveröffentlichte Vorträge von Klaus Hofmann sind im Buch enthalten.

Nicht zuletzt möchte ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken, die bereit waren, Interviews zu geben und uns mit Fotos und Dokumenten versorgten.

Eine unterhaltsame und erkenntnisreiche Befassung wünscht,

Frank Firsching

Zeitfolge 1848–2021	10		
„Wann wir schreiten Seit' an Seit'...“	46		
Soziale Sicherheit vom 19. Jahrhundert bis heute	47		
Selbsthilfe durch Genossenschaften	76		
Sport – Kultur – Soziales: Das Netzwerk der Arbeiterbewegung	94		
Klassenkampf und Reformen – vom Kampf um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Anerkennung	104		
Streik bei der Belschner'schen Brauerei 1899	105		
Die Aussperrung der Bauarbeiter 1910	106		
Der Metallarbeiterstreik 1920 in Schweinfurt	107		
Verbot und Zerschlagung – die Niederlage der Arbeiterbewegung	110		
Zwischen Anpassung und Widerstand – der 1. Mai 1933	111		
Die Beseitigung der Demokratie	117		
Verfolgte der Arbeiterbewegung in Schweinfurt	125		
„Und die Heimat leuchtet aus der Ferne...“ Spanienkämpfer aus Mainfranken	128		
Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik	130		
Aufstieg aus Trümmern – Gewerkschaften nach 1945 in Schweinfurt	131		
Der DGB Schweinfurt seit 1949 – Personen und Funktionen	138		
Klassenkampf in Bayern – der Metallarbeiterstreik 1954	142		
Streik im öffentlichen Dienst 1974 – als drei Tage nichts mehr ging	147		
SKF-Streik 1988 oder „man kann auch siegen“	150		
Der Streik der Zivilbeschäftigten – ein Novum in der Geschichte der Stationierungsstreitkräfte	155		
Bambule am Bau 2002	160		
		Arbeitskämpfe im Handel – eine Erfolgsgeschichte	162
		„Die Pflege“ kämpft um ihre Rechte	165
		Mehr Demokratie in den Betrieben	168
		Wer hat im Betrieb das Sagen? Das Betriebsverfassungsgesetz ist das Ergebnis politischer Kämpfe	169
		Abgrund und Aufstieg – Nachfrageeinbruch und Strukturkrise 1992/1993 und die Folgen	176
		„Manchmal muss ich auf den Tisch hauen“ – Interview mit Stefanie Balling	181
		Betriebsrätepreis für Bosch Rexroth	185
		Kapitalbeteiligung für Beschäftigte – Mitbestimmung stärken!	187
		Nur wer sich ändert, bleibt sich treu – der Zukunft entgegen?	
		Herausforderung Transformation	190
		Wir lassen uns nicht billig abspeisen – Zukunftsvereinbarung bei Schaeffler	191
		125 Jahre Transformation – Interview mit Oliver Moll	196
		Die gesamte Gesellschaft im Blick – für ein besseres Leben	198
		Vom Gastarbeiter zum Schweinfurter – Interview mit Pietro Messina	199
		Wir werden politisch – gewerkschaftliche Jugendarbeit in den 1970er-Jahren	203
		Ohne Gage ohne Lohn – die DGB Songgruppe	206
		Schweinfurt ist bunt – Kampf gegen Neofaschismus	208
		DGB und SPD: Uneins, aber einig?	211
		Ehrung für Engagierte – die Fritz-Soldmann-Urkunde	217
		Die Autorinnen und Autoren	220
		Abkürzungen	222
		Bildquellen	223

Die Anfänge und Gründung – 1896

Mit dem Aufstand der schlesischen Weber 1844 trat in Deutschland eine neue Kraft auf. Die Klasse der Arbeiter, ausgebeutet und unterdrückt, begann sich zu regen und strebte fortan nach ihrer eigenen Befreiung.

Die ersten Regungen in Schweinfurt sind im Jahre 1848 zu spüren, in dem sich ein örtlicher „März- und Arbeiterverein“ gründet. Sein Ziel war „[...] die möglichste Verbesserung des materiellen, geistigen und sittlichen Zustandes der Arbeiterklasse.“ Er kämpfte unter anderem für die demokratischen Errungenschaften der Revolution von 1848 in Deutschland. Bereits im Juni 1850 wird der Verein verboten und aufgelöst. Halb im Untergrund gibt es weitere Versuche, Organisationen der Arbeiter zu bilden, zum Teil unter dem Deckmantel von Gesangsvereinen. Immer wieder werden diese Versuche zerschlagen und unterbunden. Aufgrund der kleinbürgerlich-provinziellen Atmosphäre in Schweinfurt ist es hier besonders schwierig.

Örtliche Besonderheiten

Schweinfurt wies eine ganze Reihe Besonderheiten auf, die größten Einfluss auf die Entwicklung einer modernen Arbeiterbewegung hatte.

Die ansässige Industrie war gegenüber der in starker Entwicklung begriffenen Technik ziemlich ablehnend. Erst mit dem Beginn der industriellen Produktion von Schuhen und Kugellagern in den 90er-Jahren des vorletzten Jahrhunderts wandelt sich Schweinfurt zur modernen Industriestadt. Dies lässt sich auch anhand der Einwohnerzahlen gut verfolgen:

1871	10.325
1880	12.601
1890	12.472
1900	15.302
1910	22.195



Arbeiterchronometer

Anlässlich des Internationalen Arbeiterkongresses 1889 in Paris produzierte eine Schweizer Uhrmachersgenossenschaft diese Uhr. Nachbau aus dem Ende der 1970 Jahre im Auftrag von Udo Achten nach einem Original in der Sammlung des Industriemuseums Rüsselsheim, aus dem Besitz von Jochen Kletzin, ehemals 1. Bevollmächtigter der IG Metall Würzburg, heute Eigentum von Jürgen Hennemann, Ebern.

Ungünstige Standortbedingungen werden ausgeglichen durch einen ländlichen Arbeitsmarkt mit billigen, ungelerten Kräften. Allerdings taucht immer wieder die Klage der Unternehmer auf, dass es sehr schwierig sei, gute Facharbeiter an Schweinfurt zu binden. Vorindustrielle Sozialgesetze, die sich in einer Beschränkung der Freizügigkeit und der Eheschließung ausdrückten, ungewöhnlich hohe Bürgerrechtsgebühren und provinzielle Lebensverhältnisse sorgten dafür, dass die qualifizierten Arbeiter den Aufenthalt in Schweinfurt nur als Durchgangsstadium betrachteten. Ein zeitgenössischer Handelskammerbericht beschreibt die Zustände wie folgt: „Die Klasse der Industriearbeiter wird als eine der geringsten angesehen. Ein Ackerknecht findet leichter Aufnahme als Gemeindeglied und somit Heiratserlaubnis und die Möglichkeit, seinen eigenen Herd zu gründen, als ein doppelt so gut gestellter Fabrikarbeiter. [...] überall wird er zurückgestoßen, bis er schließlich in wilder Ehe zugrunde geht.“

Lebens- und Wohnverhältnisse

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der damaligen Arbeiter kommen denen der „Gastarbeiter“ sehr nahe. Als die Regierung von Unterfranken 1896 eine Untersuchung veranlasste, hatten 53 Prozent der Schweinfurter Arbeiterwohnungen nur 1 Zimmer, ein Drittel davon ohne Küche; 40 Prozent 2 Zimmer, ein Fünftel ohne Küche; lediglich 7 Prozent hatten 3 bis 4 Zimmer. Ein Fünftel der Wohnungen hatte unter 15 qm Wohnfläche. Eine Reihe von Familien nahm trotz der beengten Verhältnisse Schlafgänger auf, um die Mietkosten zu senken. In vier Fällen wurden Schlafgänger angetroffen, die mit den Eheleuten in einem Wohn- und Schlafräum hausten. Hausbesitzer nutzten die Wohnungsknappheit brutal aus. In einem teuer vermieteten Haus gab es für 70 Personen nur eine einzige Küche. In einem anderen Fall waren im Dachboden einer Scheune 40 Arbeiter untergebracht, denen 24 Betten und ein Sofa als Nachtlager dienten.

Die Arbeiter organisieren sich

In den 1970er-Jahren kommt es zur Gründung einiger Gewerkschaften, die jedoch alle über kurz oder lang als „politische Vereine“ eingestuft und verboten werden. Der Anteil der fremden durchreisenden Mitglieder ist dabei noch sehr hoch.



Karl Marx. Stickbild vor 1900, Format: 30 x 40 cm. Aus Privatbesitz einer Familie in Bergheinfeld.

Als im Oktober 1878 das „Sozialistengesetz“ erlassen wird, bleibt kaum etwas übrig. Später, 1883, wird der „Unterstützungsverein Deutscher Schuhmacher“ gegründet, der versucht, sich durch diese harte Zeit zu kämpfen. 1889 wird die Metallarbeitergewerkschaft gegründet, die sich 1891 auflöst und dem „Deutschen Metallarbeiter Verband“ beitrifft. Dann folgen der Buchdruckverband 1893 und der Brauer- sowie der Schneiderverband 1895.

Die fünf Organisationen schließen sich im Frühjahr 1896 zu einem Gewerkschaftskartell zusammen, das damit 250 Mitglieder umfasste. Der 1. Vorsitzende wird Johann Feßler, der das Amt bis 1905 ausübt und dann von Fritz Soldmann abgelöst wird. Die Gründung des Kartells wirkt sich so vorteilhaft aus, dass im

Laufe des Jahres sieben neue Verbände gegründet werden und die Mitgliederzahl auf 832 steigt. Gleichzeitig wird eine Reihe von erfolgreichen Lohnbewegungen durchgeführt. Bald stellen die Gewerkschaften einen Faktor dar, der im kommunalen Leben nicht mehr zu übersehen ist. Diese Aufwärtsentwicklung wird durch eine verheerende Wirtschaftskrise unterbrochen, die von 1897 bis zur Jahrhundertwende dauert. Dann allerdings erfolgt eine weitere stürmische Entwicklung bis 1913; die Mitgliederzahlen sind bei über 5.200 angelangt. Der Vergleich Schweinfurts mit anderen Städten zeigt, dass der Organisationsanteil der Arbeiter mit ca. 27 Prozent deutlich über dem vergleichbarer Städte lag.

1848

Die Bürgerliche Revolution scheitert. In Schweinfurt gründet sich ein März- und Arbeiterverein, der zwei Jahre später verboten wird.

Marx und Engels veröffentlichen ihr Kommunistisches Manifest.

1854

Alle Arbeitervereine mit politischen Zielen werden verboten.

1864

Der Reichstag hebt das Verbot die Arbeitervereine betreffend auf.

1865

Die Zigarrendreher und die Buchdrucker (1866) gründen die ersten Gewerkschaften.

Eine Gründungswelle erfasst in den Folgejahren das Land. Auseinandersetzungen und Streiks für die Verbesserungen der katastrophalen Arbeits- und Lohnbedingungen nehmen zu. Arbeitervereine, Berufsverbände und Gewerkschaften gründen Hilfskassen, um die größte Not bei Krankheit oder Invalidität zu lindern.

1876

Eine einheitliche Regelung des Hilfskassenwesens in Deutschland (Krankenversicherung) wird etabliert.

1878

Mit dem „Sozialistengesetz“ wird auch die Tätigkeit von Gewerkschaften verboten.

1881

Mit der „Kaiserlichen Botschaft“ (Regierungserklärung) wird der Reichstag beauftragt, Gesetze zur finanziellen Absicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter zu verabschieden.

1884 (1883?)

Arbeiter der beiden zuvor wachsenden Schuhfabriken gründen die Schweinfurter Filiale des „Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher“.²

1884

Das Gesetz die Krankenversicherung der Arbeiter betreffend tritt in Kraft.

1885

Das Unfallversicherungsgesetz tritt in Kraft.

1889

Die Metallarbeiter in Schweinfurt bilden ihren ersten Zusammenschluss, der zwei Jahre später dem „Deutschen Metallarbeiterverband“ (DMV) beitrifft.²

27. Juli Noch unter den Restriktionen des

„Sozialistengesetzes“ gründen die Schuhmacher Friedrich Rätzer, Georg Barthel und Albert Feer in Schweinfurt einen „Wahlverein für volkstümliche Wahlen“ mit 60 Mitgliedern, der 1898 in die Landesorganisation Sozialdemokratischer Verein eingeht. Das gilt als die Gründung der SPD.^{3,5}

14. bis 20. Juli In Paris beschließt der Internationale Sozialistenkongress, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag einzuführen.

1890

Die Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften gründet in Berlin die Generalkommission als eine Art erster Dachverband. Zum Vorsitzenden der Generalkommission wird Carl Legien gewählt.

1891

17. September Wilhelm Liebknecht spricht im Saalbau, am Standort des heutigen Theaters, Eintritt 20 Pfennige.⁵

1891

Das Gesetz die Invaliditäts- und Altersversicherung betreffend tritt in Kraft.

1891

In der Gewerbeordnung wird für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt, unter Anrechnung von Leistungen der Krankenkasse.

1895

Gründung des Konsumvereins und Kauf eines Gasthofs 1898 in Schweinfurt.³

Dem Morgenrot entgegen ... 1896–1933

Mit der Liedzeile „*Dem Morgenrot entgegen ...*“ wird das Programm der frühen Arbeiterbewegung treffend beschrieben. Das Bild der aufgehenden Sonne erzählt von der neuen, besseren Gesellschaft,

die die Kampfgenossen im Sozialismus anstreben.

Im Zentrum dieser Bestrebungen steht die sozialdemokratische Partei, die Kräfte bündeln und mittels Wahlen im Kaiserreich Einfluss gewinnen will. Die Gewerkschaften sind Teil dieser Bewegung, die einerseits die missliche Lage der Arbeiterklasse verbessern, andererseits der Sozialdemokratie weitere Anhänger zuführen soll.

Zeitgleich bilden die liberalen, unternehmerfreundlichen Parteien – die „Hirsch-Dunkerschen“ – und das katholische Milieu die „Christlichen Gewerkschaften“.

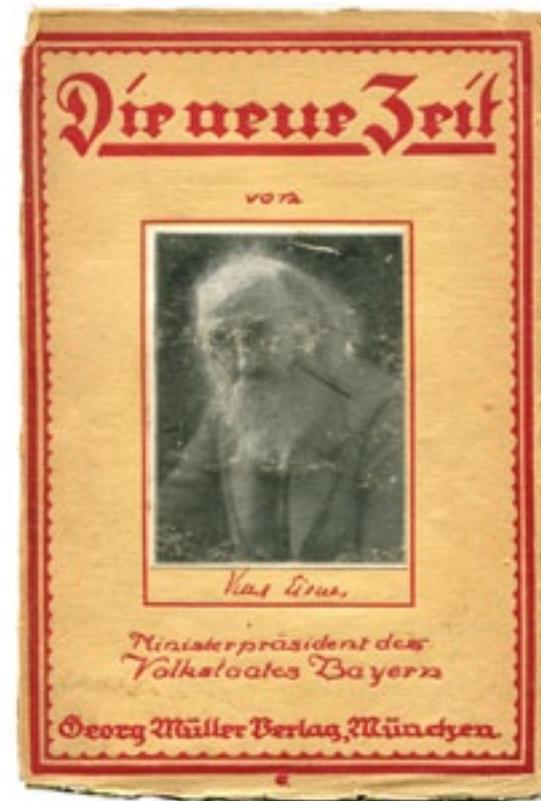
Sozialdemokratische Genossenschaften verbesserten die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Lebensmitteln und Wohnungen.

Kultur- und Sportvereine boten den

Arbeiterinnen und Arbeitern umfangreiche Betätigungsfelder und stärkten die Zusammengehörigkeit.

Die vier Säulen – Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Sportvereine – stärken die organisatorische und politische Kraft der sozialdemokratischen Bewegung. Sie bildeten aber auch einen Gegenentwurf zur kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft mit eigenen Werten wie Solidarität, Völkerverständigung und Gleichheit aller Menschen.

Mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1933 endet diese Phase gewaltsam.



Broschüre von Kurt Eisner.
Mit einem Vorwort von
Dr. Benno Merkle,
Oberbürgermeister von
Schweinfurt 1920-1933.

1896
Fünf Organisationen schließen sich mit 250 Mitgliedern zu einem Gewerkschaftskartell in Schweinfurt zusammen. Im Laufe des Jahres kommen weitere sieben Verbände dazu.^{1,2}
Erstmals Beteiligung der Sozialdemokratie an den Delegiertenwahlen zur Allgemeinen Ortskasse (AOK). Die Vertretung entwickelt sich mit den Jahren zur „Roten Hochburg“ in Schweinfurt.³

1897
Im Handelsgesetzbuch wird für „Handlungsgehilfen“ eine Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt.

1898
1. Mai 1.100 Genossinnen und Genossen demonstrieren in Schweinfurt.³

1899
Boycott und Streik gegen die örtliche Brauerei Belschner. Die mangelnde Verständigungsbereitschaft des Eigentümers verhindert eine Einigung, der entlassene Arbeiter wird nicht wiederingestellt, der Betrieb geht in Konkurs.¹

1901
Beratung in Rechts- und Tariffragen in einer ehrenamtlich geführten Auskunftsstelle in Schweinfurt, aus der 1912 das Arbeitersekretariat entstand.²
Georg Häring besetzt eine hauptamtliche Stelle, kurze Zeit später übernimmt Fritz Soldmann die Aufgabe.⁵

1902
Georg Arneth eröffnet in der Manggasse 5 in Schweinfurt eine Buchhandlung mit sozialdemokratischen Zeitungen.⁵
Gründung der Freien Turnerschaft in der Gaststätte Wilder Mann.¹¹

1904
1. Mai 1.100 Arbeiter demonstrieren mit roten Nelken am Kragen für ihre Überzeugungen. Plakate und Fahnen hatte der Magistrat verboten.²
15. Juni Im Vereinslokal „Blaue Glocke“ der Sozial-

demokratie in Schweinfurt, Bauerngasse, wird der „Arbeiter Radsportverein Solidarität“ gegründet.⁴

1905
Erstmals treten in Schweinfurt Christliche Gewerkschaften in Erscheinung. Bernhard Schineller leitet den Christlichen Metallarbeiter Verband (CMV) und sitzt in den 1920er-Jahren für die Bayerische Volkspartei (BVP) im Stadtrat.²

1906
8. Bayerischer Parteitag der SPD findet im Saalbau in Schweinfurt statt.³

1907
Einstellung eines hauptamtlichen „Gewerkschaftsbeamten“ beim DMV.²

1908
Die Parteizeitung „Fränkischer Volksfreund“, Würzburg, mit einem Lokalteil für Schweinfurt, wird ins Leben gerufen.³

1910
Reichsweite Aussperrung von 200.000 Bauarbeitern, mit der die Unternehmer verschlechterte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollten. Die Firmen Stützel und Riedel forderten italienische Maurer an, um die Solidarität der Arbeiter zu brechen. Posten der Bauarbeiter sahen sich eines Tages am Bahnhof ungefähr 200 italienischen Handwerkern gegenüber. Als diese Kollegen vom Kampf der Schweinfurter erfuhren, reisten sie geschlossen wieder ab.¹

1911
Die gesetzliche Altersrente für Angestellte wird eingeführt.

1913
Fries & Höpflinger schließt nach langer Gegenwehr als erster Metallbetrieb in Schweinfurt einen Tarifvertrag ab. Zuvor gelang dies den Gewerkschaften in den Schuhfabriken.²

1914
25. Juli Die SPD hält noch Massendemonstrationen gegen den Krieg ab mit der Losung: „Nieder mit dem Krieg! Es lebe die internationale Völkerverständigung!“

Dem Kaiserreich gelingt es mit dem Feindbild des rückständigen, feudalen Russlands die Stimmung national aufzuladen.

1. August Beginn des Ersten Weltkriegs mit der Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Russland.

2. August Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften unterstützt die Kriegspolitik des Kaisers mit dem „Burgfrieden“. Sie erklärten, während des Kriegs auf Lohnbewegungen und Streiks zu verzichten und erwarten im Gegenzug die politische und gesellschaftliche Anerkennung durch den bürgerlichen Staat.

12. August Karl Liebknecht stimmt im Reichstag gegen die 2. Bewilligung der Kriegskredite und stellt sich damit gegen die Parteilinie der SPD, die den Krieg unterstützt. Die wachsende Kritik am Krieg führt zum Massenstreik von 55.000 Metallarbeitern in Berlin 1916, zur Abspaltung der USPD 1917 und zum politischen Massenstreik in Schweinfurt.⁶

1917
13. August Der „Bauverein Schweinfurt und Umgebung“ wird in das Genossenschaftsregister eingetragen. Neben den Unternehmern Sachs, Fries und Kuffer vertraten Fritz Soldmann, Arbeitersekretär, und der Schleifer Georg Ehehalt die Arbeiter im Aufsichtsrat. Adam Lang, Geschäftsführer des Konsumvereins und Vorstand des Arbeiterradsports, gehörte dem Vorstand an.

1918
30. Januar Kaspar Starz (USPD) ruft bei FAG Kugelfischer eine Stunde nach Arbeitsbeginn zum Streik auf für höhere Löhne und gegen den Krieg. Der Demonstrationzug schwillt auf 10.000 Teilnehmer an, am Nachmittag nochmals um 4.000. Unter einer roten Fahne mit der Losung „Frieden“ spricht August Karsten, Parteisekretär der USPD auf dem Marktplatz. Am Tag darauf beruft die Militärverwaltung die „Haupthetzer“, sieben Mitglieder der USPD, zum Kriegsdienst ein.⁶

7. November Kurt Eisner proklamiert in München die Räterepublik.⁶

8. November Konstituierung des „Arbeiter und Soldatenrates“ in Schweinfurt unter Vorsitz von Fritz Soldmann. Am Tag darauf findet am Marktplatz eine Volksversammlung statt und die Arbeit in den Fabriken ruht.⁶

9. November Ausrufung der Republik in Berlin durch Scheidemann und Liebknecht. Am Tag darauf bildet sich der Rat der Volksbeauftragten aus Vertretern von USPD und MSPD.⁶

11. November Vereinbarung des Waffenstillstands der Kriegsgegner des Ersten Weltkriegs.

15. November Der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes und der Vorsitzende der Generalkommissionen der Gewerkschaften Carl Legien vereinbaren die Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge zu regeln. Es tritt damit ein Wandel im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein. Die Unternehmer sehen sich in einer Notsituation, weil sie die Sozialisierung ihrer Fabriken fürchten. Tarifvereinbarungen stellen für sie das kleinere Übel dar.⁷

16. November Der Arbeiter- und Soldatenrat in Schweinfurt führt nach Verhandlung mit einer Arbeitgeberabordnung den 8-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche ein und legt Mindestlöhne fest. Für die Arbeiter und Angestellten der Schweinfurter Betriebe gilt ein 14-tägiger Kündigungsschutz und 14 Tage Urlaub.⁷

16. bis 21. Dezember Der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin beschließt mit 344 zu 98 Stimmen die baldige Wahl zur Nationalversammlung und entscheidet sich damit für die parlamentarische Demokratie. Er hält aber an der Forderung zum „Ausbau der Betriebsräte zu selbständigen revolutionären Organen neben den Gewerkschaften“ fest.⁸
Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November verpflichtet die Kommunen zu einer zeitweisen, existenzsichernden finanziellen Unterstützung kriegsbedingt erwerbslos Gewordener.

1919

Januar Wahl zur Nationalversammlung im Reich wie auch zum Landtag in Bayern.

21. Februar Kurt Eisner wird auf dem Weg in den Bayerischen Landtag unter Begleitung von Benno Merkle (später Oberbürgermeister in Schweinfurt) von einem nationalistischen Adeligen ermordet.

Um 14.00 Uhr Arbeitsniederlegung und Protestkundgebung am Marktplatz in Schweinfurt, Redner ist Fritz Soldmann.⁶

26. Februar Zur Beisetzung von Kurt Eisner formiert sich ein Trauerzug in Schweinfurt unter Glockenläuten aller Kirchen zum Marktplatz.⁶

6. April Die Räterepublik beruft Fritz Soldmann zum Volksbeauftragten des Inneren, der nach der blutigen Niederschlagung der Räteherrschaft vom 13. April bis Juli inhaftiert wird.⁶

24. April Auf der Grundlage einer Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge, die zwei Tage zuvor erlassen wurde, gründete sich bei Fichtel & Sachs ein Betriebsrat. Im gleichen Zeitraum entstehen, wie im ganzen Deutschen Reich, bei FAG Kugelfischer und Fries & Höpflinger Vertretungen der Arbeiter und Angestellten.⁷

29. April Besetzung der Fabriken in Schweinfurt durch die Truppen der Regierung Hoffmann.⁶

5. Juli In Nürnberg gründet sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) als Dachverband der freien Gewerkschaften. Er löst die Generalkommission ab.

November Erstes Tarifabkommen für die Schweinfurter Kugellagerindustrie.⁶

Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes Schweinfurt

1920

4. Februar Verkündung des Betriebsrätegesetzes. Die Auseinandersetzungen um dieses Gesetz gipfelten am 13. Januar 1920 in tumultartigen Straßenaktionen, die mit einem „blutigen Massaker“ vor dem Berliner Reichstag endeten. Truppen der Reichswehr schossen auf Arbeiter, verursachten 40 Tode und 200 Verletzte.⁹

14. März Der Sozialdemokrat Dr. Benno Merkle, zuvor Referent von Ministerpräsident Kurt Eisner, gewinnt die Wahl zum Oberbürgermeister mit 7.011 Stimmen zu 6.924 für den Kandidaten Dr. Flierl von den Bürgerlichen.⁵

17. März Aufruf eines Aktionskomitees gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch, unterzeichnet von Fritz Soldmann, Kaspar Starz, A. Hub, Henkel.⁶
Ein Generalstreik im Reich schlägt den Putschversuch rechter Kreise nieder.

21. Juni 1.000 Arbeiter demonstrieren gegen die Einführung der zehnpromzentigen Lohnsteuer. Eine Abordnung der Arbeiter von Fichtel & Sachs drohte, sie könne für die persönliche Sicherheit von Ernst Sachs nicht garantieren, falls dieser weiterhin Lohnsteuer vom Lohn abziehe.¹

21. September 7.000 Arbeiter treten in den Streik, weil die örtliche Kugellagerindustrie Tarifverhandlungen ablehnt. Zudem erklärten die Streikenden ihre Unterstützung für 40 Heizer und Maschinisten, deren Zulagen wegfallen sollten. Am 6. Dezember nimmt ein Großteil der Arbeiter die Arbeit wieder auf. Einige bleiben länger arbeitslos oder bekommen als Streikführer keine Anstellung.¹

1922

15. Februar Gesetz zu Entsendung von Betriebsratsvertretern in den Aufsichtsrat.

1925

In Frankfurt am Main findet die erste Arbeiterolympiade statt.

1927

Fertigstellung der Berufsschule an der heutigen Ignaz-Schön-Straße.⁶

1928

Veröffentlichung der Schrift „Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel“ im Auftrag des ADGB durch Fritz Naphtali und weitere Gewerkschaftsfunktionäre, die sich mit einer formalen politischen Demokratie nicht abgeben und demokratische Prinzipien auch auf das Wirtschaftsleben übertragen sehen wollten.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tritt in Kraft.

1930

Einschränkung der Entgeltfortzahlung durch Notverordnungen.

1931

11. Januar „Antifaschistentag“ der Eisernen Front, in der SPD, Gewerkschaften, Arbeitersport- und Kulturvereine und das „Reichsbanner“ zusammenarbeiten. Der Vorsitzende Georg Groha ruft auf dem Roßmarkt zur Wachsamkeit gegen den Nationalsozialismus auf.

19. bis 26. Juli Gretel Baumbach nimmt als Mitglied der Freien Turner Schweinfurt an der Arbeiterolympiade in Wien teil.

1929

24. Oktober Schwarzer Freitag an der New Yorker Börse. Beginn der Weltwirtschaftskrise.

1930

14. September Bei den Reichstagswahlen erhöht die NSDAP die Zahl ihrer Abgeordneten von 12 auf 107 und wird zweitstärkste Fraktion.

1932

Die „Eiserne Front“ als Zusammenschluss von ADGB, AFA, SPD, Reichsbanner und den Arbeitersport- und Kulturvereinen stellt sich der Mobilisierung der Nazi-Partei entgegen. Am Sonntag 17. Juli 1932 wurde ein Aufzug von 1.000 Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen der Stadt mit „Pfui“- und „Freiheit“-Rufen empfangen. (STB, 18.7.1932).⁶ Bei der Reichstagswahl vom 6. November erreicht die NSDAP 196 Mandate und verliert 34 im Vergleich zum 31. Juli.



Uniformierter Zug des Reichsbanners Schweinfurt, ca. 1927

Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Faschismus – 1933–1945

Am 30. Januar 1933 ernannte der national-rechte Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Im März verbot das Regime die KPD, später legte das „Ermächtigungsgesetz“ alle Macht in die Hände des Diktators. Die 1931 gegründete „Eiserne Front“ aus SPD, Gewerkschaften und Arbeitersport- und Kulturvereinen war nicht stark genug, fand nicht genug Demokraten, um die Republik zu verteidigen und den Faschismus aufzuhalten.

Das deutsche Großkapital hatte mit der Republik nie Frieden geschlossen. Der „Herr im Hause“ Standpunkt machte den



Georg Schäfer vor seiner „Gefolgschaft“ bei einer „Gedenkstunde in der Schmiedehalle“ im August 1933

meisten Unternehmern Wirtschaftsdemokratie, Beteiligung durch Betriebsräte, Verhandlungen von Tarifverträgen auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften zum Graus.

Der Bankier Schröder sagte vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946:

„Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen

dahin, einem starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen [...] Ein gemeinsames Interesse bestand in der Angst vor dem Bolschewismus [...].“

Quelle: „Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen“, S. 86

Die Einführung des „Gesetz für Ordnung der Nationalen Arbeit“ 1934 macht die Unternehmer zu Betriebsführern und die Belegschaft zur zum Gehorsam verpflichteten Gefolgschaft.



1937 auf der Automobil- ausstellung. Willy Sachs und Adolf Hitler.

In der Folge verschärften sich nach 1933 die Arbeitsbedingungen für die abhängig Beschäftigten. Bei immens gesteigerter Arbeitsleistung sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, während die Gewinnquote der Großunternehmen steil stieg. Das Lohnniveau stagnierte, die *„Durchschnittsdividende der Aktiengesellschaften hingegen erhöhte sich [...] von 2,9 % auf 6,4 %.“*

Quelle: Arno Klönne, Hartmut Reese. „Kurze Geschichten der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. VSA-Verlag, Hamburg 1984, S. 208

Um das Gesamtbild zu verstehen, ist zu beachten, dass durch Abbau der Arbeitslosigkeit, Wegfall der Kurzarbeit, höhere Beschäftigungsquote, bezahlten Überstunden und Schonung von Arbeitshaushalten bei der direkten Steuer das Realeinkommen der meisten Arbeiterfamilien Zugewinne erzielte.

Quelle: Arno Klönne, Hartmut Reese. „Kurze Geschichten der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. VSA-Verlag, Hamburg 1984, S. 208

Die Zerstörung, die Raubzüge der nationalsozialistischen Diktatur trafen anfangs die Völker Europas, richteten sich aber letztlich auch gegen die deutsche Bevölkerung. Erst die Befreiung am 8. Mai 1945 beendete die große Katastrophe.

1933

30. Januar Adolf Hitler wird durch den Reichspräsidenten von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die NSDAP festigt mit Anwendung des Notstandsartikels 48 der Verfassung ihre Macht durch Gleichschaltung und Führerprinzip. Damit ist das Schicksal der ersten Demokratie in Deutschland besiegelt. Die Eliten aus Unternehmern, Beamtenapparat, Reichswehr und großen Teilen des Bürgertums konnten sich nie mit der Republik anfreunden und wählten mit dem Faschismus die Niederschlagung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung, zahlenmäßig stark, aber aufgerieben in Spaltungskämpfen, konnte der Entschlossenheit der politischen Rechten nichts mehr entgegensetzen.

9. März Verhaftungswelle von Gegnern der faschistischen Diktatur aus der Arbeiterbewegung, der weitere Internierungen zum Beispiel am 2. Mai bei der Stürmung der Gewerkschaftsbüros oder am 23. Juni folgten.⁶

4. April Das „Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen“ vom 4. April setzt die Ergebnisse der Betriebsratswahlen vom März 1933 aus. An die Stelle von gewählten Betriebsräten treten Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO).

1. Mai Staatlich verordneter Feiertag, Nazifahnen in den Betrieben und an öffentlichen Gebäuden. Die Teilnahme an Aufmarsch und Kundgebung ist für die Arbeiter Pflicht.

Am 2. Mai Besetzung der Gewerkschaftsbüros, Beschlagnahmung der Unterlagen und des Vermögens, Inhaftierung der Funktionäre.

1933

Mit Einführung des „Führerprinzips“ wird die Selbstverwaltung der Sozialversicherung abgeschafft.

1934

Das nationalsozialistische Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) löst die Betriebsräte durch Vertrauensräte ab. Diese Gremien stehen dem

Betriebsleiter nach dem Führerprinzip „beratend zur Seite“ und versinken nach kurzer Zeit in der Bedeutungslosigkeit.⁷

1936

18. April Putsch von General Franco und seiner Mitverschwörer gegen die spanische Republik. Aus der ganzen Welt machen sich Antifaschisten auf, die Freiheit Spaniens zu verteidigen.¹⁰

1939

1. September Überfall auf Polen, Beginn des Zweiten Weltkriegs.

1941

Schweinfurt als Produktionsstandort für Rüstungsgüter (Wälzlager, Stoßdämpfer, Kupplungen, Motoren) war ein wichtiges Zentrum der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Der Nachschub an Arbeitskräften hatte deshalb höchste Priorität. Erstmals werden 348 Fremdarbeiter am 1. August erfasst, wobei Holländer mit 172 Personen die größte Gruppe bilden. Im Dezember 1942 ist der Höchststand bei (dann) 4.426 Zwangsarbeiter dokumentiert, der Anteil von Frauen liegt bei 40 Prozent. Unter ähnlichen Bedingungen lebten und arbeiteten noch Kriegsgefangene verschiedener Nationen, sodass die Gesamtzahl der versklavten Arbeiter, mit Zu- und Abgängen, nach Schätzungen bei 14 bis 15.000 liegt.¹⁵

Restauration und Wiederaufbau – 1945-1959

Die tragende Rolle der Unternehmer bei der Einrichtung der faschistischen Diktatur und bei der aggressiven, auf Eroberung, Raub und Vernichtung zielenden Kriegspolitik, mündete nach der Befreiung in einer heftigen Kapitalismuskritik. Das Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar begann mit den Worten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch

als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“ Gefordert wird die Abkehr vom „kapitalistischen Gewinn- und Machtstreben“ durch eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“.

Die Schweinfurter Betriebe lagen in der Verwaltung von Treuhändern der amerikanischen Militärregierung. Georg Schäfer, Eigentümer von FAG Kugelfischer, Willy Sachs von Fichtel & Sachs bleiben als Akteure und Nutznießer des Regimes interniert bis Mitte 1948.

Mit dem aufkeimenden „kalten“ Krieg und der Westorientierung der neuen Bundesrepublik Deutschland kehrten alte Unternehmer als „Mitläufer“ und weniger Belastete in die alten Eigentums- und Machtverhältnisse zurück. Anders als nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs sind die Unternehmer und die alten/neuen Eliten bereit, die Republik zu akzeptieren. Die realen Verhältnisse im

Einflussbereich der westlichen Siegermächte und die praktische Erfahrung – auch in der bürgerlichen Demokratie gute Profite einnehmen zu können – mögen dazu beigetragen haben. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sichert aus den tragischen Erfahrungen der faschistischen Diktatur weitreichende



Demontage 1946 bei FAG Kugelfischer

Grundrechte. Der Artikel 14 GG nimmt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auf. Eine Festlegung auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung enthält die Verfassung nicht. Sie schreibt aber die Koalitionsfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere unveräußerliche Grundrechte fest.

Die Arbeiterbewegung blühte in der Nachkriegszeit mit neuer Orientierung wieder auf. Gewerkschaften entstanden neu und bereits wenige Tage nach der Befreiung setzten sich Betriebsräte für die materielle Versorgung der Beschäftigten und für den Wiederaufbau ein. Alte Funktionäre gründeten die Kultur- und Sportzusammenschlüsse von Neuem. Die Vereine legten



Demonstration
am 1. Mai 1950

aber ihre Bindung an die Arbeiterklasse ab und reihen sich ein in die „unpolitischen“ bundesdeutschen Organisationen. Mit dem „Godesberger Programm“ von 1959 vollzog die SPD auch programmatisch den Wechsel von der sozialistischen Arbeiterpartei hin zur Volkspartei. Als Erfahrung aus der historischen Niederlage

gegen den Faschismus und als strategische Neuausrichtung in der wiedererstarkten bürgerlichen Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung wuchs bei den Gewerkschaften der Gedanke der Einheit. 1949 gründete sich der Deutsche Gewerkschaftsbund als „Einheitsgewerkschaft“ aus den sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und liberalen Weltanschauungen. Auch wenn viele Mitglieder der Sozialdemokratie nahestanden, lösten sich die Gewerkschaften von der Bindung an die politische Partei hin zur Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

1945

11. April Einmarsch amerikanischer Truppen in Schweinfurt.

8. Mai Kapitulation des Deutschen Reichs, Tag der Befreiung.

Mitte Mai In den Metallbetrieben entstehen Betriebsräte (Protokoll F & S vom 16. Mai Besprechung Direktor Kaiser mit Betriebsratsvorsitzenden und zwei weiteren Betriebsratsmitgliedern wegen der Einstellungen von Arbeitern für dringende Arbeiten).⁶

1. September Erlass einer Wahlordnung des bayerischen Arbeitsministeriums für die Durchführung von Betriebsratswahlen. Wahltermine:

20. November F & S, 27. November FAG Kugelfischer.⁶
4. November Gründungsversammlung des Freien Gewerkschaftsbundes Schweinfurt als „Einheitsgewerkschaft“ auf örtlicher Ebene im Kantinensaal von FAG Kugelfischer.⁶

Die Zersplitterung nach politischer, religiöser und berufsständischer Ausrichtung soll überwunden werden.

1946

Gründungsversammlung der IG Metall Schweinfurt im Kugelfischersaal am 3. Juli.¹²

6. August Die IGM-Ortsverwaltung in Schweinfurt zählt 6.000 Mitglieder und stellt Erwin Essl – später Bezirksleiter Bayern – als Geschäftsführer ein.¹²

Gründungsversammlungen:⁶

IG Chemie und Leder: 25. Oktober

Druck und Papier: 29. September

IG Baugewerksbund: 20. Oktober

ÖTV: 22. Oktober

IG Textil und Bekleidung: 24. Oktober

IG Nahrungs- und Genussmittel: 25. Oktober

Gewerkschaft geistig und kulturell Schaffender: 26. Oktober

IG Holz: 29. Oktober

22. November Verschmelzung von 57 örtlichen IG Metall Organisationen zur bayerischen Landesge-

werkschaft und Wahl eines Landesvorstandes. Zahl der Mitglieder: 81.035.⁶

Der alliierte Kontrollrat hebt das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 auf, erlässt das Betriebsrätegesetz und stellt die Koalitionsfreiheit wieder her.

1947

Zusammenschluss von 16 Einzelgewerkschaften zum Bayerischen Gewerkschaftsbund.

1948

10. August Die Urne von Fritz Soldmann wird nach Schweinfurt überführt. Er starb am 31. Mai 1945 an den Folgen wiederholter KZ-Haft. In den Betrieben ruht die Arbeit und 10.000 Menschen geben das letzte Geleit. Nach der Befreiung des KZ gehörte er zu den Unterzeichnern des Buchenwalder Manifestes der demokratischen Sozialisten.¹³

14. Juni Das teilzerstörte Heim der Hitlerjugend (heute Wilhelm-Leuschner-Straße) wird den Gewerkschaften durch Beschluss des Stadtrats zugewiesen.⁶

20. Juni Währungsreform und Einführung der Deutschen Mark in den Westzonen. Gehortete Waren kommen auf den Markt, Zwangsbewirtschaftung aufgehoben, Sachwertbesitzer profitieren.⁶

15. November 24-stündige Arbeitsniederlegung der „Industriearbeiterschaft“ als Protest gegen die „derzeitige Notlage der arbeitenden Bevölkerung“.⁶

1949

1. Mai 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung wird mit dem Verein der Bayerischen Metallindustrie vereinbart.⁶

1. Oktober Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München.⁶

1950

Georg Wichtermann führt als Kreisvorsitzender den DGB Schweinfurt zwei Jahre bis 1952.

1951

Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

21. Mai Erlass des „Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“ – kurz: Montan-Mitbestimmungsgesetz.

1952

19. Juli Der Bundestag verabschiedet das Betriebsverfassungsgesetz mit 195 zu 139 Stimmen. Die formulierten Rechte der Betriebsräte bleiben weit hinter der im Wiederaufbau in vielen Betrieben erreichten Mitbestimmungspraxis zurück.

1953

Erste Sozialwahl. Werner Hollwich, Geschäftsführer der IG Bau-Steine-Erden, wird in die Vertreterversammlung der AOK Schweinfurt gewählt und gestaltet deren Politik viele Jahrzehnte lang maßgeblich mit.

1954

9. bis 31. August Bayernstreik der IG Metall. Zwei Tage nach dem Beginn brach der Streik in Schweinfurt zusammen.¹⁷

1955

15. und 30. Oktober Neugründung der „Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ mit Unterstützung von Teilen der katholischen Kirche, weil der DGB die Adenauerregierung heftig kritisiert (Wiederaufrüstung, Betriebsverfassungsgesetz, Montan-Mitbestimmungsgesetz). Die von Jesuitenpater Franz Prinz 1946 gegründeten „Werkgemeinschaften“ sorgen in Schweinfurt ab 1956 für relativ großen Zulauf aus dem katholischen Milieu.^{15, 18}

Im Juni 1966 schließen sich Teile des christlichen Metallarbeiterverbandes (heute CGM) der IG Metall an. Flugblattaktion der Gewerkschaftsjugend „Kein Kriegsspielzeug auf den Weihnachtstisch“. Die Aktion wird im Jahr darauf in ganz Bayern durchgeführt.¹⁸

1956

24. Oktober bis 14. Februar 1957 Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein, Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten im Falle der 6-wöchigen Entgeltfortzahlung bei Krankheit.

1957

Walter Langebeck wird mit Wirkung zum 1. März zum DGB-Kreisvorsitzenden Schweinfurt gewählt. Einrichtung eines „Jugendheims“ im Schweinfurter Gewerkschaftshaus.

1957

Rentenreform. Dynamisierung der Renten. Generationenvertrag.

1959

DGB-Frauen führen 15 Kurse mit 283 Teilnehmerinnen zu „Schnittzeichnen und Zuschneiden“ „Nähen und Verarbeiten“, „Kunsthandwerkliches Arbeiten“ durch.



Wirtschaftswunder und Reformfrühling – 1960 bis 1970er-Jahre

Schweinfurt galt in Bayern als industrielles Schwergewicht. Aus Ruinen auferstanden, profitierte die Stadt von den goldenen Jahren des „Wirtschaftswunders“. Die 60er und die beginnenden 70er-Jahre stellten für die Industrie in Schweinfurt eine Blütezeit dar. Die Stadt zählten bis zu 55.000 Beschäftigte, 28.000 Pendler kamen aus der näheren und weiteren Umgebung in die Betriebe. Fichtel & Sachs baute 1970 das Werk Süd, SKF das Werk III 1971, FAG Kugelfischer 1965 die Halle H im nördlichen Werksgelände. Die wirtschaftliche Blüte ermöglichte weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft die Teilhabe an der Konsumgesellschaft. Zählte in den 1920ern noch das Fahrrad als Mobilitätsgewinn, zog in den 1960ern das Automobil in Arbeitnehmerfamilien ein; gleichermaßen Statussymbol wie Fortbewegungsmittel. Die Industriearbeiter leisteten sich Urlaub und erarbeiten sich – oft mit Eigenleistung – ein eigenes Häuschen.

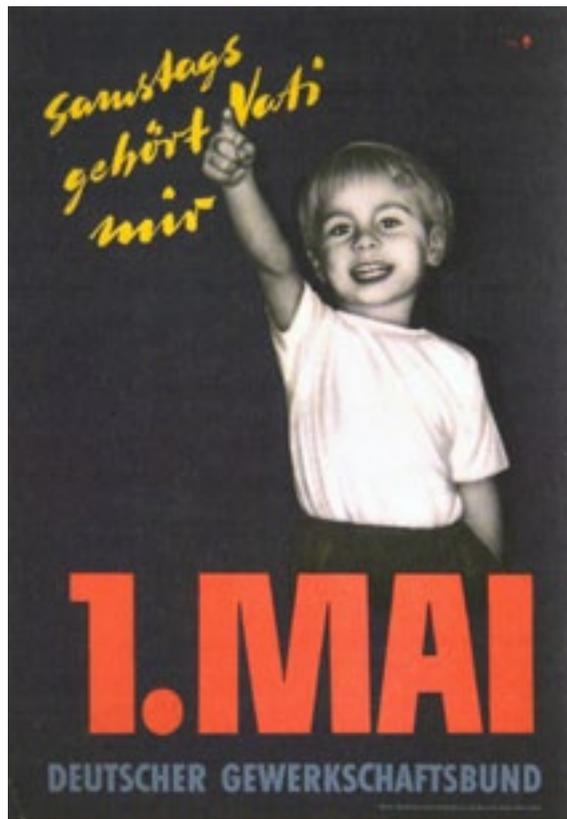
Der DGB erkannte zwar 1963 die soziale Marktwirtschaft im Grundsatz an, blieb jedoch bei den Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung in den Unternehmen und staatlicher Planung der Wirtschaft. 1968 heißt es im Schweinfurter Tagblatt: „Der Mensch muss aufhören im Dienste anderer nur noch Ware zu sein, auf dem Arbeitsmarkt und als Konsumautomat.“

Das Aktionsprogramm von 1965 bestimmte einen Katalog von Nahzielen: 13. Monatslohn, längerer Urlaub, verbesserte berufliche Bildung und bessere Bildungschancen. Der Hoffnungsträger, Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Willy Brandt leitete eine Zeit der Reformen ein. Die neue Ostpolitik setzte auf Verständigung statt Konfrontation im kalten Krieg der Machtblöcke. Das neue Betriebsverfassungsgesetz 1972



Kosmetikkurs im Gewerkschaftshaus

stärkte die Betriebsräte und das Mitbestimmungsgesetz 1976 erweiterte die Unternehmensmitbestimmung in Aufsichtsräten. Die Einführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) förderte die Bildungschancen von Kindern der Arbeiterschaft. Willy Brand in seiner Regierungserklärung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ entsprach den Vorstellungen der sozialen Demokratie, für die Gewerkschaften eintraten. Trotzdem beharrten die Gewerkschaften auf einer „Doppel-funktion“. Sie verstanden sich in einer Schutzaufgabe, die von der Verbesserung der Arbeitseinkommen bis zur Sicherung des Arbeitsplatzes reicht. Auf der anderen Seite verfolgten sie ein eigenständiges politisch-soziales Engagement, das die Gesellschaft demokratisch gestalten will. Dazu gehörte der Widerstand gegen die Notstandsgesetze 1968 und die Ostermarschbewegung für den Frieden.

**1960**

Ortskartelle bilden gewerkschaftliche Stützpunkte in Poppenhausen, Eltmann, Zeil, Haßfurt, Knetzgau, Königsberg, Hofheim, Nüdlingen, Hausen, Maßbach und Gerolzshofen.¹⁸

1961

Walter Langebeck, geschäftsführender Kreisvorsitzender des DGB, zieht für die SPD in den Deutschen Bundestag ein.

1962

Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 42,5 Stunden. Urlaub wird nach Lebensalter anstatt nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt.

Die Zahl der Pendler aus dem Umland in die Schweinfurter Betriebe stieg von 18.000 im Jahr 1959 auf 21.500 im Jahr 1960. Diese Arbeitnehmer *„[...] waren zum größten Teil bis vor wenigen Jahren noch mithelfende Familienangehörige in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben.“*¹⁸

„Arbeit und Leben“ baut die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule aus.

1963

Der Arbeitsamtsbezirk Schweinfurt meldet 1.531 beschäftigte „Gastarbeiter“, davon 1.235 Männer und 296 Frauen. 713 aus Italien, 258 aus Griechenland, 109 aus Spanien und 59 aus der Türkei.¹⁸

1963

Otto Schmittknecht wird zum DGB-Kreisvorsitzenden gewählt und beginnt im Schweinfurter Gewerkschaftshaus am 1. Juli. Er folgt MdB Walter Langebeck.

1964

Der Angestelltenausschuss des DGB veranstaltet ein Werkmeistertreffen mit 1.200 Teilnehmern im Kasino von Fichtel & Sachs.¹⁸

1965

Das „Berufsbildungswerk“ vermittelt „Grundkenntnisse des Automobils“ an sechs Abenden zu je zwei Stunden.

1967

Einführung der 40-Stunden-Woche in Metallindustriebetrieben.

1968

Der DGB-Kreis führt Veranstaltungen durch zu den im Bundestag diskutierten Notstandsgesetzen, Rechtsradikalismus (NPD) und auch „Betriebsführung und Belegschaft – sitzen wir wirklich in einem Boot?“ An allen Angeboten nehmen 1.450 Besucher teil.¹⁸

1969

Mit dem Lohnfortzahlungsgesetz wird Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erreicht.

1971

In der Wanningsmühle im Landkreis Bad Kissingen finden Wochenendschulungen statt: „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ oder „Mitbestimmung“.¹⁸

1972

Das mit den Stimmen von SPD, FDP und 21 CDU-Abgeordneten beschlossene Betriebsverfassungsgesetz tritt in Kraft.

ÖTV-Chef Klunker schließt Lohnerhöhungen im zweistelligen Bereich für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ab. Es folgen wilde, spontane Arbeitsniederlegungen in der Schweinfurter Metallindustrie, um ihren Tarifabschluss zu verbessern, was auch geschieht!

1973

Die DGB-Kreise Bad Neustadt und Schweinfurt werden zusammengelegt.¹⁸

1976

Gegen heftige Widerstände der Unternehmerverbände und der CDU/CSU stärkt das Mitbestimmungsgesetz die paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Kritikpunkte der Gewerkschaften bleiben die Vertretung der Leitenden Angestellten und das Doppelstimmrecht des Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Beides sichert im Konflikt die Stimmenmehrheit des Kapitals.

1977

Der Gewerkschaftstag der IG Metall beschließt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Die umfassende Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde zum zentralen tarifpolitischen Instrument bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur Humanisierung der Arbeit. Der DGB Kreis weitet das Angebot an Bildungsveranstaltungen aus: „Elektronik – erfüllter Wunschtraum, bedrückender Alptraum?“, „Rationalisierung im Angestelltenbereich“ „Das Recht der Frau auf Arbeit“.



Infozeitung der IG Metall-Jugend zur Kampagne „Mädchen in Männerberufen“

1978

Arbeitskreis Faschismus in der DGB-Jugend beginnt Nachforschungen zu Schweinfurt in der Nazizeit. Daraus entsteht dann die „Initiative gegen das Vergessen“ die zu diesem Themenbereich verschiedene Veröffentlichungen herausbringt.



1979

Urlaub in der Metallindustrie wird auf 30 Tage/6 Wochen verlängert. Einführung in einem Stufenplan. Aktionen der IGM Jugend „Mädchen in Männerberufen“ mit dem Ergebnis, dass erstmals junge Frauen als Auszubildende in der Metallindustrie eingestellt wurden.

1979

Helmut Haferkorn folgt am 1. März als gewählter DGB-Kreisvorsitzender auf Otto Schmittknecht.

Arbeitslosigkeit, Bündnisse für Arbeit und Agenda 2010 – 1980 bis 2010

Die sogenannte Ölkrise 1973 läutete eine anhaltende krisenhafte Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells ein. Die Inflation stieg an, das Wirtschaftswachstum stagnierte im Verlauf der 1970er-Jahre. Die Arbeitslosigkeit wuchs, im Besonderen blieben Jugendliche ohne Ausbildung und ohne Job. Der weltweite Umbruch stürzte im Laufe der 1980er-Jahre ganze Branchen, wie Stahl, Textil, Bekleidung und Keramik, an den Rand des Abgrunds. Die Gewerkschaften antworteten mit der Forderung nach strukturpolitischen Maßnahmen in den betroffenen Regionen im Saarland, im Ruhrgebiet und wegen der Wälzlagerkrise auch in Schweinfurt. In der Tarifpolitik trat die Arbeitszeitverkürzung in Form von 30 Tagen Urlaub für alle und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den Vordergrund. Angesichts massiver Rationalisierung und struktureller Verschiebungen hieß die Losung der Gewerkschaften „Arbeit teilen“. Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ verschärfte die defensive Lage der Gewerkschaften. Die erwarteten neuen Absatzmärkte im Osten Europas fielen mangels Kaufkraft für die Produkte der Industrie aus. Die Einführung der kapitalistischen Wirtschaftsweise gepaart mit der Freizügigkeit für Kapital, Waren und später auch Menschen, eröffnete sich quasi über Nacht ein riesiges Reservoir an qualifizierten und billigen Arbeitskräften. Die 1990er-Jahre prägten Verlagerungen von Produktion, Logistik und Verwaltungsarbeit nach Osteuropa und Asien. Das Gespenst der Deindustrialisierung Deutschlands bedrohte die abhängig Beschäftigten. Mit „Bündnissen für Arbeit und Standort“ hofften die Gewerkschaften und die Betriebsräte auf örtlicher Ebene in die Offensive zu gelangen. Der Tarifabschluss



Demonstration am 1. Mai 1986

von Pforzheim vereinbarte erstmals in der Metallindustrie die Abweichung vom Tarifniveau unter festgelegten Bedingungen. Letztlich war die Abwehrstrategie der Gewerkschaften erfolgreich, weil es gelang, die Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten zu gestalten. Die IG Metall gewann Kompetenz und Mitglieder hinzu.

Die Auseinandersetzungen mit den Regierungen nahmen an Schärfe zu. Nach der keynesianischen Nachfragestimulierung begann bereits in der Koalition SPD und FDP Anfang der 1980er eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Die Regierungen des Kanzlers Helmut Kohl, CDU, bis zur Rot-Grünen Koalition mit Gerhard Schröder, SPD, verfolgten eine Politik der Deregulierung, des Abbaus von sozialen Leistungen und Arbeitnehmerrechten. Ziel war erklärtermaßen, dem Kapital günstigere Angebote zu machen mit der Hoffnung auf wirtschaftliche Prosperität und mehr Wohlstand. Die Agenda 2010 war der Schlusspunkt dieser Politik, die weite Teile der Arbeitnehmerschaft enttäuschte und mit der „Basta“-Botschaft von Kanzler Schröder die Gewerkschaften auf Distanz zur SPD brachte.

Erst die Bewältigung der bis dahin tiefgreifendsten Wirtschaftskrise 2009 führte die Gewerkschaften wieder in die Offensive. Auf Initiative der Gewerkschaften steuerte die Bundesregierung mithilfe einer Abwrackprämie für gebrauchte Automobile und einer großzügigen Kurzarbeitsregelung die Krisenfolgen für Wirtschaft und Arbeitnehmer in kluger, keynesianischer Weise. Gekoppelt mit unzähligen betrieblichen Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung konnten Kündigungen in der Industrie und bei Zulieferern verhindert werden. Entgegen allen Erwartungen startete die deutsche Wirtschaft bereits 2010 erfolgreich aus dem Nachfragetief.



Anstecker zum Frauentag

1981

März Das Ende der Friedenspflicht in der Metallindustrie wird zum Auftakt der „Neuen Beweglichkeit“. In Schweinfurt beteiligen sich Tausende Arbeiter an spontanen Arbeitsniederlegungen. Am Marktplatz findet eine große Kundgebung statt. „Lügenblatt nicht kaufen“ Kampagne gegen die BILD-Zeitung. Der Autor Günter Wallraff entlarvte die Redaktion, indem er sich unerkannt als Journalist



Veranstaltungsflugblatt 1981

einschlich. Flugblätter wurden zum Schichtwechsel der Metallindustrie verteilt.

Helmut Haferkorn, DGB Kreisvorsitzender, ist stellvertretender Vorsitzender des Beirats der Volkshochschule.

Betriebsschließungen und Entlassungen treiben

die Arbeitslosigkeit auf von 7,7 auf 11,2 Prozent und betreffen 15.102 Arbeitnehmer in der Region.

1982

Albert Vietor, Vorstandsvorsitzender der gemeinwirtschaftlichen Wohnungsgesellschaft „Neue Heimat“ und weitere Vorstandsmitglieder werden wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung entlassen. Das markiert den Niedergang der Gemeinschaft in Deutschland.

Kürzungen im Sozialbereich der SPD-FDP-Koalition von 50 Mrd. Euro veranlassen den DGB im Herbst zur Gegenwehr.¹⁸

1983

Die Arbeitslosigkeit erreicht mit über 2,5 Millionen Arbeitslosen und einer Million Kurzarbeitern ihren Höchststand seit Gründung der BRD. Diese Problemlage bestimmt in den folgenden Jahren die inhaltliche Ausrichtung der Gewerkschaften und die Auseinandersetzung mit Regierung und Unternehmen um die angemessene Lösung.

1983

Der DGB unterstützt die Gründung des Vereins zur Förderung von Bildung und Kultur, der in der Niederwerrner Straße 5½ die Kulturwerkstatt Schreinerei aufbaut. Später entstehen daraus die Disharmonie und der Stadtbahnhof.

Der Kreisfrauenausschuss füllt den Internationalen Frauentag mit Aktivitäten, Flugblättern und Plakaten. Durch Frauenförderpläne sollen „Frauen und Männer entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in den Organen vertreten sein.“¹⁸

1984

Siebenwöchiger Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Auf einen Streikenden kamen neun Ausgesperrte. Mit dem sogenannten „Franke-Erlass“ verweigerte die Arbeitsverwaltung die Auszahlung des Kurzarbeitergelds für die ausgesperrten Arbeiter. Das erwies sich im Nachhinein als Rechtsbruch, führte

aber 1985 zum § 116 Arbeitsförderungsgesetz, das die Verweigerung des Kurzarbeitergelds zum Gesetz machte. Trotz erschwelter Bedingungen gelingt es der IG Metall, die Arbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden pro Woche zu verkürzen. Gleichzeitig setzt der Kompromiss den Beginn der Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Tarifpartner der Druckindustrie einigen sich nach 13-wöchigen Schwerpunkstreiks auf einen Tarifvertrag über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

„Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen...“

Vorstellung des Buchs über die Arbeiterbewegung und die Nazizeit in Schweinfurt.

Georg Benz, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall, spricht zum Thema: Aus der Geschichte lernen!

1985

Einführung der 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 2,2 Prozent Entgelterhöhung in der Metallindustrie.

Gründung des Arbeitsförderungszentrums e. V. unter Beteiligung von DGB und IGM.

Der DGB bildet einen regionalpolitischen Arbeitskreis aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsräte, um die Herausforderungen aus Strukturpolitik und Arbeitslosigkeit zu bearbeiten.

„Arbeit und Leben“ die Kooperation von Volkshochschule und DGB bietet Veranstaltungen, Autorenlesungen und Ausstellungen an.

Über mehrere Jahre protestieren die DGB-Gewerkschaften in Großdemonstrationen und Aktionswochen gegen die „politische Benachteiligung der Arbeitnehmer/innen“¹⁸, Zerschlagung der Deutschen Bundespost, Ladenschlussgesetz mit Verlängerung der Öffnungszeiten am Abend und am Wochenende,

Verschlechterungen im Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz, Steuerreform und Gesundheitsreformgesetz.

Bundeskanzler Helmut Kohl vollzieht die angekündigte „Wende auf Kosten der Arbeiter und Angestellten“.

1986

Die geplante Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz führte zu heftigen Protesten und Arbeitsniederlegungen auch in Schweinfurt. Arbeitsausfälle in der Folge von Streik und Aussperrung sollen demnach zur Verweigerung von Kurzarbeitergeld führen. Die IG Metall nennt das „Kalte Aussperrung“ und sieht sich in der Kampfkraft benachteiligt. Die Arbeitgeber reagieren auf die Proteste sehr entschlossen, indem sie diese als rechtswidrig verurteilen. Beteiligte an den Protesten erhalten Abmahnungen.

8. März Enthüllung der Büste von Fritz Soldmann im Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße.

Veranstaltung „90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt“.



1. Mai 1988

1988

Nach heftigen Auseinandersetzungen vereinbaren die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden. Einführung der 37,5-Stunden-Woche in der Metallindustrie, plus 2 Prozent und Angleichung an die Angestellten mittels eines tariflichen Monatsentgelts für Arbeiter.

1989

Vereinbarung der 37-Stunden-Woche in der Metallindustrie, plus 2 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

1990

3. Oktober Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

1991

Anhebung der unteren Lohngruppen und 6,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt in den Metallbetrieben.

1992

„Die sprunghaft zunehmende Gewalt gegen Ausländer hat zu einer Reihe von Aktivitäten geführt“.¹⁸

Der DGB-Arbeitskreis „Ja zum Miteinander“ beteiligt sich am Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit, erarbeitet Aktionen und Flugblätter.

1993

Im Januar wird die Existenzkrise von FAG Kugelfischer bekannt. Die Überproduktionskrise aus dem Vereinigungsboom trifft die Schweinfurter Metallindustrie wegen ihrer Monostruktur sehr heftig. Bereits ein Jahr zuvor warnen IG Metall und Betriebsräte vor den absehbaren Folgen eines Crashes, der dann tatsächlich eintrifft. Von 1990 bis 1993 verlieren die „Großen Drei“ FAG, SKF, F & S fast 10.000 Arbeitsplätze. FAG Kugelfischer scheiterte mit seinem ambitionierten Wachstumskurs, der die Integration der ostdeutschen Deutsche Kugellagerfabriken GmbH Leipzig (DKFL) und in Korea mit dem Kauf von drei Werken der Hanwah-Gruppe, einen Brückenkopf nach Asien beinhaltete. 13. Februar „Stoppt den Arbeitsplatzabbau – die Region muss weiterleben!“ Bei Nieselregen die größte

Demonstration und Kundgebung, die Schweinfurt bis dahin erlebt hat, mit 13.000 Teilnehmenden.

19. Februar Ministerpräsident Max Streibl besucht Schweinfurt und wird von Demonstranten empfangen.

24. Februar „Handeln ist angesagt“ Erster Runder Tisch der IG Metall mit Betriebsräten und politisch Verantwortlichen.

25. März SKF kündigt den Abbau von 450 Arbeitsplätzen an.

2. April 1.400 „Sachser“ marschieren in einem Fackelzug zum Werk Süd.

„Heraus zum 12. Mai“ – 35.000 Metaller protestieren gegen die Kündigung des Tarifvertrags durch die Arbeitgeber.

16. Mai „Handeln statt aufgeben“ – 700 Teilnehmer fordern bei einer Fahrraddemonstration von Schweinfurt über Röhlein Perspektiven für den Industriestandort.

1. September Spontane Arbeitsniederlegung von 2.500 Mitarbeitern bei SKF. Auf das Verwaltungsgebäude fliegen Eier.

14. September Kundgebung der IG Metall vor dem Rathaus Schweinfurt zur Unterstützung sogenannter Standortgespräche, von denen sieben durchgeführt werden.

21. September Eintägige Mahnwache mit Tausenden von Kerzen als Symbol für die entlassenen Kolleginnen und Kollegen.

23. September „Netz der Solidarität“ – Menschenkette von den Betrieben bis zum Arbeitsamt mit 15.000 Demonstranten.

13. Oktober Um 7.00 Uhr beginnt der Marsch nach Bonn. 40 Metaller laufen zu Fuß bis zum Kanzleramt, um auf die besondere Bedrohung für die Region Main-Rhön hinzuweisen und Strukturhilfen zu fordern. Das Schweinfurter Tagblatt berichtet täglich.

14. Oktober „Stoiber kommt – wir auch!“ Kundgebung der IG Metall im Rathausinnenhof und Runder Tisch mit dem Ministerpräsidenten, Betriebsräten und Arbeitsloseninitiativen.



Menschenkette 1993

1994

Tarifvertrag über beschäftigungssichernde Maßnahmen und Übernahme der Auszubildenden in der Metallindustrie.

1995

Urabstimmung und zweiwöchiger Streik der IG Metall in Bayern. Ergebnis: Letzter Schritt zur 35-Stunden-Woche durchgesetzt, bei vollem Entgeltausgleich. Viele Gewerkschafter empfinden Genugtuung, weil damit die Niederlage des Streiks von 1954 ausgeglichen wird.

Einführung der Pflegeversicherung.

1996

Die gesetzliche Höhe der Entgeltfortzahlung bei Krankheit wird von 100 Prozent auf 80 Prozent des Arbeitsentgelts abgesenkt. Dies wurde 1999 durch die Rot-Grüne Regierung zurückgenommen. Bestehende Tarifverträge gelten weiter.

„Jetzt contra – mehr Druck von unten“ – Protestkundgebungen der IG Metall während der Arbeitszeit, Aktionen der Gewerkschaftsjugend, Höhepunkt

DGB- Kundgebung in Bonn, 2.000 Teilnehmende aus der Region. Das DGB-Jugendsekretariat Nordbayern zieht von Bamberg nach Schweinfurt.

11. November Aktionstag der IG Metall in Schweinfurt für 100 Prozent Entgeltfortzahlung und gegen Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld im Tarifvertrag.

1997

Die DGB-Jugendkonferenz Schweinfurt/Main-Rhön fordert eine Umlagefinanzierung für mehr Ausbildungsstellen und gründet das Aktionsbündnis „JETZT für mehr Ausbildungsplätze“.

Im Arbeitsamtsbezirk Schweinfurt waren über 1.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. (SWT 6. 10. 97).

April 300 Demonstrierende bei der Kundgebung der IG Metall Schweinfurt für bessere Renten.

Die Gewerkschaft Gartenbau Landwirtschaft und Forsten (GGLF) fusioniert mit der Industriegewerkschaft Bau Steine Erden (IG BSE) zur IG Bauen Agrar Umwelt (IG BAU). Es ist der Beginn einer Fusionswelle im DGB. In den nächsten fünf Jahren mit der ver.di-Gründung 2001 werden aus 15 DGB-Mitgliedsgewerkschaften acht.

1998

Wanderausstellung „8 Stunden sind kein Tag – zur Geschichte der Gewerkschaften in Bayern“, ergänzt um einen lokalen Teil „Schweinfurter Gewerkschaften im Wandel der Zeit.“

Machtwechsel in Berlin nach der Bundestagswahl. Rot-Grün mit Gerhard Schröder als Kanzler löst Schwarz-Gelb und Helmut Kohl nach 16 Jahren Regierungszeit ab. Der DGB hatte für einen Politikwechsel offensiv geworben.

2000

Erster Tarifvertrag zur Altersteilzeit in der Metallindustrie

Oktober Die IG Metall Schweinfurt bezieht ihre neuen Büros in der Manggasse und verlässt das DGB-Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße (SWT 13. 10. 2000).

Dezember 6.000 Metaller demonstrieren bei drei Kundgebungen während der Arbeitszeit in Schweinfurt für eine gute Rente und gegen deren Privatisierung.

2001

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist gegründet. Die DGB-Mitgliedsgewerkschaften ÖTV, HBV, DPG und IG Medien schließen sich mit der Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zu ver.di zusammen. Ein großer Schritt zur Stärkung des Organisationsprinzips der Einheitsgewerkschaft. Ralf Sander von der ÖTV wird Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Schweinfurt und startet mit etwa 7.800 Mitgliedern (2021: 8.500).

11. September bis 22. Oktober In einer öffentlichen Übernahmeschlacht setzt die Industrie Nadellager (INA) aus Herzogenaurach die Übernahme der Aktienmehrheit von 87 Prozent der FAG Kugelfischer AG durch. IG Metall und Betriebsräte vereinbaren rechtzeitig einen Vertrag zur Absicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen.



Blumenverteilung an die Frauen im Betrieb zum Internationalen Frauentag am 8. März

Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes tritt in Kraft. In Kleinbetrieben gilt nun ein vereinfachtes Wahlverfahren und das Minderheitengeschlecht im Betrieb muss im Rahmen seiner Größe im Betriebsrat vertreten sein.

Franz Spieß wird als Nachfolger von Helmut Haferkorn zum DGB-Regionsvorsitzenden Main-Rhön/Schweinfurt gewählt. Er tritt das Amt am 1. Dezember an und hat es ein Jahr bis zum 30. November 2002 inne.

2002

ZF Friedrichshafen AG übernimmt Sachs von der Mannesmann Sachs AG.

Rot-Grün beschließt nach heftiger Gegenwehr von Arbeitgeberverbänden, Union und FDP das Tarif-treuegesetz für die Baubranche.

Juni Bundesweite Urabstimmung mit Streik der IG BAU um 4,5 Prozent Lohnerhöhung. Ergebnis zweistufige Lohnerhöhung 3,2 Prozent plus 2,4 Prozent ein Jahr später.

Dezember Die Hartz-Kommission stellt ihre Reformvorschläge zur Ausweitung des Niedriglohns-sektors vor. Neben der Ausweitung der Leiharbeit, von Minijobs und Befristungen sind teils massive Leistungskürzungen für Arbeitslose im Programm. Die DGB-Delegation gibt ein Minderheitenvotum ab und distanziert sich von diesen Maßnahmen.

2003

Frank Firsching wird zum DGB-Regionsvorsitzenden Main-Rhön/Schweinfurt gewählt und beginnt am 1. Februar seine Tätigkeit.

Eine Kampagne von konservativen und liberalen Politikern greift die Gewerkschaften an. „Gewerkschaften sind eine Plage“ meint der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei.

Der Präsident des Bundes der Deutschen Industrie sagt „Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge am besten auf dem Scheiterhaufen verbrennen.“

Die Rot-Grüne Bundesregierung setzt unter dem politischen Druck des Arbeitgeberlagers und der verschärften Konkurrenz der globalisierten Märkte

auf Sozialabbau, Leistungseinschränkungen bei Arbeitslosen und die Ausweitung der Leiharbeit. Damit soll Deutschland aus der Krise geführt werden, die durch eine Arbeitslosigkeit von 10 Prozent der arbeitsfähigen Menschen gekennzeichnet ist. Bundeskanzler Gerhard Schröder nennt das Programm die „Agenda 2010“.

Erstmals werden durch das „Pforzheimer Abkommen“ in der Metallindustrie befristete Abweichungen vom Tarifvertrag ermöglicht. Diese tarifliche Öffnung muss jeweils mit der IG Metall vereinbart werden und wird an konkrete Kriterien geknüpft, wie beispielsweise die Prüfung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens.

Der DGB unterstützt die Bundesregierung gegen eine deutsche Beteiligung am Irakkrieg. Am 12. Februar demonstrieren 500 Friedensfreunde in Schweinfurt. Der 1. September als Antikriegstag wird wiederbelebt.¹⁸

18. Februar Oskar Lafontaine spricht bei der IG Metall-Funktionärskonferenz in der Stadthalle mit 400 Teilnehmenden.

29. April Mehrere Tausend Metaller sind bei Protestkundgebung gegen Sozialabbau an der Hahnenhügelbrücke Schweinfurt.

21. Mai IG Metall-Funktionärskonferenz mit Norbert Blüm im Naturfreundehaus.

24. Mai Mit 20 Bussen werden etwa 1.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Region in Schweinfurt nach Nürnberg gefahren, um dort beim DGB Bayern unter dem Motto „Sozialabbau – nein danke“ zu demonstrieren.

2. Dezember DGB-Funktionärskonferenz im Naturfreundehaus. 200 Teilnehmende hören Prof. Wolfgang Däubler zum Thema Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit.

2004
Der DGB mobilisiert einen bundesweiten Widerstand gegen die Agenda-Politik der Rot-Grünen Bundesregierung: „Aufstehen – damit es endlich besser wird!“

Am 3. April demonstrieren 500.000 Menschen in Stuttgart, über 2.000 aus Schweinfurt.¹⁸

Im März gründet sich in Schweinfurt das „Forum für soziale Gerechtigkeit“ auf Initiative des DGB.

18. Mai Erlass des „Gesetzes über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat“ – kurz: „Drittelbeteiligungsgesetz“.

30. September Das „Forum für soziale Gerechtigkeit“ ruft zur Kundgebung „Für soziale Gerechtigkeit – gegen Hartz IV“ auf. Mehrere Hundert Menschen kommen zum Georg-Wichtermann-Platz.

In Bayern gründen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit als Antwort auf die Agenda 2010. Im selben Jahr schließt sie sich mit der im Norden und Westen gegründeten Wahlalternative zur Partei Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zusammen. In Schweinfurt sind mit dem 1. Bevollmächtigten Klaus Ernst, dem DGB-Regionsvorsitzenden Frank Firsching und dem stellvertretenden Ver.di-Geschäftsführer Sinan Öztürk führende Gewerkschafter und einige Betriebsrätinnen und Betriebsräte beteiligt.

2005
Mit Klaus Ernst zieht der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schweinfurt für die Linkspartei/WASG in den Bundestag ein.

Zur Bundestagswahl veranstaltet der DGB in Schweinfurt erstmals seinen „Heißen Stuhl zur Bundestagswahl“ im Naturfreundehaus. Seither findet zu jeder Bundes- und Landtagswahl der „Heiße Stuhl des DGB“ mit den Direktkandidierenden statt. Seit 2014 jeweils in allen Wahlkreisen Unterfrankens.

2006
Der DGB beschließt auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress in Berlin die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro/Stunde.

2007
Die große Koalition beschließt mit dem Rentenversicherungs-Altersanpassungsgesetz die

Einführung der Rente mit 67 Jahren.

Die Allianz für den freien Sonntag aus Gewerkschaften und kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen kämpft gegen die zunehmende Vereinnahmung des freien Wochenendes für wirtschaftliche Interessen.

26. Juli Franz Maget (SPD) und Fritz Schösser (DGB) diskutieren in der voll besetzten Rathausdiele über das Verhältnis von Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Titel: Uneins aber eins?

1. Dezember Kundgebung „Gleiche Arbeit – gleicher Lohn – gegen den Missbrauch von Leiharbeit“ vor der Agentur für Arbeit Schweinfurt. Anlass war eine Messe der Arbeitsagentur, um Leiharbeitsfirmen zu präsentieren. Es blieb die einzige derartige Veranstaltung in Schweinfurt.

2008
Abschluss in der Metallindustrie über einen Tarifvertrag Beschäftigungssicherung.

1. Mai Start des DGB-Volksbegehrens zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Bayern. In wenigen Wochen sammelt der DGB Bayern 219.000 Unterschriften. Auch in Schweinfurt läuft die Unterschriftensammlung in den Betrieben und in der Öffentlichkeit auf Hochtouren.

Die Finanzkrise amerikanischer Banken setzt eine Weltwirtschaftskrise in Gang.

2009
„Keine Kündigungen in der Krise!“ Zur Absicherung der Beschäftigung in der Finanzkrise setzen DGB und IG Metall eine Ausweitung der Kurzarbeitsregelungen und eine „Abwrackprämie“ für Automobile durch. IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber schließt mit der Familie Schaeffler eine Vereinbarung ab, nach der betriebsbedingte Kündigungen im Unternehmen ausgeschlossen, eine Erfolgsbeteiligung eingeführt und die Mitbestimmung von Betriebsräten und IG Metall ausgeweitet werden.

Im Agenturbezirk Schweinfurt beziehen infolge der Finanzkrise etwa 30.000 Menschen über mehrere Monate Kurzarbeitergeld. Vorwiegend in den

Industriebetrieben. Die gewerkschaftlich geforderten Maßnahmen verhindern Entlassungen im großen Stil.

2010
DGB-Reform Teil 1. Die beiden DGB-Regionen Schweinfurt/Main-Rhön und Würzburg werden zur DGB-Region Schweinfurt-Würzburg vereinigt. Zum Vorsitzenden wird der Schweinfurter Frank Firsching gewählt. Auf Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise werden ehrenamtlich tätige DGB-Stadt- und Kreisverbände eingerichtet.

2010
8. Februar Das zivilgesellschaftliche Bündnis „Schweinfurt ist bunt“ gründet sich im Kolpinghaus auf Initiative des DGB. Frank Firsching wird Bündnissprecher.

1. Mai „Schweinfurt ist bunt!“ mobilisiert 10.000 Demonstrierende gegen den Naziaufmarsch des sogenannten „Freies Netz Süd“.

„Aufstehen und Einmischen“ – Kampagne gegen die Rente mit 67 Lebensjahren und die Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten.

Demonstration in Nürnberg mit 30.000 Teilnehmern, davon 3.000 aus der Region Schweinfurt/Würzburg. Klaus Ernst wird zum Bundesvorsitzenden der Linkspartei gewählt und gibt sein Amt als Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt ab. Peter Kippes wird sein Nachfolger.

30. April Umzug des DGB-Regionsbüros mit DGB-Jugendsekretariat, dem ver.di-Bezirk Schweinfurt und der IG BAU vom Gewerkschaftshaus Wilhelm-Leuschner-Straße ins DGB-Zentrum am Zeughaus.



Errichtung des Fritz-Soldmann-Denkmal in der Luitpoldstraße mit Bildhauer Jan Polacek.

Die vierte industrielle Revolution und Transformation – 2010 bis 2021

Das vorherrschende Konsummodell war noch nie vernünftig, weil alle Ressourcen bis auf die menschliche Arbeitskraft, endlich sind. Nach einem erschöpfenden Arbeitstag steht die Arbeitskraft des Menschen bei ausreichender Erholung am nächsten Tag wiederhergestellt zur Verfügung. Anders die Quellen der Natur, seien es Rohstoffe wie Erdöl oder Eisen, sei es die Luft zum



Metaller an der
Hahnenhügelbrücke

Atmen oder Wasser – all das steht nur begrenzt zur Verfügung. Deshalb ist die grundlegende Veränderung unserer Art zu wirtschaften und zu leben nötig. Die Erde wird noch lange weiter bestehen, die Frage, ob wir Menschen und wie wir auf diesem Planeten eine Zukunft haben, können wir nur selbst gestalten. Die Transformation der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf Klima- und Ressourcenschonung wird die große Herausforderung der nächsten Zukunft. Die vierte industrielle Revolution bietet die technischen und organisatorischen Lösungen für die Fragen der Zukunft. Digitalisierung kann helfen, die Vernetzung von Warenströmen zu verbessern und Energieverbrauch zu verringern. Sie hat das Potenzial,

menschliche Arbeit interessant und qualifiziert zu gestalten. Die neuen technischen Möglichkeiten können aber auch die Menschen in Überwachung, Dequalifizierung und Entrechtung zwingen.

Bei den Umwälzungen, die abzusehen sind, wird es den Gewerkschaften darauf ankommen, die Mitglieder wie auch alle Beschäftigten, die gleichermaßen Konsumenten sind, mit einzubeziehen. Die Akzeptanz wird wachsen,

wenn Betroffene zu Beteiligten werden, wenn die Betroffenen der Veränderungen sicher sein können, dass es für sie eine sichere Zukunft gibt. Aus diesen Gründen fordern Betriebsräte Zukunftsvereinbarungen mit Sicherung der Arbeitsplätze und mehr demokratische Beteiligung in den Betrieben. Neben der Mitbestimmung – paritätisch – auf Augenhöhe in den Aufsichtsräten braucht es echte demokratische Einbeziehung auf allen Ebenen, vom Arbeitsplatz bis zu Branchenräten. Es bleibt nicht nachvollziehbar, dass es in jeder Kommune einen Stadt- oder Gemeinderat gibt, aber in vielen Betrieben keinen Betriebsrat. Viele Unternehmen proklamieren Vertrauen, Transparenz und Teamarbeit, verweigern aber genau diese Inhalte demokratisch zu verfassen. Im Zweifel gilt der „Herr im Hause“, auch wenn es Frauenförderung gibt.



Warnstreik bei Schaeffler



Bei der Betriebsversammlung von SKF: „Jetzt Zukunft sichern“

2011

Die Mainfranken GmbH hat sich zum Ziel gesetzt, die regionalen Kräfte zugunsten einer aktiven Gestaltung der Zukunft Mainfrankens zu bündeln. Der DGB ist vertreten durch den Regionsvorsitzenden im „Rat der Region Mainfranken“ und weitere Kolleginnen und Kollegen in Fachforen.

15. Oktober Gewerkschaftlicher Aktionstag des DGB in Schweinfurt. An zwölf Informations- und Aktionsständen, verteilt in der gesamten Innenstadt, präsentieren die Gewerkschaften ihre Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft.

2012

29. September bis 25. Oktober Unter dem Titel „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht“ findet die Ausstellung „Gewerkschafter in Konzentrationslagern“ im Rathaus statt.

6. Dezember Gründung einer Unterstützergruppe zum Volksbegehren gegen Studiengebühren in DGB-Zentrum Schweinfurt. Mit weiteren Partnern engagiert sich der DGB Bayern für die Abschaffung der Studiengebühren.

2014

DGB-Reform Teil 2 tritt in Kraft. Die hauptamtlich geführten DGB-Regionen werden als Satzungsebene durch die ehrenamtlich organisierten DGB-Kreisverbände abgelöst. Aus der DGB Region Schweinfurt-Würzburg wird durch den Zusammenschluss mit der DGB-Region Bayerischer Untermain die DGB-Region Unterfranken mit acht Kreisverbänden darunter dem DGB-Kreisverband Schweinfurt. Zum DGB-Regionsgeschäftsführer wählt die Bezirkskonferenz des DGB Bayern Frank Firsching. Ehrenamtlich bleibt Firsching DGB-Kreisvorsitzender in Schweinfurt.

DGB-Aktion zum Thema Rente mit Fahrraddemo vom Hauptbahnhof zum Georg-Wichermann-Platz in Schweinfurt.

2015

Gemeinsam gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) mit 16 Bussen und 700 Menschen nach Berlin.¹⁸

Nach heftigen politischen Widerständen seitens der Arbeitgeberverbände wird der gesetzliche Mindestlohn von der großen Koalition aus Union und SPD in Höhe von 8,50 Euro in der Stunde eingeführt.

Ein großer Erfolg für den DGB.

Juli Das zivilgesellschaftliche „Bündnis für Demokratie und Toleranz Schweinfurt ist bunt“ wird mit dem Würzburger Friedenspreis ausgezeichnet.

2017

DGB-Rentenkampagne zur Bundestagswahl.

DGB-Rentenkongress in Schweinfurt.

Martin Schmidl folgt Frank Firsching als ehrenamtlicher DGB Kreisvorsitzender für Schweinfurt Stadt und Land.



„Respekt-Aktion“ vor dem Amtsgericht Schweinfurt

2018

Erstmals 24-Stunden-Streiks der IG Metall
16. April Die Zukunftsvereinbarung von Schaeffler wird von Vorstandsmitgliedern, Vertretern des Gesamt- und Konzernbetriebsrats sowie den IG Metall-Vertretern im Aufsichtsrat der Schaeffler AG unterschrieben. Die Zukunftsvereinbarung war Vorlage für einige Forderungen der Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektroindustrie.

2020

Der DGB-Kreisverband Schweinfurt ist Partner im Bürgerbegehren „Bezahlbar wohnen in Schweinfurt“. Das Bündnis aus Parteien, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften fordert von der Stadt den Bau von 600 Sozialwohnungen bis 2026.

9. September Der Schaeffler-Vorstand präsentiert den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses das Maßnahmenprogramm „SPACE“, das zur Integration der Fertigung aus Eltmann an den Standort Schweinfurt und damit zur Schließung des Betriebs in Eltmann führt.

November Das Bündnis einigt sich mit Oberbürgermeister und Stadtrat. Bis 2026 entstehen in Schweinfurt 500 weitere Sozialwohnungen, dafür verzichtet das Bündnis auf die Durchführung eines Bürgerentscheids.

Die Coronapandemie legt Teile des öffentlichen Lebens lahm. Bis zu 50.000 Kurzarbeitende zählt die Agentur für Arbeit im Bezirk Schweinfurt in wenigen Monaten. Insbesondere sind Teile des Einzelhandels, die Gastronomie, das Hotelgewerbe und körpernahe Dienstleistungen betroffen. Das aus der Krise 2008/2009 ausgeweitete und zielgerichtet eingesetzte Kurzarbeitergeld verhindert den Kollaps auf dem Arbeitsmarkt.

1. Mai Erstmals seit 1946 findet in Schweinfurt

keine DGB-Maikundgebung statt, wie in der gesamten Republik nicht. Von der Bundesebene aus bietet der DGB ein Live-Stream-Programm an.

2021

Die Pandemie hält an. Besonders im ersten Halbjahr sind die Kurzarbeiterzahlen weiterhin hoch.

Gastronomie und Hotellerie dürfen erst nach und

nach unter Auflagen wieder öffnen. Gleiches gilt für körpernahe Dienstleistungen. Erst als die Impfquoten steigen, entspannt sich auch die Situation.

1. Mai Nach einem Jahr Pause organisiert der DGB Schweinfurt wieder eine Maikundgebung in reduzierter Version unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln auf dem Marktplatz, etwa 250 Menschen nehmen teil.

27. Juli Der Stadtrat

beschließt, das Willy-Sachs-Stadion in Sachs Stadion umzubenennen. Eine jahrzehntelange Forderung der DGB-Jugend, die Klaus Hofmann schon in der 80er-Jahren publizierte und wiederholte Versuche über die „Initiative gegen das Vergessen“ unternimmt, bis es gelingt.

7. Juli Die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz Schweinfurt bestätigt Martin Schmidl im Amt des DGB-Kreisvorsitzenden.

29. Oktober Die IG Metall ruft zum Aktionstag „Fairwandel“ mit Kundgebung an der Hahnenhügelbrücke auf. Ziel des bundesweiten Aufrufs ist es, die laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grüne und FDP mit den gewerkschaftlichen Anforderungen zur industriellen Transformation und der geforderten Arbeitsplatzsicherheit öffentlich zu konfrontieren.



Quellen

- 1 Es hat sich was geändert – 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt, 1998
- 2 Auf daß der Mensch ein Mensch bleibt – Schweinfurter Gewerkschaften im Wandel der Zeit, 1986
- 3 Die Schweinfurter Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg, Magisterarbeit, ca. 1976
- 4 100 Jahre RKV Solidarität Schweinfurt, 2004
- 5 100 Jahre SPD Schweinfurt, 1989
- 6 Archiv Klaus Hofmann
- 7 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz, Protokollbücher des Betriebsrates der Firma FAG Kugelfischer, 2/2020
- 8 100 Jahre Betriebsrätegesetz, lunapark 21, 14.4.2020
- 9 Heinrich Potthoff. Betriebsräte und Gewerkschaften, S. 20
- 10 Werner Abel & Enrico Hilbert. „Sie werden nicht durchkommen“, Deutsche an der Seite der Spanischen Republik, ISBN 978-3-86841-112-6
- 11 Festschrift 50 Jahre Freie Turnerschaft Schweinfurt, 1952
- 12 Festschrift 100 Jahre IG Metall, 1989
- 13 Dokumentation Fritz Soldmann Denkmal, 15.3.2009
- 14 Abgrund und Aufstieg – 25 Jahre gewerkschaftliche Betriebsarbeit, Schweinfurt Januar 2018
- 15 Anmerkungen zu einer Internierung in Deutschland 1943-1945, Schweinfurt Februar 2003
- 16 Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands im Bemühen um Anerkennung als Gewerkschaft, Frankfurt am Main, 1991
- 17 Prof. Dr. Rainer Kalbitz. Der Metallarbeiterstreik in Bayern 1954,
- 18 Geschäftsberichte des DGB Schweinfurt



„Wann wir schreiten Seit' an Seit' ...“

Die Gewerkschaften entstanden aus dem Schoß der Arbeiterbewegung. Die betrieblichen und tariflichen Kämpfe fanden historisch ihre Verbindung in den Auseinandersetzungen um die Verbesserung der sozialen Lage, in der Selbstorganisation von arbeitsfreier Zeit, eigenständiger Kultur und in den Parteien der Arbeiterbewegung, die für einen demokratischen Staat kämpften.

Soziale Sicherheit
vom 19. Jahrhundert bis heute

Selbsthilfe durch Genossenschaften

Sport – Kultur – Soziales: Das Netzwerk
der Arbeiterbewegung



Soziale Sicherheit vom 19. Jahrhundert bis heute

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts nichts anderes haben als ihre Arbeitskraft, ist es wichtig, wie hoch der Lohn für die geleistete Arbeit ist. Reicht er aus, um sich und die Familie ernähren zu können und an dem von ihnen erarbeiteten gesellschaftlichen Wohlstand angemessen teilhaben zu können. Genauso wichtig ist aber die Frage, was passiert, wenn ich meine Arbeitskraft nicht einsetzen kann, um das notwendige Einkommen zu erzielen, weil ich krank werde, einen Unfall erleide, arbeitslos werde oder in ein Alter komme, in dem ich den Anforderungen der Arbeit nicht mehr gewachsen bin. Wie ist es dann um den Lebensunterhalt und Lebensstandard bestellt? Die Einkommensfrage und die Frage der sozialen Absicherung waren seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung gleich wichtig. Bis heute hat sich dies nicht geändert, auch wenn die Lohn- und Tarifpolitik in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird.

Die Zeiten ändern sich: Von Landwirtschaft und Handwerk zur Industrie

Mit der Industrialisierung in Deutschland ab Mitte des 19. Jahrhunderts änderte sich die Arbeitswelt grundlegend. Die Fabrik trat als Arbeitsstätte vielfach an die Stelle der handwerklichen Betriebe und Bauernhöfe. In die Städte kamen Arbeiter vom Land, die zu Löhnen weit unter dem Existenzminimum und unter schwierigen Bedingungen körperliche Arbeit leisteten. Es entstanden neue Krankheitsrisiken durch Gifte, Gase und Arbeitsunfälle an Maschinen. Andere krankheitsfördernde Faktoren waren die mangelhafte Ernährung und schlechte Wohnverhältnisse in den Arbeitervierteln. So lag die

◀ Lebenserwartung von Neugeborenen nur um die 40 Jahre.
Anstecker, ca. 1910 Nicht wenige Deutsche reagierten auf

diese katastrophalen Verhältnisse mit Auswanderung. Es war die pure Not und Hoffnungslosigkeit, die dazu führten, dass zwischen 1816 und 1914 rund 5,5 Millionen in die USA auswanderten, das war jeder zehnte Einwohner. Manche würden sie heute Wirtschaftsflüchtlinge nennen.

Wie war die Situation in Schweinfurt?

Erst mit Beginn der industriellen Produktion von Schuhen und Kugellagern in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts wandelte sich Schweinfurt zur Industriestadt. Dies lässt sich anhand der Einwohnerzahlen gut verfolgen: 1871, im Jahr der Reichsgründung, betrug die Einwohnerzahl 10.325, stieg auf 12.472 im Jahr 1890, um auf 22.195 im Jahr 1910 rapide anzuwachsen.

Die Löhne für die meist ungelerten Arbeitskräfte, die aus dem ländlich geprägten Umland nach Schweinfurt zogen, reichten zum Leben nicht aus, schon gar nicht, um eine Familie zu ernähren. Weder Gesetze noch eine eigene Interessenvertretung schützten die Arbeiter vor den ausufernden Ansprüchen der Fabrikherren. Eine Folge waren extrem lange Arbeitszeiten. Ein Arbeiter in einer Kugeldreherei arbeitete in den 1880er-Jahren im Schnitt 11 Stunden täglich, auch am Samstag. Kinderarbeit war weit verbreitet. Bis 1891 hatte das gesetzliche Mindestalter für die Arbeit von Kindern bei 9 Jahren gelegen. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts durften 12-jährige in gewerblichen Unternehmen arbeiten. Frauen, die mitarbeiten mussten, um eine Familie zu ernähren, wurden noch schlechter als die Männer bezahlt und wurden von den Arbeitgeberern als Lohndrücker benutzt.

In der Schweinfurter Farbenindustrie waren es die Chemikalien, die Krankheiten verursachten, z. B. die gefürchteten Bleiweißkoliken. Die Arbeiter in der Metallindustrie litten vor allem an den feinen Schleifstäuben und den Schmiermitteldämpfen. Die Akkordarbeit an nur wenig gesicherten Maschinen führten zu erheblichen Unfallgefahren.

Brief eines Arbeiters von 1904

Lieber Willy! Leider muss ich zugeben, daß ich riesig schreibfaul gewesen bin, doch das bringen ebenso die Verhältnisse mit sich. Ich leide jetzt stark an chronischem Kopfschmerz. Es ist ja kein Wunder, bei der Massenmaschinerie in unserer Bude herrscht ein solch unbeschreibliches Getöse, daß man sich in „Dantes Hölle“ versetzt fühlt und leider werde ich dadurch immer nervöser. Mir täte wirklich einmal eine Kur not. In dem Höllenlärm verkomme ich noch und diese verfluchte Akkordschinderei ist der reine Jammer. Bei Dir ging es in der Zwötzener Gift- und Schinderhütte hundertweise, während es bei mir tausendstückweise geht. Dabei habe ich eine Unmasse schiefgepreßte Deckel dabei. Ich arbeite jetzt nämlich in einer Präzisions-Kugellagerfabrik, eine wirkliche Taschenausgabe Lucifers. Alles Teilarbeit. Ich drehe Schlußdeckel für Fahrräder-Vorderfreilaufnaben. Aus dem Oberteil des Drehbanksupports habe ich einen Schlitten gemacht, also ohne Leitspindel. Wird nur mit den Händen angeschoben, sonst ginge es zu langsam. Für ein Hundert zu drehen, zu bohren und zu randieren erhalte ich – sage und schreibe – zwanzig Pfennig. Da heißt es schuften, daß der Dampf rausfliegt. Dabei hat man enormen Ärger und Überdruß über seinen nächsten Mitarbeiter. Die Schweinfurter sind reine Teufel während der Arbeitszeit. Aber das Leben dieser Kollegen wird ja nur durch Saufen und Schinakeeln ausgefüllt. Vor kurzem war ich wieder acht Tage krank. Mit 8,50 Mk. Krankengeld heißt es da nun hungern. Ich wollte mir andere Arbeit suchen, es klappte aber nirgends. Also dachte ich wie Hebbel: „Der Tag ernährt seinen Menschen, aber niemals das Jahrhundert.“ Ich gab darum unseren technischen Leiter ein gut Wort, leicht ist mir das nicht geworden. Du weißt, ich bin kein Freund von guten Worten. Aber vor dem Tippel graut mir auch. Ich dachte an die Polizei und daran, wie mich strohdumme Menschen wieder anstieren würden. (...) Jetzt musst Du nun abermals in diese Bazillenvernichtungsanstalt. Mir tut weh, weil ich das Arbeitsleben von der Pike aufkenne und gründlich kennengerlernt habe. Es ist ein Jammer so ein Leben führen zu müssen – aber Alter, mir

sagte einmal einer unserer Vertrauensmänner in Magdeburg, als ich revoltieren wollte: höre, wir leben noch nicht im Zukunftsstaat!

Mir ist dieses Jammerleben ein riesiger Ekel. Arbeiten und kein Heim haben. Wahrlich lieber aufgehängt. Die Verhältnisse hier in Schweinfurt sind unter dem Hund. Man ist nur Logisbursche und weiter nichts. Man hat ein Heim und auch keins. Zur Abwechslung das Wirtschaftsleben – Saufen – Saufen – und nochmals Saufen. Das ist alles, was man in Schweinfurt erobern kann, aber auch alles. Ich habe es satt. Morgen ist Samstag. Ich mache Schluß hier. Das ist mein fester Vorsatz. Werde nach Frankfurt oder Köln reisen, wenn früher Existenz, dann meinetwegen Offenbach, Hanau oder auch schon Aschaffenburg. Die verfluchte Akkordschinakelei hat mich total auf den Hund gebracht.

Mit Gruß

Ahasver

Bei dem erwähnten Betrieb handelt es sich um die Firma Fichtel & Sachs (heute ZF Friedrichshafen AG) (Quelle: Moritz William Theodor Bromme: Lebensgeschichten eines modernen Fabrikarbeiters. Jena und Leipzig 1905 S. 279-281; abgedruckt in 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt)

Absicherung bei Krankheit

Das Risiko, unter solchen Umständen krank zu werden, war sehr groß. Viele konnten sich ärztliche Behandlung und Arzneimittel nicht leisten. Wer so krank wurde, dass er nicht mehr arbeiten konnte, erhielt keinen Lohn. Er war er auf Unterstützung durch freiwillige Hilfskassen oder auf die Armenfürsorge der Gemeinden angewiesen. Die Unterstützungsformen der Agrargesellschaft durch Familien, Nachbarschaft und Dorfgemeinschaften waren brüchig geworden. Für Handwerker gab es Unterstützungskassen, die auf die mittelalterlichen Zünfte und Gesellenvereinigungen zurückgingen. Vergleichbare Einrichtungen für die Industriearbeiter und andere Berufsgruppen gab es dagegen zunächst nicht. Trotz des sozialen Elends

sahen Staat, Gemeinden und Unternehmer keine Veranlassung, Einrichtungen zur sozialen Sicherung zu schaffen. Sie verwiesen auf die höheren Löhne als in der Landwirtschaft. Die lange Arbeitszeit galt als „eine dankbar zu nutzende Gelegenheit, gutes Geld zu verdienen“.

Gustav Schmoller, Ökonom und Sozialwissenschaftler, schrieb 1904, dass es nicht übertrieben sei, „wenn man behauptet hat, vor der neueren Arbeiterversicherung sei in den Kulturländern für kranke Pferde und krankes Rindvieh meist besser gesorgt worden als für die kranken Arbeiter“.¹

1869 beschloss der Bayerische Landtag ein Gesetz zur öffentlichen Armen- und Krankenpflege. Auf Gemeindeebene sollten Armen- und Krankenkassen eingerichtet werden, die jedoch nur bei allergrößter Not einsprangen und auf deren Leistung kein Anspruch bestand. Seit den 1860er-Jahren entstanden Gewerkschaften, die selbst Hilfskassen gründeten, um die Risiken des Lebens gemeinsam zu schultern und ihre Mitglieder in Notfällen zu unterstützen. Sie waren auch ein Anreiz, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Aber noch hatten sie wenige Mitglieder und konnten die Not nur lindern und nicht verhindern.

Im Kaiserreich

Nach der Gründung des Deutschen Reichs wurde zunächst der Status dieser Hilfskassen gesetzlich geregelt. Die Zeit der Rechtssicherheit war aber nur kurz. Mit den Sozialistengesetzen von 1878 bis 1890 wurden die Gewerkschaften verboten. Die Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter wurden durch den Staat schikaniert, weil sie als gewerkschaftliche Ersatzorganisationen angesehen wurden. Die im Reichstag vertretene Sozialdemokratie, programmatisch und personell eng mit den Gewerkschaften verbunden, verlangten vom Staat immer drängender Antworten auf die „soziale



Wilhelm Liebknecht, August Bebel und Ferdinand Lasalle. Stickbild vor 1900. Aus Privatbesitz einer Familie in Dittelbrunn.

Frage“ und forderten politische Mitgestaltung der Arbeitsverhältnisse. Kernanliegen waren neben dem Arbeitsschutz und einem existenzsichernden Lohn auch eine Absicherung bei Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter.

Damit zeigt sich, dass neben Lohn und Arbeitszeit die soziale Absicherung von Lebensrisiken, die für den Arbeiter und seine Familie größte Not und Armut nach sich ziehen konnten, ganz am Anfang der Gewerkschaftsbewegung stand.

Die Staatliche Sozialversicherung

Wie war die soziale Absicherung im Gründungsjahr

des Schweinfurter Gewerkschaftskartells?
 Dazu ein Beispiel: *Georg ist Arbeiter in einer Schweinfurter Fabrik. Er wird 1896 schwer krank und kann mehrere Wochen lang nicht arbeiten. Die Kosten der ärztlichen Behandlung und der Arzneimittel werden zwar von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen, Anspruch auf Lohnfortzahlung gegenüber dem Arbeitgeber hat er aber nicht. Ab dem 3. Tag der Krankheit bekommt er von der Krankenkasse Krankengeld, aber nur in Höhe von 50 Prozent des üblichen Einkommens eines Tagelöhners, und zwar für höchstens 13 Wochen.*



Verwaltungsgebäude der AOK 1927 in der Friedrichstraße

Das ist die Kaufkraft für 1 kg Brot, 1 l Milch, 100 g Schweinefleisch, 1 kg Kartoffeln und etwas Butter. Sonstige Ausgaben, wie die Wohnungsmiete, können damit nicht bezahlt werden.

Diese Situation bestand seit 1884, dem Inkrafttreten der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Jahre 1883 war die gesetzliche Krankenversicherung unter Reichskanzler Otto von Bismarck für das gesamte Deutsche Reich vom Reichstag beschlossen worden und am 1.12.1884 in Kraft getreten. Wie war es dazu gekommen? Die Not der Arbeiterschaft hatte immer wieder zu Arbeitskämpfen und zu Wahlerfolgen der damals revolutionären Sozialdemokratie bei den

Reichstagswahlen in den 1870er-Jahren geführt. Bismarck setzte zunächst ausschließlich auf Repression. Mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz), das alle Organisationen verbot, die den „Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“ wurde die SPD ab 1878 verboten. Lediglich ihre parlamentarische Arbeit war möglich. Das Verbot betraf auch die Gewerkschaften. Allmählich setzte sich bei der Staatsführung aber die Erkenntnis durch, welche politische Sprengkraft die extremen sozialen Gegensätze haben und dass es aussichtslos wäre, ihr nur mit Unterdrückung zu begegnen. Neben der „Peitsche“ sollte ein „Zuckerbrot“ die Arbeiterschaft an das bestehende Gesellschaftssystem binden, der sozialistischen Bewegung den Nährboden entziehen und weiterem Aufruhr zuvorkommen.

In einer „Kaiserlichen Botschaft“ (Regierungserklärung) vom November 1881, mit der die Sozialgesetze angekündigt werden, heißt es dazu: *„Schon im Februar d. J. haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die*

Heilung sozialer Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.“

Entsprechend dieser Ankündigung legte der Reichstag in nur sechs Jahren, von 1883 bis 1889, mit drei Gesetzen den Grundstein für die moderne, staatlich organisierte Sozialversicherung: die Kranken-, Unfall- und die Rentenversicherung. Die Einführung der Sozialversicherung war also kein administrativer Akt, sondern eine politische Entscheidung, um die Macht der herrschenden Klasse zu sichern. Angesichts der fortbestehenden Unterdrückung der Arbeiterbewegung und weil sie die Leistungen für

unzureichend hielt, lehnte die SPD im Reichstag diese Gesetze ab. Erst nachdem das „Sozialistengesetz“ 1890 aufgehoben worden war, orientierte sich die Arbeiterbewegung um, beteiligte sich an deren Ausgestaltung und gewann zunehmend Einfluss auf die gesetzliche Sozialversicherung. Als Erstes trat am 1.12.1884 das „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ in Kraft. Es bestimmte erstmals eine einheitliche allgemeine Versicherungspflicht für Industriearbeiter sowie Beschäftigte in Handwerks- und anderen Gewerbebetrieben bis zu einem Jahresverdienst von 2.000 Mark. Der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters betrug damals 700 Mark im Jahr.

Die Leistungen, auf die ein Rechtsanspruch bestand, umfassten die freie ärztliche Behandlung, Arzneimittel, Heilmittel, Brillen, Sterbegeld in Höhe des 20-fachen Tageslohns und Unterstützung von Wöchnerinnen für vier Wochen nach der Niederkunft. Mit dem Krankengeld ab dem 3. Tag der Arbeitsunfähigkeit konnte allenfalls ein alleinstehender Arbeiter einigermaßen seine Existenz sichern, nicht aber eine Familie ernährt werden; und nach 13 Wochen war Schluss. Leistungen für erkrankte Ehegatten und Kinder waren gar nicht vorgesehen.

Auch wenn dies bei Weitem nicht dem heutigen Leistungskatalog entsprach, so konnte doch der Arzt etwas verschreiben, was heute undenkbar ist: alkoholische Getränke. So ist in einem Protokollbuch der Ortskrankenkasse Schweinfurt aus den 1890er vermerkt: *„Weiter kam zur Besprechung, daß nur deutscher Cognac verschrieben werden soll, der dieselben Dienste erwies als wie französischer.“*

Auch Wein konnte verordnet werden. Vielleicht kommt daher der Spruch: „Frankenwein ist Krankenwein“.

In der Krankenversicherung galt schon damals das Solidaritätsprinzip, das bis heute Wesensmerkmal der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Es

bedeutet, dass alle Versicherten, unabhängig von Alter und Gesundheitszustand, entsprechend der Höhe ihres Einkommens Beiträge zahlen. Die Leistungen werden jedoch nicht nach den bezahlten Beiträgen, sondern nach medizinischer Notwendigkeit zur Verfügung gestellt. Das heißt, die Einkommensstarken kommen für die Einkommensschwachen, die Jungen für die Älteren und die Gesunden für die Kranken auf. Die Versicherungsbeiträge von ca. drei Prozent des Verdienstes wurden zu einem Drittel von den Unternehmen und zu zwei Dritteln von den Beschäftigten bezahlt. Diese Aufteilung spiegelte sich auch in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen wider.

Krankenkassen konnten von Gemeinden, Fabriken oder Innungen eingerichtet werden. Für alle galten die gleichen Bestimmungen und Leistungen.

1885 waren etwa 10 Prozent und 1911 etwa 18 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reichs in rund 22.000 Krankenkassen versichert.

Es bestand jedoch die Möglichkeit, sich von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung befreien zu lassen, wenn man einer Hilfskasse angehörte.

In Schweinfurt war die Einstellung zu dieser neuen gesetzlichen Krankenversicherung uneinheitlich. Die schon länger existierende Gemeindekrankenkasse blieb zunächst bestehen. Bei den Unternehmern wurde – auch aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs – die Bereitschaft größer, Fabrikkrankenkassen einzurichten und einen Teil des Beitrags zu übernehmen. Der damit verbundene Einfluss sollte als Möglichkeit zur politischen Disziplinierung der Arbeiter und zur Kontrolle des „Simulantentums“ genutzt werden.

Die noch in die Illegalität gezwungene aber trotzdem immer stärkende werdende Arbeiterbewegung lehnte auch in Schweinfurt die gesetzlichen „Zwangskassen“ als ein gegen ihre Interessen gerichtetes Instrument des Staates ab. Auf die den Gewerkschaften nahe-

stehenden Hilfskassen setzte ein regelrechter Ansturm ein. In kurzer Zeit vervielfachten sich die Mitgliederzahlen. Da die Arbeitgeber für diese Hilfskassen keinen Beitragsanteil übernehmen mussten, lag die Verwaltung ausschließlich in den Händen der versicherten Arbeiter. Sie sahen darin auch Möglichkeiten für politische Aktivitäten, als Ersatz für die verbotene Partei- und Gewerkschaftsorganisation. Es dauerte sechs Jahre, bis sich die Stadt Schweinfurt dazu durchrang, die Gemeindekrankenversicherung zu schließen und deren Mitglieder in eine von den Arbeitgebern und Versicherten selbstverwaltete Ortskrankenkasse zu überführen. An der Wahl der Delegierten beteiligten sich jedoch nur 2,13 Prozent der wahlberechtigten Arbeiter, was praktisch einem Boykott gleichkam. Da zu wenige Delegierte gewählt worden waren, musste der Stadtmagistrat den Rest bestimmen. Die Arbeiterbewegung nahm die Installation einer Ortskrankenkasse nicht einfach hin. Mit gezielter Pressearbeit wurde für die Mitgliedschaft in einer der freien Hilfskassen geworben, die in Schweinfurt vier Verwaltungsstellen für Arbeiter verschiedener Branchen sowie eine Filiale der Hilfskasse für Frauen und Mädchen unterhielten. Der damit verbundene Verzicht auf $\frac{1}{3}$ Beitragsanteil der Arbeitgeber macht deutlich, wie wichtig den Arbeitern ihre Selbstbestimmung in dieser Frage war. Nach 1890 änderte sich schrittweise die Einstellung zur staatlichen Sozialpolitik und zur Selbstverwaltung.

Die Soziale Selbstverwaltung von den Anfängen bis heute

Mit der Einführung der Selbstverwaltung in der staatlichen Sozialversicherung wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass diejenigen, die mit ihren Beiträgen die Leistungen der Sozialversicherungsträger wesentlich finanzieren, auch über die Verwendung der Mittel mitentscheiden sollen.

Dabei wurde und wird die Beteiligung der Arbeitgeber kritisch gesehen. Die von ihnen übernommenen Beiträge werden nicht aus ihrer eigenen Tasche bezahlt, sondern sind Betriebskosten, die in die Preise einfließen, und am Ende von den Käufern bezahlt werden.

Die Bezeichnungen für die Selbstverwaltung haben sich häufig geändert: von Generalversammlung aller Versicherten, Delegiertenversammlung, Vertreterversammlung Vorstand, Verwaltungsrat – alles ehrenamtliche Funktionen.

Grundlage ihrer Arbeit, bei der die Gewerkschaften eine wichtige Rolle hatten und auch heute noch haben, sind die Gesetze. Die Möglichkeiten, sich darüber hinaus für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen, hat sich im Laufe der fast 150-jährigen Geschichte der Selbstverwaltung immer wieder verändert. Einige Prinzipien sind jedoch unverändert:

- Die Selbstverwaltung als Bestandteil einer Gesellschaft, in der sich demokratische Strukturen nicht auf das Parlament beschränken dürfen, sondern das gesamte öffentliche und wirtschaftliche Leben erfassen müssen.
- Kontrolle der Verwaltung, die ihre Entscheidungen nicht nur nach Recht und Gesetz zu treffen hat, sondern auch den Sinn der Sozialgesetze berücksichtigen sollte.
- Ausschöpfen der gesetzlichen Spielräume bei den Leistungen im Interesse der Versicherten, sodass z. B. der medizinische Fortschritt auch den gesetzlich Versicherten zu Gute kommt. Die Tatsache, dass die Arbeitgeber paritätisch in den Gremien vertreten sind und häufig andere Interessen haben, beschränkt diese Möglichkeiten. Dies, und die Tatsache, dass bessere Leistungen auch durch die Versicherten finanziert werden, muss gegenüber den Versicherten jeweils gut begründet werden.
- Die Leistungserbringer dürfen ihre Einflussmöglichkeiten nicht zulasten der Versicherten durchsetzen.
- So weit wie möglich muss verhindert werden, dass

Profitinteressen das Gesundheitswesen dominieren.

- Aus der Erfahrung der Selbstverwaltung kann Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden.

- Widerstand gegen Bestrebungen, die Rechte und Möglichkeiten der Selbstverwaltung weiter einzuschränken.

Unterschiedliche gesetzliche Grundlagen und gesellschaftliche Verhältnisse haben die Umsetzung dieser Grundsätze im Laufe der Zeit maßgebend beeinflusst.

Im Kaiserreich wurde die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger von den Gewerkschaften zunächst abgelehnt. Sie sahen darin ein Instrument gegen ihre eigenen Hilfskassen, bei denen sie das alleinige Sagen hatten und die während der Sozialistengesetze eine wichtige Rolle für die Arbeiterbewegung spielten. Die Vertretung der Versicherten in den Gremien der Selbstverwaltung wurde oft durch Werkmeister oder Vorarbeiter wahrgenommen, die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe vom Arbeitgeber abkommandiert wurden. So konnte in einem Bericht die Verwaltung der Ortskrankenkassen in den ersten zehn Jahren fast völlig „sozialistenrein“ bezeichnet werden. Wegen des dadurch dominierenden Einflusses der Arbeitgeber wurden nur die gesetzlichen Mindestleistungen erbracht. Mögliche Mehrleistungen wurden abgelehnt, weil sie mit höheren Beiträgen verbunden gewesen wären.

Mit dem Wegfall der Sozialistengesetze ab 1890 und den gesetzlichen Beschränkungen für die freien Hilfskassen änderte sich bei den Arbeiterorganisationen die Ansicht über die Selbstverwaltung der staatlichen Sozialversicherung. Durch die Einbeziehung immer größerer Bevölkerungsteile in die gesetzliche Krankenversicherung stieg deren

Bedeutung für die organisierte Arbeiterbewegung. Es gab erste, schüchterne Versuche, sich an der Verwaltung der Krankenkassen zu beteiligen. Dabei war es keineswegs selbstverständlich, sich mit den Arbeitgebern, die im Betrieb weitgehend alleine entscheiden konnten, gleichberechtigt an einen Tisch zu setzen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Die unterschiedlichen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern führten dabei immer wieder zu Konflikten. Oft waren es die Arbeitgeber, die Beschlüsse in der Selbstverwaltung verzögerten, indem sie monatelang einfach nicht erschienen. Mit dem steigenden Selbstbewusstsein der Arbeitervertreter wurden weitergehende Reformen, wie freie Arztwahl und Mehrleistungen gefordert. Auch nutzte man die Positionen, um in der Sozialpolitik Einfluss auf staatliche Entscheidungen zu gewinnen. Offenbar befürchtete die kaiserliche Regierung Anfang des 20. Jahrhunderts sogar eine „Übernahme“ der Ortskrankenkassen durch die Organisationen der Arbeiterbewegung und veranlasste einige gesetzliche Änderungen, die den Einfluss der Arbeitgeberseite stärkten. Prägende Persönlichkeit der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung der Ortskrankenkasse Schweinfurt



Zweiter bis Fünfter von links (stehend) sind die Vorstandsmitglieder Georg Groha und Christian Neuschwanger, AOK-Geschäftsführer Friedrich Pfister und Vorstandsvorsitzender Fritz Soldmann.

war zu dieser Zeit FRITZ SOLDMANN. Als Beschäftigter der Ortskrankenkasse war er von 1905 bis 1910 ehrenamtlicher Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und ab 1914 erster hauptamtlicher Arbeitersekretär in Schweinfurt. Nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung (RVO) und der damit verbundenen Umbenennung in Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) wurde er im November 1914 zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Viele Jahre hatte er dieses Ehrenamt inne, unterbrochen nur durch Militärdienst im 1. Weltkrieg und seine Wahl in den Reichstag nach 1918, bis 1933 die Nazis die Selbstverwaltung beseitigten. In der Weimarer Republik änderte sich die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft grundlegend. Das Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden vom 15. November 1918, in dem die Gewerkschaften „als berufene Vertreter der Arbeitnehmerschaft“ anerkannt wurden, kennzeichnet auch für die Sozialversicherung eine neue Epoche. Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 brachte für die Versicherten bei der Kranken- und Rentenversicherung bessere Mitwirkungsrechte aber nicht die alleinige Bestimmung, wie von der Arbeiterbewegung ursprünglich gefordert. Die Stärkung der Gewerkschaften führte jedoch zu einem dominierenden Einfluss bei den Krankenkassen, nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch bei den Beschäftigten und Geschäftsführern. Die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern blieb jedoch, da nicht wenige weiter den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ vertraten. Bei den Sozialwahlen im Jahr 1921 zeigte sich für die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und im Angestelltenbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften, anders als noch vor dem Krieg, eine deutliche Konkurrenz durch die christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Diese schlossen sich zusammen, „um den sozialistischen

Einfluß auf ein bestimmtes Maß zurückzudrängen“. In einem Aufruf hieß es: „Das gemeinsame Ziel, an dem sich die Arbeitgeber, die nicht sozialistisch denkenden Arbeitnehmer und Angestellten beteiligen müssen, sei: ‚Gegen die rote Flut‘.“ Obwohl sich der ADGB um eine Mobilisierung seiner Mitglieder bemühte, war die Wahlbeteiligung bei den Versicherten gering. Es fehlte an der Aufbruchstimmung wie vor der Novemberrevolution. In vielen Fällen kam es dann zu keiner echten Wahl, weil sich die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen vor Ort auf gemeinsame Vorschlagslisten verständigt hatten. Inflation und Weltwirtschaftskrise in den Zwanzigerjahren führten zu massiven gesetzlichen Einschränkungen bei den Sozialleistungen und damit auch zu einem Vertrauensverlust in die Selbstverwaltung, die das umsetzten, was ihr politisch vorgegeben wurde. Während der Nazidiktatur wurde die Selbstverwaltung durch Entlassung und Verfolgung führender Funktionäre zunächst faktisch außer Funktion gesetzt und im Juli 1934 auch formal abgeschafft. Auch in der Sozialversicherung galten das Führerprinzip und die strikte politische Ausrichtung auf den Nationalsozialismus. Vor Gründung der Bundesrepublik wurde vonseiten der Gewerkschaften und der linken Parteien die alleinige, zumindest aber Zwei-Drittel-Vertreter der Versicherten in den Selbstverwaltungsorganen gefordert. Sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Die konservative Mehrheit des Bundestags beschloss stattdessen die gleichstarke Vertretung von Versicherten und Arbeitgebern in den Gremien der Sozialversicherung, was für die Krankenversicherung sogar eine Verschlechterung gegenüber den früheren Verhältnissen darstellte. Lediglich bei den Ersatzkassen blieben die Arbeitgeber auch weiterhin außen vor. Mit den ab 1953 durchgeführten Sozialwahlen wurde schließlich in der Sozialversicherung ein Schlussstrich unter das

Führerprinzip gezogen. Die folgenden Jahre brachten ein ständiges Ringen um die Bedeutung und den Einfluss der Selbstverwaltung bei der Ausgestaltung des Sozialstaates. Alle Regierungen, gleich welcher politischen Zusammensetzung, versuchten immer wieder, die einheitlichen gesetzlichen Vorgaben auszubauen, was den Gestaltungsraum der Sozialversicherung einschränkte. Beispielhaft wird dies bei der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich. 1996 wurden gleichzeitig mit Einführung der freien Kassenwahl für alle Versicherten die ehrenamtlichen Gremien – Vorstand und Vertreterversammlung – durch den Verwaltungsrat ersetzt und die Führung der Kasse einem hauptamtlichen Vorstand übertragen.

Die 1889 gegründete Ortskrankenkasse Schweinfurt war auf das Stadtgebiet beschränkt. Die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze entstand jedoch in der damals noch selbstständigen Gemeinde Oberndorf. Die dort beschäftigten Arbeiter konnten nicht bei der Ortskrankenkasse Schweinfurt versichert werden. Da Alternativen fehlten, wurden verschiedene Betriebskrankenkassen (BKK) gebildet. Im Oktober 1897 erfolgte dies für die 700 Arbeiter der Deutschen Gußstahlkugel AG (Nachfolger der Gußstahlkugelfabrik Fries & Höpflinger und Vorgänger der Vereinigten Kugellagerfabriken AG, später SKF). Die Mitgliederzahl wuchs bis zum Ersten Weltkrieg auf 2.000 an. Nach dem Zusammenschluss der sechs führenden deutschen Kugellagerfabriken, darunter auch die Schweinfurter „Deutsche Gußstahlkugel AG“ zur „Vereinigten Kugellagerfabriken AG“ während der Weltwirtschaftskrise, blieb die BKK ausschließlich für das Schweinfurter Werk zuständig. Der damit verbundene Mitgliederschwund veranlasste 1930 die AOK, die Schließung dieser kleinen BKK zu beantragen, kam damit aber nicht durch. Als die Mitgliederzahl Anfang der 1950er-Jahre auf nur noch

450 geschrumpft war, kam es zur Gründung einer BKK für die gesamte SKF, was innerhalb des DGB wegen der geringer werdenden überbetrieblichen Solidarität durchaus kritisch gesehen wurde. Die Interessen der Versicherten wurden auch in dieser BKK stets von führenden Betriebsratsmitgliedern vertreten. So konnte 1997 der damalige Betriebsratsvorsitzende und alternierende Verwaltungsratsvorsitzende der BKK, Ernst Lang, auf 100 Jahre erfolgreiche Arbeit der Selbstverwaltung verweisen. Auch FAG Kugelfischer gründete – offenbar etwas widerwillig – eine Betriebskrankenkasse, beließ aber die in der Schweinfurter Fertigungsstätte beschäftigten Arbeiter bei der Ortskrankenkasse. 1910 beschloss die Betriebskrankenkasse Kugelfischer ihre Auflösung und den Anschluss an die Ortskrankenkasse. Dies wurde aber von der Regierung von Unterfranken vereitelt. Bei Fichtel & Sachs kam es nie zur Gründung einer Betriebskrankenkasse. Die AOK war die Kasse der „Sachser“ und ist es für viele noch heute. Erst mit der Übernahme durch ZF Friedrichshafen AG gibt es im Unternehmen eine BKK.



Am 1. Januar 1914 trat die Reichsversicherungsordnung in Kraft. Sie fasste nicht nur die Sozialversicherungszweige in einem Gesetz zusammen, sondern brachte auch einige Veränderungen für die Krankenversicherung. Die Aufgaben der Gemeinde-Krankenversicherung wurden auf die

Ortskrankenkassen übertragen, die nun Allgemeine Ortskrankenkassen hießen. Die Versicherungspflicht wurde auf weitere Arbeitergruppen ausgedehnt, beispielsweise der Land- und Forstwirtschaft, Dienstboten und Wanderarbeiter sowie Angestellte bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe. Familienangehörige konnten in die Krankenversicherung einbezogen werden, wenn auch mit eingeschränkten Leistungen. Zudem bestand nun auch Anspruch auf Zahnbehandlung. Weiterhin nicht in die Pflichtversicherung einbezogen wurden die Rentner. Dies geschah erst 1941, wohl zur Beschwichtigung der Bevölkerung angesichts zunehmender Einschränkungen während des Krieges. Für besserverdienende Angestellte, die oft noch Betriebsbeamte genannt wurden, blieben die Hilfskassen, die mindestens 1.000 Mitglieder und als Ersatzkassen eine staatliche Zulassung haben mussten.

Der Erste Weltkrieg brachte neue Herausforderungen. Durch den Militärdienst gab es sowohl bei den Beschäftigten der Krankenkassen als auch in der Selbstverwaltung ständig personelle Veränderungen, die die Arbeit erschwerten. Der Krieg dominierte alles. Offenbar konnte er aber zunächst die Finanzen, z. B. der AOK Schweinfurt, nicht erschüttern. Wie von vielen anderen Krankenkassen wurden die als Rücklage vorhandenen finanziellen Mittel, insgesamt 139.000 Mark, in Kriegsanleihen angelegt. Ein schlechtes Geschäft, denn sie wurden 1921 mit hohem Verlust in Pfandbriefobligationen umgewandelt. Als im Herbst 1917 die Kriegsanleihen als nicht mehr sicher erschienen, gab man lieber der Stadt Schweinfurt Darlehen für den Wohnungsbau und zeichnete Anteile des Bauvereins.

Nach dem Krieg stand die AOK immer noch vergleichsweise gut da, vorwiegend wegen der durch die Eingemeindung Oberndorfs schnell steigenden Mitgliederzahlen.

In der Weimarer Republik

Das Deutsche Reich stand zu Beginn der 1920er-Jahre nicht nur bei den Siegermächten in der Kreide, sondern in besonderem Maße auch gegenüber der eigenen Bevölkerung. In sogenannten Kriegsanleihen hatten viele Menschen dem Staat enorme Summen für die Kriegskosten vorgestreckt. Um die Schulden und die Reparationsleistungen bezahlen zu können, wurde immer mehr Geld gedruckt, dem keine realen Werte gegenüberstanden. Die Folge war die Hyperinflation des Jahres 1923. So kostete beispielsweise das Briefporto Anfang 1921 noch 40 Pfennige, zwei Jahre später bereits 50 Mark und am 9. November 1923 ungläubliche 1 Milliarde Mark. Nachdem der Krankenversicherungsbeitrag inflationsbedingt von 7,5 auf 10 Prozent angehoben worden war, kam es nach Einführung der Rentenmark zu einschneidenden Sparmaßnahmen, z. B. musste bei ärztlichen Verordnungen eine Selbstbeteiligung von 20 Prozent bezahlt werden.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den folgenden Jahren führte zur finanziellen Konsolidierung der Krankenkassen, war aber nur von kurzer Dauer. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929, die zu einer bis dahin nicht gekannten Massenarbeitslosigkeit führte, kam es auch in der Sozialversicherung zu drastischen Einschränkungen. Ab 1930 wurde aufgrund der 1. Notverordnung der Reichsregierung durch die Arbeitsgemeinschaft der Schweinfurter Krankenkassen eine Reihe von Leistungseinschränkungen vereinbart: Krankenschein- und Rezeptgebühr von jeweils 50 Pf., Absenkung des Krankengelds und Einführung des dritten Karenztags, Nachprüfung ärztlicher Verordnungen durch den Vertrauensarzt. Auch waren die Kassen genötigt, Personal abzubauen und alle Mehrleistungen abzuschaffen.

Um die Zustimmung der Parteien im Reichstag zu den drastischen Kürzungen zu sichern, wurde im Gegenzug die Familienhilfe verpflichtend für alle Krankenkasse eingeführt.

Entlastend für die Krankenkassen wirkte auch die 6-wöchige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die ebenfalls durch Notverordnung 1931 eingeführt wurde. Sie war jedoch nur für Angestellte verpflichtend. Die Möglichkeit, durch Tarifvertrag dies auch für Arbeiter zu erreichen, war angesichts der Massenarbeitslosigkeit nur theoretisch, zumal die Gewerkschaften kurze Zeit später durch die Nazis zerschlagen wurden.

Nach dem Krieg bedurfte es mehrerer Anläufe der SPD im Bundestag und eines sechzehnwöchigen Streiks der IG Metall im Winter 1956/57, um zunächst eine Aufstockung des Krankengelds durch den Arbeitgeber auf 90 Prozent des Nettolohns und schließlich 1969 die volle Lohnfortzahlung und damit die Gleichstellung mit den Angestellten durchzusetzen.

Während der Nazizeit

Schon wenige Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler konnte durch das „Ermächtigungsgesetz“ die totale Machtübernahme der Nazi-Partei und die Gleichschaltung des Staats in Angriff genommen werden. Dies betraf auch die Sozialversicherung. Statt der gewählten Gremien übernahm ein Sonderkommissar das Kommando; es galt das Führerprinzip. Bei der AOK erließ er das Verbot, von jüdischen Lieferanten Waren zu beziehen, löste den Betriebsrat auf, setzte Fritz Soldmann als Vorsitzender des Vorstands ab, entließ politisch unzuverlässige Beschäftigte und ersetzte sie durch „Kämpfer für die nationale Erhebung“ und schloss die kasseneigene Zahnklinik, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Selbst der Vertrauensarzt Dr. Eyles wurde Opfer des Regimes. Wegen ablehnender Haltung der SA gegenüber wurde er in „Schutzhaft“ genommen und gleichzeitig entlassen. Nachdem die gewerkschaftlichen Vertreter in den Gremien aufgrund zunehmenden Drucks der neuen

Machthaber ihre Funktionen aufgegeben hatten, wurde im Juli 1934 die Selbstverwaltung auch formal abgeschafft. Im Laufe der folgenden Jahre wurden diverse Immobilien, die im Eigentum der AOK standen, veräußert. Zur Finanzierung der Aufrüstung war wohl jedes Mittel recht.

In der Bundesrepublik

Nach der Gründung von BRD und DDR kam es in den beiden deutschen Staaten zu grundsätzlich verschiedener Organisation des Gesundheitswesens. Die DDR baute ein staatliches Gesundheitswesen auf und griff dabei auf gesundheitspolitische Vorstellungen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zurück. Die Zweige der Sozialversicherung wurden zu einer Einheitsversicherung zusammengefasst, staatliche Polikliniken und Ambulatorien sukzessive ausgebaut sowie ein umfangreiches Betriebsgesundheitswesen errichtet. Die Krankenversorgung wurde kommerziellen Interessen entzogen. In der BRD dagegen wurde an den Strukturprinzipien der Reichsversicherungsordnung angeknüpft.



Die Koalition aus Bundesregierung, Ärzten und Arbeitgeberverbänden sah darin das adäquate Modell für die wiederhergestellten privatwirtschaftlichen Grundstrukturen in Westdeutschland. In gemeinsamer Frontstellung gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften setzte dieses Bündnis das Sozialpartnerschaftsmodell in der Selbstverwaltung durch.

Die ersten Sozialwahlen zur Besetzung der Vertreter- versammlungen und Vorstände fand 1953 statt. Dabei gab es in Schweinfurt schon bald eine Kooperation des DGB mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen, bestehend aus Kolping und der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit.

Viele ehren- und hauptamtliche Gewerkschafter übernahmen bei den Betriebskrankenkassen, der AOK und der Innungskrankenkasse Verantwortung und vertraten die Interessen der Versicherten.

Bei der AOK Schweinfurt war es 40 Jahre lang Werner Hollwich (Geschäftsführer der IG Bau, später MdL). Aber auch Betriebsratsvorsitzende, wie Adolf Ley (IGM, F & S), engagierten sich über viele Jahre.

Während der Selbstständigkeit bis 1995 amtierten als Vorsitzende des Vorstands, im jährlichen Wechsel mit einem Vertreter der Arbeitgeber, meist die jeweiligen DGB-Kreis/Bezirksvorsitzenden, Walter Langebeck, Otto Schmittknecht und Helmut Haferkorn,

der auch dem Verwaltungsrat der AOK Bayern angehörte, die sich 1995 aus 39 Ortskrankenkassen zur größten Krankenkasse in Bayern gründete.

Mit der Sozialwahl 2005 wurde er von Frank Firsching im Verwaltungsrat abgelöst, der 2021 zum alternierenden Verwaltungsratsvorsitzenden der AOK Bayern gewählt wurde.

Bei den Schweinfurter Betriebskrankenkassen übernahmen meist die Betriebsratsvorsitzenden an führender Stelle die Vertretung der versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie beispielsweise Ernst Lang bei SKF, Erwin Saal und Klaus Weingart bei FAG Kugelfischer.

Nach einer Fusion im BKK-System wurde die BKK FAG in den 90er-Jahren in die Barmer Ersatzkasse integriert und existiert seitdem nicht mehr.

Die geschlossene BKK SKF fusionierte im Jahr 2000 mit der BKK Düker und Brose zur geöffneten BKK SKD mit Sitz in Schweinfurt. Seit 2011 leitet der SKF-Betriebsratsvorsitzende Norbert Völkl als

alternierender Verwaltungsratsvorsitzender der Versicherten die Geschicke des Verwaltungsrats und damit der Kasse.

Gegen Ende der 50er-Jahre kam es zu massiven Auseinandersetzungen um die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch strukturelle Veränderungen – insbesondere „Selbstbeteiligungen“ der Versicherten – sollten die Finanzierungsschwierigkeiten der Krankenkassen überwunden werden.

Obwohl die CDU über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, scheiterte die Reform an dem zwar unterschiedlich motivierten, aber gemeinsamen Widerstand von Gewerkschaften und Ärzten. Da mit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1960er-Jahren sich auch die finanzielle Lage der Krankenversicherung besserte, wurde zunächst auf diese Belastungen der Arbeitnehmer verzichtet.

Weitere wichtige Entwicklungsschritte der gesetzlichen Krankenversicherung ab den 1970er-Jahren, die durch den Gesetzgeber beschlossen wurden, und sowohl Verbesserungen als auch Einschränkungen brachten.

Unter anderem:

- Ausweitung des versicherten Personenkreises und des Leistungsspektrums,
- Zuzahlung der Versicherten bei bestimmten Leistungen,
- Freie Wahl der Krankenkasse,
- Wettbewerb zwischen den Kassen mit Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen,
- Übertragung des westdeutschen Gesundheitssystems auf die neuen Bundesländer, verbunden mit erheblichen Finanztransfers von West nach Ost,
- Abschaffung der paritätischen Finanzierung des Beitrags durch Einführung eines Zusatzbeitrags, den nur die Versicherten bezahlen müssen,
- Verstärkung der privatwirtschaftlichen Tendenzen im Gesundheitswesen.

Die Vielzahl von Kostendämpfungsmaßnahmen wirkten meist nur sehr kurz. Die Dynamik im Gesundheitswesen mit der Entwicklung immer neuer Diagnose- bzw. Behandlungsmethoden und Arzneimittel, mit denen die Gesundheitsbranche gute Gewinne macht, die steigende Zahl von Ärzten, die ihre Ansprüche immer wieder durchzusetzen wussten, führten zu fortwährender Kostensteigerung. Demgegenüber hatten es die Gewerkschaften schwer, gegen den Zeitgeist des Neoliberalismus, der auch die Sozialversicherung erfasste, die Interessen der Versicherten durchzusetzen. Protestaktionen konnten meist nur das Schlimmste verhindern, aber nicht den Trend brechen.

Auch die Selbstverwaltung war dem politisch erwünschten Wettbewerbsdruck ausgesetzt und wurde in ihren Rechten eingeschränkt. Der Verlust der Selbstständigkeit der AOK Schweinfurt und die Fusion mit den anderen 38 AOKs zur AOK Bayern war eine Folge dieser Entwicklung.

Die aktuelle Situation – die letzten Jahrzehnte

Nach vielen Jahrzehnten, die eine deutliche Ausweitung des Leistungskatalogs aber auch Belastungen für die Arbeitnehmer gebracht haben, muss gefragt werden, ob sich der Kampf der Gewerkschaften für eine bessere soziale Absicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall gelohnt hat. Dazu ein Beispiel, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 100 Jahre nach Gründung des Gewerkschaftskartells im Krankheitsfall abgesichert sind.

Gabi erkrankt im Jahr 1996 und kann längere Zeit nicht arbeiten. Welche Leistungen stehen ihr zu?

Volle Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber für sechs Wochen, Krankengeld in Höhe von 90 Prozent des Nettoverdienstes für weitere 72 Wochen ggf. mit tariflicher Aufstockung, Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Krankenhausaufenthalt, Psychotherapie, Vorsorgeuntersuchung und Prävention, Kur und

Rehabilitation, Zahnbehandlung, Zuschuss für Zahnersatz, alternative Behandlungsmethoden, Schutz im EU-Ausland, kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen, Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes, um nur die wichtigsten zu nennen.

Der dafür zu zahlende Krankenkassenbeitrag in Höhe von 13,5 Prozent des*

Einkommens, von dem der Arbeitgeber die Hälfte trägt, ist sicher nicht gering. Die Leistungen schützen Gabi aber davor, dass die enormen Kosten einer ernsthaften Erkrankung nicht, wie vor hundert Jahren, zu Not und Armut führen.

* Im Jahr 2021 sind es 14,6 Prozent plus die Hälfte des Zusatzbeitrags von durchschnittlich 1,3 Prozent.

Trotz der unbestreitbaren Erfolge gibt es nach wie vor ungelöste Probleme, zum Beispiel:

- Die Privatisierung und Gewinnerorientierung im Gesundheitswesen, besonders bei den Krankenhäusern, mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Versorgung der Bevölkerung, was sich während der Coronakrise als nachteilig herausgestellt hat;
 - Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen mit tendenzieller Benachteiligung der gesetzlich Versicherten, weshalb der DGB eine Bürgerversicherung „Gesundheit“ fordert;
 - Den schlechteren Zugang zu den Leistungen des Gesundheitswesens für Versicherte mit niedrigem Einkommen, was mit ein Grund für die um bis zu 10 Jahren niedrigere Lebenserwartung ist.
- Auch für die soziale Absicherung bei Krankheit gilt, dass alle Errungenschaften verteidigt und gerechtere Strukturen nicht vom Himmel fallen, sondern erkämpft werden müssen.



Absicherung bei Arbeitsunfällen

In Folge schlechter Arbeitsbedingungen und ungesicherter Maschinen erreichte die Zahl der Arbeitsunfälle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schwindelerregende Höhen. Die wenigen „Fabrikinspektoren“, Vorgänger der Gewerbeaufsicht, die es seit 1854 gab, konnten die Mängel nicht beseitigen.

Erlitt ein Arbeiter einen Arbeitsunfall, hatte er keinerlei Absicherung. Auf ihn wartete oft auch noch Kündigung und Armut. Das 1871 erlassene Haftpflichtgesetz für Unternehmer änderte daran wenig. Denn die Arbeiter mussten ihrem Arbeitgeber ein schuldhaftes Verhalten nachweisen. Für die meisten war das schon aus finanziellen Gründen unmöglich.

Im Kaiserreich

Mit dem Unfallversicherungsgesetz, dem zweiten Sozialgesetz, das Reichskanzler Bismarck auf den Weg brachte, wurde es besser. Es trat im Oktober 1885 in Kraft und entschädigte die Betroffenen unabhängig von der Verschuldensfrage. Die Beiträge der Versicherung hatten die Arbeitgeber allein zu tragen. Im Gegenzug wurden sie von ihrer zivilrechtlichen Haftpflicht befreit. Dieses Prinzip gilt bis heute. Eine Mitsprache der Arbeitnehmer in der Selbstverwaltung war jedoch nicht vorgesehen, sie wurde erst 1951 eingeführt.

Viele Unternehmer fürchteten steigende Kosten, einige aber erkannten schon damals, dass eine wachsende Industrie auf gesunde Arbeiter angewiesen ist.

Das Gesetz galt zunächst nur für Arbeiter in bestimmten Wirtschaftszweigen, in denen ein besonders hohes Unfallrisiko bestand, auch in den Schweinfurter Metallbetrieben. Die betroffenen Unternehmen wurden verpflichtet, zur Durchführung der Unfallversicherung

Berufsgenossenschaften (BG) zu gründen. Für Schweinfurt war die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zuständig. Zu den Aufgaben der BG zählten von Anfang an die Unfallverhütung, die Wiederherstellung der Gesundheit und die finanzielle Entschädigung von Arbeitnehmern, bei tödlichen Arbeitsunfällen auch eine Entschädigung der Hinterbliebenen. Bereits 1885 kam es neben der Gründung gewerblicher Berufsgenossenschaften zur Errichtung von Unfallkassen für die Beschäftigten in staatlichen Betrieben. Bereits zwei Jahre später zählte man 62 Berufsgenossenschaften mit über 300.000 Betrieben und fast 3,9 Millionen versicherten Personen. Bis alle Arbeitnehmer in die Versicherung einbezogen wurden, sollte es aber noch viele Jahrzehnte dauern. Weitergehende Pläne Bismarcks, der die Berufsgenossenschaften zu einer ständischen Organisation der Arbeitgeber als Gegengewicht zum gewählten Reichstag entwickeln wollte, wurden nicht verwirklicht. Ein Beispiel für die Leistungen der Berufsgenossenschaften:

Anna ist Fabrikarbeiterin und verletzt sich im Jahr 1896 bei einem Arbeitsunfall schwer. Ein Arm, mit dem sie in eine Maschine gekommen ist, muss amputiert werden.

Welche Leistungen kann sie erwarten?

Zunächst muss ihre Krankenkasse für die Leistungen aufkommen. Ab der 14. Woche nach dem Unfall werden die Kosten der Heilbehandlung von der Berufsgenossenschaft übernommen. Bei voller Erwerbsunfähigkeit erhält Anna eine Unfallrente in Höhe von zwei Dritteln ihres bisherigen Arbeitsverdienstes, bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit einen Bruchteil davon.

In der Weimarer Republik

Bei der schrittweisen Erweiterung des Unfallversicherungsrechts ist das Jahr 1925 von Bedeutung. Nach heftigen politischen Auseinandersetzungen wird die Unfallversicherung erstmals auf Berufskrankheiten ausgedehnt. Hinzu kommen auch die Unfälle auf dem Weg zur Arbeit und nach Hause.

Inflation und Wirtschaftskrise setzen auch der Unfallversicherung schwer zu. Viele Betriebe können ihre Beiträge nicht mehr zahlen. In der Folge werden 1932 Renten und Gehälter per Notverordnung gekürzt. Die Berufsgenossenschaften stützen sich gegenseitig und können letztlich die Probleme ohne staatliche Hilfen überwinden.

Während der Nazizeit

In der Zeit des sogenannten Dritten Reichs blieb die Unfallversicherung in ihrer Organisationsform und ihren Aufgaben im Kern unbeeinträchtigt. Stärkster Eingriff war die Absetzung der Selbstverwaltung und die Einführung des „Führerprinzips“. Auch der NS-Staat hatte ein Interesse an der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Sein Ziel war die Stärkung der „Volks Gesundheit“ als Voraussetzung für die wirtschaftlichen und militärischen Pläne des Regimes. Der erste deutliche Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf die Verwaltungen der Unfallversicherung ist in der Vertreibung jüdischer Unternehmer aus ihren Ehrenämtern in den Berufsgenossenschaften zu sehen.

In der Bundesrepublik

1951 wurde die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften wieder eingeführt, und zwar diesmal mit paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmer. In dieser Zeit werden auch die ersten berufsgenossenschaftlichen Kliniken gebaut, um den Versicherten eine optimale Versorgung bieten zu können. Parallel zur medizinischen Rehabilitation wuchs auch die Bedeutung der Prävention.

Auf Vorschlag der IG Metall Schweinfurt vertrat viele Jahre lang Johann Treubert (Fichtel & Sachs/ZE) ehrenamtlich in der Metall-Berufsgenossenschaft die Interessen der Beschäftigten.

Die nächste große Veränderung gab es 1971, als der Versicherungsschutz auf Kindergartenkinder,

Schüler und Studenten ausgeweitet wurde. Hinzu kamen auch Personengruppen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Das 7. Sozialgesetzbuch (SGB VII) und das Arbeitsschutzgesetz verstärkten ab 1996 noch einmal den Präventionsauftrag der Unfallversicherung, u. a. mit der Einführung der Gefährdungsbeurteilungen und verpflichtete die BG zur Zusammenarbeit mit den Krankenkassen.

Ab 2008 wurde der gesetzliche Auftrag umgesetzt, die Organisation der Unfallversicherung dem wirtschaftlichen Strukturwandel anzupassen. Dies führte zu einer Fusionswelle, sodass von den 35 gewerblichen BG nur noch neun übrig blieben.

Absicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit

Im Kaiserreich

Mit dem „Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“ von 1889 fiel in Deutschland der Startschuss für die gesetzliche Rentenversicherung. Es trat 1891 in Kraft.

Alle Arbeiterinnen und Arbeiter ab 16 Jahren waren rentenversichert, dazu „kleine Angestellte“ mit einem Jahresgehalt bis 2.000 Mark.

Der Beitrag von 1,7 Prozent des Lohns wird, wie noch heute, zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt. Einen staatlichen Zuschuss gab es auch damals schon.

Welche Leistungen gab es dafür?

Invalidenrente wurde bezahlt, wenn jemand fünf Jahre lang Beiträge einbezahlt hatte und aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nur noch weniger als ein Sechstel seines bisherigen Durchschnittslohns verdienen konnte. Bei drohender Invalidität konnte ein Heilverfahren bewilligt werden.

Die Rente betrug ungefähr ein Viertel des bisherigen Verdienstes plus jährlich 60 Mark Zuschuss. Davon konnte niemand leben. Die Rente war auch nicht als Lohnersatz gedacht, sondern als Beihilfe, um die nachlassende Arbeitskraft auszugleichen. Die

verbliebene Arbeitskraft würde, so hoffte die Regierung, in der Landwirtschaft eingesetzt werden, die teilweise über „Leutemangel“ klagte.

Altersrente gab es nach 30 Jahren Beitragszeit ab dem 70. Lebensjahr. Dabei ist aber zu bedenken, dass die durchschnittliche Lebenserwartung bei weniger als 40 Jahren lag und nur rund fünf Prozent der Bevölkerung das 70. Lebensjahr erreichten.



Im Jahr 1891 zahlten die Versicherungsanstalten rund 126.400 Altersrenten und ca. 450 Invalidenrenten aus. Für diese ersten Renten hatte aber noch niemand Beiträge einbezahlt. Eine Übergangsbestimmung machte das möglich: Eine Rente durfte beziehen, wer unmittelbar vor dem Start des Rentengesetzes mindestens drei Jahre gearbeitet hatte.

Was bedeutet das konkret im Jahr der Gründung des Gewerkschaftskartells?

Nehmen wir dazu als Beispiel den Arbeiter Franz: *Er arbeitet seit mehreren Jahren in verschiedenen Schweinfurter Fabriken. Sein Monatslohn beträgt als ungelernter Arbeiter 80 Mark. Das wären nach heutiger Kaufkraft 544 Euro. Für die Rentenversicherung muss er davon 80 Pfennige Beitrag bezahlen.*

Als Franz 70 Jahre alt wird, steht ihm Altersrente zu. Sie beträgt ungefähr 20 Mark im Monat. Davon kann er natürlich nicht leben. Er ist also auf Fürsorge von der Stadt angewiesen. Vielleicht geht er auch wieder zurück in das

Dorf, aus dem er vor Jahren nach Schweinfurt gezogen ist, und muss dort um Unterstützung von seiner Familie bitten oder in der Landwirtschaft noch etwas mitarbeiten.

Einen Krankenversicherungsschutz für Rentner, wie wir ihn heute kennen, gab es nicht. Rentner hatten die Möglichkeit, sich in der gesetzlichen Krankenkasse freiwillig zu versichern, was sich die meisten aber nicht leisten konnten.

Die Verwaltung der Rentenversicherung war regional organisiert. 1891 wurden in Bayern acht Versicherungsanstalten (später Landesversicherungsanstalten – LVA) gegründet, darunter eine in Würzburg, die auch für Schweinfurt zuständig war.

Die Beitragszahler, also Versicherte und Arbeitgeber, verwalteten auch damals schon ihre Versicherungsanstalt selbst. Die wichtigsten Entscheidungen trafen der sogenannte Ausschuss (später Vertreterversammlung) und der Vorstand. Beide Gremien waren zu gleichen Teilen mit ehrenamtlich tätigen Vertretern der Versicherten und Arbeitgebern besetzt. Führende Gewerkschafter vertraten auch in diesen Einrichtungen die Interessen der Arbeitnehmer.

Ihren Initiativen ist es zu verdanken, dass die Landesversicherungsanstalten Geld, das nicht für die Rentenzahlungen benötigt wurden, in den sozialen Wohnungsbau und die Gesundheitsvorsorge gesteckt wurde. In vielen Städten konnten dadurch Arbeitersiedlungen entstehen, die zur Verbesserung der Wohnverhältnisse beitrugen. Die Rentenversicherung leistete auch einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Tuberkulose, die aufgrund mangelhafter Ernährung und körperlicher Überanstrengung vor allem in der Arbeiterschaft grassierte und Volksseuche Nummer eins war. Kranke wurden in Sanatorien geschickt und eigene Heilstätten gebaut. Auskunfts- und Fürsorgestellen verbesserten die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung.

1899 wurde die Versicherungspflicht auf bestimmte Angestellte, wie Werkmeister, Techniker, Lehrer und Erzieher ausgedehnt.

1912 trat schließlich die Reichsversicherungsordnung (RVO) in Kraft, die, natürlich mit vielen Veränderungen, bis 1992 galt. Sie erweiterte abermals den versicherungspflichtigen Personenkreis. Außerdem hatten erstmals Witwen, die selbst erwerbsunfähig waren, und Waisen bis zum 15. Lebensjahr Anspruch auf Hinterbliebenenrente.

1913 trat das Versicherungsgesetz für Angestellte (VGfA) in Kraft und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin (später BfA) wurde geschaffen. Damit wurden die Angestellten als eigenständige soziale Gruppe, zwischen den Arbeitern und Beamten, anerkannt.

Angestellte erhielten eine Altersrente bereits ab dem 65. Lebensjahr. Außerdem gab es, ohne Rücksicht auf Alter und Arbeitsfähigkeit eine Witwenrente in Höhe von 40 Prozent der Rente des Verstorbenen.

Für Arbeiter wurde das Rentenalter erst 1916 auf 65 Jahre gesenkt. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten sollte in der Rentenversicherung noch viele Jahrzehnte andauern.

1914–1918: Der Erste Weltkrieg und seine Folgen stellte das System der Rentenversicherung auf eine harte Probe. Die Umstellung auf Kriegsproduktion, Entlassungswellen und steigende Arbeitslosigkeit bedeuteten sinkende Beiträge. Andererseits stiegen die Zahlungen von Invaliden- und Hinterbliebenenrenten sprunghaft an.

In der Weimarer Republik

1918–1933: Der Erste Weltkrieg kostete die Rentenversicherungsträger ein beträchtliches Vermögen. Sie hatte insgesamt 32 Millionen Mark in Kriegsanleihen angelegt, die verloren waren.

Durch die anschließende Inflation verlor die Rentenversicherung noch mehr, etwa 90 Prozent ihres Vermögens. Da die Kaufkraft der Renten immer geringer wurde, mussten sie durch die Kommunen aufgestockt werden.



Mit der Einführung der „Rentenmark“ und später der „Reichsmark“ wurde die Inflation Ende 1923 beendet. Die Rentenversicherung musste mit dem Wiederaufbau ihres Leistungssystems beginnen. Bereits wenige Jahre später stellte die Weltwirtschaftskrise die Rentenversicherung erneut vor große Herausforderungen. Infolge der Massenarbeitslosigkeit entstanden erhebliche Defizite bei den Einnahmen. Sie konnten durch die per Notverordnung der Regierung angeordnete Auflösung von Rücklagen und zusätzliche staatliche Zuschüsse nur teilweise ausgeglichen werden.

So wurden auch die laufenden Renten gekürzt und die Leistungsvoraussetzungen verschärft.

Während der Nazizeit

Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland. Wie im gesamten öffentlichen Dienst wurden auch bei der Rentenversicherung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, die aus politischen, weltanschaulichen oder „rassischen“ Gründen nicht ins braune Weltbild passten.

Die neuen Machthaber schafften bereits im Mai 1933 die Selbstverwaltung ab. Die Führung jedes Rentenversicherungsträgers übernahm ein regime-treuer „Leiter“.

Die Rentenversicherer mussten große Teile ihres Vermögens in Reichsanleihen anlegen. Damit finanzierte Hitler unter anderem seine Kriegsvorbereitungen.

Die nationalsozialistische Ideologie wurde auch in der Rentenversicherung systematisch umgesetzt. Schritt für Schritt beraubte man die jüdische Bevölkerung und andere verfolgte Personengruppen ihrer Leistungsansprüche. Renten wurden nur noch an „Arier“ gezahlt. Mit der Einbeziehung der Rentner in die Krankenversicherung im Jahre 1941 sollte wohl der Kritik an Rentenkürzungen entgegengewirkt werden. Allerdings bestand nicht der volle Leistungsanspruch.

In der Bundesrepublik

1948: Durch die Währungsreform wurde das Geldvermögen im Verhältnis 10 Reichsmark für eine D-Mark umgestellt. Da die Umstellung der Renten allerdings 1:1 erfolgte, bedeutet dies, dass die Rücklagen der Rentenversicherung zum zweiten Mal in ihrer Geschichte fast vollständig vernichtet wurden.

1951: Wiedereinführung der Selbstverwaltung in allen Zweigen der Sozialversicherung mit paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

1953: Erste Sozialversicherungswahlen seit 1928. Wieder sind es Gewerkschafter, die sich für diese ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung stellen und für die Interessen der Versicherten eintreten.

Über viele Jahre werden es in Schweinfurt u. a. Hans Hübschmann (Kassier der IGM) Harry Muck (Erster Bevollmächtigter der IGM) und Werner Kleinhenz (Betriebsratsvorsitzender F & S) sein.

Im Geschäftsbericht des DGB-Kreises für das Jahr 1957 wird zur Situation der Rentenversicherung angemerkt, dass die zusätzliche betriebliche Altersversorgung mehr und mehr ausgebaut wird.

„Die monatlich ausgezahlten Beträge überschreiten manchmal die Höhe der gesetzlichen Rente.“

Dies schwächte die gewerkschaftliche Kraft für eine allumfassende Reform der Sozialversicherung. Der durch erhebliche betriebliche Sozialleistungen – (Wohnungsbau, Ferienheime, Sportplätze, Wiesenfeste etc.) – beeinflusste, sich in bestimmter Sicherheit wiegende Arbeitnehmer, fühle den Kontakt zum Betrieb und unterschätze die Notwendigkeit allgemeingültiger Sozialgesetzgebung. Das Gefühl der Betriebszugehörigkeit sei mehr entwickelt als in den früheren traditionsreichen

Jahren der Gewerkschaften.

1957: Rentenreform

Das bis 1956 geltende Rentensystem reagierte nicht auf die steigenden Preise und Löhne nach 1948. 1950 lag die durchschnittliche monatliche Rente von Arbeitern bei 60,50 DM und damit nur 10 DM über der gesetzlichen Mindestrente. Dies führte zu einer immer größeren Unzufriedenheit der Rentner, die im Vergleich zur arbeitenden Bevölkerung zusehends verarmten. Hinzu kam, dass als Folge des Kriegs viele Rentner ohne Kinder dastanden. Die Rente, die ursprünglich nur als Zuschuss zur familiären Sicherung im Alter gedacht war, wurde dadurch für Viele die einzige Einkommensquelle und reichte bei Weitem nicht für den Lebensunterhalt aus. Auch waren die privaten Ersparnisse durch Krieg, Flucht, Vertreibung und Währungsreform weitgehend vernichtet worden. Am Wirtschaftsaufschwung in Deutschland hatten

die Rentner keinen Anteil. Zwar gab es kleinere Rentenerhöhungen, die aber das Rentenniveau nicht wesentlich erhöhten. Auch Mitte der 1950er-Jahre lag die Nettorente im Durchschnitt nur bei 62,90 DM und damit deutlich unter dem Fürsorgetarifsatz. Das Rentenniveau betrug nur ca. 30 Prozent der vergleichbaren Arbeitseinkommen, was der Situation in der Weimarer Republik entsprach. Viele Rentnerhaushalte lebten am Existenzminimum, was zu großem Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung führte.

Schließlich musste die Regierung Adenauer darauf reagieren und brachte eine große Rentenreform auf den Weg, der CDU/CSU und SPD zustimmten, während die FDP geschlossen dagegen war.

Die Reform brachte eine massive Erhöhung der Renten um mehr als 60 Prozent und die Koppelung der Renten an die Entwicklung der Löhne. Zudem wurde das Rentensystem von der Kapitaldeckung auf das Umlageverfahren umgestellt. Mit diesem „Generationenvertrag“ sollten die Renten zur Sicherung des erarbeiteten Lebensstandards ausreichen. Zwar wurde das angestrebte Rentenniveau von 60 Prozent auch in den folgenden Jahren nicht ganz erreicht, es lag jedoch höher als es im Jahr 2021 ist.

Politisch zahlte sich die Reform für die CDU/CSU aus. Sie erreichte bei der Bundestagswahl im Herbst 1957 die absolute Mehrheit. Entgegen den Befürchtungen mancher Experten und Politiker hatte die Reform keine negativen wirtschaftlichen Folgen.

In den folgenden Jahrzehnten gab es eine Reihe von Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, die teils positiv für die Arbeitnehmer waren, teils aber auch Rückschritte brachten.

Beispielhaft seien genannt:

- Einführung der flexiblen Altersrente für langjährig Beschäftigte, Schwerbehinderte und Erwerbsunfähige,
- Rente nach Mindesteinkommen, aber nur für

zurückliegende Versicherungszeiten,

- Beitragspflicht in der Krankenversicherung der Rentner,
 - Anhebung der Altersgrenzen,
 - Absenkung des Rentenniveaus durch Änderung der Rentenformel,
 - Altersrente ohne Abschlag für Versicherte mit 45 Beitragsjahren,
 - Grundrente.
- In den kommenden Jahren werden sich auch die Gewerkschaften verstärkt mit wichtigen Zukunftsfragen beschäftigen:
- Wie wirken sich die demografische Entwicklung einerseits und die Entwicklung der Arbeitsplätze andererseits auf die Finanzierung der Rentenversicherung aus?
 - Durch welche Maßnahmen kann das Rentenniveau dauerhaft stabilisiert bzw. mindestens auf das Niveau des Jahres 2000 angehoben werden?
 - Soll die Beitragszahlung auch in Zukunft von der Lohnsumme abhängig bleiben oder muss auf die Steigerung der Produktivität durch zunehmende Automatisierung (Industrie 4.0) mit einem anderen Beitragssystem reagiert werden?
 - Kann es dabei bleiben, dass die Höhe der Rente von der Höhe des Erwerbseinkommens abhängig ist, wenn man weiß, dass Geringverdiener aufgrund geringerer Lebenserwartung ihre Rente wesentlich kürzer beziehen?
 - Ist es gerecht, dass das Versorgungsniveau im Alter bei Beamten deutlich höher ist als bei Arbeitern und Angestellten? Müsste nicht eine Altersversorgung eingeführt werden, die alle Erwerbstätigen einbezieht?
 - Ist eine Beitragsbemessungsgrenze gerecht, die dazu führt, dass die prozentuale Beitragsbelastung für Arbeitnehmer, die darüber verdienen, niedriger ist als für die geringeren Verdienenden?
 - Ist es nicht die Pflicht des Staats, alle versiche-



rungsfremden Leistungen durch Steuergelder zu finanzieren, statt die Versichertengemeinschaft damit zu belasten?

Absicherung bei Arbeitslosigkeit

In der Kaiserzeit

Bereits um 1900 hatten die Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch vereinzelt bürgerliche Sozialpolitiker die Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung gefordert. Die Reichsregierung lehnte jedoch entsprechende Vorstöße im Reichstag ab. Viele Gewerkschaften zahlten daraufhin ihren Mitgliedern eine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit.

Erst die politische Entwicklung nach der Novemberrevolution 1918 mit Abdankung des Kaisers führte zu einer positiven Entscheidung des Reichstags, deren Umsetzung jedoch noch einige Jahre dauerte. In Schweinfurt kam es nach einem Streik am 16. November 1918 zu einer Einigung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und den örtlichen Arbeitgebern über verschiedene soziale Fragen, unter anderem zur Einführung des Achtstundentags, von Mindestlöhnen, Kündigungsschutz und Urlaub. Außerdem wurde eine paritätisch besetzte Kommission für eine Arbeitslosenfürsorge eingerichtet.

In der Weimarer Republik

Mit der „Verordnung über Erwerbslosenfürsorge“ wurde im November 1918 durch die Revolutionsregierung eine Arbeitslosenunterstützung für arbeitsfähige und arbeitswillige Personen eingeführt, die jedoch nur bei Bedürftigkeit zahlte. Finanziert wurde sie anteilig vom Reich, dem Bundesstaat und der Gemeinde.

Wirtschaftskrisen und Inflation verzögerten die Einführung der Arbeitslosenversicherung mit einkommensunabhängigen Leistungen. Erst 1927 wurde das „Gesetz über Arbeitsvermittlung und

Arbeitslosenversicherung“ in Kraft gesetzt, obwohl Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon ab Oktober 1923 Beiträge bezahlen mussten. Versichert waren Arbeiter und Angestellte.

Mit der Gründung der „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ und den nachgeordneten Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern verloren die Gemeinden und Landkreise ihren direkten Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik. Dafür wurden die Selbstverwaltungsorgane drittelparitätisch besetzt, neben den Gewerkschaften und Arbeitgebern auch mit Vertretern der Kommunen. Die Berufsberatung einschließlich der Lehrstellenvermittlung wurde zur Pflichtaufgabe der Arbeitsämter. Auch konnten die Kosten beruflicher Weiterbildung übernommen werden. Ab 1931 war private Arbeitsvermittlung nicht mehr zulässig. Anspruch auf die „Arbeitslosenunterstützung“ hatte, wer arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos, sowie in den letzten zwölf Monaten mindestens ein halbes Jahr versicherungspflichtig beschäftigt war. Die Unterstützung wurde für höchstens 26 Wochen bezahlt, jedoch erst sieben Tagen nach der Arbeitslosmeldung. Für die Zeit des Leistungsbezugs waren die Arbeitslosen auch kranken- und rentenversichert. Die Höhe der Unterstützung richtete sich nach dem vorausgegangenen Arbeitsentgelt.

Finanziert wurde die Unterstützung von den Versicherten und ihren Arbeitgebern zu gleichen Teilen; der Beitragshöchstsatz lag anfangs bei insgesamt drei Prozent vom Arbeitsentgelt. Arbeitslose, die keinen Anspruch (mehr) auf die Arbeitslosenunterstützung hatten, erhielten eine ebenfalls zeitlich befristete „Krisenunterstützung“, sofern sie bedürftig waren. Vier Fünftel der Kosten trug das Reich, der Rest die Gemeinde. Anschließend konnten Bedürftige von der jeweiligen Gemeinde Leistungen der Wohlfahrtspflege erhalten. Der Erfolg des neuen Versicherungszweigs war jedoch nur von kurzer Dauer. Die 1929 einsetzende

Weltwirtschaftskrise brachte die Arbeitslosenversicherung in finanzielle Engpässe. Der Beitragssatz von drei Prozent war auf eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von nur 700.000 berechnet, die jedoch schon 1929 auf 1,9 Millionen anstieg. So musste die Regierung zunächst mit Darlehen einspringen. Mit dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Entzug finanzieller Hilfen des Staats kam es zu Beitragserhöhungen und rigorosen Leistungskürzungen. Jugendliche und Frauen erhielten keine Leistungen mehr und die Karenzzeit wurde verlängert. Von den 5,6 Millionen Arbeitslosen im Jahr 1932 erhielt nicht einmal jeder Fünfte reguläre Arbeitslosenunterstützung.

18 Prozent bekamen überhaupt keine Leistung mehr. Die soziale Notlage der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen verschärfte sich ins Unermessliche und förderte so auch die politische Radikalisierung und den Aufstieg der NSDAP. Paradoxerweise erzielte die Arbeitslosenversicherung wegen der rigiden Sparmaßnahmen und der Verlagerung der Lasten auf die Kommunen im Jahr 1932 sogar einen Überschuss von 372 Millionen Reichsmark.

Während der Nazizeit

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde auch die Arbeitsverwaltung „gleichgeschaltet“, Selbstverwaltung und die freie Berufswahl wurden abgeschafft. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank nach 1933 deutlich. Dafür gab es viele Gründe. Zum einen hatte die Weltkonjunktur schon 1932 die Talsohle durchschritten, zum andern steckten die Nazis große Summen in Arbeitsprogramme für den Straßen- und Wohnungsbau, die zum Teil bereits durch die Vorgängerregierung eingeleitet worden waren.

Auch wurden bestimmte Branchen und Bevölkerungsgruppen, vor allem Juden und Regimegegner, aus dem Sozialversicherungssystem ausgeschlossen. Da Frauenarbeit ideologisch verpönt war, wurden viele Frauen aus dem

Dienstleistungsgewerbe und den höher qualifizierten Berufen verdrängt und durch arbeitslose Männer ersetzt.

Mit Abstand die größte Bedeutung für den Abbau der Arbeitslosigkeit hatte die „Rüstungskonjunktur“. Mit vielen Milliarden Reichsmark wurden in der Rüstungsindustrie Hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen.

Mit der Produktion von Wälzlagern, Kupplungen und Stoßdämpfern war die Schweinfurter Metallindustrie daran maßgeblich beteiligt. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg hier von 7.100 im Jahr 1932/33 auf über 20.000 vor Beginn des Kriegs.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, mit der sich die Zahl der Soldaten von 100.000 auf rund eine Million erhöhte, trug ebenfalls zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei.

Finanziert wurde das Ganze vor allem durch immer neue Staatsschulden. Der Plan war, dies nach dem geplanten Krieg durch die Ausplünderung der eroberten Länder zurückzahlen zu können.

Auch die „Rassenpolitik“ der Nazis trug zur Finanzierung der Kriegsvorbereitung bei. Jüdische Geschäfte und Vermögenswerte wurden enteignet oder mussten weit unter Wert veräußert werden. Juden, die Deutschland verlassen wollten, mussten eine Auswanderungssteuer bezahlen. Nach dem Pogrom vom 9. November 1938 wurde eine „Judenvermögensabgabe“ eingeführt. Den von den Nazis angerichteten Schaden sollte die jüdische Bevölkerung selbst ersetzen. Nur ein Bruchteil war jedoch finanziell überhaupt in der Lage, diese Strafsteuer zu bezahlen. Dies zeigt, dass die verbreitete Vorstellung vom „Reichtum der Juden“ eine Legende war.

Ein Beispiel, wie es einer jüdischen Arbeitnehmerin erging:

Melitta Lefkovits wurde am 6. Juli 1924 in Schweinfurt geboren und wuchs dort auf. Sie war die Tochter des Schlossers Nathan Lefkovits und von Bertha, geb. Schönfeld. Der Vater war während des ganzen Ersten Weltkriegs Soldat

gewesen. Die Familie lebte seit 1920 in Schweinfurt. Melitta hatte zwei ältere Brüder und eine ältere Schwester. 1930 zog die Familie in ein eigenes Haus in der Frauengasse. Während des Novemberpogroms 1938 wurde das Haus der Familie verwüstet. 1941 arbeitete Melitta zunächst als Hausangestellte in Ulm. Anschließend musste sie bis 1941/42 in der Kartonagenfabrik Almis in Schweinfurt Zwangsarbeit leisten. Zusammen mit ihren Eltern und ihrer Schwester wurde sie am 22. April 1942 erst nach Würzburg gebracht und drei Tage später nach Krasniczyn deportiert.



Sie wurden, wie alle in diesem Transport deportierten Menschen, noch im selben Jahr im Raum Lublin ermordet. Melittas Brüder überlebten die Shoa durch Emigration. Wegen der abnehmenden Arbeitslosigkeit spielte die Arbeitslosenversicherung in den folgenden Jahren keine große Rolle mehr. Mit Kriegsbeginn wurde Arbeitslosenunterstützung nur noch an Bedürftige bezahlt. Am Beitragssatz von 6,5 Prozent hielten die Nationalsozialisten trotz des leer gefegten Arbeitsmarkts bis zum Kriegsende fest. Auch diese Einnahmen wurden zur Finanzierung des Kriegs genutzt. Zur Aufrechterhaltung der Kriegsmaschinerie wurden zwischen 1940 und 1945 ca. 13 Millionen Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern eingesetzt, Tausende davon auch in der Schweinfurter Industrie. Sie waren völlig rechtlos. Viele starben an Unterernährung und unmenschlicher Arbeitsbelastung.

In der Bundesrepublik

Nach dem Krieg fanden viele zurückkehrende Soldaten und Kriegsgefangene, Flüchtlinge und

Vertriebene zunächst keine Arbeit. An eine geordnete Arbeitsmarktpolitik war nicht zu denken. Bei Gründung der Bundesrepublik bestand ein Sockel von weit über einer Million Arbeitslosen, die wegen fehlender Anwartschaftszeiten nur zu einem Bruchteil reguläres Arbeitslosengeld erhielten. 1952 wurde die Arbeitslosenversicherung wieder bundeseinheitlich geregelt. Mit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1950er-Jahren stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften, sodass die Arbeitslosenquote 1959 bereits nur noch weniger als drei Prozent betrug. Arbeiter wurden in Südeuropa angeworben und die Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert. 1962 erreichte die Arbeitslosenquote mit 0,4 Prozent einen historischen Tiefstand. Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 und das Sozialgesetzbuch von 1998 hatten das Ziel, die aktive

Arbeitsmarktpolitik zu verstärken. Die Arbeitslosigkeit stieg während der Ölkrise der 1970er-Jahre wieder schubweise an. Im nachfolgenden Konjunkturrückgang ging sie aber nicht mehr entsprechend zurück, sondern eine Sockelarbeitslosigkeit verblieb. Dementsprechend änderten sich auch die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik. Als massiver Angriff auf die Tarifautonomie ist die im Jahr 1986 beschlossene Änderung des § 116 AFG zu verstehen, die zu massiven gewerkschaftlichen Protesten und Arbeitsniederlegungen führte. Die Änderung führte dazu, dass Arbeitnehmer kein Kurzarbeitergeld bekommen, wenn sie in Folge eines Arbeitskampfes, von dem sie nicht direkt betroffen sind, nicht mehr beschäftigt werden können (sogenannte kalte Aussperrung). Diese Regelung verschob die Machtverhältnisse in Arbeitskämpfen deutlich zugunsten der Arbeitgeber. Auch wenn diese Bestimmung in Folge einiger Gerichtsurteile später geändert wurde, besteht bis heute keine Rechtsklarheit. Zu einer Umverteilung zulasten der Arbeitnehmer führte die Art der Finanzierung der deutschen

Einheit. Die hohen Arbeitsmarktkosten in den neuen Ländern hatten eine Verdoppelung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zur Folge. Die Arbeitgeber nutzten das Argument der dadurch steigenden Lohnnebenkosten, um einen Generalangriff auf den Sozialstaat zu führen. Mit großem Erfolg, wie der massive Sozialabbau während der Regierung Kohl, der mal diese, mal jene Gruppe betraf, zeigt. Die gewerkschaftlichen Proteste hatten ihn nicht verhindern können. Im Geschäftsbericht des DGB-Kreises aus dem Jahr 1993 wird dazu angemerkt: „Selbstkritisch muß hinterfragt werden, weshalb es uns nicht gelungen ist, mehr Arbeitnehmer/innen für eine aktive Unterstützung unserer Positionen zu gewinnen. Haben viele schon resigniert (Wir können ja doch nichts ändern), haben sie zu wenig Vertrauen in die gewerkschaftlichen Politikkonzepte oder ist es Gleichgültigkeit, wenn sie nicht unmittelbar und einschneidend betroffen sind?“

Schweinfurt ab den 1980er-Jahren

In der Region Schweinfurt, mit ihrer Fixierung auf die metallverarbeitende Industrie, zeigten sich ab den 1980er-Jahren erhebliche Strukturprobleme mit damit verbundener Arbeitslosigkeit. So wuchs die Dauer der Arbeitslosigkeit kontinuierlich an und immer weniger Arbeitslose erhielten das reguläre Arbeitslosengeld. Auf zwei arbeitsmarktpolitischen Foren entwickelte der DGB seine Forderungen zur Wirtschafts- und Regionalpolitik. Im Mittelpunkt standen dabei Investitionen in den Umweltschutz (Abfallbewirtschaftung, Gewässerschutz, Luftreinhaltung) und die Verbesserung der Wohnqualität. Die Strukturprobleme zeigten sich auch beim Lehrstellenmangel. Die Unternehmen erfüllten nicht die im dualen System angelegte Verpflichtung, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. So begann für Hunderte Jugendliche der Einstieg in das Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit. Forderungen des DGB

zur Einführung von Ausbildungspflicht, Umlagefinanzierung und die Schaffung außerbetrieblicher Lehrstellen wurden von der Regierung ignoriert.

Das AFZ Schweinfurt:

In Eigeninitiative eine Brücke zur Arbeit bauen.

Angesichts dieser Probleme entstand die Überlegung, selbst etwas gegen den Lehrstellenmangel zu unternehmen. Im Verbund mehrerer Organisationen, darunter die evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die bereits am Wasserturm eine Maßnahme für besonders schwer vermittelbare Jugendliche durchführte, der DGB, die Arbeiterwohlfahrt und der Stadtjugendring,



sollten außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Initiative mündete in der Gründung des „Arbeitsförderungszenrum Schweinfurt e. V.“ (AFZ), dem auch die IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt beitrug. Als Vereinsvorsitzender stellte sich Oberbürgermeister Petzold (SPD) zur Verfügung und die Volkshochschule brachte ihre berufsbildenden Lehrgänge

ein. Auf Anregung der Teilnehmer eines DGB-Wochenendseminars erklärten sich die IG Bau und die Gewerkschaft ÖTV bereit, die Kosten für je einen überbetrieblichen Ausbildungsplatz beim AFZ zu übernehmen.

Bis zum Ende der 1980er-Jahre entwickelte sich das AFZ zu einem der größten Träger von Beschäftigungsmaßnahmen für die Bereiche Beratung, Ausbildung, Fortbildung und Umschulung in der Region. In den unterschiedlichsten Berufen wurden ca. 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende beschäftigt, die alle zuvor arbeitslos waren. Hinzu kamen durchschnittlich 300 Kursteilnehmer. Verschiedene Einschränkungen im Arbeitsförderungsgesetz führten trotz Unterstützung durch die Stadt Schweinfurt immer wieder zu finanziellen Problemen beim AFZ.

Das Engagement im AFZ gewann während der Beschäftigungskrise im Laufe der 1990er-Jahre zusätzliche Bedeutung. Als größter Träger beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen in der Region, mit Außenstellen u. a. in Bad Kissingen und Haßfurt, konnte ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Strukturwandel und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet werden. Das Spektrum reichte von einer Berufsfachschule für Umschüler zur Krankenpflege, über außerbetriebliche Ausbildung für benachteiligte Jugendliche, den Schweinfurter Bürgerdienst, Betrieb eines Jugendgästehauses, bis zu Sprach- und EDV-Lehrgängen. Aufgrund der vorhandenen Kompetenzen gelang es, Finanzmittel der Europäischen Union (EU) in die Region zu holen. Auch beim Aufbau von Qualifizierungsstrukturen in Thüringen leistete das AFZ seinen Beitrag. Die damit verbundene enorme Ausweitung des Geschäftsbetriebs führte zu Managementproblemen und erheblicher Belastung des ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstands, dessen Vorsitzender auf

Vorschlag der IGM ab 1992 DGB-Kreisvorsitzender Helmut Haferkorn war.

Nachdem sich die Ausbildungsplatzsituation bis in die 2000er-Jahre hinein nicht wesentlich besserte, behielt das AFZ weiter seinen Stellenwert.

Mit Einführung einer teilweisen Privatisierung der Arbeitsmarktpolitik durch die Hartz-Gesetze stellte sich für das AFZ die Frage, ob die neuen Instrumente, wie z. B. die Personal-Serviceagenturen mit seinen Grundsätzen vereinbar sind. Arbeitslose sollten eingestellt werden, um sie auf dem Weg der Arbeitnehmerüberlassung in Arbeit zu vermitteln und sie in verleihefreien Zeiten zu qualifizieren. Trotz der grundsätzlichen gewerkschaftlichen Kritik an der Leiharbeit entschied man sich dafür, weil es weder eine realistische und finanzierbare Alternative gab, um die Vereinsziele zu erreichen, noch wollte man die Arbeitsplätze der vielen fest angestellten Mitarbeiter gefährden. Auch konnte darauf verwiesen werden, dass das AFZ e. V., im Gegensatz zu anderen Bildungsträgern, nach Tarif bezahlt und bei den Maßnahmen stets die besonders benachteiligten Gruppen im Auge behielt. Tatsächlich gelang es, viele Leiharbeiter, am Ende waren es einige Hundert, in feste Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln.

Infolge zurückgehender Mittel für Bildungsmaßnahmen, eines schärfer werdenden Wettbewerbs mit Maßnahmeträgern, die niedrigere Gehälter bezahlten, aber auch wegen interner Fehlentwicklungen kam es wiederholt zu finanziellen Schwierigkeiten. Schließlich war die Frage, ob der von den Gewerkschaften geforderte aber gesetzlich nicht festgelegte Mindestlohn für alle Beschäftigten der AFZ-Tochter „AFZ GmbH“ Anwendung finden sollte, für die IGM und den DGB der Grund, sich vom AFZ zurückzuziehen.

Nach weiteren turbulenten Jahren musste zunächst die AFZ GmbH und 2018 der AFZ e. V. Insolvenz

anmelden. Für die zuletzt 214 Beschäftigten ist es einigermaßen glimpflich ausgegangen. Über 90 Prozent der Belegschaft und die Einrichtungen, in denen sie beschäftigt waren, wurden von anderen Trägern übernommen. Weniger als 20 mussten sich arbeitslos melden. Sie erhielten aufgrund eines Sozialplans Abfindungen.

Die Grenzöffnung der DDR und der Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik nährte große Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region Schweinfurt/Main-Rhön, die jahrzehntelang durch die Lage am Rande der EU benachteiligt war. Der DGB Schweinfurt warnte jedoch vor zu großer Euphorie. Neben den Chancen durch das wirtschaftliche Zusammenwachsen wurde auch auf die Gefahr sozialer Verwerfungen hingewiesen. Bei einem DGB-Regionalforum 1991 unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Politikern und der IHK wurden u. a. der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die vorläufige Beibehaltung der Grenzlandförderung, eine effektive Arbeitsmarktpolitik und ein regionales Energieversorgungskonzept gefordert. Während bei den meisten Gästen noch eine positive Grundstimmung überwog, schockierte wenige Wochen später die IG Metall mit der Veröffentlichung von Plänen der Schweinfurter Metallindustrie zum Abbau mehrerer Tausend Stellen. Bis 1992 gingen tatsächlich ca. 6.000 Arbeitsplätze verloren. Zusammen mit den Gewerkschaften ging es dem DGB in der Folgezeit vor allem darum, bei der Politik das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Schweinfurt dadurch zur Krisenregion Nr. 1 in Bayern wurde und entsprechende Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen notwendig wären. Kurzfristige Erfolge konnten jedoch nicht erzielt werden, auch weil die Bundesregierung die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik kürzte.

So lag die Arbeitslosenquote zur Jahresmitte 1993 um 57 Prozent über dem Vorjahr. Die Kurzarbeit erreichte

Höchstmarken. Als Anfang 1993 die Firmenleitungen einen weiteren Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen ankündigte, organisierte die IGM Mahnwachen, Schweigemärsche, eine Großdemonstration mit über zehntausend Menschen auf dem Marktplatz und eine Menschenkette mit fünfzehntausend Teilnehmern, die von den Großfirmen zum Arbeitsamt führte.

Im Herbst 1993 rief die IG Metall dann auf Anregung des 1. Bevollmächtigten Gerhard Tollkühn eine anfangs belächelte Aktion ins Leben, die aber eine breite Welle der Solidarisierung in der Bevölkerung ausgelöst und vor allem die Politik wachgerüttelt hat: Der Marsch nach Bonn. Ab dem 13. Oktober legten vier Frauen und 35 Männer die 320 Kilometer in die damalige Bundeshauptstadt zurück, um das Anliegen der Schweinfurter bekannt zu machen. Diese spektakuläre Aktion stieß auf ein bundesweites Medienecho und rüttelte die Politik auf. Der Erfolg blieb nicht aus. Eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde dadurch angestoßen: die Wiederaufnahme großer Teile der Region in das Fördergebiet „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, zusätzliche Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Aufnahme in die Ziel-2-Förderung der EU, Projekte im Rahmen des Bayerischen Beschäftigungsfonds. In Zusammenarbeit mit dem IMU-Institut wurde von der IGM, begleitet durch den DGB, ein Konzept zur integrierten Standortentwicklung erstellt. Im Rahmen einer Gewerkschaftsdelegation hatte der DGB-Kreisvorsitzende die Möglichkeit, in Brüssel bei der zuständigen EU-Kommissarin und gegenüber Europaabgeordneten für die Belange der Region Schweinfurt einzutreten.

Infolge anziehender Exportkonjunktur konnte Schweinfurt Ende der 1990er-Jahre die „Rote Laterne“ in der Arbeitslosenstatistik Bayerns abgeben. Die Sockelarbeitslosigkeit blieb jedoch sehr hoch, sodass der häufig anzutreffenden Auffassung entgegengewirkt werden musste, in der Region sei

wieder alles in Ordnung. Im Besonderen war die Ausbildungsplatzsituation nach wie vor äußerst unbefriedigend. Es gab viel mehr Bewerber als Stellen, sodass die politischen Aktionen fortgesetzt wurden.



Kernforderungen, wie eine Ausbildungsplatzumlage, scheiterten jedoch auch unter der Rot-Grünen Regierung am Widerstand der Arbeitgeber. Die ab 2002 allgemein steigende Arbeitslosigkeit machte sich auch im Bezirk Schweinfurt der Arbeitsagentur wieder bemerkbar und brachte 2005 mit jahresdurchschnittlich 19.285 Arbeitslosen einen neuen Rekord. Aufgrund der Hartz-Gesetze konnte die Selbstverwaltung der Agentur für Arbeit, wie das Arbeitsamt jetzt hieß, auf die Mittelverwendung der aktiven Arbeitsmarktpolitik keinen bestimmenden Einfluss mehr nehmen. Der Protest des DGB gegen die Auswirkungen der Hartz-Reformen wurde u. a. innerhalb des Schweinfurter „Forum für soziale Gerechtigkeit“ im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck gebracht. Die nach dem Zusammenschluss der DGB-Regionen Main-Rhön/Schweinfurt und Würzburg neu geschaffene DGB-Region Schweinfurt-Würzburg arbeitete ab 2011 in der Mainfranken GmbH an regional- und strukturpolitischen Initiativen mit, ohne dort Gesellschafter zu sein. Seitdem ist der DGB im Rat der Region Mainfranken mit Regionsgeschäftsführer Frank Firsching vertreten. Auch an

der IHK-Fachkräfteallianz, die das Ziel hat, gegen den drohenden Fachkräftemangel in der Region vorzugehen, beteiligt sich der DGB. Bereits 2013 konnten, als erster Erfolg für 100 junge Menschen, die noch ohne Berufsausbildung sind, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze organisiert werden. Ausgelöst durch verschiedene wirtschaftliche und politische Ereignisse stieg die Arbeitslosigkeit in den 1990er-Jahren und erneut Anfang der 2000er-Jahre deutlich an. Die Zahl der Erwerbslosen überstieg im Jahr 2002 die 5-Millionen-Grenze. Dies veranlasste die Rot-Grüne Bundesregierung mit weitgehender Zustimmung von CDU/CSU und FDP, die Absicherung der Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit drastischen zu verändern. Im Rahmen der „Agenda 2010“ wurden die sog. „Hartz-Gesetze“ verabschiedet.

Die wichtigsten Maßnahmen waren:

- Verschärfung der Zumutbarkeits- und Sperrzeitregelungen. Dies bedeutete, dass Arbeitslose auch Arbeit annehmen mussten, die wesentlich schlechter bezahlt wurde als in ihrer bisherigen Beschäftigung. Da gleichzeitig immer weniger Betriebe tarifgebunden waren, vor allem in Dienstleistungsbranchen, führte dies zu einer deutlichen Ausweitung des Niedriglohnssektors, was politisch durchaus beabsichtigt war. Das Motto lautete „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“.
- Deregulierung und Ausweitung der Leiharbeit.
- Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung, aus Arbeitsämtern wurden Arbeitsagenturen.
- Errichtung von Jobcentern, die als gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit und eines kommunalen Trägers oder alleine von einer Stadt betrieben werden können und für die Durchführung von Hartz IV zuständig sind.
- Mit der Einführung von privaten Personal-Service-Agenturen zur Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen wurde die Arbeitsmarktpolitik teilweise kommerzialisiert.
- Förderung von selbstständigen Existenzen,

sogenannten „Ich-AGs“.

- Kürzung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld.
- Neue Instrumente zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, z. B. durch 1-Euro-Jobs.
- Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- Abschaffung der verdienstabhängigen Arbeitslosenhilfe, Zusammenlegung mit der Sozialhilfe und Ersetzung durch die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), nach den Grundsätzen der Bedürftigkeit (Sozialhilfe).

Proteste der Gewerkschaften gegen diese einschneidenden Maßnahmen waren wirkungslos geblieben. Allerdings veränderte die Agenda-Politik in der Folge die Parteienlandschaft. Unzufriedene Mitglieder und enttäuschte Wähler, darunter viele Gewerkschaftsmitglieder, kehrten der SPD den Rücken und gründeten die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die später mit der PDS zur Partei „Die Linke“ fusionierte.

In den darauffolgenden Jahren ging die Zahl der Arbeitslosen tatsächlich deutlich zurück, hauptsächlich weil die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands infolge sinkender Lohnkosten zunahm und der Export florierete. Den Preis zahlten die Arbeitslosen in Form von schlechteren Leistungen. Aber auch viele Arbeitnehmer waren betroffen. Durch die Entstehung des Niedriglohnssektors und die Ausweitung von Leiharbeit und befristeten Beschäftigungen gab es über viele Jahre praktisch keine Reallohnsteigerung. Zwar wurden in den Folgejahren einige Maßnahmen abgemildert oder als unwirksam bzw. ungenutzt erkannt und wieder abgeschafft. Nach langem Drängen der Gewerkschaften wurde schließlich ein Mindestlohn eingeführt, der die schlimmsten Auswirkungen im Niedriglohnssektor beseitigen sollte. Das Grundsystem besteht aber bis heute weiter. Die Finanz- und Bankenkrise des Jahres 2008 barg die Gefahr, die Arbeitslosigkeit erneut deutlich ansteigen zu lassen. Durch den massiven Einsatz des

Instrumente der Kurzarbeit konnte dies verhindert werden. Bereits in den Folgejahren kam es wieder zum Wirtschaftsaufschwung mit steigender Beschäftigung. Im Bezirk der Arbeitsagentur Schweinfurt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2010 und 2019 von ca. 150.000 auf ca. 180.000. Auch die Lage auf dem Ausbildungsmarkt entspannte sich allmählich. Allerdings wuchs auch die Zahl der atypischen Beschäftigungen und der Niedriglohnssektor. Nach einer Erhebung der Bundesagentur für Arbeit arbeiteten im Jahr 2010 in der Region Schweinfurt/Würzburg knapp 40.000 Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnssektor, das heißt jeder vierte Arbeitnehmer. Eine Verbesserung brachte erst die Einführung des von den Gewerkschaften lange geforderten gesetzlichen Mindestlohns zum 1.1.2015. In der DGB-Region Unterfranken profitierten davon über 127.000 Beschäftigte, 22.000 davon in Vollzeit, um durchschnittlich einen Euro pro Stunde. Während der Coronakrise, die 2020 weltweit die Wirtschaftsentwicklung in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannten Ausmaß beeinträchtigte, konnte erneut mit Kurzarbeit ein massenhaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Bis zu 20.000 Beschäftigte waren während des Lockdowns in Kurzarbeit.

Der jüngste Zweig der Sozialversicherung: Absicherung bei Pflegebedürftigkeit

Mit der gestiegenen Lebenserwartung vor allem seit Mitte des 20. Jahrhunderts haben auch die Anzahl der Pflegebedürftigen und die Dauer der Pflege zugenommen. Die Änderung von Familienstrukturen und die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen führten dazu, dass es immer schwieriger wurde, die häusliche Pflege zu organisieren. Frauen trugen traditionell die Last der Pflege in der Familie, woran sich bis heute nicht viel geändert hat. Für die Kosten der immer häufiger notwendigen Unterbringung

in einem Pflegeheim reichte die Rente der meist Hochbetagten nicht aus. Sie mussten ab Anfang der 1980er-Jahre häufiger als früher Sozialhilfe beantragen, falls sie es aus falsch verstandener Scham überhaupt taten. Diese Situation belastete oft auch ihre Kinder, die zu Unterhaltsleistungen herangezogen wurden und immer noch werden. Bis der 1990 eingebrachte Gesetzentwurf zu einer Sozialen Pflegeversicherung durch den Bundestag als SGB XI verabschiedet wurde, dauerte es noch vier Jahre. Viele Ökonomen hatten für eine private, kapitalgedeckte Absicherung des Pflegefallrisikos plädiert. Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung mit Arbeitsminister Norbert Blüm bevorzugte jedoch das



Demonstration für höhere Renten im Jahr 2016

Umlageverfahren. Die Organisation und Verwaltung der Pflegeversicherung wurde bei den Krankenkassen angegliedert.

Von Anfang an gab es die Einschränkung, dass nicht die gesamten Kosten der Pflege übernommen werden, sondern nur ein Zuschuss, abhängig vom Umfang der Pflegebedürftigkeit.

Da die Pflegeversicherung bei der Gründung am 1. Januar 1995 noch über keine finanziellen Mittel verfügte, wurde sie in zwei Stufen eingeführt. Im Rahmen der 1. Stufe bestand zwar Beitragspflicht, jedoch konnten noch keine Leistungen beansprucht werden. Ab dem 1. April 1995 wurden zunächst Leistungen der häuslichen Pflege zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der 2. Stufe bestand ab dem 1.7.1996 auch ein Anspruch auf stationäre Pflegeleistungen. Ab diesem Zeitpunkt wurde der bundeseinheitliche Beitragssatz von 1,0 auf 1,7 Prozent erhöht. Seit dem 1.1.2021 beträgt er 3,05 Prozent. Kinderlose Menschen müssen einen Zuschlag von 0,25 Prozent bezahlen.

Die wichtigsten Leistungen: Bei häuslicher Pflege besteht die Möglichkeit, Pflegegeld oder Leistungen von Pflegeeinrichtungen zu beziehen; bei Pflege in einem Heim gibt es Festzuschüsse. Nach wie vor besteht das Problem, dass die

verbleibenden Kosten, die schneller steigen als die Alterseinkünfte, oft nicht von den Pflegebedürftigen aufgebracht werden können.

Der DGB fordert deshalb eine Reform der Pflegeversicherung, die alle pflegebedingten Kosten vollständig absichert und Eigenanteile ausschließt. Für die Finanzierung sollen alle Bürger aufkommen, die

Beitragsbemessungsgrenze angehoben und Beiträge von allen Einkunftsarten – mit entsprechenden Freibeträgen – erhoben werden. Für versicherungsfremde Leistungen und die Investitionskosten sollen alle Steuerzahler aufkommen. Dadurch würden die vom Lohn erhobenen Beiträge nur moderat steigen, sowie eine anständige Bezahlung, der in der Pflege Beschäftigten und eine humane Pflege ermöglicht werden.



Von Helmut Haferkorn

Arbeitsplatz in der Wälzlagerindustrie um 2000

Quellen

Geschäftsberichte des DGB Schweinfurt

„Es hat sich was geändert“ – 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt, August 1986

„Auf daß der Mensch ein Mensch bleibt“, Schweinfurter Gewerkschaften im Wandel der Zeit, DGB-Kreis Schweinfurt/Main-Rhön, 1998

„1889–1989, 100 Jahre SPD Schweinfurt“, SPD Kreisverband Schweinfurt, 1989

„1. Oktober 1889–1989: 100 Jahre AOK Schweinfurt“, AOK Schweinfurt, 1989

1) Zitiert nach Prof. Florian Tennstedt „Geschichte der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung“ Verlag der Ortskrankenkassen, 1977

Peter Hofmann, schweinfurtführer.de, Schweinfurt

Wikipedia, diverse Artikel

Selbsthilfe durch Genossenschaften

Entsprechend der Intention dieses Buches, Schlaglichter der 125-jährigen Geschichte des Schweinfurter Gewerkschaftskartells darzustellen, wird die Einordnung des Gründungsgedankens der Genossenschaft „Bauverein“ und der Gartenstadt in Schweinfurt im geschichtlichen Kontext beschrieben. Um die historischen Besonderheiten zu verstehen und auch einen Bezug zu aktuellen Themen herzustellen, hat der Verfasser diesen Artikel in acht Kapitel gegliedert. Das zweite Kapitel gibt einen kurzen Einblick in die Ideen der frühen Arbeiterbewegung vor und während der Weimarer Republik und welche Bedeutung der gemeinwirtschaftliche Gedanke und das Thema Genossenschaften damals hatte. Anschließend wird die Genossenschaft „Konsumverein“ thematisiert, um im vierten Kapitel auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen sowie die politische Einflussnahme der Arbeiterbewegung zur Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Schweinfurt einzugehen, welche die Gründung des Bauvereins maßgeblich beeinflusste. Das fünfte Kapitel beschreibt gewerkschaftliche Neuordnungsvorstellungen für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier wird aufgezeigt, welche gemeinwirtschaftlich und wirtschaftsdemokratisch geprägten Denkmuster Mitglieder der Arbeiterbewegung in Genossenschaften und Gewerkschaften sowie in der Politik in dieser Zeitepoche hatten. Die Kapitel sechs und sieben geben einen Einblick in die heutige Zeit. Dabei werden Auswirkungen (pandemiebedingter) Konjunkturkrisen auf das erwerbswirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftssystem sowie die arbeitenden Menschen beschrieben, aber auch die Folgen fehlender linkspolitischer Alternativkonzepte von Parteien beleuchtet. Der Fokus liegt in diesem Zusammenhang auf verschiedenen Bereichen, nämlich auf dem Status quo in der Gesellschaft, auf den Parteien selbst,

auf dem sozialen Frieden und der Stabilität einer Demokratie.

Im achten und abschließenden Kapitel ist eine Reflexion der Inhalte dieses Artikels zu finden und ein Ausblick beziehungsweise eine Einladung an die Leserinnen und Leser, sich für Alternativen im Hier und Jetzt einzusetzen.

Ursprungsgedanken zu Gemeinwirtschaft, Genossenschaften und der Arbeiterbewegung

Die Idee der Gemeinwirtschaft¹ und die Nutzung von Genossenschaften als „Selbsthilfeunternehmen“ haben eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung. Zeitweise war der Stellenwert von Genossenschaften höher angesehen als die Organisation der Arbeiterschaft in Gewerkschaften. Konsumvereine (auch Konsumgenossenschaft genannt) hatten während der Weimarer Republik mit fast vier Millionen Mitgliedern ihren Zenit erreicht. Zum Vergleich: In den drei großen Gewerkschaftsverbänden waren zu dem Zeitpunkt etwas über sechs Millionen Mitglieder organisiert. Die Organisation in Genossenschaften spiegelte auch das Klassenbewusstsein der Arbeiterinnen und Arbeiter der damaligen Zeit wider, waren sie doch intensiv mit den Arbeitermilieus verwoben. *„Die Idee der Genossenschaft stand für Gleichberechtigung, Mitsprache und Solidarität und erschien vielen Arbeitern damit als die alternative Wirtschaftsform zur kapitalistisch-hierarchischen Organisation der Produktion schlechthin.“* (Novy/Prinz 1985: S. 11).

Im Jahr 1910 beschloss die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in einer Resolution auf dem Magdeburger Parteitag, für Konsumgenossenschaften einzutreten, um so die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Der Genossenschaftsgedanke wurde somit in Form der Konsumgenossenschaft zur dritten „Säule“ der Arbeiterbewegung. Die anderen beiden Säulen bildeten die Gewerkschaften (Verbesserung der Arbeitsbedingungen) und die SPD (Verbesserung der politischen Situation) (vgl. Novy/Prinz 1985: S. 29). Die Machtübernahme der Nationalsozialisten läutete

das Ende der Genossenschaftsbewegung in der bisherigen Form ein. Die Arbeiterbewegung fand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr die Anknüpfung an die Genossenschaftsbewegung zu Zeiten der Weimarer Republik. Zu gründlich war die Zerstörung der Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten und ihrer Gleichschaltungspolitik (vgl. Novy/Prinz 1985: S. 11).

Genossenschaften wurden nicht allein aus der Not der Menschen heraus gegründet. Selbsthilfeunternehmen wurden meist dann gegründet, wenn politische und/oder gewerkschaftliche Kämpfe nicht zum Erfolg führten beziehungsweise einer Ergänzung bedurften. „Kooperation statt Konkurrenz“ lautete die Devise, sodass es zur gemeinsamen Organisation in wirtschaftlichen Selbsthilfeunternehmen kam (vgl. Novy/Prinz 1985: S. 12). *„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, dass er seinen Arbeitslohn bar ausbezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“* (Marx/Engels 2009: S. 23).

Wohnungsbaugenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Sparvereine und so weiter, haben in dem obigen Zitat von Karl Marx und Friedrich Engels ihre Ansatzpunkte (vgl. Novy/Prinz 1985: S. 12).

„Die Genossenschaft dient nicht der Kapitalverwertung, sondern der Mitgliederversorgung. Daher werden die Überschüsse nicht entsprechend dem Kapitaleinsatz verteilt, sondern entsprechend der „Nutzung“ als Rückerstattung vergeben. Auch ist das Stimmrecht nicht – wie sonst in der Wirtschaft – nach Kapitalanteilen gewichtet, sondern demokratisch organisiert (Demokratieprinzip). [...] Genossenschaften der Endverbraucher organisieren das „allgemeinste“ Interesse, das Konsuminteresse; sie sind somit tendenziell gemeinwirtschaftliche und nicht bloß kollektiv-privatwirtschaftliche Gebilde [...]“ (Novy/Prinz 1985: S. 13).

Die Genossenschaft „Konsumverein“ in Schweinfurt

Schon im Jahre 1895 wurde die Genossenschaft „Konsumverein“ gegründet. Der Konsumverein (kurz: Konsum) diente der Versorgung von Arbeiterfamilien mit günstigen Lebensmitteln und anderen Waren (vgl. Brandl 2017: S. 32). *„1898 erwarb er als erster bayerischer Konsumverein ein eigenes Gebäude. Rund um die Hauptstelle in der Feldgasse entstanden unter anderem ein Zentrallager, eine Großbäckerei, eine Bierabfüllung und Brennstoffhandel.“*

1910 stieg der Konsumverein auch in den Wohnungsmarkt ein.“ (Brandl 2017: S. 32).

Auch in der Gartenstadt wurde eine Filiale des Konsums eröffnet. (vgl. Brandl 2017: S. 32).

Ein Vorteil des Konsumvereins waren die günstigen Warenpreise für die Mitglieder.

Dies war möglich, da der Konsumverein zu Großhandelspreisen einkaufte und die geringeren Preise an die Genossinnen und Genossen weitergab. Das Modell war so erfolgreich, dass der Konsumverein allein in Schweinfurt 16 Filialen hatte. (vgl. Bauverein 2017a).

Einordnung des Gründungsgedankens des Bauvereins und der Gartenstadt in den historischen Kontext

Dieses Kapitel behandelt die Umstände und die daraus resultierende Idee zur Gründung des Bauvereins – speziell in der gewählten Firmierung einer Genossenschaft im letzten Jahrhundert. Dabei werden der Einfluss der zunehmenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert, die damit einhergehende „Landflucht“ der Bevölkerung in die Städte und die daraus resultie-



rende Wohnungsnot beleuchtet. Ferner werden sowohl die massiv negativen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf das Leben der Zivilbevölkerung



Laden des Konsumvereins in der Gartenstadtstraße 1

in Schweinfurt betrachtet als auch der maßgebliche Einfluss der Ideen und des Gestaltungswillens und -anspruchs der Arbeiterbewegung bei der Gründung des Bauvereins.

Auswirkungen der Industrialisierung, der Landflucht und des Ersten Weltkriegs auf die Wohnverhältnisse in Schweinfurt ab dem 19. Jahrhundert

Die zunehmende Industrialisierung – ausgelöst durch die erste industrielle Revolution, basierend auf der Erfindung der Dampfmaschine – erreichte im 19. Jahrhundert bayerische Städte und somit auch Schweinfurt. Tausende Menschen zogen vom Land in die Städte, unter anderem angetrieben von dem Wunsch nach einem besseren Leben. Diese massenhafte Bevölkerungsbewegung wird als „Landflucht“ bezeichnet und leitete einen gesellschaftlichen Wandel ein: das Ende der Agrargesellschaft, mit einem zeitgleichen Übergang zur Industriegesellschaft. Der städtische Wohnungsbau war nicht auf die Aufnahme Tausender Landbewohner ausgelegt, sodass eine gravierende Wohnungsnot entstand (vgl. Brandl 2017: S. 8).

„In der Schweinfurter Großindustrie waren 1918

über 11.000 Mitarbeiter tätig. Die Einwohnerzahlen Schweinfurts stiegen von 15.302 (1900) auf rund 28.000 (1918).“ (Brandl 2017: S. 8).

Wie dem Zitat und den Zahlen zu entnehmen ist, waren Arbeitsplätze in der Schweinfurter Großindustrie auch unter Landbewohnern stark begehrt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist durch den Ersten Weltkrieg und den permanenten Bedarf an Kriegsgütern weiter gestiegen.

Da ein Großteil der arbeitenden Männer während des Ersten Weltkriegs als Soldaten an der Front kämpfen mussten, wurden frei werdende Industriearbeitsplätze nach und nach von Frauen besetzt.

Schweinfurt wandelte sich zu einer Industriestadt, in der der Wohnungsbau die rasch anwachsende Anzahl an Menschen nicht mit ausreichendem Wohnraum – auch wegen fehlender Arbeitskräfte und Rohstoffen – versorgen konnte. Dementsprechend desolat waren die damaligen Wohn- und Lebensverhältnisse des Großteils der arbeitenden Menschen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Rückkehr der Überlebenden und freigelassenen Gefangenen stieg die Wohnungsknappheit und -not so drastisch an, dass viele Menschen keine eigene Wohnung hatten. Sie



Wohnsituation Fischerrain

mussten als „Schlafgänger“ überleben, das bedeutet, dass sich diese Menschen stundenweise in fremden Wohnungen ein Bett mieteten, um dort schlafen zu können. Flankiert durch die damals verbreitete

Massenarmut in dem Großteil der Bevölkerung (auch als „Soziale Frage“ oder „Pauperismus“ bekannt), wurden die Einnahmen durch die Vermietung des Betts an Schlafgänger dringend benötigt.

Die Aufnahme von Schlafgängern führte wiederum zu Spannungen in den Familien, da sich die beengten Wohnverhältnisse weiter verschlechterten. Um der katastrophalen Situation Einhalt zu gebieten, verabschiedete der Schweinfurter Stadtrat im Dezember 1918 ein allgemeines Zuzugsverbot (vgl. Brandl 2017: S. 8 f.).

Die folgenden Zitate sollen zusammenfassend ein klareres Bild der Wohn- und Lebensbedingungen der in der Industrie arbeitenden Menschen in Unterfranken und Schweinfurt in der Übergangsphase zum 20. Jahrhundert geben:



Anstehen für Lebensmittelration im Rathausinnenhof 1916

„Entsprechend einer Untersuchung der Regierung von Unterfranken aus dem Jahr 1896 hatten 53 Prozent der Schweinfurter Arbeiterwohnungen nur 1 Zimmer, ein Drittel davon ohne Küche, 40 Prozent hatten zwei Zimmer, lediglich 7 Prozent hatten 3 bis 4 Zimmer. Ein Fünftel der Wohnungen besaß unter 15 Quadratmeter Wohnfläche.“ (Brandl 2017: S. 10). 1904 schreibt ein Arbeiter aus Schweinfurt: „Mir ist dieses Jammerleben ein riesiger Ekel. Arbeiten und kein Heim haben. Wahrlich lieber aufgehängt. Die Verhältnisse hier in Schweinfurt sind unter

dem Hund. Man ist nur Logisbursche und weiter nichts. Man hat ein Heim und auch keins...“ (Brandl 2017: S. 11).

Die Schweinfurter Arbeiterbewegung trifft auf die Idee der Gartenstadt

Aufgrund des ungenügenden Wohnungsbaus durch die Stadt Schweinfurt und ab circa 1920 auch durch die Großindustrie – beispielsweise bauten Fichtel & Sachs und Fischers Automatische Gussstahlkugelfabrik (FAG) Arbeiterwohnhäuser für ihre Belegschaft – setzten sich Mitglieder der Schweinfurter Arbeiterbewegung selber für die Lösung der eigenen Probleme ein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter realisierten, dass sie sich nur selbst, durch Solidarität und Organisation, aus dieser Lage befreien konnten (vgl. Brandl 2017: S. 14 f.).

Die Entstehung der organisierten Schweinfurter Arbeiterbewegung Die Schweinfurter Arbeiter erkannten 1889, dass sie sich in politischen Parteien organisieren mussten, um ihre Interessen vertreten zu können. Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – die Kurzbezeichnung lautet „Sozialistengesetz“ – untersagte von 1878 bis 1890 die Gründung politischer Arbeitervereine und sozialdemokratischer Parteien. Unter dem Namen „Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ (Brandl 2017: S. 16) gründeten Schweinfurter Schuhmacher 1889 den ersten Ortsverein der SPD in Schweinfurt. Im Jahr 1899 nannte sich der Verein in „Sozialdemokratischer Verein Schweinfurt“ (Brandl 2017: S. 16) um. Er hatte zu diesem Zeitpunkt, trotz aller Widrigkeiten, circa 300 Mitglieder. Mit dem Ende der „Sozialistengesetzgebung“ konnte sich Schweinfurt zu einer der führenden Städte der Arbeiterbewegung in Bayern entwickeln. Im Verlauf der 1920er-Jahre schlossen sich auch die Arbeitervereine in Schweinfurt zum „Kartell für Bildung, Sport und Körperpflege“



Sgraffito in der Wilhelmstraße in Schweinfurt

zur Gartenstadt spiegelt sich heute noch in der Benennung der Straßennamen wider: Fritz Soldmann, Georg Groha, Benno Merkle und Josef Säckler waren namenhafte Mitglieder der Schweinfurter Arbeiterbewegung (vgl. Brandl 2017: S. 17).

Die transnationale Verbreitung der Gartenstadtidee Um das Jahr 1900 entwickelte der Brite Ebenezer Howard die Idee der Gartenstadt. In seinen Vorstellungen verband er Wohnen, Arbeiten und Kultur, sodass die Wohnhäuser der Arbeiter, die Fabriken, aber auch Kultureinrichtungen „nahe“ beieinander sein sollten, getrennt durch großzügige angelegte Grünflächen. Der „Grund und Boden“, auf dem die Gartenstadt entstehen sollte, wäre im genossenschaftlichen Besitz. Im Jahr 1903 wurde die erste Gartenstadt „Letchworth“ (England) nach den Howard'schen Vorstellungen erbaut. Die Idee fand internationale Aufmerksamkeit und verbreitete sich rasant. 1902 warb die „Deutsche Gartenstadtgesellschaft“ im Deutschen Reich für

zusammen. Bis 1930 erhöhte sich die Anzahl der Mitglieder auf 4.000 Personen, was ungefähr 10 Prozent der Einwohner von Schweinfurt ausmachte und war damit das zweitgrößte Kartell in Nordbayern (vgl. Brandl 2017: S. 16 f.).

Die engen Beziehungen der damaligen Arbeiterbewegung

die Gründung von Gartenstädten. 1907 wurde der „Deutsche Werkbund“ gegründet, ein Zusammenschluss von Kunstschaffenden, Unternehmern und Architekten. Diese Gruppierung arbeitete eng mit der Deutschen Gartenstadtgesellschaft zusammen. Der Bau von Arbeiterwohnungen wurde hier erstmals stark priorisiert. Der Schweinfurter Architekt Theodor Fischer wurde zum ersten Vorsitzenden des Bundes gewählt. Im Laufe der Zeit entstanden Variationen der Gartenstadtidee nach dem Howard'schen Ideal. Beispielsweise stand dabei nicht die Gründung neuer Gartenstädte im Fokus, sondern die Erweiterung bestehender Städte um Stadtteile, die sich an der Idee der Gartenstadtvision orientieren. (vgl. Brandl 2017: S. 18).

Die Rolle der Baugenossenschaften bei der Linderung der Wohnungsnot am Beispiel des Schweinfurter Bauvereins

Baugenossenschaften und/oder Bauvereine setzten sich schon ab circa 1850, und noch mal insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg, das Ziel, die desaströse Situation auf dem Wohnungsmarkt durch den Neubau von Wohneinheiten für Geringverdiener zu verbessern.

Der Ursprung der Genossenschaftsbewegung ist in Großbritannien zu finden, dem Ursprungsland der Industrialisierung. Dort schlossen sich die Menschen in Genossenschaften zusammen,



Sgraffito in der Benno-Merkle-Straße in Schweinfurt

um das wirtschaftliche Risiko auf mehrere Akteure zu verteilen, sodass es nicht an einer Person haften bleibt (Bauverein 2017: S. 10). Einige elementare Entscheidungen schufen die Voraussetzungen für die Ausweitung des Genossenschaftswesens. Zum einen „die beginnende staatliche Förderung, die 1889 eingeführte „beschränkte Haftung“ im Genossenschaftsrecht, das Ende des Sozialistengesetzes und ein Wirtschaftsaufschwung ließen die 1890er-Jahre zum Aufbruchsjahrzehnt deutscher Baugenossenschaften werden.“ (Brandl 2017: S. 24). Zum anderen die Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes im Jahre 1889. Dabei wurde die oben erwähnte beschränkte Haftung eingeführt. Das bedeutet, dass die Genossinnen und Genossen nur mit ihrem eingezahlten Genossenschaftsanteil haften und nicht mehr mit dem Privatbesitz/-vermögen (Bauverein 2017: S. 11). Allein in Bayern erhöhte sich die Zahl der Genossenschaften von 37 (1904) auf 145 (1912). Am 13. August 1917 wurde schließlich in Schweinfurt der „Bauverein“, in Form einer Baugenossenschaft, gegründet.² Auch die Schweinfurter SPD war an der Gründung des Bauvereins aktiv beteiligt, weswegen Fritz Soldmann als Vertreter der Sozialdemokratie einen Platz im Aufsichtsrat des Bauvereins einnahm.³ Bereits zum Ende des Jahres zählte der Bauverein 108 Mitglieder. Voraussetzung, um beitreten zu können, war der Kauf von Genossenschaftsanteilen in Höhe von 200 Mark.⁴ Die Hauptaufgabe des Bauvereins war die Bereitstellung von Wohnungen, um der geschilderten Wohnungsnot entgegenzuwirken. In diesem Sinne wurde die Schweinfurter Gartenstadt als neuer Stadtteil geplant. Im Jahr 1920 wurde mit dem Bau der Gartenstadt begonnen, charakterisiert durch Einfamilienhäuser und großzügige Gartenflächen. Das Vorhandensein von Gärten hatte mehrere positive Eigenschaften: Zum einen verbesserten sich die Lebensverhältnisse/-qualität immens, da ein Teil des familiären Lebens nach draußen an die „frische Luft“ verlagert werden konnte, um sich auch dort zu entspannen. Zum



Gaststätte zur Gartenstadt

anderen konnte Gemüse angebaut und Tiere gehalten werden – eine weitreichende Besserstellung der Nahrungsmittelversorgung, speziell mit Rückblick auf die absolut unzureichende Lebensmittelversorgung während und nach dem Ersten Weltkrieg. Schon im folgenden Jahr konnten 35 Familien in die ersten fertiggestellten Einfamilienhäuser einziehen. Im Laufe der Zeit wurden auch Mehrfamilienhäuser sowie Einrichtungen des „täglichen Lebens“ (Metzger, Gasthaus, et cetera) errichtet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen, zusätzlich zum Bauverein, der Verband der Kriegsbeschädigten und der Heimkehrerverband, genossenschaftlichen Wohnraum errichten. Dadurch stieg die Zahl der Bevölkerung in der Schweinfurter Gartenstadt rasant an: Lebten dort im Jahre 1920 noch circa 200 Menschen, waren es im Jahr 1953 fast 5.000. Dennoch behielt der Stadtteil seinen Charakter als „Arbeitersiedlung“, da im Jahr 1966 ungefähr 60 Prozent der Gartenstadteinwohner als Arbeiter tätig waren. 2017 feierte der Bauverein das 100-jährige Bestehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Genossenschaft ungefähr 3.200 Mitglieder und einen Wohnungsbestand von circa 1.800 Wohnungen (vgl. Brandl 2017: S. 22 ff.).

Gewerkschaftliche Neuordnungsvorstellungen für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Der massive Einfluss der Großindustriellen bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten war vielen politischen, genossenschaftlichen, aber auch kirchlichen Akteuren nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst, vor allem, dass diese auch (un)mittelbar an den Gräueltaten der Nationalsozialisten beteiligt waren (vgl. Mattfeld 1998: S. 19). „Die brutale Vernutzung nicht nur der menschlichen Arbeitskraft, sondern ihrer Träger, d. h. der Menschen selbst, fand unter Mitwirkung und häufig genug der betriebswirtschaftlichen Regie in den Betriebsstätten großer deutscher Unternehmen statt.“ (Mattfeld 1998: S. 19).

Die Zusammenarbeit geschah nicht nur auf Basis ideologischer Überzeugung, sondern wegen der Gewinnmaximierungsabsichten der Unternehmen, die sich auch während der Nazidiktatur am erwerbswirtschaftlichen Prinzip ausrichteten. Nach dem Ende des Naziregimes sollte das gemeinwirtschaftlich-bedarfsdeckende Prinzip das erwerbswirtschaftliche Prinzip ablösen, zumindest aber ergänzen.

Flankiert werden sollte dies durch die verstärkten Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft, zusammengefasst unter dem Oberbegriff der „Wirtschaftsdemokratie“. Diese neue Wirtschaftsform sollte unter dem Begriff „Gemeinwirtschaft“ konstituiert werden (vgl. Mattfeld 1998: S. 19). Sozialdemokraten, Genossenschaftlern und Gewerkschaftern war klar, dass junge Menschen im Sinne des gemeinwirtschaftlichen Gedankens ausgebildet werden mussten, um in Unternehmen Einfluss nehmen zu können, aber auch als Nachwuchskräfte für die eigenen Organisationen. An vielen Universitäten war dies nicht machbar, da die entsprechenden Studiengänge nicht vorhanden waren beziehungsweise die „alten (Nazi) Eliten“ die Lehrstühle einnahmen und sich gegen gemeinwirtschaftliche Forschung und Lehre sperrten. Ferner musste der Zugang für Gewerkschafter und

Genossenschaftler sowie SPD-Mitglieder ohne Abitur geschaffen werden, um so das „Bildungsmonopol“ des Gymnasiums zu durchbrechen. Die Studierfähigkeit wurde über eine Aufnahmeprüfung abgefragt. In diesem Sinne wurde im Jahre 1948 die Akademie für Gemeinwirtschaft (nach dem Vorbild der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main⁵) in Hamburg gegründet. Bekannter ist die Akademie für Gemeinwirtschaft als ehemalige Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), die im Jahr 2005 nach langjährigen Protesten in die Universität Hamburg eingegliedert wurde.⁶



Erste Überlegungen zum Thema Wirtschaftsdemokratie wurden schon im Jahr 1928 von Fritz Naphtali in dem Buch „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“ im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) veröffentlicht. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter knüpften nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an diese Ideen der Wirtschaftsdemokratie an und ließen sie in die Neuordnungsvorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aus dem

Jahr 1949 einfließen. Die Parallelen sind vor allem deswegen zu finden, weil beide Programme von sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaftern ausgearbeitet wurden, die das bestehende System durch Reformen – und nicht durch eine Revolution – verändern wollten. Beide Programme zielen auf eine Mitbestimmung der arbeitenden Menschen bei wirtschaftlichen Entscheidungen und auf eine Überwindung des profitmaximierenden Gedankenguts, das dem Kapitalismus innewohnt. Bei beiden Konzepten übernimmt der Staat eine wichtige Rolle, sei es bei der Sozialisierung, bei der Beteiligung in Unternehmen oder bei der Reformierung der Gesetzgebung. Zu unterscheiden ist: War das Programm des ADGB noch ein politischer Ansatz zur Änderung der bestehenden Verhältnisse hin zu einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform, waren die Neuordnungsvorstellungen ab 1945 als politische Forderungen erkennbar, um die Gesellschaft neu aufzubauen. Es bestand der Konsens, dass mit dem Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft auch das Ende des Kapitalismus eingetreten sei (vgl. Thum 1991: S. 61 f.). Die Ausweitung von verstaatlichten oder vergesellschafteten Betrieben sollte ein Gegenmodell zu den kapitalistisch-privatwirtschaftlich und profitmaximierenden Betrieben einnehmen, indem diese nach der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftslogik ausgerichtet werden, um sich somit von der kapitalistischen Wirtschaftslogik zu lösen. Das Profitstreben und die Unterordnung unter eine kapitalistische Wirtschaftsstruktur wären somit durchbrochen. Eine demokratische Leitung vervollständigt diese Idee nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Unterstützt würden diese Einrichtungen von Genossenschaften und gewerkschaftlichen Unternehmungen, die als „nichtkapitalistische Oasen inmitten einer kapitalistischen Landschaft“ (Thum 1991: S. 41) zu verstehen sind. Diese Einrichtungen wären nach dem bedarfsdeckenden gemeinwirt-

schaftlichen Prinzip geleitet worden.⁷ Zusätzlich kann die Schwerpunktlegung der beiden Ansätze unterschieden werden. Die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie aus der Weimarer Epoche sprach sich für eine überbetriebliche Regulierung der Wirtschaft aus (vgl. Thum 1991: S. 40 ff.). Der Verfasser vertritt die Meinung, dass sich die Gewerkschafter nach dem Zweiten Weltkrieg – im Lauf der Zeit – für eine gleichgewichtige Regulierung der Wirtschaftsebenen aussprachen, also eine Demokratisierung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.⁸

Führt eine pandemiebedingte Konjunkturkrise zum Ende des sozialen Friedens in Deutschland?

Ein Problem der erwerbswirtschaftlich-kapitalistischen Ökonomie zeigt sich in Deutschland erneut unter anderem in der von der Coronapandemie ausgelösten Wirtschaftskrise im Jahr 2020. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip basiert, wie oben beschrieben, auf Gewinnmaximierung. Um steigende Gewinne zu realisieren, müssen Unternehmen „wachsen“, also mehr Güter und/oder Dienstleistungen als in der vergleichbaren Vorperiode herstellen und diese verkaufen.

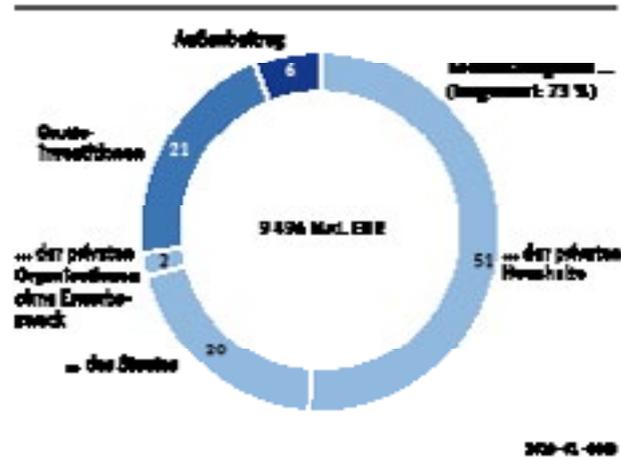
Ein Blick in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), der Bundesrepublik Deutschland, soll die Problematik vertieft darstellen und verdeutlichen. Dabei wird auch hier die BIP-Kennzahl, wie in einem erwerbswirtschaftlich-kapitalistischen Betrieb, in den Vergleich zur Vorjahresperiode gesetzt.⁹ Das BIP ist in vielen Ländern die wichtigste Kennzahl, um den wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft zu messen.

Das BIP berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{BIP} = & \text{Private Konsumausgaben} \\ & + \text{Konsumausgaben des Staats} \\ & + \text{Bruttoinvestitionen (Neuinvestitionen} \\ & \quad \text{von Unternehmen, einschließlich} \\ & \quad \text{Vorratsveränderungen)} \\ & + \text{Außenbeitrag (Exporte – Importe)} \end{aligned}$$

Die Nachfrage der Konsumenten (private Haushalte, Staat, Unternehmen und Export), also der Konsum, ist hierbei die relevante Variable. Die Nachfrage wiederum ist begrenzt durch die Höhe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Die Kaufkraft der privaten Haushalte ist in dieser Gleichung der wichtigste Posten. Die Zusammensetzung des BIP aus dem Jahr 2019 soll dies verdeutlichen, da der Konsum der privaten Haushalte mit 51 Prozent am BIP beteiligt war und damit die addierte Nachfrage aller anderen Akteure übersteigt (vgl. Bolleyer 2020).

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 2019 in %



In der Coronakrise ist der Konsum der oben genannten Akteure massiv eingebrochen. Die erhöhte Nachfrage des Staats, die aufgelegten Konjunkturprogramme sowie die Ausweitung und Aufstockung der Kurzarbeitergeldzahlungen konnte die Wirtschaft teilweise stabilisieren und einen noch stärkeren Einbruch des BIP abmildern. Die Nachfrage der privaten Haushalte als stabilisierender Garant und elementarer Faktor der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist ebenfalls zurückgegangen und viele Branchen (beispielsweise Tourismus, Gastronomie, bestimmte Bereiche des Einzelhandels, usw.) stehen vor akutem Arbeitsplatzabbau, da die Nachfrage weggebrochen ist. Ferner sind die Exporte eingebrochen, was für die Exportnation Deutschland

Nachteile mit sich bringt, da die Nachfrage aus dem Ausland fehlt – und somit weniger produziert wird und weniger Arbeitskräfte nachgefragt werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2020).

Der Kreis schließt sich erneut an dieser Stelle.¹⁰ Auch die Automobil(zuliefer)branche steht im Zusammenhang mit der Coronapandemie vor immensen Herausforderungen. Durch den Dieselskandal bei Volkswagen ist das Vertrauen der Menschen in die Automobilindustrie schwer erschüttert worden, was durch sinkende Absatzzahlen von Dieselfahrzeugen sichtbar wird. Der Wandel hin zur Elektromobilität ist für viele Zuliefererbetriebe eine enorme Kraftanstrengung, da sie noch nicht auf die Elektromobilität vorbereitet sind beziehungsweise ihr Produktportfolio anpassen und auf der Suche nach neuen, innovativen, zukunftsfähigen Produkten (als Ersatz für die auslaufenden Komponenten für die Verbrennertechnologie) sind.

„Personalanpassungen“ in der Automobil- und Zuliefererindustrie liefen in Deutschland im Jahr 2020 im Großen und Ganzen nach demselben, einfalllosen Schema ab, nämlich Abbau Zehntausender Arbeitsplätze in Deutschland und/oder die Verlagerung von Produkten ins Ausland.

Auch Standortschließungen wurden von Managern durchgeführt, wie beispielsweise das Aachener Werk von Continental. Gleichzeitig wurden in sogenannten „Niedriglohnländern“ Fertigungskapazitäten aufgebaut und Produktion aus Deutschland ins Ausland verlagert. Dabei steht auch immer wieder die Verlagerung von profitablen Produkten aus Deutschland im Raum. Der Grund? Eine zwei- bis dreiprozentige höhere Gewinnerwartung als in Deutschland. Was dieser massenhafte Arbeitsplatzabbau beziehungsweise die Standortschließungen für die Beschäftigten, deren Familien, die Zukunft kommender Generationen, die jeweilige Region, für den sozialen Frieden, den Zusammenhalt einer

Gesellschaft und letztendlich auch für die Demokratie eines Landes bedeutet, wird dabei nicht betrachtet. Die Gewinnmaximierung und die Zahlung der Aktionärsdividenden scheinen wichtiger. Der Verteilungskampf um die Produkte der Zukunft läuft.

Linkspolitische Repräsentationslücken – ein Grund der Wählerabkehr von Mitte-Links-Parteien

Zum Schluss geht der Verfasser noch auf die Untersuchung „Linke Repräsentationslücke. Durch die Anpassung linker Parteien an Markt und Bürgertum sehen sich viele Menschen politisch nicht mehr vertreten – Rechtspopulisten nutzen das.“ von Sheri Berman ein. Dieser Artikel beschreibt Erkenntnisse zum Zusammenhang von Demokratieverdrossenheit und dem Wegfall politischer Ideale/Forderungen beziehungsweise von Profilen politischer Parteien und Institutionen. Wählerinnen und Wähler können sich nicht mehr mit diesen identifizieren und wählen diese gegebenenfalls auch nicht mehr (vgl. Berman 2020). Genauer beschreibt Berman, dass „[...] der Zerfall politischer Ordnungen die Folge einer Diskrepanz zwischen den Forderungen der Bürger und der Bereitschaft oder Fähigkeit politischer Institutionen ist, auf diese Forderungen einzugehen.“ (Berman 2020). Demnach besteht die heutige Repräsentationslücke aufgrund des „Nichtmehridentifizierens“ der Wählerinnen und Wähler mit politischen Parteien, da die Parteien nicht mehr auf deren Wünsche eingehen. Die Folge ist eine wachsende Unzufriedenheit in der wahlberechtigten Bevölkerung, die zu einer Erosion der demokratischen Strukturen führen kann. Wesentliche Aspekte, die die Wahlprogramme der europäischen Mitte-Links-Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg beinhalteten (beispielsweise der Schutz der Menschen vor einigen Nachteilen des Kapitalismus, zum Beispiel durch die Ausweitung des Wohlfahrtsstaats, die Regulierung der Märkte oder das Eintreten für einen wirtschaftspolitisch agierenden Staat), sind im Laufe der Zeit erodiert. Am Ende des 20. Jahrhunderts hatten

sozialdemokratische Parteien wirtschaftspolitisch mehr gemeinsame Forderungen mit Mitte-Rechts-Parteien als mit den politischen Inhalten, Konzepten und Überzeugungen, die sie 30 Jahre zuvor vertreten haben (vgl. Berman 2020). „Die Mitte-Links-Parteien verwässerten allerdings nicht nur ihre wirtschaftspolitischen Positionen, sondern spielten in ihren Appellen auch den Klassenaspekt mehr und mehr herunter. Hinzu kam, dass ihr Führungspersonal immer seltener der Arbeiterschaft und immer häufiger einer Elite mit hohem Bildungsniveau entstammte.“ (Berman 2020).

Die Unzufriedenheit der Wählerschaft und das Entstehen einer Repräsentationslücke führt zu zwei Handlungsoptionen: Die Menschen können sich von der Politik abkehren oder ihre Unzufriedenheit oder ihren Widerspruch zum Ausdruck bringen. Speziell Menschen aus der Arbeiterklasse und mit einem geringen Bildungsniveau sind nicht mehr wählen gegangen und haben auch ihr ehrenamtliches, politisches Engagement eingestellt oder haben ihre Unzufriedenheit und ihren Widerspruch zum Ausdruck gebracht, indem sie andere Parteien gewählt haben (vgl. Berman 2020). „Letzteres taten sie deswegen, weil auch die rechtspopulistischen Parteien ihre Profile verändert hatten und neuerdings einen Mix aus Wohlfahrtschauvinismus, konservativer Sozial- und Kulturpolitik anboten und versprachen, den „Sprachlosen“ eine Stimme zu geben — um genau für diese Wählergruppen attraktiv zu werden.“ (Berman 2020).

Schlussfolgernd aus den bisher beschriebenen Inhalten dieses Artikels, vertritt der Verfasser die Meinung, dass Politikerinnen und Politiker der Mitte-Links-Parteien wieder mehr auf die Wünsche, Anliegen und Bedürfnisse der Wähler eingehen müssen, um so die politischen Forderungen und die politische Willensbildung des Volks realpolitisch im Bundestag abbilden zu können. Dies ist ein wesentlicher „Pfeiler“ für die Legitimation und das Bestehen der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Die Repräsentationslücke muss geschlossen werden, wenn Mitte-Links-Parteien Wählerinnen und Wähler

zurückgewinnen wollen. Die Umwandlung des erwerbswirtschaftlich-kapitalistischen Systems in ein bedarfsdeckend-gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftssystem stellt eine Möglichkeit dar. Ein Fernziel für eine bessere Zukunft, an dem alle gemeinsam arbeiten können.

Reflexion und Anwendung in der heutigen Zeit

Die in Kapitel „Die Entstehung der organisierten Schweinfurter Arbeiterbewegung“ genannten Persönlichkeiten der Schweinfurter Arbeiterbewegung (Soldmann, Groha, Säckler, Merkle) stehen exemplarisch für die enge „Verzahnung“ zweier „Säulen“ der Arbeiterbewegung, nämlich die Gewerkschaften und die Politik. Die Taten dieser Menschen in der Vergangenheit können uns lehren, was alles möglich ist, wenn sogar alle drei Säulen miteinander verzahnt sind und die verantwortlichen Personen organisiert, abgestimmt und solidarisch handeln. Die Gründung der Gartenstadt ist nur ein Beispiel. Dieses gemeinsame Handeln ist im Jahr 2021, geprägt durch das Handeln der Arbeitgeber unter dem Deckmantel der Coronapandemie im Jahr 2020, nämlich Arbeitsplatzabbau, Produktverlagerungen und Standortschließungen in Deutschland, nötiger denn je.

Die Genossenschaftsbewegung kann durch „[...] die Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung“ (Bauverein 2017: S. 10) sowie der Nutzung des Bedarfsdeckungs- anstatt des Gewinnmaximierungsprinzips charakterisiert werden. Dass die Werte und Prinzipien der Genossenschaftsbewegung bis heute aktuell und voller Strahlkraft sind, verdeutlicht die Aufnahme der Genossenschaftsidee und -praxis als erster deutscher Beitrag in die Liste des Immateriellen Kulturerbes der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (vgl. UNESCO 2016). Claudia Bogedan (SPD), damalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Bremens Senatorin für Kinder und Bildung fasst die Bedeutung wie folgt

zusammen: „Die Anerkennung der Genossenschaften als Immaterielles Kulturerbe belegt den Beitrag Immateriellen Kulturerbes zu sozialem Zusammenhalt. In Genossenschaften kommt bürgerschaftliches Engagement jenseits von privaten und staatlichen Wirtschaftsformen zum Ausdruck. Die Genossenschaftsfamilie verstand sich von jeher als eine an sozialen Werten orientierte Bewegung, die auf ideellen Grundsätzen wie Solidarität, Ehrlichkeit, Verantwortung, Demokratie aufbauend eine alternative Wirtschaftsform bildet.“ (UNESCO 2016).

Die Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte in einer in Auftrag gegebenen Studie im August 2010 Zahlen über das Vertrauen der Menschen in das gegenwärtige Wirtschaftssystem. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Befragten wünschen sich ein alternatives Wirtschaftssystem, in welchem soziale und ökologische Aspekte verstärkt in den Fokus rücken. Wachsenden Wohlstand durch Naturzerstörung lehnen mehr als 80 Prozent der Befragten ab (vgl. Stern 2010). „Die eigentlichen Quellen persönlicher Lebensqualität, so zeigte die Umfrage, seien überwiegend immaterieller Natur, hieß es. Gesundheit (80 Prozent), eine intakte Familie und Partnerschaft (72 Prozent), sein Leben selbst zu bestimmen (66 Prozent) und das friedliche Zusammenleben mit Menschen sowie soziales Engagement (58 Prozent) werden mit Abstand für wichtiger gehalten, als Geld und Besitz zu mehr (12 Prozent).“ (Stern 2010).

Der von Margaret Thatcher bekannte Ausspruch „There is no Alternative“ (dass es keine Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem geben könne) ist absurd und vielfach im Laufe der Zeit widerlegt – er hält sich dennoch in den Köpfen vieler Menschen. Das gegenwärtige erwerbswirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftssystem beruht auf Gesetzen (nicht auf einem gesellschaftlichen Konsens), die von Menschen gemacht wurden und kann deswegen auch wieder geändert werden. „Immer mehr Menschen wird bewusst, dass wir derzeit nicht etwa eine isolierte Finanzkrise erleben, sondern dass Finanzblasen, Arbeitslosigkeit, Verteilungskrise, Klimakrise, Energiekrise, Hungerkrise, Konsumkrise, Sinnkrise, Wertekrise und Demokratiekrise

im Innersten zusammenhängen und Symptome einer umfassenden Systemkrise“ sind: Die kapitalistische Marktwirtschaft ist am Auslaufen.“ (Felber 2012: S. 10).

Wirtschaftlicher Erfolg, wie ihn beispielsweise erwerbswirtschaftlich-kapitalistisch organisierte Betriebe oder das BIP darstellen, wird immer öfter infrage gestellt, abgelehnt und der Ruf nach Alternativen wird lauter. Autorinnen und Autoren wie Christian Felber (Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst), Maja Göpel (Unsere Welt neu denken. Eine Einladung), Fritz Naphtali (Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel) oder Niko Paech (Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie) geben in ihren Büchern (kritische) Denkanstöße, aber auch Antworten auf die Frage, wie eine alternative Wirtschaftsform beziehungsweise alternatives Wirtschaften, jenseits von Konsum und unendlichem Wachstum, aussehen kann.

Am Anfang dieses Artikels steht in der Definition des Gemeinwirtschaftsbegriffs, dass diese am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Christian Felber beschreibt den Gemeinwohlbegriff wie folgt: „Entwicklungsoffener Beteiligungsprozess. Entscheidend sind zwei Fragen: Was bedeutet ‚Gemeinwohl‘ und wer bestimmt das? Gemeinwohl-Ökonomie hat als Leitbegriff keine a priori definierte Bedeutung außer der, dass das Wohl aller Menschen und der natürlichen Mitwelt gleich wichtig ist. Das Glück einer ‚größtmöglichen Zahl von Menschen‘, [...], wäre zu wenig, weil alle Menschen gleich wertvoll – mit Würde ausgestattet – sind.“ (Felber 2012: S. 11). Dieser entwicklungs-offene Prozess ist – aus Sicht des Verfassers – sehr zu begrüßen, da die Bürgerinnen und Bürger den Prozess partizipativ begleiten und mitgestalten können. Somit wird den Menschen nicht etwas „von oben übergestülpt“, sondern es entsteht ein demokratischer Ansatz „von unten“, also ein Ansatz, den die Menschen mitentwickelt haben und mit dem sie sich identifizieren können.



Wahlplakat aus dem Jahr 1947

„Die entscheidende Frage lautet: In welche Richtung soll es gehen? Soll die Wirtschaft ökologischer und nachhaltiger werden: eine ‚Postwachstumsökonomie‘? Soll sie regionaler, subsidiärer und resilienter – krisenfester – werden? Soll sie sozialer und verteilungsgerechter werden? Soll der Fokus von Wettbewerb auf Kooperation schwenken im Sinne einer Solidarischen Ökonomie? Soll die Würde des Menschen in den Mittelpunkt gerückt und jeder Mensch auch ein Mitbestimmungsrecht erhalten: mehr Wirtschaftsdemokratie? [...]. Es darf und soll von allem mehr sein als heute. Und der beste Summenbegriff für diese Werte und Ziele ist eben ‚Gemeinwohl‘.“ (Felber 2012: S. 10).

Nach 1945 war die Demokratisierung Deutschlands das Schlagwort und jede politische Partei hatte diese Überlegungen in ihrem Programm.¹² Die Konsequenzen aus dem Zweiten Weltkrieg fanden als gemeinwirtschaftliches Prinzip während der Nachkriegsneuordnung in der Bundesrepublik Deutschland (wie in Kapitel „Gewerkschaftliche

Neuordnungsvorstellungen für die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg“ angerissen) als antifaschistische und antikapitalistische Lehre auch Einzug in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, unter anderem in den Artikeln 14 (Eigentum – Erbrecht – Enteignung)¹³ und 15 (Vergesellschaftung)¹⁴.



Auch in der Bayerischen Landesverfassung finden sich diverse Artikel, die auf das Gemeinwohl abzielen, wie beispielsweise:

„Artikel 3 (1) Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl.

Artikel 103 (2) Eigentumsordnung und Eigentumsgebrauch haben auch dem Gemeinwohl zu dienen.

Art. 117 (...) Alle haben die Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert (...).

Vierter Hauptteil Wirtschaft und Arbeit

1. Abschnitt Die Wirtschaftsordnung Artikel 151 (1)

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten. (2) (...) Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen

Forderungen des Gemeinwohls. Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig (...).“ (Bayerische Staatskanzlei).¹⁵

Auf Grundlage praktischer Erkenntnisse in der arbeitnehmerseitigen betrieblichen Interessenvertretung sowohl in einem montanmitbestimmten Unternehmen, als auch in einem Unternehmen, welches der 1976er Mitbestimmung unterliegt, spricht sich der Verfasser für eine lebhafte Debatte innerhalb der Gewerkschaften und der Politik zu den in diesem Kapitel beschriebenen Themen aus. Die derzeitige Arbeiterbewegung wird sich geschlossen und vehement hinter diese Ziele stellen müssen, denn es wird massiven Widerstand der Arbeitgeber geben – wie die Vergangenheit gezeigt hat, wenn es um die Erweiterung der Mitbestimmung der arbeitenden Menschen geht. Ferner hat uns die Geschichte gelehrt, dass die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsformation „nicht der Weisheit letzter Schluss“ ist. Unzählige Krisen, verheerende Armut und Ausbeutung in vielen Ländern der Erde, keine Gleichberechtigung der Menschen in Unternehmen, eine weiter anwachsende Kluft bezüglich der Vermögensverteilung und auch eine drastische Zerstörung der Flora und Fauna, zeigen mit Nachdruck auf, dass es Zeit ist, um über neue Utopien und Alternativen unserer derzeitigen Gesellschaft und Arbeitswelt nachzudenken. Eine Renaissance der Gemeinwirtschaft und gewerkschaftlicher Betriebe sowie eine Ausweitung von Genossenschaften könnten weitere Teile eines Programms beziehungsweise eines Fernziels sein, um reformistische Änderungen der Gesellschaft und Arbeitswelt anzustoßen. Die Überlegungen aus dem 19. und 20. Jahrhundert müssten der heutigen Zeit angepasst werden, sind aber dennoch als „Grundlagenwissen“ unersetzlich. Das Wiederauflebenlassen eines gemeinsamen Fernziels innerhalb der Gewerkschaftsbewegung könnte Menschen dazu ermuntern, das Thema in der Gesellschaft zu kommunizieren, diese Idee

zu verbreiten und für Akzeptanz zu werben. Ein erneut verbreitetes Genossenschaftswesen sowie gewerkschaftliche Eigenbetriebe können – wie die Vergangenheit gezeigt hat – Schritte in eine bessere Zukunft sein.

Von Roland Budz

Quellen

Deutscher Bundestag (2009), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Ulm.

Weiterführende Literatur

Bauverein Schweinfurt eG (2013), Alles hat einen Anfang, in: Mein Bauverein. Das Magazin für Mieter und Mitglieder des Bauverein Schweinfurt eG, Ausgabe 1/2013, Revista-Verlag GmbH, Schweinfurt.

Bauverein Schweinfurt eG (2017), 100 Jahre Bauverein Schweinfurt. 5. Mai bis 30. September 2017. Eine Ausstellung des Bauvereins Schweinfurt eG, Druckhaus Weppert, Schweinfurt, 1. Auflage.

Bauverein Schweinfurt eG (2017), „Jedermann Selbstversorger“. Ernährung und Versorgung.

Brandl, Andrea (2017), Schweinfurt und seine Gartenstadt. Begleitbroschüre zur Ausstellung der Museen und Galerien der Stadt Schweinfurt im Bunker Blaue Leite vom 30. Juni bis 10. September 2017, Druckhaus Weppert, Schweinfurt.

Felber, Christian (2012), Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Wien.

Göpel, Maja (2020), Unsere Welt neu denken. Eine Einladung, 12. Auflage, Berlin.

Hillmann, Karl-Heinz (2007), Wörterbuch der Soziologie, 5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart.

Kromphardt, Jürgen (1991), Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – von seiner Entstehung bis zur Gegenwart, 3., überarbeitete Auflage, Göttingen.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (2009), Manifest der Kommunistischen Partei, Köln.

Mattfeld, Harald (1998), Eine antikapitalistische Botschaft? Die Gemeinwirtschaft und ihre Akademie, in; Hund, Wulf, D. (Hrsg.), Von der Gemeinwirtschaft

zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Cloppenburg, S. 19–26.

Naphtali, Fritz (1969), *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, 5. unveränderte Auflage, Frankfurt am Main.

Novy, Klaus/Prinz, Michael (1985), *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, Berlin/Bonn.

Paech, Niko (2012), *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, 2., erweiterte und bearbeitete Auflage, Marburg.

Pusback, Bärbel (1998), *Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Anfänge der HWP als Akademie für Gemeinwirtschaft*, in: Hund, Wulf, D. (Hrsg.), *Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg*, Cloppenburg, S. 7–18.

Thum, Horst (1991), *Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Von den Anfängen 1916 bis zum Mitbestimmungsgesetz 1976*, Köln.

von Borries-Pusback, Bärbel (2002), *Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945–1955*, Wiesbaden.

Unveröffentlichte Literatur

Budz, Roland (2014), *Gewerkschaftliche Neuordnungsvorstellungen für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – zwischen Wirtschaftsdemokratie und Montanmitbestimmung*, Bachelorarbeit, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialökonomie, Hamburg.

Internetquellen- und Literaturverzeichnis

Bayerische Staatskanzlei, *Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998*, URL: <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVerf/true>. [10. 1. 2021].

Internetliteratur

Bauverein Schweinfurt, *Startseite*, URL: <https://www.bauverein-sw.de/>. [23. 8. 2021].

Berman, Sheri (2020), *IPG Internationale Politik und Gesellschaft, Linke Repräsentationslücke. Durch die Anpassung linker Parteien an Markt und Bürgertum sehen sich viele Menschen politisch nicht mehr vertreten – Rechtspopulisten nutzen das*, 29.12.2020, URL: https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/linke-repraesentationsluecke-4883/?utm_campaign=de_40_20201229&utm_medium=email&utm_source=newsletter. [4. 1. 2021].

Bolleyer, Rita (2020), *Statistisches Bundesamt, Privater Konsum in Deutschland*, 9. 3. 2020, URL: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2020/01/privater-konsum-deutschland-012020.pdf?__blob=publicationFile. [6. 1. 2021].

Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, *Willkommen an der Europäischen Akademie der Arbeit*, URL: <https://www.uni-frankfurt.de/62125518/EAdA>. [5. 1. 2021].

Gotto, Klaus (1997), *Das Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 3. Februar 1947*, 01.01.1997, URL: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/das-ahleener-programm-der-cdu-der-britischen-zone-vom-3.-februar-1947>. [10. 1. 2021].

Konrad-Adenauer-Stiftung, *Ahlener Programm*, URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=76a77614-6803-0750-c7a7-

5d3ff7c46206&groupId=252038. [10. 1. 2021].

LeMO, *Lebendiges Museum Online, Wahlplakat „Für Gemeinwirtschaft kämpft die CDU“ aus dem Jahr 1947*, URL: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-fuer-gemeinwirtschaft-cdu.html>. [11. 1. 2021].

Reimann, Annina (2020), *WirtschaftsWoche, Autozulieferer im Umbruch. „Schwätzen wir den Verbrenner tot, gibt es uns in Deutschland nicht mehr“*, 16. 12. 2020, URL: <https://www.wiwo.de/my/unternehmen/auto/autozulieferer-im-umbruch-schwaetzen-wir-den-verbrenner-tot-gibt-es-uns-in-deutschland-nicht-mehr/26705092.html?ticket=ST-25056466-56vweRFXg9bHhMjRVdRP-ap1>. [6. 1. 2021].

Statistisches Bundesamt, *Presse*.

Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2020, Pressemitteilung Nr. 465 vom 24. November 2020, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_465_811.html. [10. 1. 2021].

Stern (2010), *Repräsentative Emnid-Studie. 90 Prozent der Deutschen wollen neue Wirtschaftsordnung*, 19.08.2010, URL: <https://www.stern.de/panorama/gesellschaft/repraesentative-emnid-studie-90-prozent-der-deutschen-wollen-neue-wirtschaftsordnung-3111036.html>. [05.01.2021].

UNESCO (2016), *Pressemitteilung, 30. November 2016. Genossenschaftsidee und -praxis als erster deutscher Beitrag in die UNESCO-Liste des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen. 21 Millionen Genossenschaftsmitglieder in Deutschland*, 30. 11. 2016, URL: <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/immaterielles-kulturerbe/genossenschaftsidee-und-praxis-als-erster-deutscher>. [4. 1. 2021].

Anmerkungen

1 Hillmann definiert Gemeinwirtschaft als „[...] eine sozial spezifische Organisation und ideelle Fundierung der Wirtschaft, die durch besondere Merkmale gekennzeichnet ist: a) einen geschlossenen Personenkreis als gemeinsamen Träger der Gesamtheit wirtschaftlicher Vorgänge, b) eine Wirtschaftsgesinnung, die – in Abgrenzung von privatwirtschaftlich-spekulativen, gewinnorientierten Motiven – auf ‚Gemeinwohl‘ und ‚Gemeinsinn‘ ausgerichtet ist, c) eine ‚gerechte‘ Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Ertrages, d) besondere gegenseitig wirksame Bindungen und Formen des individuellen wie gemeinschaftlichen Eigentums, und e) eine am Bedarfsdeckungsprinzip (gegenüber privatwirtschaftlichen Erwerbsprinzip) orientierte Zielsetzung.“ (Hillmann 2007: S. 272). Daher lässt sich die Gemeinwirtschaft unter anderem durch die Nutzung des Bedarfsdeckungsprinzips (Ausrichtung der Unternehmensstrategie an der Erfüllung der Bedürfnisse der Konsumenten, begleitet vom Kostendeckungsprinzip, also die Deckung der entstehenden Kosten) von der derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip (Ausrichtung der Unternehmensstrategie am Prinzip der Gewinnmaximierung) handelt, abgrenzen.

2 Dem vorausgegangen war eine Schrift von Curt Römer (Stadtbaurat), in welcher er die Idee der Schweinfurter Gartenstadt zu Papier brachte und die Stadt auffordert, eine „gemeinnützige Organisation“ (Bauverein 2017: S. 9) zu gründen. Weiterhin forderte Römer, dass, neben der Stadt, auch die Industriellen an der Gründung teilhaben sollten. Die Gründungsidee des Bauvereins war im politischen Raum platziert. Wilhelm Söldner, damaliger Bürgermeister, lud am 31. Juli 1917 zur konstituierenden Sitzung in den Saal des Brauhauses, in welcher der „Bauverein Schweinfurt und Umgebung“ einstimmig als Genossenschaft gegründet wurde (vgl. Bauverein 2017: S. 9).

3 Weitere Mitglieder des ersten Aufsichtsrates waren: Geheimer Kommerzienrat Ernst Sachs, Kommerzienrat Engelbert Fries, Fabrikdirektor Dr. Karl Heinrichs, Dipl.-Ing. Fabrikant Adolf Kuffer, der Bürgermeister von Oberndorf Heinrich Lauer, Bankdirektor Heinrich Rahn, Buchhalter Hans Schramm und Schleifer Georg Ehehalt. Den ersten Vorstand bildeten Georg Schwarz (Gewerkschaftssekretär und Reichstagsabgeordneter, Adam Lang (Magistrat) und Heinrich Belschner (Prokurist) (vgl. Bauverein 2013: S. 4).

4 Der Kauf der Genossenschaftsanteile in Höhe von 200 Mark war für Industriearbeiter „herausfordernd“, da diese einen Stundenlohn von 60 Pfennig hatten (vgl. Bauverein 2017: S. 9).

5 Im Jahr 1921 (nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und des Deutschen Kaiserreiches) wurde die damalige Akademie der Arbeit in der Frankfurter Universität (AdA) gegründet. Ziel war die Ausbildung von Personen aus der Arbeiterbewegung sowie aus kommunalen Unternehmen (vgl. Pusback 1998: S. 8), „[...] um sie zu befähigen, in dem neuen demokratischen Staat als Gewerkschaftssekretäre, staatliche und kommunale politische ‚Wirtschaftsbeamte‘ mitwirken zu können, wobei schon die Gründer der AdA davon ausgingen, daß sich die kapitalistische Welt zur Gemeinwirtschaft umbilden werde.“ (Pusback 1998: S. 8). Die Akademie der Arbeit besteht bis

heute. Im Laufe der Jahre wurde diese umbenannt, sodass sie nun „Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main“ (kurz: EAdA) heißt. Siehe hierzu: (Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main).

6 Heute besteht noch der „Fachbereich Sozialökonomie“ an der Universität Hamburg. Für weitere Information siehe (von Borries-Pusback 2002).

7 Siehe hierzu: Mattfeld, Harald (1998), Eine antikapitalistische Botschaft? Die Gemeinwirtschaft und ihre Akademie, in; Hund, Wulf, D. (Hrsg.), Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Cloppenburg, S. 19-26.

8 Für eine ausführlichere Untersuchung des Themas „Gewerkschaftliche Neuordnungsvorstellungen für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – zwischen Wirtschaftsdemokratie und Montanmitbestimmung“ siehe: (Budz 2014).

9 Unendliches Wachstum kann auf einem endlichen Planeten nicht schadlos geschehen. Dies zeigen die zunehmende Zerstörung der Erde, der Klimawandel, das immer frühere Erreichen der Erdüberlastungstage und so weiter. Auch die negativen gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen durch Arbeitsverdichtung, weniger Ruhephasen et cetera sind vielfach belegt. Weder die Zerstörung unserer Erde noch der „Verschleiß“ der „Ressource Mensch“ werden bei der Bilanzierung von Unternehmen oder bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts beachtet. Da diese Aspekte nicht im Fokus dieses Kapitals stehen, werden sie nur am Rande erwähnt. Weiterführende Literaturempfehlungen sind im letzten Kapitel dieses Artikels zu finden.

10 An dieser Stelle sei auf die Verteilungskonflikte des Produktionsergebnisses, des Gewinns, der Unternehmen hingewiesen. Zum einen geht es um den Konflikt der Verteilung des Entgelts, zum anderen um die Preispolitik der Produkte. Die Entgeltzahlungen sowie die Preispolitik haben einen „Doppelcharakter“ und müssen im Kapitalismus aus volks- sowie betriebswirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Das Entgelt stellt sowohl Kosten für das Unternehmen als auch Einkommen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar. Einkommen bedeutet Kaufkraft und somit Nachfrage und schließlich Konsum der privaten Haushalte, was wiederum Einnahmen für das Unternehmen bedeutet. Der Preis ist auf der einen Seite eine Einkommenskomponente für das Unternehmen. Auf der anderen Seite ein Kostenfaktor für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es besteht somit einen Interessenkonflikt zwischen dem Ziel der Gewinnmaximierung der Unternehmen und den Bestrebungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach möglichst hohen Reallöhnen.

11 Für Informationen über die periodisch wiederkehrenden Krisen im kapitalistischen Wirtschaftssystem siehe: (Kromphardt 1991: S. 137 ff.).

12 Die Christlich Demokratische Union (CDU) Deutschlands hat sich in ihrem Ahlener-Programm aus dem Jahr 1947 für eine Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialverfassung ausgesprochen, da das kapitalistische Wirtschaftssystem versagt hätte. Zum einen auf überbetrieblicher Ebene sowie auch direkt, auf betrieblicher



Konsum in der Gartenstadt



*Beginn des Selbstbedienungskonzeptes,
Konsum in der Gartenstadt*

Ebene. Dieses Programm hatte starken Einfluss auf die Neuordnungsbemühungen der CDU und ihrer weiteren Ausrichtung. Auch Adenauers politischer Kurs wurde hiervon geprägt. In der Einleitung des Ahlener Programms steht: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ (Gotto 1997). Für das komplette Ahlener Programm siehe (Konrad-Adenauer-Stiftung).

13 „Artikel 14 (Eigentum – Erbrecht – Enteignung) (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.“ (Deutscher Bundestag 2009: S. 22 f.).

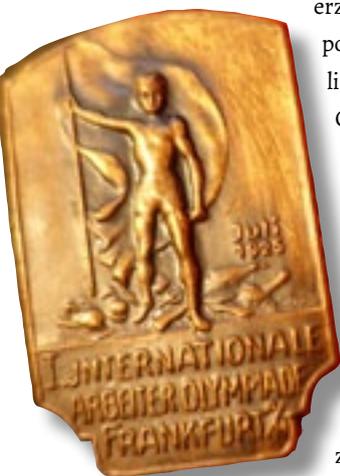
14 „Artikel 15 (Vergesellschaftung) Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ (Deutscher Bundestag 2009: S. 23).

15 Weitere interessante gesetzliche Grundlagen der Bayerischen Landesverfassung, die sich mit der Wirtschaftsordnung, dem Eigentum oder der Arbeit befassen sind in den Artikeln 153 – 167 fixiert. Siehe hierzu: (Bayerische Staatskanzlei).

Sport – Kultur – Soziales: Das Netzwerk der Arbeiterbewegung

Die Geschichte der Gewerkschaften kann nicht erzählt werden, ohne das politische und gesellschaftliche Umfeld zu berücksichtigen. Gewerkschaftsmitglied zu sein, war im Kaiserreich und während der Weimarer Republik auch eine politische Haltung. Die freien Gewerkschaften, die sich im Juli 1919 zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammenschlossen und mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) sowie dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB) kooperierten, waren Teil der sozialistischen Bewegung, die eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse durchsetzen wollte, auch wenn der Weg dahin umstritten war.

Ein Gedanke prägte von Anfang an die Arbeiterbewegung: der Gedanke der Selbsthilfe und Selbst-



Abzeichen zur Arbeiterolympiade 1926



SC 1900 Bezirksmeister im Boxen 1926/27

organisation. Er ist vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diskriminierung und Unterdrückung sowie der schlechten materiellen Verhältnisse der Arbeiter im 19. Jahrhundert zu verstehen. Vom bürgerlich-autoritären Staat konnte man keine Verbesserung der Lebensverhältnisse erhoffen. Er duldet nicht nur die Ausbeutung der Arbeiter, sondern verstärkte sogar die Diskriminierung. Die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe brachten zwar im Laufe von Jahrzehnten gewisse Fortschritte, führten aber nicht zur gleichberechtigten Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Deshalb wollte man sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. So entstanden selbstbestimmte Einrichtungen, die weite Bereiche der Gesellschaft, wie Wohnen, Einkaufen, Sport sowie Kultur und Freizeit umfassten.

Bis zur Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch die Nazis entstand in weniger als 50 Jahren ein Netzwerk von Vereinen und Organisationen, die das tägliche Leben der Arbeiter verbesserten. Sie stärkten aber auch den Zusammenhalt für die politischen Auseinandersetzungen, sei es anfangs gegen die Monarchie oder später gegen den aufkommenden Faschismus.

Am Anfang standen die Arbeitersportvereine

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entstehung der Arbeitersportbewegung ist die ökonomische Entwicklung gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Zunehmend wurde die Arbeitsleistung und die damit zusammenhängende Produktivität nicht mehr durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erhöht, sondern durch Maschinen und Rationalisierungsmaßnahmen. Durch gewerkschaftliche Streiks konnte allmählich eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 1871 noch 72 Stunden in der Woche, so sank sie bis 1914 auf 55 Stunden. Langsam gab es auch für Arbeiter etwas mehr Freizeit, die gestaltet werden konnte, z. B. durch Sport mit Gleichgesinnten.

Die bestehenden Vereine waren bürgerlich geprägt und schotteten sich von den Arbeitern ab. Auch hier zeigte sich die Klassengesellschaft. Hohe Aufnahmegebühren, teure Sportkleidung sowie ein Bürgersystem verhinderten oft die Aufnahme von Arbeitern.

Diese Ausgrenzung und der Wunsch nach Selbstbestimmung führten gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum Entstehen einer eigenen Arbeitersportbewegung.

Auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes hatte sich an der Gegnerschaft der "Deutschen Turnerschaft" (DT), dem Dachverband der bürgerlichen Turnvereine, zu Sportlern aus dem sozialdemokratischen Milieu wenig geändert. Demzufolge waren diese Menschen gezwungen, sich einen eigenen Rahmen zu schaffen, in dem sie ihren Sport ausüben konnten. Es wurde das mit dem Kapitalismus assoziierte und in den Sportvereinen der DT gepflegte Streben nach Leistung und Konkurrenz kritisiert. Dagegen standen Körperpflege und der Solidaritätsgedanke im Vordergrund. Schließlich gründeten die Arbeiterturnvereine 1893 in Gera einen eigenen Verband, den „Arbeiter-Turnbund“ (ATB).

Dies war auch ein Bekenntnis gegen die kaisertreuen und nationalistisch ausgerichteten bürgerlichen Turnvereine. Zudem sollten auch Frauen gleichberechtigt mitwirken können und sportlicher Konkurrenzkampf wurde als kapitalistisches Prinzip anfangs abgelehnt.

In der ersten Ausgabe der Arbeiter-Turnerzeitung des ATB hieß es über seine Ziele:

„Die freiheitlich gesinnten Turner werden eifrig mitarbeiten, ein altes verfaultes System mit Stumpf und Stiel auszu-rotten, alte Ruinen niederzureißen, damit neues Leben aus ihnen erblühe. Unter diesen neuerrichteten Gebäuden erst werden wir ausrufen können: Wir haben Friede, Freiheit, Recht. Keiner ist des andern Knecht.“

Auch in den Folgejahren blieb es bei staatlichen Repressionen gegen den Arbeitersport. Es kam zu

Vereinsauflösungen, polizeilicher Überwachung und einem Verbot der Mitgliedschaft Minderjähriger. Der Wilhelminische Staat befürchtete den Einfluss der sozialistischen Politik vor allem auf Kinder und Jugendliche. Im Jahre 1912 wurden umfassendere Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeitersportbewegung eingeleitet, die auf den großen politischen Erfolg der Sozialdemokraten und die steigende Zahl von Arbeiterturn- und sportvereinen reagierten. Veranstaltungen wurden überwacht und teilweise gewaltsam aufgelöst. Dennoch stiegen die Mitgliederzahlen weiter an.

Während der Weimarer Republik

Mit der Revolution von 1918 endete die Zeit der staatlichen Unterdrückung, und es kam zu einem enormen Aufschwung der Arbeitersportbewegung, die



Damen Sportgruppe des SC 1900 vor der neuen Sporthalle auf dem Bleichrasen. 1930

um 1930 rund 1,2 Millionen Mitglieder hatte. Dabei spielte die zusätzliche Freizeit durch die Einführung des 8-Stunden-Tags eine große Rolle.

Mit der Umbenennung des ATB zum „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ (ATSB) öffnete man sich auch anderen Sportarten, wie Radsport, Leichtathletik und Kraftsport, sowie den sportlichen Wettkämpfen. Im Gegensatz zur deutschnational ausgerichteten Deutschen Turnerschaft spielten Pazifismus und internationale Solidarität bei der Arbeitersportbewegung eine wichtige Rolle. Dies zeigt beispielhaft die 1925 in Frankfurt am Main durchgeführte 1. Arbeiterolympiade. Unter dem Leitmotto „Nie wieder Krieg“ nahmen 3.000 Arbeitersportler aus elf Ländern, darunter England, Finnland, Belgien, Palästina, Polen und Frankreich teil, die ohne Fahnen und nationale Abzeichen unter den Klängen der Internationale in das Waldstadion einmarschierten. Weniger die sportliche Konkurrenz als das Miteinander stand im Vordergrund. Es gab auch Disziplinen, die heute kurios anmuten, wie Steinstoßen oder 100-Meter-Langsamfahren mit dem Fahrrad. Für die Frauen war die Olympiade ein ganz besonderes Ereignis, denn erst seit Kurzem durften sie ohne polizeiliche Kontrolle und ohne Korsett Sport betreiben, in ganz normaler Sportkleidung. So waren sie vielfach die Stars und erzielten mehrere Weltrekorde.

Die Weimarer Republik brachte neben dem Aufschwung auch die Spaltung der Arbeitersportbewegung. Die Gegnerschaft von SPD und KPD machte vor dem Sport nicht halt. Der ATSB bekannte sich zwar zu „Klassenkampf und Sozialismus“, jedoch war der Weg dahin stark umstritten. Im Gegensatz zu der vom ATSB geforderten parteipolitischen Neutralität und Einheit der Arbeitersportbewegung entwickelte sich eine Strömung, die sich für ein revolutionäres Handeln einsetzte. Anhand dieser gegensätzlichen Bestrebungen entstand sowohl in Deutschland wie international eine ideologische Spaltung in ein revolutionär-kommunistisches und reformerisch-

sozialdemokratisches Lager. 1928 schloss der ATSB ca. 32.000 KPD-Mitglieder aus. Diese gründeten daraufhin die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“.

Wie SPD und KPD in der Politik, so hatten auch im Sport diese beiden Sportverbände häufig mehr damit zu tun, sich voneinander abzugrenzen, statt die gemeinsamen sozialen und ideologischen Wurzeln angesichts der zunehmend antidemokratischen politischen Entwicklungen zu betonen.

Die Entwicklung in Schweinfurt

Mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft und mehr Freizeit wuchs auch in Schweinfurt der Wunsch nach eigenen Organisationen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Viele dieser im frühen 20. Jahrhundert gegründeten Vereine und Organisationen bestehen noch heute.



Sport

1900: Gründung des Athleten-Clubs „Germania“, der sich 1913 mit anderen Vereinen zusammenschloss und den Namen „Vereinigter Arbeiter-Athleten-Club Schweinfurt“ führte; ab 1918 als „Sportclub 1900 Schweinfurt“ eingetragen.

1902: Gründung der „Freien Turnerschaft Schweinfurt“

In der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen heißt es u. a. dazu:

„Die Initiatoren [...] standen in der Arbeiterbewegung. Das bedeutete um die Jahrhundertwende, also im Deutschen Kaiserreich, daß es selbstbewußte Männer mit eindeutiger sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Einstellung waren, die hier ihre eigenen Wege gingen und auch in Schweinfurt die Arbeitersportbewegung ins Leben riefen.“

„Beim ersten öffentlichen Auftreten der Freien Turner erwarben sie sich durch ihr geschlossenes, ernstes Auftreten die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft Schweinfurts. Das war am 21. Juli 1902 anlässlich des Gewerkschaftsfestes in Schweinfurt.“

„Die Entwicklung ging stetig aufwärts. Im Jahre 1905 wurde eine Damenriege gegründet und im darauffolgenden Jahr eine Schülerriege.“

Zehn Jahre nach der Gründung zählte der Verein bereits 300 zahlende Mitglieder, von denen im Ersten Weltkrieg 47 gefallen sind.

Die Weimarer Republik brachte einen enormen



Naturfreunde an der „Hohen Wann“

Aufschwung, auch weil immer mehr Frauen Sport betrieben. Es wurden neue Abteilungen gegründet und eine eigene Sportplatzanlage errichtet, die überregionale Anerkennung fand. 1927 waren es schon 930 Mitglieder. Eine Verbindung von Sport und Kultur stellte der Spielmannszug der FT und das Tamburitzza-Orchester dar.



„Brunnengruppe“ der Turnerinnen 1925

Der März 1933 brachte das Verbot und die Enteignung des Vereins. In der Festschrift von 1952 heißt es dazu: *„Tiefen Schrecken verbreiteten die politischen Ereignisse in den ersten Monaten. Der Verein war ausgelöscht; nur die Jugend wagte unbekümmert weitere Zusammenkünfte, bis man einige vor den Kadi zitierte und mit ernstlichen Maßnahmen bedrohte.“*

1904: Gründung der Ortsgruppe des „Arbeiter-Radfahrer Bundes Solidarität“.

Dieser war bereits 1896 auf Reichsebene gegründet worden und entwickelte sich in der Weimarer Republik mit mehreren Hunderttausend Mitgliedern zum größten Radsportverband der Welt. Die Mitglieder unternahmen gemeinsame Touren und pflegten das Kunstradfahren. Wettkampfsport wurde zunächst abgelehnt, weil er ihrer Auffassung von Solidarität widersprach und wenig Ausgleich zur harten körperlichen Arbeit bot. 1922 spaltete sich sogar ein Teil der Mitglieder ab, weil sich der Verein nun für den Rennsport öffnete. 1913: Gründung des 1. Schwimmclubs



Tamburitzza-Abteilung

Natur

1914: Im März gründet sich in Schweinfurt eine Ortsgruppe der Naturfreunde. Von Österreich ausgehend war 1905 die Naturfreunde-Internationale (NFI) entstanden. Schon die Bezeichnung macht deutlich, dass hier bewusst eine Abgrenzung zu den meist national orientierten bürgerlichen Freizeitorganisationen beabsichtigt war. Arbeiterinnen und Arbeiter waren nicht zuletzt wegen der fehlenden Geldmittel von dem um die Jahrhundertwende aufkommenden Tourismus weitgehend ausgeschlossen. Bei den gemeinschaftlich organisierten Touren der Naturfreunde konnten sie aber die nähere Umgebung kennenlernen und manchmal auch etwas entferntere Ziele erreichen.

Angesichts der häufig schlechten Arbeits- und Wohnverhältnisse waren diese Erholungsmöglichkeiten für sie besonders wertvoll.

In Eigenleistung wurde 1927 das Naturfreundehaus am Spitalseeplatz erbaut. Damit entstanden für die verschiedenen Freizeitgruppen, wie die Foto- oder Musikabteilung, bessere Arbeitsmöglichkeiten. Im August 1932 wurde schließlich die Eröffnung des Übernachtungshauses an der „Hohen Wann“ bei Haßfurt gefeiert.



Sie ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie eng die Verbindungen innerhalb der Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik waren. Gretel Baumbach wurde 1896 geboren und engagierte sich ab 1924 in der SPD. Bald wurde sie bei der Arbeiterwohlfahrt aktiv und half bei der Unterstützung von Kriegsoffizieren und bei Kinderspeisungen mit.

Als Mitglied der Freien Turnerschaft Schweinfurt nahm Gretel Baumbach 1931 an der Arbeiterolympiade in Wien teil. Nach dem Krieg war sie viele

Soziales

1919: Am 13. Dezember gründete Marie Juchacz (1879–1956), die zu den ersten Frauen in der Nationalversammlung gehörte, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) als Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD.

Reichspräsident Friedrich Ebert beschrieb die AWO mit dem Motto „Arbeiterwohlfahrt ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft“. Zunächst versuchte sie, vor allem die Not der durch den Ersten Weltkrieg Geschädigten zu lindern,

indem sie Nähstuben, Mittagstische, Werkstätten zur Selbsthilfe und Beratungsstellen einrichtete. Später entwickelte sich die AWO zu einer Hilfsorganisation für alle sozial bedürftigen Menschen. Die prägendste Persönlichkeit der Arbeiterwohlfahrt in Schweinfurt war zweifellos Gretel Baumbach, seit 1976 – als erste Frau – Ehrenbürgerin der Stadt Schweinfurt.

Jahre u. a. Vorsitzende der AWO in Schweinfurt und Unterfranken sowie Stadträtin der SPD.

Mit dem 1909 gegründeten Arbeitersamariterbund (ASB) schuf sich die Arbeiterbewegung 1919 auch in Schweinfurt einen eigenen Sanitätsdienst.

Kultur

Schach, Esperanto, Kegeln, Trachtenpflege, Musik und Radiohören: für all diese und weitere Betätigungen fanden sich in Schweinfurt Arbeiter in eigenen Vereinen zusammen. Der „Bund für Geistesfreiheit“ beschäftigte sich mit weltanschaulichen Fragen, während die „Kinderfreunde“ Arbeiterkindern durch Erholungs- und Bildungsangebote bessere Entwicklungsmöglichkeiten boten.

Die Schweinfurter Arbeitervereine schlossen sich in den 1920er-Jahren im „Kartell für Bildung, Sport und Körperpflege“ zusammen. Es umfasste im Jahr 1930 mit über 4.000 Mitgliedern in 22 Vereinen gut 10 Prozent der Schweinfurter Bevölkerung. Zahlenmäßig war es das Zweitstärkste in Nordbayern. So entstanden ein eigenes Milieu und enge personelle Verflechtungen mit Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung. Die Vereine entwickelten aber auch ein Eigenleben. Einerseits war man unter „Seinesgleichen“, hatte aber über die vielfältigen öffentlichen Veranstaltungen und Wettbewerbe Kontakt zur „bürgerlichen Welt“.

Zur Erhaltung der Weimarer Verfassung und zur Abwehr radikaler republikfeindlicher Bestrebungen, insbesondere durch die Nationalsozialisten, schlossen sich die Arbeitervereine mit dem ADGB, dem Afa-Bund, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der SPD 1931 zur „Eisernen Front“ zusammen. Sie führte Kundgebungen und Demonstrationen durch, um die Bevölkerung aufzurütteln. Leider vergeblich, denn die Diktatur der Nationalsozialisten konnte nicht mehr verhindert werden.



Stiftungsfest des Trachtenvereins Almroschl, 1928



Schalmeienzug des Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbundes Solidarität



Arbeiterschachclub Schweinfurt ca. 1920

Während der Nazizeit

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 begann die Zerschlagung aller Organisationen, die zur Arbeiterbewegung zählten. Ein Großteil der Vereine wurde zwangsaufgelöst, Vermögen und Sportgeräte beschlagnahmt. Trotzdem versuchten viele Mitglieder weiter untereinander Kontakt zu halten, um gemeinsam Sport zu treiben oder ihrem Hobby nachzugehen.

Der Reichssportführer erließ Direktiven, die ein massenhaftes Übertreten von Arbeitersportlern in Vereine des bürgerlichen Sports und der DT verhindern sollten. Hiernach durften die Mitglieder nur noch einzeln nach Stellung von zwei Bürgen und einer schriftlichen Loyalitätserklärung in Vereine des „Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen (NSRL)“ aufgenommen werden. Ein Teil der Bundesleitung des ATSB emigrierte in die Sowjetunion. Der Rest wurde 1936 für ein halbes Jahr von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) festgenommen und inhaftiert. Darüber hinaus lässt sich kein Nachweis von koordiniertem Widerstand seitens der ATSB-Führung erbringen. Soweit Arbeitersportler im Widerstand aktiv waren, handelte es sich um ihre individuelle Entscheidung. Im Gegensatz dazu agierte die kommunistische Organisation des Arbeitersports, die Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, im Untergrund und gründete mehrere illegale Reichsleitungen, welche von der Gestapo enttarnt und zerschlagen wurden.

Internationaler Widerstand gegen die Olympiade in Berlin

Die 1930 an Berlin vergebenen Olympischen Spiele für das Jahr 1936 wurden von den Nationalsozialisten genutzt, den Staat im In- und Ausland positiv darzustellen.

Die Diskriminierung und Verfolgung der Juden

ab 1933 rief insbesondere in den USA eine Welle der Empörung hervor und führte zu Überlegungen, die Olympischen Spiele in Deutschland zu boykottieren. Auch in anderen Ländern wurde darüber nachgedacht, jedoch nur von Spanien umgesetzt.

Mit einer Volksolympiade in Barcelona und antifaschistischen Sportfesten in Prag und New York wurden gleich drei Gegenspiele zu den Olympischen Spielen in Berlin geplant. Dies waren nicht nur politische Demonstrationen gegen das NS-Regime, sie standen auch für einen anderen, demokratischen Sport.

Die größte Gegenolympiade war in Barcelona geplant. 6.000 Sportler aus 22 Ländern reisten an, darunter überzeugte Arbeitersportler, die mit dem „bürgerlichen Rekordsport“ nichts zu tun haben wollten. Aber auch Spitzensportler waren dabei, die für sich entschieden hatten, nicht an den Olympischen



Das Stadtheim der Naturfreunde wird errichtet, 1946

Spielen in Berlin teilzunehmen. Nach dem Wahlsieg der Volksfrontregierung im Februar war in nur drei Monaten Vorbereitungszeit ein in vieler Hinsicht besonderes Konzept auf die Beine gestellt worden.

Die Hymne hatte Hanns Eisler komponiert, und die Volksolympiade sollte jedermann offenstehen. Einzige Bedingung war „wahrer Sportsgeist und ein ernsthaftes Eintreten gegen den Faschismus“. Als die Veranstaltung am 19. Juli 1936 eröffnet

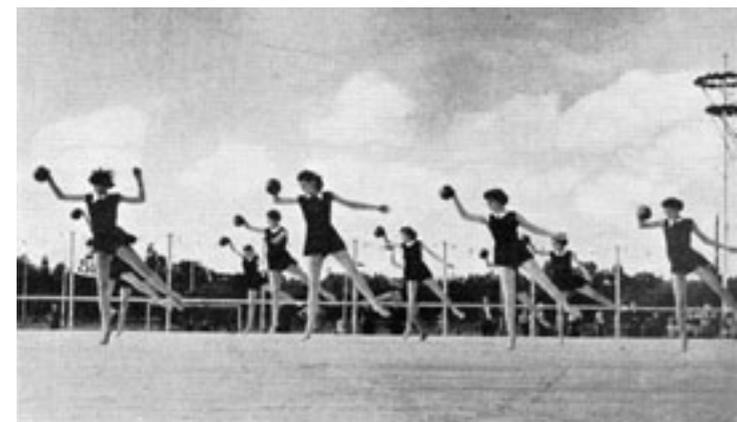
wurde, erreichten jedoch die Putschtruppen General Francos die katalanische Hauptstadt und der Spanische Bürgerkrieg begann. Die Gegenolympiade konnte nicht mehr stattfinden. Mit zwei von der französischen Volksfrontregierung zur Verfügung gestellten Schiffen und auf anderen Wegen kamen viele Sportler nach Paris, wo Arbeitersportler am 26. Juli 1936 kurzfristig ein Sportfest organisierten. Franzosen, Norweger, Schweden und Amerikaner beteiligten sich daran. Vom 1. bis 9. August 1936 fanden dann in Prag die geplanten Volkssportspiele mit internationaler Beteiligung statt. Sie begannen am selben Tag wie die Spiele in Berlin. Die Veranstaltung in New York fand am 15. und 16. August 1936 statt, den Schlusstagen des Berliner Spektakels.

In der Bundesrepublik

Nach Kriegsende kam es zur Neubildung der Naturfreunde, des Arbeiter-Samariter-Bundes und von Fachverbänden der Arbeiterradfahrer, nicht jedoch zur Wiedergründung des ATSB. Dennoch versuchten ehemalige Arbeitersportler einige ihrer Traditionen, wie die Förderung des Breiten- und Freizeitsports in den neu gegründeten Deutschen Sportbund zu integrieren.

Auch in Schweinfurt wurden etliche von den Nationalsozialisten verbotene Vereine wieder gegründet. Die Freien Turnerschaft z. B. im Dezember 1945, nachdem die Lizenz der Besatzungsmacht erteilt worden war. Ungenügende Platzverhältnisse, die schlechte Ernährungslage und andere Kriegsfolgen erschwerten eine Normalisierung des Vereinslebens. In der Festschrift von 1952 zum 50-jährigen Bestehen der FTS wird die Nachkriegssituation beschrieben, die wohl in ähnlicher Form auch für andere ehemalige Arbeitersportvereine gilt.

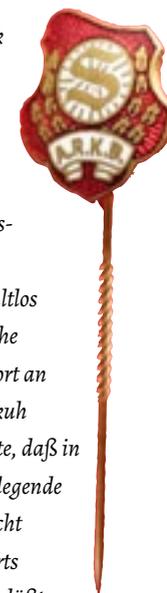
„Der wesentliche Unterschied gegenüber der Zeit vor der Auflösung besteht für den Verein darin, daß nach dem Kriege darauf verzichtet wurde, den Arbeiter-Turn- und



Gymnastikgruppe 1951

Sportbund wieder zu gründen. Man einigte sich auf einen Einheitssportverband in Bayern, den BLSV, dem sich auch unser Verein anschloß. Das bedeutet für sämtliche Abteilungen eine wesentliche Verschärfung des Wettbewerbs, also auch Ansporn zu größeren Leistungen.

Von grundlegender Bedeutung – besonders für die Mitglieder der alten F.T.S. – ist die Tatsache, daß mit dem Anschluß an den BLSV der Sport von der Politik getrennt bleibt. Das war jedenfalls einer der Grundsätze beim Entstehen des BLSV, dem auch die Vertreter des ehemaligen Arbeiter-Turn- und Sportbundes zustimmten. Es ist die Aufgabe der A.T.u.S.B.-Vertreter in den Einheitsverbänden über die allseitige Einhaltung dieses Grundsatzes zu wachen. Wir wollen uns rückhaltlos zu dem Gedanken bekennen, daß eine einheitliche Sportbewegung ohne politische Aspekte dem Sport an sich am dienlichsten ist. Es hieße jedoch Blindekuh spielen, wenn man die Tatsache verkennen wollte, daß in den Jahren seit Gründung des BLSV eine grundlegende Wandlung in den Ansichten der Besatzungsmacht eingetreten ist, die auch auf dem Gebiet des Sports eine Restauration von Figuren möglich scheinen läßt, die ehemalige Arbeitersportler nicht mehr in einem Sportverband an maßgebender Stelle sehen möchten. Wir haben keine Ursache uns darüber auszuschweigen, aus welchen Anfängen und unter welchen Umständen die Freie



Turnerschaft Schweinfurt geworden ist; sind doch von den 50 Jubeljahren der weitaus größte Teil der Ära Arbeitersport zuzurechnen, einer Ära, auf deren Erfolge wir heute noch mit Stolz blicken können.“

Dass die Arbeiter-Selbsthilfebewegung mit der Vielzahl von Vereinen nach 1945 keine allgemeine Renaissance erlebte, hat sicher viele Gründe, die in diesem Rahmen nicht umfassend dargestellt werden können.

- Viele bis 1933 aktive Führungskräfte der Arbeiterbewegung waren von den Nationalsozialisten ermordet worden oder starben im Krieg. Manche, die überlebt hatten, waren desillusioniert, weil der Kampf für Sozialismus und gegen den Faschismus verloren gegangen war, auch wegen der Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung. Andere hatten sich dem neuen System angepasst oder gar kollaboriert.
- Wegen unterschiedlicher Verhältnisse in den Besatzungszonen konnten sich nationale Strukturen nur schwer entwickeln.
- Bürgerliche und proletarische Milieus waren durch zwölfjährige Volksgemeinschaftsideologie und Gleichschaltungspolitik sowie aufgrund der Kriegserfahrungen weniger streng getrennt als noch in der Weimarer Republik.
- Zukunftsvisionen für den Aufbau des Sozialismus, die in den 1920er-Jahren aufgrund der erkämpften politischen und sozialen Rechte die Arbeitnehmer mobilisiert hatten, waren nach der Katastrophe von Nazidiktatur, Holocaust und Krieg schwer vermittelbar. Viele wollten mit Politik einfach nichts mehr zu tun haben.
- In dem noch vor der Gründung der Bundesrepublik beginnenden „Kalten Krieg“ blieb in den Westzonen für sozialistische Vorstellungen wenig Platz.
- Besonders sichtbar wird die Neuorientierung der Arbeiterbewegung auch durch die Gründung des Bayerischen Gewerkschaftsbundes (BGB) und

später des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als parteipolitisch unabhängiger Dachverband der Einheitsgewerkschaften. Ungeachtet dieser Entwicklung gab es durch personelle Verbindungen und Überschneidungen eine lockere Form der Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Vereinen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren. Dies zeigte sich beispielsweise bei den Kundgebungen zum 1. Mai, an denen sich diese Vereine durch kulturelle Beiträge oder durch Abordnungen mit Fahnen und Transparenten beteiligten.

Arbeit und Leben

Die Integration der Gewerkschaften in das allgemeine kulturelle Leben zeigt sich auch in dem 1948 vom DGB, seinen Mitgliedsgewerkschaften und den Volkshochschulen (VHS) gegründeten Verein „Arbeit und Leben“, der noch heute aktiv ist. Gründungsidee war es, mit einer auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezogenen Weiterbildung deren Stellung in Gesellschaft und Beruf zu verbessern, und den demokratischen Neubeginn nach 1945 zu unterstützen. Die Arbeit und das Leben der Menschen sollten nach den Prämissen von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität mit dem Ziel einer demokratischen Kultur der Partizipation entwickelt werden.

Diese Arbeitsgemeinschaft wurde auch in Schweinfurt aktiv. Anfangs gab es bei der Arbeitnehmerschaft allerdings noch eine gewisse Scheu vor der VHS. Man befürchtete offenbar, dass diese



Einrichtung dazu da sei, etwaige Bildungslücken durch Prüfungen aufzudecken. Diese Gedanken konnten im Laufe der Jahre durch praktische Zusammenarbeit zerstreut werden. Zielgruppe von „Arbeit und Leben“ waren vor allem junge Leute mit Angeboten zur gesellschaftlichen und politischen Bildung. Bei Ost-West-Seminaren in Berlin wurde die Problematik der beiden deutschen Staaten und des Ost-West-Konflikts dargestellt. Weitere Aktivitäten waren beispielhaft: Autorenlesungen mit Max von der Grün, Knut Becker und Bernd Engelmann, eine Studienreise nach Frankreich, Filmabende zu sozialen Themen, Fotoausstellungen, Seminare zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Von Helmut Haferkorn

Quellen

- Es hat sich was geändert – 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt, 1986, Vorndran Verlag
- Auf daß der Mensch ein Mensch bleibt – Schweinfurter Gewerkschaften im Wandel der Zeit, 1998, DGB-Kreis Main-Rhön/Schweinfurt
- Wikipedia, Geschichte der Arbeitersportbewegung (Einzelnachweise siehe dort)
- Helmut Wagner, Sport und Arbeitersport von, 1931, Büchergilde Gutenberg, Berlin.
- Peter Hofmann, schweinfurtführer.de, Schweinfurt
- 100 Jahre SPD Schweinfurt, 1989
- Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (Homepage)
- Geschäftsberichte des DGB Schweinfurt

Anmerkungen

- 1 „taz am Wochenende“ vom 17./18.7.2021
- 2 50 Jahre Freie Turnerschaft Schweinfurt, Festschrift, 1952, Schweinfurt
- 100 Jahre SPD Schweinfurt, 1989, Schweinfurt

Klassenkampf und Reformen – vom Kampf um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Anerkennung

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kämpfte die Arbeitnehmerschaft in den entstehenden Gewerkschaften um ihre Anerkennung in den Betrieben und in der Gesellschaft des Kaiserreichs. Es dauerte sieben Jahrzehnte bis zum 15. November 1918, bis die Arbeitgeberverbände Gewerkschaften als Verhandlungsmacht akzeptierten. Die gesellschaftliche Anerkennung folgte erst im Artikel 159 der Weimarer Verfassung, welche die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter garantierte. In den siebzig Jahren davor verweigerte das Kapital (Arbeitgeber) der Arbeit (Gewerkschaften) kollektive Vereinbarungen zu Löhnen und Arbeitsbedingungen. Folglich waren Streiks und Arbeitskämpfe für die Arbeiterschaft mit hohen Risiken verbunden.

Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Texte zu den markanten Streiks, Arbeitskämpfen und Tarifauseinandersetzungen der letzten 125 Jahre in Schweinfurt einzuordnen.

Streik bei der Belschner'schen Brauerei im Jahre 1899

Die Aussperrung der Bauarbeiter 1910

Der Metallarbeiterstreik 1920 in Schweinfurt



Streik bei der Belschner'schen Brauerei im Jahre 1899

Karl Belschner, der Inhaber der Brauerei, führte schon jahrelang einen ununterbrochenen Kampf gegen organisierte Kollegen. Mehrmals musste das Gewerkschaftskartell bereits einschreiten, damit die mit den Arbeitern vereinbarten Abmachungen eingehalten wurden. Im März des Jahres 1899 wurde wieder einmal ein verheirateter organisierter Brauer gefeuert. Und das, obwohl er kurz vorher dazu bewogen worden war, seine Familie nach Schweinfurt kommen zu lassen. Vermittlungen über diesen Fall lehnte Belschner barsch ab. Die daraufhin von den Brauern einberufene „Volksversammlung“ verhängte über die Brauerei den Streik und einen Boykott. Es wurde die Wiedereinstellung des Gemaßregelten und eine Umzugsentschädigung von 150 Mark verlangt. Außerdem wurde eine Kommission zur Verfolgung der Angelegenheit gewählt. Belschner blieb nach wie vor hartnäckig, beschimpfte und beleidigte die Funktionäre unflätig. Das bürgerliche „Tagblatt“ begann nun ebenfalls einen erbitterten Kampf gegen die Brauer und die Mitglieder der Kommission. Schließlich kam es noch so weit, dass die Kollegen Vogt, Feßler und Säckler wegen Nötigung und Vergehens gegen die Gewerbeordnung einer richterlichen Untersuchung unterzogen wurden, die fast das ganze Jahr dauerte. Trotz dieser Schikanen und der Einmischung von verschiedenen Seiten zugunsten Belschners, gelang es nicht, den sehr populären Streik und Boykott zu brechen. Eine weitere Volksversammlung verabschiedete eine Resolution, in der es hieß:

„Nachdem es Herrn Karl Belschner gefallen hat, zu seinen früher gebrauchten Beleidigungen der Arbeiterschaft, durch schroffe Zurückweisung der Kommission, durch Anwendung

◀ Verhandlungen, die bei ihm beschäftigt
Anstecker, gewesenener Arbeiter zum Streik und die
ca. 1910 Gesamtarbeiterschaft zum Boykott zu treiben,

nachdem es ihm ferner gefallen hat, auch die Vermittlung des königlichen Fabrik- und Gewerbeinspektors zurückzuweisen, einen großen Teil der Arbeitervorschläge abzulehnen, den ausgetretenen Arbeitern trotz Ausschluß der Kündigung ihre Papiere und den rückständigen Lohn einzubehalten, ist es der Versammlung klar, daß Karl Belschner den Streit, der durch ihn hervorgerufen wurde, nicht beilegen will.“ [...]

Weiter heißt es: „Es ist eine genaue Kontrolle der Wirte zu üben, es ist zum Zwecke geeigneter Maßnahmen festzustellen, welche Geschäftsinhaber mit Belschner sympathisieren oder in diesem Streit der Arbeit um ihr Recht auf Seite Belschners treten. Jeder hat die Pflicht, unsere Feinde demaskieren zu helfen und sie der Öffentlichkeit zu bezeichnen. Die Arbeiterschaft aller Plätze, wohin Belschner Bier liefert, wird um ihre Unterstützung gebeten. Halte jeder den Beschluss der Versammlung vom 14. Mai aufrecht: – Wir trinken kein Belschner Bier –

Die Streikenden.“

Der Boykott endete schließlich damit, dass die Belschner'sche Brauerei in Konkurs geriet. Ein wildgewordener Unternehmer, der sich der Entwicklung entgegenstellte und immer noch meinte, er könne mit seinen Arbeitern umspringen wie eh und je, hatte eine empfindliche Lektion erhalten. Die örtlichen Industriellen merkten sich das gut.

Quelle: 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt



Die Aussperrung der Bauarbeiter 1910

Im Jahre 1910 kam es zum größten Kampf in der Geschichte der deutschen Bauarbeiter. Die Unternehmer legten den Bauarbeiterverbänden einen Vertrag vor, der einheitlich für das ganze Reich gelten sollte. Damit wären die Bauarbeiter in den Industriezentren und großen Städten, die schon eine Reihe von Verbesserungen errungen hatten und Schrittmacher der sozialen Entwicklung waren, den unterentwickelten Gebieten gleichgestellt worden. Außerdem sah der Vorschlag Verschlechterungen bei einer Reihe von bestehenden Vereinbarungen vor. In außerordentlichen Generalversammlungen entschieden die Mitglieder der Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiter-Verbände, dass der Vorschlag unannehmbar war und deshalb abzulehnen sei. Die Unternehmer antworteten prompt und brutal. Im ganzen Reich wurden 200.000 Bauarbeiter ausgesperrt und das, ohne dass vonseiten der Gewerkschaften Kampfmaßnahmen ergriffen worden waren. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurde der Widerstand der Unternehmer in verschiedenen Städten gebrochen und die wieder in Arbeit gekommenen Kollegen zahlten nicht nur einen Stundenlohn als Streikbeitrag, sondern oft ein Vielfaches davon. Sie wussten, dass der Ausgang dieses Kampfes auch über ihr Schicksal entscheiden würde. Zusätzlich nahmen

junge Kollegen im Ausland die Arbeit auf, um die Streikkasse zu entlasten.

In Schweinfurt wurde der Kampf auch mit aller Schärfe geführt. Um die hiesigen Kollegen in die Knie zu zwingen, hatte die Firma Stützel und Riedel italienische Maurer angefordert. Die streikenden Bauarbeiter, die im Bahnhof Posten standen, sahen sich eines Tages ungefähr 200 italienischen Bauarbeitern gegenüber. Mancher glaubte, damit sei das Ganze verloren. Doch als die italienischen Kollegen erfuhren, dass die Schweinfurter im Kampf standen, nahmen sie die Arbeit nicht auf, sondern reisten geschlossen wieder ab.

Durch diesen Akt beispielhafter internationaler Solidarität kam es hier nicht zum Zusammenbruch des Streiks. Im Gegenteil, er wurde gewonnen und die Organisation erstarkte. Heute kennt kaum jemand mehr diese Episode aus der örtlichen Geschichte, bei der die allgemein so abschätzigen „Itaker“ genannten italienischen Kollegen hilfreich an unserer Seite standen.

Dies soll ein erneuter Anreiz sein, den auch in unseren Reihen vorhandenen Vorurteilen gegen Türken, Jugoslawen und anderen Nationalitäten offensiv gegenüberzutreten.

Quelle: 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt



Der Metallarbeiterstreik 1920 in Schweinfurt

Der Streik in der Schweinfurter Metallindustrie vom 22. September bis 4. Dezember 1920 ist der bisher schwerste und längste Streik in der Schweinfurter Arbeiterbewegung. Er endete mit einer Niederlage.

24. Januar 1920

„In Schweinfurt hat die Arbeitslosigkeit erheblich zugenommen, da mehrere große Werke (Fichtel & Sachs Werk I und II und FAG Kugelfischer) wegen Kohlemangel die Arbeit eingestellt haben. In Schweinfurt sind rund 5.000 Menschen ohne Arbeit. „Anzeigen für bevorstehende Unruhen liegen z. Zeit noch nicht vor.“ (Schreiben des Stadtrats Schweinfurt an das Regierungspräsidium Würzburg und die Reichswehrbrigade 23 in Würzburg)

Mai 1920

In mehreren Schuhfabriken in Schweinfurt wird Kurzarbeit durchgeführt; es sind Entlassungen geplant. Für die Kurzarbeiter werden 45 Prozent des Mindeststundenverdienstes vergütet. Im Wochenbericht des städtischen Arbeitsamts vom 7. – 12. Juni 1920 zur Lage der „Fachabteilung für das Metallgewerbe“ wird ausgeführt: „Die Arbeiterschaft ist mit einem neuen Tarif an die Unternehmer herangetreten. Verschiedentlich macht sich die Meinung bemerkbar, daß die Unternehmen auf der eingereichten Basis nicht verhandeln wollen. Streiks sind zu befürchten.“

Erste Jahreshälfte 1920

Heftige Auseinandersetzungen über die von der Reichsregierung betriebene Einführung der Lohnsteuer. 1.000 Arbeiter demonstrieren am 21. Juni 1920 gegen die Lohnsteuer. Am 8. Juli 1920 gibt es erneute Demonstrationen gegen die Lohnsteuer mit Fritz Soldmann als Redner. Am 1. Juni 1920 droht eine Abordnung der Belegschaft von Fichtel & Sachs, sie könne für die persönliche Sicherheit von Ernst Sachs nicht mehr garantieren, falls dieser künftig weiterhin Lohnsteuer vom Gehalt abziehe.

1. Juni 1920

Die bisherigen Tarifverträge in der bayerischen Metallindustrie laufen aus. Die Eigentümer der drei großen Kugellagerfabriken in Schweinfurt (FAG Kugelfischer, Fichtel & Sachs sowie Fries und Höpflinger) weigern sich, örtliche oder betriebliche Verhandlungen zu führen und wollen nur den in Augsburg ausgehandelten allgemeinen Tarif zahlen. Dies würde bei einem Teil der Metallarbeiter in Schweinfurt, insbesondere Heizer und Maschinisten, zu Lohneinbußen führen, da sie bis zum 1. Juni 1920 in Schweinfurt über den Landestarif hinausgehende Akkordprämienätze erhielten.



FAG Kugelfischer in den 1920er-Jahren

10. Juni 1920

Der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) Schweinfurt überreicht der Metallindustrie in Schweinfurt ein Ultimatum mit der Streikdrohung für den 11. Juni, 12.00 Uhr. Oberbürgermeister Merkle schaltet sich in die Verhandlungen ein und erreicht, dass die DMVler die Augsburger Verhandlungen abwarten, obwohl in geheimer Abstimmung bereits eine „erdrückende Mehrheit“ für den Streik stimmte. Auch bietet er sich als Vermittler zwischen Unternehmern und Arbeitern an.



Fahmenspitze um 1920

21. September 1920

Die Arbeiter der drei großen Fabriken beschließen, die Arbeit niederzulegen, weil die Forderungen der Heizer und Maschinisten nach außertariflichen Zulagen nicht anerkannt werden.

Nahezu 7.000 Arbeiter treten für 40 Heizer und Maschinisten in den Sympathiestreik.

1. Oktober 1920

Die Kugellagerindustrie in Schweinfurt lehnt weiterhin örtliche Verhandlungen ab und bekräftigt den Wegfall aller bisherigen örtlichen Zulagen. „Es gilt der nackte Tarifvertrag.“

Der DMV hält eine große Streikversammlung ab. Dabei verkündet Gewerkschaftssekretär Starz, dass Grundforderung der Arbeiter für den Beginn der Verhandlungen sei,

dass die Arbeitnehmerschaft ebenso geschlossen, wie sie die Betriebe verlasse, in dieselben wieder hineingehen werde.

2. Oktober 1920

DMV Gewerkschaftssekretär Starz teilt Oberbürgermeister Merkle erneut die lokale Verhandlungsbereitschaft des DMV in Schweinfurt mit, die allerdings von den Unternehmern rigoros abgelehnt wird.

Mitte Oktober 1920

Es ergeht Strafanzeige gegen Streikposten.

21. Oktober 1920

Streikbetriebsversammlung von F & S. Starz erklärt, dass vom DMV bisher 249,00 Mark Streikgelder ausbezahlt wurden. „Die Streikleitung sei bereit, jederzeit

in Verhandlung einzutreten“, notfalls auch nach Rücktritt der jetzigen Streikleitung, falls die Unternehmer diese ablehnten. Die Unternehmer schicken den Arbeitern Einstellungsbedingungen zu. Diese befolgen den Aufruf der Streikleitung und geben die Karten „massenhaft“ beim DMV ab.

10. November 1920

Die Verhandlungen werden in München auch mit dem Staatsministerium für Soziale Fürsorge geführt. Oberbürgermeister Merkle ist in die Verhandlung eingeschaltet.

14. November 1920

Die Unternehmer wollen nach Angaben Schinellers (Christlicher Metallarbeiterverband – CMV) ca. 30 Prozent der Belegschaft, das bedeutet, ca. 2.000 Arbeiter, nicht mehr einstellen.

18. November 1920

Streikversammlung des DMV und des CMV

4. Dezember 1920

Ende des Streiks

6. Dezember 1920

Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Unternehmer stellen erst sehr langsam wieder ein. Einige Arbeiter müssen über ein halbes Jahr warten, andere sind gezwungen, Schweinfurt zu verlassen, weil sie als Streikführer keine Arbeit mehr bekommen.

Quelle: 90 Jahre Gewerkschaftskartell in Schweinfurt

Verbot und Zerschlagung – die Niederlage der Arbeiterbewegung

Von 1933 bis 1945 galt das Führerprinzip in den Unternehmen. Die Führer in den Betrieben waren die Eigentümer bzw. das Kapital. Gewerkschaften konnten nicht mehr stören. Sie waren zerschlagen, verboten und beraubt.

Ihre Vorsitzenden und viele ihrer Funktionäre in Haft oder tot. Die Texte zur Nazidiktatur beleuchten diese thematischen Zusammenhänge. Den Holocaust bearbeiten wir deshalb in diesem Buch nicht. Folglich sind diese Texte in der Chronologie der Tarifauseinandersetzungen in Schweinfurt aufgenommen worden. Sie zeigen außerdem, welche Gefahren für die gewerkschaftliche Interessenvertretung außerhalb von Demokratien lauern.

Zwischen Anpassung und Widerstand – der 1. Mai 1933

Die Beseitigung der Demokratie

Verfolgte der Arbeiterbewegung in Schweinfurt

„Und die Heimat leuchtet aus der Ferne...“ Spanienkämpfer aus Mainfranken



Zwischen Anpassung und Widerstand – der 1. Mai 1933

Das Ende der Weimarer Republik hatte eine starke Polarisierung der politischen Lager gebracht, wobei es auf der einen Seite den bürgerlichen und konservativen Kräften gelungen war, sich zu vereinheitlichen, während die Kräfte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stark zerstritten und gespalten waren. Schweinfurt als Arbeiterstadt war traditionell „Rot“. Die Nationalsozialisten kreisten die Stadt vom Land her allmählich ein. Die evangelischen Gemeinden Sennfeld und Gochsheim waren die ersten Hochburgen bei den Reichspräsidenten-Wahlen 1932 mit 40 Prozent bzw. 70 Prozent Hitlerwählern. Bei den Aufmärschen karrte die Partei die Anhänger aus dem ganzen Umland herbei.

Aber auch in der Stadt wurde das Meinungsklima 1932/33 immer völkischer. Bedeutende Männer der Stadt, Pfarrer, Lehrer und Industrielle unterstützten die Nationalsozialisten mit Worten und mit Taten. Schlägertrupps trieben ihr Unwesen, von ihnen wurden drei Kollegen bei der Bewachung des Konsumvereins in der Feldgasse durch Schüsse verletzt.

Bei den Reichstagswahlen am 5.3.1933, die schon unter starken Wahlbehinderungen abliefen, gab es folgende Stimmverteilung:

NSDAP	34,0 %
SPD	28,9 %
BVP	18,2 %
KPD	11,1 %

Es ist also deutlich zu sehen, dass die Nationalsozialisten zwar die meisten Stimmen, aber keine große Mehrheit hatten. Am 9.3.1933 erfolgte der erste Schlag. SA und Polizei besetzten und

durchsuchten die Gewerkschaftsbüros.

Teilweise werden Material und Akten beschlagnahmt und abtransportiert.

Man verhaftete Betriebsräte an

ihren Arbeitsplätzen und nimmt sie längere Zeit in sogenannte „Schutzhaft“. Gleichzeitig werden Funktionäre der SPD und der KPD verhaftet. Die Inhaftierungen erfolgten nach bereits im Laufe der Zeit angelegten schwarzen Listen. Die Verhaftungen stellen die ersten sichtbaren Amtshandlungen der nun auch in Bayern herrschenden Nationalsozialisten dar.

Im Polizeibericht liest sich das so:

„Auf Anordnung des Stadtkommissars wurden in den frühen Morgenstunden einige Funktionäre der KPD und SPD in polizeiliche Schutzhaft genommen. Ferner wurde das Gewerkschaftshaus, Luitpoldstraße 20, das Naturfreundehaus, die Geschäftsstelle des „Volksfreunds“ und im Laufe des Nachmittags auch die Konsumvereinshäuser polizeilich unter Beiziehung von SA- und SS-Leuten besetzt und durchsucht. Erheblich belastendes Material wurde dabei nicht vorgefunden. Der Besetzung wurden keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Obwohl die Anteilnahme der Bevölkerung an den Geschehnissen eine außerordentlich rege war, kam es bis zum Spätnachmittag zu keinerlei Zwischenfällen.“¹

Der entscheidende Schlag erfolgte dann am 2. Mai 1933. Erneut werden die Gewerkschaftsbüros von SA und SS besetzt, durchsucht und teilweise verwüstet, das Eigentum der Mitglieder geraubt, die mühsam zusammengesparten Gelder nun für Zwecke verwendet, die gewiss nicht im Sinne der Kolleginnen und Kollegen sind. Die genauen Einzelheiten sind heute nur mehr sehr schwer nachzuvollziehen, es mangelt an Berichten von Augenzeugen.

Ein Bericht des Schweinfurter Tagblatts schildert den Ablauf:

„Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften. Wie im ganzen Reich, wurden am Dienstag auch in Schweinfurt die freigewerkschaftlichen organisierten Berufsverbände der NSBO-Kreisleitung unterstellt.

[...] Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB (Allg. Deut. Gewerk. Bund), Phillip Blumöhr, wurde in Schutzhaft genommen. Im Gewerkschaftshaus, wurden sofort SA-Wachen aufgestellt. Der Geschäftsverkehr geht unter Überwachung ohne Störung weiter.“²

◀ Anstecker der Eisernen Front um 1920

Nur dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gelang es, die wichtigsten Unterlagen und die vorhandenen Mitgliedsbeiträge zu retten und zu verbergen. Der Kassier des Deutschen Metallarbeiter Verbands (DMV), Kollege Doos, wurde gezwungen, die Geschäfte weiterzuführen, weil die Nationalsozialisten dazu nicht in der Lage waren. Die restlichen Angestellten durften – entgegen dem Zeitungsbericht, die Büros verlassen, mussten sich allerdings zur Verfügung halten.

Nach der Auflösung der Gewerkschaftsverbände folgte die Aufteilung der Räume unter diversen Naziorganisationen. Das DMV-Büro muss der Dienststelle des Bunds Deutscher Mädel (BDM) und

organisierte Arbeiterschaft, wurde schlauerweise sehr differenziert behandelt.

Während auf der einen Seite die Funktionäre bedroht und verfolgt wurden und verschiedene Organisationen bereits verboten wurden, bedienten sich die Faschisten andererseits einer beispiellosen Demagogie, um sich als wahre Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen.

So verbreitete am 13. März 1933 das Schweinfurter Tagblatt: „Die Aktion (der Durchsuchung der Gewerkschaftsbüros) richtet sich nicht gegen die Gewerkschaften als Berufsverbände. Es ist nicht wahr, dass die Gewerkschaften damit verboten oder aufgelöst sind oder werden sollen. Es ist nicht wahr, dass die Gelder der Gewerkschaften beschlagnahmt und damit die Auszahlung der Unter-

stützungen unmöglich gemacht sind.“

Der „kleine Mann“ wurde umgarnt, auf Großfinanz und Kapitalisten geschimpft und mit Versprechen von Brot und Arbeit gelockt. Um welchen Preis, verschwieg die Propaganda.

Die Erhebung des 1. Mai zum arbeitsfreien Feiertag stellte allerdings den Gipfel der Unverfrorenheit dar. Wofür Generationen von Kolleginnen und Kollegen seit 1889 gekämpft hatten, nämlich den 1. Mai als Kampftag arbeitsfrei zu feiern, wofür Kollegen jedes Jahr gestreikt hatten und gemäßregelt wurden, das boten die Nationalsozialisten

der Arbeiterbewegung „freiwillig“ an.

Aus dem „Aufruf an die Bevölkerung zum Tag der nationalen Arbeit“ vom Vorbereitungsausschuss, Rathaus, Zimmer Nr. 1:



Haus des ADGB in der Luitpoldstraße

das Büro des ADGB der Kraft durch Freude (KDF) Kreisverwaltung weichen.

Die einzige Kraft, die in der Lage gewesen wäre, gegen die braunen Kolonnen etwas auszurichten, die

„Der Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai 1933 wird hier in Schweinfurt von allen Schichten der Bevölkerung [...] begangen. Wir laden hiermit alle Berufsorganisationen, ob für Arbeiter, Handwerker, Bauern, Angestellte, Beamte, freie Berufe, ferner alle nationalen Vereine, Sportverbände u.a.m. herzlich ein, durch ihre Teilnahme dieses in seinem Ausmaß noch nicht erlebte Fest mitgestalten zu helfen. Vorerst ersuchen wir alle oben erwähnten Vereinigungen ihre Beteiligung nach Personenzahl und beabsichtigter Aufmachung dem unterzeichnenden Ausschuss [...] zu melden. An die gesamte Bevölkerung Schweinfurts ergeht noch die höfliche Bitte, auch ihrerseits durch Schmücken und Beflaggen der Häuser zur würdigen Gestaltung des Festes beizutragen.“³

Hier wird zwar noch ein sehr versöhnlicher Ton angeschlagen, hinter den Kulissen sieht es aber anders aus. In den Schweinfurter Großbetrieben gibt es Freibier mit Wurst und Weck. Fichtel & Sachs, die Vereinigten Kugellagerfabriken – heute SKF – und FAG Kugelfischer geben frei und fordern dazu auf, die öffentlichen Kundgebungen zu besuchen. Die Betriebe schicken Abordnungen mit den Werksstandarten zur Kundgebung am Marktplatz.

Ein Kollege von Fichtel & Sachs berichtete, dass man sich früh im Betrieb einfinden und seine Stechkarte stechen musste und dann abteilungsmäßig abmarschiert. Zur „Bewachung“ waren überall Ordner der „Werkschar“ und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) dabei. Der Ablauf war folgendermaßen geplant:⁴

8.30 Uhr Sammeln aller Teilnehmer am Bleichrasen und Abmarsch zu den Gottesdiensten

9.00 Uhr Feldgottesdienst für die Protestanten in den Wehranlagen

Gottesdienst für die Katholiken in der Heilig-Geist-Kirche

10.30 Uhr Abmarsch zum Marktplatz

11.00 Uhr Übertragung der Kundgebung aus Berlin

13.30 Uhr Aufstellung zu Festzug

14.00 Uhr Abmarsch

20.00 Uhr Übertragung der Ansprache des Herrn Reichskanzlers

Abschließend Deutscher Tanz

Das Schweinfurter Tagblatt berichtete über den Ablauf:

„Der erste Feiertag der nationalen Arbeit erbrachte das Bekenntnis der gesamten Bevölkerung zur wahren Volksgemeinschaft wie es machtvoller und eindringlicher wohl nicht zu denken ist. [...] In dem grandiosen Zug, der volle 2 Stunden an dem dichten Menschengespinnst vorüber zog, [...] marschierten alle Stände, alle Berufe, der Unternehmer neben dem Arbeiter, der Akademiker neben dem Angestellten, Jugend neben dem Alter, und sie alle demonstrierten für den Adel der Arbeit, für die Versöhnung der Gegensätze, für ein wahres Deutschtum. Und alle die Zehntausende, die im Zuge marschierten oder die Straßen säumten, feierten nicht bloß äußerlich, weil es die Regierung geboten; sie waren mit



Verwaltungsgebäude von Kugelfischer am 1. Mai 1933

den Herzen bei der Feier. Es war ein Fest, wie Schweinfurt in seiner tausendjährigen Geschichte noch keins erlebt hat, weder der Beteiligung noch dem würdevollen Verlauf nach. [...] Die Spitzen des Festzuges bildeten die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden. Ihnen folgten die geschmackvollen Festwagen der Kugellagerindustrie. Lehrbuben trugen bunte Reklamefahnen. Die NSBO führte zahlreiche

Transparente mit, von denen einige Inschriften lauteten: „Nicht Proletariat, sondern deutsches Arbeitertum“, und „Gemeinnutz geht vor Eigentum“. Äußerst zahlreich war die Beteiligung der Gewerkschaften und Verbände, zwischen den herrlich dekorierten Festwagen.“⁵

mit Namen und kommentiert zur Klarstellung: „Die ausgedehnte Liste dürfte all denen die den Mund nicht halten können eine dringende Warnung sein.“⁶ Der nächste Tag brachte die vollständige Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und einen

Unser Werk und wir

Werkzeitschrift der Kugelfischer Betriebe

3. Jahrgang, Heft 1



Januar/Februar 1933



Ein denkwürdiger Augenblick für unsere Betriebsgemeinschaft

„Empfang der Rüstungs-Industriellen beim Führer.“ Handschlag mit Georg Schäfer.

Abgesehen davon, dass viele Teilnehmer mehr oder weniger gezwungen waren zu erscheinen, viele werden auch aus Neugier gekommen sein, gab es zumindest einen Zwischenfall. Die geplante Übertragung aus Berlin wurde verhindert, weil eine Sabotageaktion an den Lautsprechern durch Mitglieder der KPD Erfolg hatte. Ansonsten blieb vielen Gegnern nicht viel mehr, als die Fäuste in den Taschen zu ballen. Die Übermacht war inzwischen zu groß geworden. Das Gegenstück zum Zuckerbrot, die Peitsche, wurde treffsicher geschwungen. Die örtliche Presse nennt die am 2. Mai Verhafteten

weiteren Tag danach die Proklamation der Deutschen Arbeitsfront (DAF) als Zwangsorganisation, in der Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammengefasst wurden.

Angesichts dieser Fakten fragt man sich, was war denn damals in den Betrieben und Gewerkschaften los? Konnte man diese Entwicklung nicht voraussehen, war es nicht sonnenklar, wohin das führen musste? Sicher, die bewussten Teile der Arbeiterschaft ahnten die kommenden Entwicklungen voraus. Beide Arbeiterparteien warnten auch schon lange vorher „Hitler bedeutet Krieg.“ Die verbreitete Einstellung war allerdings, dass man auf ein Zeichen von oben wartete.

Obwohl Schweinfurt keine Stadt mit spektakulärem Widerstand war, gab es auch hier Kräfte, die bereit waren, einen Generalstreik gegen Hitler – wie damals gegen den

Putschisten Kapp – zu führen.

Der Kollege Erwin Essl, der damals in Schweinfurt aktiv war, zog im Bayerischen Rundfunk in einer Sendung die Lehren:

„Die richtigen Schlussfolgerungen wären gewesen, seinerzeit gegen Hitler anzutreten, rechtzeitig, nämlich mit dem Mittel des politischen Streiks, unter Umständen auch mit dem Mittel des Bürgerkriegs. Es gab seinerzeit in allen Parteien Gruppierungen, auch in den Gewerkschaften, die mit der Waffe in der Hand gegen Hitler antreten wollten, es gab Gruppierungen, aber diese Strömungen konnten sich gegen die Mehrheit nicht durchsetzen, da die Mehrheit

der politischen Parteien, auch der Gewerkschaften, die Gefahr Hitlers unterschätzt hatten und bis man richtig klar erkannt hatte, welche Gefahr mit Hitler verbunden ist, war es für den organisierten Widerstand eigentlich zu spät und es kommt noch ein zweites hinzu: bis 1933 waren die Gewerkschaften gespalten.“⁷

Größtenteils herrschten Illusionen vor. Diese drücken sich darin aus, dass bei den Naturfreunden diskutiert wird, ob man das Naturfreundehaus den Nationalsozialisten in die Hände fallen lassen oder es lieber anzünden solle. Die Mehrheit vertritt schließlich die Ansicht, dass sich Hitler sowieso nicht lange halten könne und man verwirft den Plan. Während die Nationalsozialisten ihre Machtpositionen immer mehr ausbauen, wartet man bei den Gewerkschaftsvorständen tatenlos ab. Führende Männer des ADGB distanzieren sich von der SPD, weil sie glauben, durch diesen Kniefall die Zerschlagung zu verhindern.

Für die Kollegen ist die Enttäuschung bitter, als der ADGB seine Mitglieder aufruft „kühles Blut und Besonnenheit“ zu wahren und sich nicht zu „schädlichen Einzelaktionen“ hinreißen zu lassen.⁸

In der „Gewerkschaftszeitung“ vom 22. 4. 1933 heißt es: „Wir begrüßen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewusst demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden [...]“

In herzlicher Kameradschaft mit auch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß. Der Bundesvorstand des ADGB.“⁹

Für viele Kollegen war das Verrat und bedeutete Auslieferung der Organisation an den Feind. Praktisch kam es einer Kapitulation gleich. So überließ man kampflös die Gewerkschaften den Nationalsozialisten.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei den Unternehmern. Geeint, klassenbewusst und konsequent

verfolgen sie ihre Ziele. Sie sind die Nutznießer der politischen Entwicklung. Wie verhielten sich die verantwortlichen Männer der Schweinfurter Großindustrie in dieser Zeit?

Es fällt auf, dass mit dem Umschwung rasante Veränderungen eingeleitet werden.

Am 27. März 1933 wird das alte Industrie- und Handlungsgremium (heutige IHK) aufgelöst, da „nicht mehr dem Geist der nationalen Revolution entsprechend“. Unter anderem gehörte ihm noch der jüdische Schuhfabrikant Silberstein an.

Bei der Neuwahl im Mai 1933 wird NSDAP Parteigenosse Georg Schäfer in den Vorstand gewählt, einen Monat später Parteigenosse Willy Sachs zum Führer der Ortsgruppe des Bayerischen Industriellenverbands (BIV) ernannt.

Auf Schloss Mainberg geben sich hohe Nationalsozialisten wie Himmler, Göring, Staatssekretär Dauser u. a. die Klinke in die Hand.

Der Kurs, den die Nationalsozialisten propagieren und auch konsequent einschlagen, entspricht den Wünschen und Zielen der Großindustrie: Zerschlagung der Gewerkschaften und politischen Vertretungen der Arbeiterklasse, um jeden Widerstand von vorneherein zu ersticken. Ein ungeheures Aufrüstungsprogramm, welches Aufträge und Profit verspricht. Angriffskriege zur Ausschaltung der Konkurrenz, Eroberung neuer Absatzmärkte und Territorien, deren Bewohnern die Kosten auferlegt werden!

Das Bewusstsein über die für sie ungeahnten Möglichkeiten verbreiten sich auch in Schweinfurter Wirtschaftsführern: Willy Sachs am 1. Mai 1933.

„So hilft jeder an seiner Stelle nach seinem Können mit um das große Werk unseres Führers nach Frieden, Freiheit und Ehre zu vollenden. Keiner darf dabei fehlen. Unserem großen Führer ein 3-faches Sieg Heil.“¹⁰

Der Generaldirektor der Vereinigten Kugellagerfabriken AG (VKF) Hamburg fasst am 1. Mai 1935 zusammen:

„Die Umsätze des Jahres 1935 haben sich gegenüber dem Vorjahr ganz bedeutend erhöht. Auch in den bisherigen

Monaten diesen Jahres hat sich der Auftragseingang [...] weiter wesentlich erhöht.“¹¹

Das Aufrüstungsprogramm, das die deutsche Wehrmacht binnen weniger Jahre zur stärksten Militärmacht in Europa werden ließ, wirkte sich aus. Betriebsführer Tully, ebenfalls VKF:

„Durch die Einführung der allgemeinen deutschen Wehrpflicht wird noch ein weiterer Aufschwung gewährleistet. Hierüber freuen wir uns.“¹²

Wie das Arbeitsklima dagegen in den Fabriken aussah, dokumentiert ein Zitat von Georg Schäfer von 1939:

„Wenn von euch nun verlangt wird, dass die Arbeitszeit erhöht wird, ohne dass Überstundenzuschläge vergütet werden, wenn einschränkende Verfügungen über den Urlaub getroffen werden, wenn für die Festsetzung von Löhnen und Gehältern Maßnahmen ergriffen werden [...] so sind das gewiss Opfer. Aber wenn wir Opfer gemeinsam erbringen, sind sie gewiss zu ertragen [...]“.

Ich will euch ein treuer Führer sein, seid ihr mir eine treue Gefolgschaft! [...] Kameradschaft Kugelfischer! Es gilt! Es lebe Deutschland! Es lebe der Führer! Sieg Heil!“¹³

Wie die mörderischen Eroberungspläne weitergingen und vor allem wie sie endeten, ist bekannt. Welche Lehren sind daraus zu ziehen? Die entscheidende Frage ist: Wer waren die Leidtragenden und wer zog daraus den Nutzen? Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist dazu verdammt, sie nochmals zu wiederholen.

Von Norbert Lenhard leicht bearbeitete Fassung eines Referats des Arbeitskreises „Nationalsozialismus in Schweinfurt 1. Mai 1983“ (Klaus Hofmann).

Quellen

- 1 Schweinfurter Tagblatt 11. März 1933
- 2 Schweinfurter Tagblatt 6. Mai 1933
- 3 Schweinfurter Tagblatt 26. April 1933
- 4 Schweinfurter Tagblatt 27. April 1933
- 5 Schweinfurter Tagblatt 2. Mai 1933
- 6 Schweinfurter Tagblatt 24. Juni 1933
- 7 Bayerisches Fernsehen 1. Mai 1981, „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Bayern“
- 8 Materialien – nicht nur zum Antikriegstag, DGB-Gewerkschaftsjugend, 1981, Seite 19
- 9 „Solidarität“ Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, April 1983 (Sonderheft), Seite 27
- 10 Schweinfurter Tagblatt 3. Mai 1933
- 11 Schweinfurter Tagblatt 2. Mai 1936
- 12 Schweinfurter Tagblatt 2. Mai 1936
- 13 „Unser Werk und wir“ – Werkszeitschrift der Kugelfischer Betriebe, Oktober 1939, Seite 3

Die Beseitigung der Demokratie

1933 hatte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) keine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung hinter sich. Wie konnte sie dennoch ihre Macht festigen?

Bei der letzten freien Wahl im November 1932, bereits unter dem Eindruck des Straßenterrors der SA, stimmten in Schweinfurt 30,5 Prozent der Wähler für die Partei Hitlers. Im Reich erlangten sie maximal 44,55 Prozent der Stimmen. Die sogenannte Machtergreifung gelang mit Unterstützung anderer – nationaler und bürgerlicher – Parteien und durch die Initiative von Reichspräsident Paul von Hindenburg, der Hitler am 31. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte. Sich ihrer Minderheitsposition sehr wohl bewusst, entwickelten die Faschisten eine vielschichtige Strategie, um ihre Macht zu festigen. Sie setzten zu Beginn der Diktatur einen brutalen Unterdrückungsapparat in Gang, sie bauten frühzeitig – auch in Schweinfurt – auf die Unterstützung durch die Unternehmer und auf eine wachsende Zahl fanatischer Anhänger. Die Machthaber bemühten sich aber auch zielgerichtet um die Zustimmung der Arbeiter und später im Krieg der Zivilbevölkerung zu ihrer Politik.

Ausschaltung der Arbeiterbewegung

In den ersten Monaten der Diktatur belegten die Nationalsozialisten alle Organisationen der politischen Linken mit Verboten. Das traf die Parteien SPD und KPD, die Gewerkschaften, die Sport- und Kulturbewegung, die Arbeiterwohlfahrt und die Arbeiter-Samariter. Die Nazis ließen alle wichtigen Funktionäre in Haft setzen, verschleppten viele in Konzentrationslager. In Schweinfurt sind 54 Personen bekannt, die in dieser frühen Phase interniert wurden.

Frühzeitig regte sich in Schweinfurt Widerstand. Anfang 1932 gründeten SPD, Gewerkschaften,

das Reichsbanner (republikanische Weltkriegsteilnehmer) und das Kartell für Bildung, Sport und Körperpflege die „Eiserne Front“ am Ort. Mit Aufklärungsveranstaltungen und Demonstrationen wie am 5. Februar 1933 drückten die Organisationen der Arbeiterbewegung ihren Widerstand aus. Die Aktivisten bewachten die Einrichtungen der Arbeiter wie den Konsumverein und die Gewerkschaftsbüros, um Angriffen entgegenzutreten. So wurden in der Nacht vom 31. Januar 1933 gegen 1.00 Uhr drei Genossen der Eisernen Front am Lagerhaus des Konsumvereins von Revolverschüssen verletzt.¹ Nach dem Verbot der Organisationen der Arbeiterbewegung trafen sich Gesinnungsgenossen weiter im privaten Kreis. Im Jubiläumsheft der Freien



Spielmannszug des Reichsbanners um 1928

Turnerschaft Schweinfurt von 1952 heißt es dazu: „[...] nur die Jugend wagte unbekümmert weitere Zusammenkünfte, bis man einige vor den Kadi zitierte und mit ernstlichen Maßnahmen bedrohte.“²

Laut eines Berichts des Schweinfurter Tagblattes vom 9. September 1933 verurteilte das Gericht ein Mitglied der Freien Turner zu einer Geldstrafe von 150 Reichsmark, weil sich der Arbeitersportler mit Gleichgesinnten traf. Die „bereits vorher verständigte Polizei“ unterstellte politische Tätigkeiten gegen das Regime.³

Bei der Festnahme von Fritz Soldmann am 9. 9. 1936 konnten keine illegalen Tätigkeiten nachgewiesen werden, aber in einem Fernschreiben an die Gestapo heißt es: „Doch steht fest, dass er seine ehemaligen Gesinnungsgenossen immer wieder aufsucht und auch mit diesen öfter Verkehr pflegt.“⁴ Spitzel verrieten den Versuch von KPD-Mitgliedern, Fünfer-Widerstandsgruppen aufzubauen. Im Zuge der Enttarnung wurden 19 KPD-Mitglieder verhaftet.⁵ Der Regierungspräsident von Unterfranken schrieb in einem Bericht vom 4. April 1935: „Der Marxismus arbeitet versteckt in den größeren Betrieben, und es gelingt ihm auch teilweise, die Arbeiterschaft gegen die Deutsche Arbeitsfront aufzuhetzen, wie zahlreiche Austritte aus der DAF beweisen. Die illegale Bewegung der KPD bemüht sich, neue Ortsgruppen aufzubauen. Auch sind Anzeichen dafür vorhanden, dass die aus dem Konzentrationslager Dachau entlassenen Schutzhäftlinge sich zusammenschließen, in Gasthäusern in kleinen Zirkeln zusammenkommen und an den Straßenecken zusammenstehen [...]“.⁶

1936 entschließen sich mehrere Tausend Anhänger der Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den Faschismus in Spanien fortzusetzen (siehe Artikel



Ernst Stützel, Mitglied des Reichsbanners

„Und die Heimat leuchtet aus der Ferne“). Aus den betrieblichen Archiven sind einige Beispiele von individueller Verweigerungshaltung bekannt, wie Kritik am Krieg und den Macht-habern, oder solidarisches Handeln mit den Fremdarbeitern und diskriminierten Juden. Sie sind dokumentiert, weil die Handlungen zu Ermittlungen des Werkschutzes oder der Gestapo führten und

Bestrafungen nach sich zogen. Zum Jahresende 1936 befanden sich noch 4.761 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern des Deutschen Reiches.⁷ Während der Olympischen Spiele in Berlin wollte die Diktatur international in einem positiven Licht erscheinen. Aber schon im Sommer 1936 beginnt der Ausbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen und im Juli 1937 der Aufbau des KZ Buchenwald – das größte aller Lager. Erich Mühsam, Carl von Ossietzky und viele Arbeiterfunktionäre fielen den Mordbanden in der Haft zum Opfer. An die 500.000 Oppositionelle verließen Deutschland wie Leonard Frank, politisch links stehender Dichter aus Würzburg oder Georg Groha, Führer der antifaschistischen Front aus Schweinfurt. Das Regime verpflichtete die aus den Konzentrationslagern entlassenen Verfolgten zum Stillschweigen. Die Strafandrohung KZ-Inhaftierung trug zu erheblicher Disziplinierung eventuellen Widerstands bei. Trotzdem dokumentieren die Archive Widerstandsaktivitäten bis zum Ende der Diktatur. So erwähnt der Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Unterfranken vom 13. Oktober 1941: „Am 26. 9. 41 wurde in der Abortanlage eines Arbeitersaales der Firma Vereinigte Kugellagerfabriken AG in Schweinfurt mit Bleistift ein Sowjetstern angebracht.“⁸

Geschwächt durch die Arbeitslosigkeit in Folge der Wirtschaftskrise, die Spaltung in liberale, christliche, freie und kommunistische Gewerkschaften und sich bitter bekämpfenden Parteien war die Arbeiterbewegung nicht zu geschlossenem Handeln fähig. Zudem unterschätzten die Vorstände die kriminelle Energie der Nationalsozialisten und hofften, der Spuk scheiterte in Kürze an der Unfähigkeit, den Staat zu lenken. Anders als 1934 in Österreich blieb der Aufstand der Arbeiterbewegung aus.

Das Kapital setzt auf Hitler

Viele Unternehmer setzten spätestens am Beginn der 1930er-Jahre auf die Machtübernahme Hitlers und der extremen Rechten. Sie erwarteten die Niederschlagung der Arbeiterbewegung und gewinnversprechende

Rüstungsprogramme. So sagt Direktor Tully von den Vereinigte Kugellagerfabriken (VKF) am 1. Mai 1935: „Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wird noch ein weiterer Aufschwung gewährleistet. Hierüber freuen wir uns.“⁹

Willy Sachs, durch frühe Parteimitgliedschaft mit der Diktatur besonders verbunden, sagte am 1. Mai 1935: „Es war eine der markantesten aber auch schönsten und für das Gedeihen unseres Volkes größten Taten, als unser Führer Adolf Hitler den unseligen Klassenkampf zertrümmerte und an seiner Stelle die Volksgemeinschaft setzte.“⁹ Bei der Eröffnung des von Willy Sachs gestifteten Stadions gab sich dann auch mit Heinrich Himmler (SS), Herrmann Göring und anderen eine ausgewählte Nazielite ein Stelldichein. Aber nicht nur Sachs setzte auf Nazis. Die Werkszeitschrift von FAG Kugelfischer „Unser Werk und wir“ zitierte Georg Schäfer zu Beginn des Zweiten Weltkrieges: „Wenn von Euch nun verlangt wird, dass die Arbeitszeit erhöht wird, ohne, dass Überstundenzuschläge vergütet werden, wenn für die Festlegung von Löhnen und Gehältern Maßnahmen ergriffen werden [...] so sind das Opfer [...]. Aber wenn wir die Opfer gemeinsam erbringen, sind sie gewiss zu ertragen [...]“.¹¹

Die Zustimmung wächst

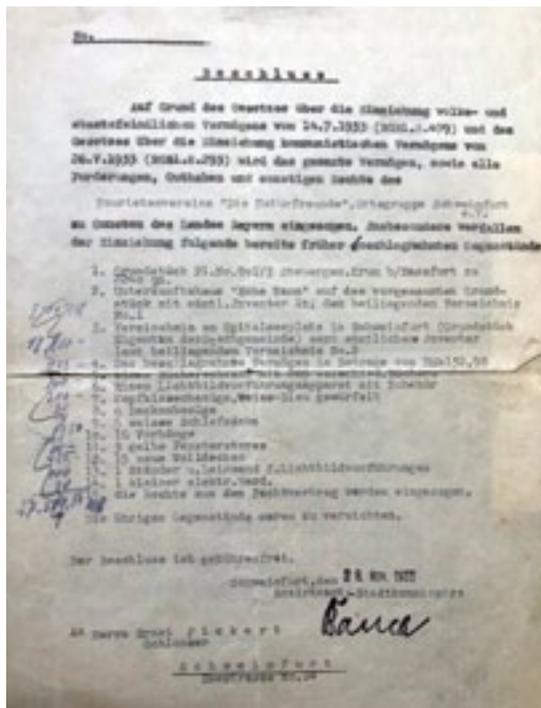
Anfangs stützt sich die Naziartei auf wenige überzeugte Anhänger aus dem demokratiefeindlichen, nationalistisch-rassistischen, militaristischen Lager. Die Zahl der Unterstützer des Regimes und Bewunderer des Führers wächst nach der Machtübernahme gewaltig an. Diese bedingungslose Gefolgschaft wird an dem erweiterten Suizid von Margareta Raithel mit ihre beiden, drei beziehungsweise sechs Jahre alten Kindern deutlich. Ihr Ehemann Dr. Raithel, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie in Schweinfurt, Stadtrat, mitverantwortlich für die „Säuberung“ der Unternehmervverbände von jüdischen Mitgliedern und seit 1933 Mitglied der NSDAP¹² verstarb vor Kriegsende. Das Foto der getöteten Kinder, aufge-

nommen von der „Live“-Fotografin Margaret Bourke-White am 12. April 1945, ging damals um die Welt.¹³ An der Saar stimmte 1935 eine große Mehrheit für den Anschluss an Hitlerdeutschland. Mit den Olympischen Sommerspielen 1936 in Berlin gelangte ein positives Bild des Dritten Reichs in die Welt. Götz Aly beschreibt in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“, wie es der Funktionärskaste der NSDAP gelang, die Zustimmung zum Regime und zu seinen zunehmend verbrecherischen Aktivitäten zu fördern. Ende Februar 1936 vermeldete die Reichsanstalt für Arbeit 2,5 Millionen Arbeitslose. Aber ein Gefühl von Aufschwung setzte sich durch, das durch die Rüstungsaufträge eine reale Grundlage erfuhr. „Als illegal eingereister Verbindungsmann der Sozialistischen Arbeiter-Partei schildert Willy Brandt im Sommer 1936 die Laune der Berliner Arbeiter als nicht überschwänglich, aber nicht betont regimiefreundlich, aber als erst recht nicht regimiefindlich.“¹⁴ „Als er [Adolf Hitler] die Regierungsgeschäfte übernahm, war der wirtschaftliche Niedergang bereits zum Stillstand gelangt.“¹⁵

Mittels einer massiven Verschuldung kurbelte die neue Regierung die Rüstungsindustrie an. Das wirkte sich als Konjunkturprogramm positiv auf die Wirtschaft und im Besonderen auf die Beschäftigung aus. Bei der Finanzierung achtete das Regime darauf, dass die Besitzenden nur mäßig mit Steuern belastet wurden. Erst ab 1942 senkte das Reichsfinanzministerium „die Mindest- und Bemessungsgrenzen für die



Umzug des Reichsbanners um 1928



Mehrgewinnberechnung stark ab mit dem Ziel, die schärfere Heranziehung des sog. anonymen Kapitals und der wirklich hohen, im Krieg stark gestiegenen Einkommen zu erreichen.“¹⁶

Entgegen den Vorschlägen aus dem Finanzministerium verhinderte die Partei die steuerliche Belastung von Arbeitern und der breiten Bevölkerungsschichten. Nach dem Sieg über Frankreich verfügten die Machthaber sogar die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.¹⁷

Die Partei setzte alles daran, die arbeitende deutsche Bevölkerung materiell zufriedenzustellen. Ähnliche Rücksichtnahme erfuhr die deutsche Landwirtschaft, deren steuerliche Entlastung nach Angaben der Reichskreditanstalt 7.000 bis 800 Millionen Reichsmark jährlich betrug, wobei der Staat „gleichzeitig Milliardenbeträge an Preissubventionen aufzubringen hat“.¹⁸

Aus den gleichen Beweggründen wurden 1941 die Renten erhöht.¹⁹ Im Oktober 1939 „befreite die nationalsozialistische Staatsführung den

deutschen Soldaten an der Front von jeder Sorge um den Unterhalt seiner Familie.“ 85 Prozent des Familieneinkommens wird gesetzlich sichergestellt und eine Reihe von Extras wie Mietkostenerstattung gewährt. „Ziel all dieser Gefälligkeiten war es, das Herz des Soldaten durch ausdauernde Fürsorge zu gewinnen.“²⁰

Mit dem ausufernden sozialstaatlichen Füllhorn, das hier nur beispielhaft benannt bleibt, sollte der Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg begegnet werden. Nach Hungerwinter und dem großen Sterben an den militärischen Fronten hatten weite Teile der Arbeiterschaft gegen den Krieg protestiert und stürzten 1918 das Kaiserreich.

Wer soll das bezahlen?

Der Anstieg der Rüstungsproduktion veranlasste die Unternehmer, die Arbeitszeit zu erhöhen und die Akkordvorgaben zu verschärfen. Kein Wunder, dass der erzwungene Leistungsdruck die angezeigten Verletzungen und Berufskrankheiten von 929.592 in 1933 auf 2.253.749 in 1939 anschwellen ließ.²¹

Die militärische Aufrüstung, die aufwendige Kriegsführung, die protzigen staatlichen Bauprogramme, die gezielte sozialstaatliche Fürsorge mit dem Ziel, die Bevölkerung politisch einzubinden, verschlang Unsummen an Geld. Um den finanziellen Kollaps zu verhindern, bedienten sich die Machthaber einer Vielzahl von Raubzügen. Die Arisierung jüdischen Eigentums, die Belastung der eroberten Länder mit den Besatzungskosten, der Raub von staatlichen Goldreserven in den unterworfenen Ländern Europas und vieles mehr. Die Einnahmen aus dem besetzten und abhängigen Ausland beziffert eine Tabelle von Götz Aly mit 131,63 Milliarden Reichsmark. Der Betrag ist neunmal so hoch wie das Steueraufkommen des Reichs im letzten Vorkriegsjahr. In dieser Rechnung ist die Lohnsteuer von Zwangsarbeitern aus ganz Europa, vorzugsweise in der deutschen Industrie, nicht enthalten. Die Tilgung der Schulden verschieben die Machthaber auf die Zeit nach dem Krieg und gehen

davon aus, dass die Belastungen den besiegten Völkern auferlegt werden.

Sklavenarbeit für das Reich

Nach Errechnungen im Nürnberger Prozess, in dem die Hauptkriegsverbrecher angeklagt wurden, wird angenommen, dass 12 Millionen ausländische Fremdarbeiter angeworben oder zwangsverpflichtet wurden. Gauleiter Fritz Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, sprach 1944 von weniger als 200.000 Arbeitern, die freiwillig nach Deutschland gekommen sind. Der Regierungspräsident von Würzburg ließ von August 1941 bis Oktober 1944 eine monatliche statistische Erhebung über die Zahl der ausländischen Zivilarbeiter durchführen. Demnach schwankte die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte von 348 im August 1941 bis zum Höchststand im Oktober 1943 von 4.462. Einer Auflistung aus dem Geschäftsbereich der Schutzpolizei zufolge, die nach Angaben des Stadtarchivs auf November 1944 zu datieren ist, waren in Stadt und Landkreis zu diesem Zeitpunkt 3.841 Kriegsgefangene im Einsatz. Nach einer namentlichen Erfassung auf Grundlage des Archivs in Arolsen nimmt die „Initiative gegen das Vergessen“ an, dass mit Zugängen und Abgängen etwa 14.000 Sklavenarbeiter in Schweinfurt zum Einsatz kamen. Die weitaus größte Zahl verschleppten die Behörden aus der Sowjetunion, mit der Höchstzahl von 3.374 im Dezember 1943, aber auch aus Frankreich mit 676 Personen, Holland, Belgien und allen anderen besetzten Ländern. Schätzungsweise 40 Prozent der Zivilkräfte waren Frauen, das Alter der Zwangsrekrutierten lag im Durchschnitt bei 21 Lebensjahren, auch Kinder mit 13 Jahren waren darunter.²² Die Unterbringung der Fremdarbeiter erfolgte in Lagern, überwiegend in umzäunten Barackenlagern am Main, aber auch am Bleichrasen oder im

evangelischen Gemeindehaus; bewacht von Soldaten, organisiert von der Arbeitsverwaltung. Lange Arbeitstage von 12 Stunden, mangelhafte Ernährung, lange Fußmärsche vom Lager zur Arbeit, prägten die Arbeitsbedingungen. Der Schutz vor Bombenangriffen in Bunkern blieb ihnen verwehrt. Splittergräben am Rande der Umzäunung waren für die Zwangsarbeiter gedacht. Grundsätzlich bezahlten die Einsatzunternehmen den Zwangsarbeitern den üblichen Lohn. Unterbringung und Verpflegung



Zwangsarbeiter aus Osteuropa vor Baracke 1943

waren aber in Rechnung zu stellen, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge an die Reichskasse abzuführen. „Von deutschen Firmen überwiesene Lohnanteile für etwa 250.000 belgische Arbeiter, die für deren Familien bestimmt waren, flossen auf ein Sammelkonto des deutschen Staates.“ Die Angehörigen erhielten das Geld umgerechnet in belgischen Francs, zulasten der Besatzungskosten, die die dortige Volkswirtschaft aufzubringen hatte.²³ Für die deutsche Kriegswirtschaft und für die Aufrechterhaltung der sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten waren die Sklavenarbeiter von größter Bedeutung. Ihre Arbeitskraft ersetzte die zur Wehrmacht eingezogenen Arbeiter. FAG Kugelfischer beschäftigte im November 1944 alleine 1.025 Kriegsgefangene, Fichtel & Sachs 411, die Vereinigten

Kugellagerfabriken 388, Deutsche Star 182.

Dazu kommt noch eine unbekannte Zahl von Fremdarbeitern.²⁴

Die staatliche Unterschlagung von Lohngeldern, die für die Familien in den Herkunftsländern gedacht waren, praktizierte die Finanzverwaltung gegen Italien, Holland und einige weitere Länder.

Diese Geldflüsse bildeten ein kräftiges Plus in der Reichskasse auf Kosten der besetzten Länder.²⁵

Die Ausbeutung der osteuropäischen Sklavenarbeiter verstanden die Ideologen des Nationalsozialismus aber auch als einen Vorgriff auf die zukünftige gesellschaftliche Gestaltung Europas. „Wie die zukünftige Sozialgestaltung ausschauen wird,

Zustimmung, Opposition und Terror

Den Nazis gelang es nach der sogenannten Machtergreifung, allen Widerstand zu brechen, die Werkzeuge dazu waren Verhaftung, Folter, Konzentrationslager, Exil und Mord. Der Kern des Regimes stützte sich auf überzeugte Parteigänger. Es gelang ihnen aber auch, wie Götz Aly anschaulich beschreibt, mittels sozialer Wohltaten Zustimmung zu erkaufen.

„Diese Zustimmung entsprang mehrheitlich keiner ideologischen Überzeugung.“ Aber diese Bestechung ging zum „überwiegenden Teil zulasten sogenannter Volksfremder, doch am Ende auch zu Lasten der Bestochenen.“²⁷

Aus dieser Argumentation lässt sich ableiten, warum

erst am Ende der Diktatur, über die Arbeiterbewegung hinaus, in Deutschland verstärkt Widerstand aufkeimt. Der schöne Schein zerbricht, nachdem das Siegen in Stalingrad aufhört und Todesanzeigen deutscher Soldaten die Zeitungen füllen. Die Attentäter des 20. Juli 1944 handeln angesichts der absehbaren Niederlage. Von 16.000 Todesurteilen gegen deutsche Zivilpersonen werden 15.000 nach der Winterkrise 1942/43 gefällt. Der Terror, der sich gegen einzelne Volksgenossen richtet, wächst in der zweiten Kriegshälfte. In

Schweinfurt wurden verhaftet: Gerstner (Vorname unbekannt), NSDAP- und SS-Mitglied, 1944 zwei Jahre und acht Monate Gefängnis, Umgang mit französischen Kriegsgefangenen, Äußerung der Krieg sei verloren. Kennerknecht Matthias, ADGB, Fabrikarbeiterverband, verhaftet nach dem Anschlag des 20. Juli in der „Aktion Gewitter“, KZ Dachau ab 26. August 1944. Ruch Hans, *27. Januar 1915 – † 5. September 1944,

kaufmännischer Angestellter bei Fichtel & Sachs, Todesurteil des Volksgerichtshofs wegen Wehrkraftzersetzung.²⁸

Soldmann Fritz, 17. September 1944 Internierung, in der Folge des Attentats des 20. Juli, im Polizeigefängnis Nordhausen, vom 26. September bis 12. Februar im Gestapogefängnis Erfurt von dort ins KZ Buchenwald.²⁹

Der Werkschutz der Betriebe und die Gestapo gingen rigoros gegen Sabotage und Regelverletzungen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen vor. Bestraft wurden Beschaffung von Lebensmitteln, Umgang mit „Deutschen Volksgenossinnen“, Arbeitsverweigerung, singen von Spottliedern. Auch Widerstandsaktionen wie die Manipulation von bearbeiteten Stückzahlen und Anbringung einer Losung auf einem Werkstück sind dokumentiert. Mindestens 42 Zwangsarbeiter wurden nach entsprechenden Vergehen bestraft mit Hinrichtung, Einweisung in Konzentrationslager Auschwitz, Dachau und Neuengamme.³⁰

In Schweinfurt bildete sich schon Anfang 1943 die Widerstandsgruppe „Gelbe Birke“ um den Wehrmachtsoffizier Andreas Bauer, Unteroffizier Schramm – „Kämpfernatur und Sozialist“ – und den Arzt Dr. Brock, die bis zu 50 Unterstützer um sich scharten. Die Gruppe unterstützte heimlich notleidende Kriegsgefangene, unter denen es den Russen am schlechtesten ging, mit Lebensmitteln und Kleidung. „Unmittelbar vor Ende des Krieges konnten 1100 Kriegsgefangene vor dem Regime in Sicherheit gebracht werden und bis zum Einmarsch der Amerikaner versteckt werden.“³¹

Erinnern als Verpflichtung

Zum Gedenken an die Opfer der Schweinfurter Arbeiterbewegung steht ein Denkmal für Fritz Soldmann in der Luitpoldstraße, Ecke Sattlerstraße. Durch die abstrakte künstlerische Gestaltung werden, neben diesem herausragenden Antifaschisten, alle anderen Mitstreiter miteinbezogen. Georg Groha, Fritz Soldmann, Benno Merkle und Paul Rummert

finden sich in Straßennamen der Stadt. In Berlin wird Fritz Soldmann auf einem Denkmal für ermordete Reichstagsabgeordnete geehrt. Die historische Aufarbeitung der Verfolgung, Verhaftung und Ermordung von Mitgliedern der Arbeiterbewegung in Schweinfurt steht noch aus.

Es gilt zu erinnern, als Mahnung für die aktuellen und zukünftigen politischen Auseinandersetzungen.

Von Norbert Lenhard

Quellen

- 1 Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e. V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 39
- 2 50 Jahre Freie Turner Schweinfurt, Broschüre 1952, S. 19
- 3 Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e. V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 135
- 4 Kathi Petersen, Vortrag Denkmaleinweihung Fritz Soldmann, 11. 3. 2009
- 5 Archiv Klaus Hofmann, Schweinfurter Tagblatt, 23. 8. 1933
- 6 Martin Broszat u. a., Bayern in der NS-Zeit, Band I, München 1977, S. 235, zitiert aus: Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk u. a. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 143
- 7 Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005, S. 27
- 8 Martin Broszat, zitiert aus: Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e. V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 144
- 9 Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e. V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 94
- 10 Ebenda, S. 98
- 11 Ebenda, S. 108
- 12 Ebenda, S. 92

Abtlg. Werkschutz.

Betrifft: Zeichnung Sichel und Hammer im Männerabort (Abtlg. Motoren-
bau H e y d e.

Am 16.3.39 wurde der Werkschutz von der Abtlg. Heyde angerufen
in den Männerabort seiner Abtlg. wäre das Abzeichen der Kommunistischen
Partei (Sichel und Hammer) an die Wand gezeichnet.
Eine sofortige Besichtigung bestätigte die Angaben des Meisters Heyde.
Die sofort aufgenommenen Erhebungen führten zu keinem Ergebnis.

Schweinfurt, 24.3.39

Heide

zum blauen Bericht kommen Sie war

Werkschutzmitteilung von Fichtel & Sachs

meine Parteigenossen, das will ich Ihnen sagen: Eine Herrschaft wird es geben [...]. Es wird die Menge der hierarchisch geordneten Parteimitglieder geben. Sie werden den neuen Mittelstand abgeben. Und es wird die große Masse der Anonymen geben, das Kollektiv der Dienenden, der ewig Unmündigen [...]. Darunter wird es aber noch die Schicht der unterworfenen Fremdstämmigen geben, nennen wir sie ruhig die moderne Sklavenschicht.“

Adolf Hitler, im Mai 1932.²⁶

-
- 13 Ernst Reuss, Ein Foto geht um die Welt, Schweinfurter Tagblatt, 30. 7. 2013
 - 14 Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005, S. 49
 - 15 Ebenda, S. 50
 - 16 Ebenda, S. 77
 - 17 Ebenda, S. 37
 - 18 Ebenda, S. 71
 - 19 Ebenda, S. 87
 - 20 Ebenda, S. 87
 - 21 Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e. V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 89
 - 22 Uwe Müller, Der Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg in Schweinfurt – Zahlen aus dem Stadtarchiv Schweinfurt, Mainleite Nr.1, März 2021
 - 23 Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005, S. 181
 - 24 Uwe Müller, Der Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg in Schweinfurt – Zahlen aus dem Stadtarchiv Schweinfurt, Mainleite Nr.1, März 2021
 - 25 Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005, S. 181
 - 26 Jochen August, Archiv für Sozialgeschichte, 1984, S. 304
 - 27 Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 2005, S. 313
 - 28 Dornheim, Andreas, Sachs – Mobilität und Motorisierung, 2015, 1. Auflage, S. 360 f.
 - 29 Widerstand und Verfolgung in Schweinfurt 1933–1945, VHS Schweinfurt, 1986
 - 30 Archiv Klaus Hofmann Liste Fremdarbeiter – Ablehnung, Verweigerung...
 - 31 Widerstand durch die „Gelbe Birke“, Wie lange müssen wir noch in diesen Ängsten leben? Karl-Heinz Körblein, Weppert GmbH & Co. KG, Schweinfurt 1995

Verfolgte der Arbeiterbewegung in Schweinfurt

- Baumbach Ludwig** Verhaftung 23.6.1933, Konzentrationslager (KZ) Dachau
- Benkert Otto** Schuhmacher, Metallarbeiter, Stadtrat SPD, Freie Turner, Verhaftung 23.6.1933 und KZ Dachau, Mandatsverzicht vom 24.6.1933, Vorsitzender des Betriebsrats bei FAG Kugelfischer 1945-1952
- Braun Karl** *1908, KPD, Stadtrat, Teilnehmer der Parteischule in Berlin, 1932 aus KPD ausgetreten, zwei Jahre inhaftiert im KZ Dachau, beschäftigt bei den Rothenburger Metallwerken, drei Jahre illegaler Aufenthalt, um einer weiteren Verhaftung zu entgehen, gegen Kriegsende bei seiner Frau in Schweinfurt und Königshofen versteckt, Rückkehr nach Schweinfurt mit der US-Armee
- Brösicke Erich** Lederzuschneider, verhaftet am 23.6.1933, KZ Dachau
- Bruderson Herrmann** *1913, KPD, Jude, Plünderung der elterlichen Wohnung am 9.11.1938, Flucht aus Deutschland, 1945 Rückkehr nach Schweinfurt als Offizier der US-Armee
- Derr Johann** verstorben im KZ 1945²
- Dietz Emil** Stadtrat SPD, Schreiben aus dem KZ Dachau vom 23.6.1933, Mandatsverzicht
- Drechsler Heinrich** 1934 Verfahren wegen Hochverrat: Störung der Rundfunkübertragung am 1. Mai 1933, Rote Fahne auf dem Schlot der Gelatinefabrik, Schriftzug auf der Werksmauer von FAG Kugelfischer
- Eggert Paul** verstorben im KZ 1945²
- Essl Viktor** SPD, Sportclub 1900, Stadtrat 1925–29 und 1930–33, KZ Dachau
- Firnschild Georg** Vorsitzender des Konsumvereins, Schutzhaft am 11.3.1933, Besetzung der Konsumvereinshäuser durch Polizei, SA- und SS-Leute, KZ Dachau bis Dezember 1933
- Füsser Richard** *4.2.1904, Fabrikarbeiter, Gefängnis von Mai bis Juni 1934 wegen Beleidigung des Reichsstatthalters
- Gessner Fritz** KPD, Kandidat Stadtrat, KZ Dachau
- Groha Georg** *1.1.1897, SPD, DMV, BR Vorsitzender VKF, Stadtrat, 9.3.1933 verhaftet und KZ Dachau bis 1.5.1933, Flucht ins Saargebiet und nach der Saarabstimmung nach Frankreich¹
- Hartmann Andrea** verstorben im KZ 1945²
- Herder Franz** verstorben im KZ 1945²
- Heusinger Ottmar** *14.2.1913, KPD, Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD), Häftlingskartei KZ Dachau Nummer 8489, (1935 und 1939) zuletzt im KZ Dachau, dort verstorben
- Hümpfer Heinrich** 20.3.1933 bis Mai 1935 KZ, Fichtel & Sachs, Betriebsrat 1948–1953³
- Hub Otto** *11.8.1888, Schreiner, Angestellter der AOK, 1907–1919 SPD, USPD, 1921 KPD, Vorsitzender 1923–1929, Stadtrat 1924–1929, 3.4.1934 verhaftet, sechs Wochen Haft, 16.10.1939 Vergehen gegen das Heimtückegesetz acht Monate Haft¹
- Kennerknecht Matthias** ADGB Kassierer, Fabrikarbeiterverband, Schutzhaft nach dem 20. Juli 1944, KZ Dachau
- Keupp Valentin** verstorben im KZ 1945²

Klarmann Johann *19.11.1878–1939, Schneidermeister, KPD, Mai 1934 Verurteilung durch das OLG München wegen Vorbereitung zum Hochverrat, gemeinsam mit seiner Frau Friederike, KZ Dachau

Kupfer Valentin *21.1.1896, Arbeiter, DMV, Naturfreunde, Volkschorsänger, Stadtrat SPD, verhaftet 23.6.1933, Mandatsverzicht mit Erklärung vom 24.6.1933¹

Lauerbach Karl *4.11.1886, genannt „Zwetschgebretl“, Schlosser, DMV seit 1906, SPD 1918–1924, KPD 1924–1929, Stadtrat 1925–1930, Roter Frontkämpfer Bund, Vorsitzender des Betriebsrats von FAG Kugelfischer 1923–1930, Verhaftung 10.3.1933 und KZ Dachau, Schutzhaft 1944–22.8.

Lenz Josef Sennfeld, Fichtel & Sachs, KZ Dachau 20. März bis Mai 1935³

Link Konrad Schlosser, KPD, Stadtrat, Mai 1934 Verurteilung durch das OLG München 1–1,5 Jahre Gefängnis, KZ Dachau

Mauer Richard Metallarbeiter, verhaftet am 23.6.1933

Dr. Merkle Benno Oberbürgermeister, SPD, März 1933 Schutzhaft im Landgerichtsgefängnis Würzburg, Sekretär des Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner 1918–1919

Münch Willi Verhaftung am 3.3.1933, Besitz kommunistischer Flugblätter und einer Fahne des Roten Sturms

Muchold Franz verstorben im KZ 1942²

Neuschwanger Christian *13.10.1886, Schreiner, freireligiöse Gemeinde, Eiserne Front, SPD, Stadtrat, verhaftet 30.6.1933, KZ Dachau bis 19.10.1934¹

Pfister Friedrich *2.4.1877, Stadtrat SPD, Leiter der Ortskrankenkasse, verhaftet am 11.3.1933, wegen Krankheit wieder entlassen, weitere Internierung 26.8.1944 in Dachau

Pielenz Paul Schlosser, VKF, Vorsitzender der Kinderfreunde, Naturfreunde, DMV, verhaftet 23.6.1933

Pötsch August Schuhmacher, DMV, SPD, Stadtrat, verhaftet 23.6.1933

Raab Karl Syndikalist, später KPD, Betriebsrat bei FAG Kugelfischer, Stadtrat, KZ Dachau

Rauner Edmund *7.7.1890, Arbeiter, „radikaler Sozialdemokrat“, Schutzhaft 28.6.1933, 2.7.1933 KZ Dachau, dort verstorben am 27.6.1938¹

Rummert Paul Lagerist Konsumgenossenschaft, SPD

Schineller Bernhard Bayerische Volkspartei, Christliche Gewerkschaft, Stadtrat

Schirmer Otto Schneider, Deutscher Bauergewerkschaftsbund Kassier, verhaftet 23.6.1933

Sendner Adam Metallarbeiter, verhaftet am 23.6.1933 2.7.1933 KZ Dachau, 27.6.1938 verstorben

Schleyer Max Schleifer, KPD, Durchschuss am Oberschenkel im Januar 1933 beim Überfall der Nationalsozialisten auf den Konsumverein

Schmitt Heinrich Werkzeugmacher, KPD, Generalsekretär des Internationalen Chemiearbeiterverbandes, Mai 1934 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 aus dem KZ Landsberg befreit

Schüpferling Michael Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, VKF, vertritt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bei der Beerdigung von Fritz Soldmann 1948

Schwinger Anton *20.10.1904, Schlosser bei Fichtel & Sachs, verhaftet 22.4.1933, KZ Dachau 5.5.1933–3.2.1935, April 1944 Einsatz für Ostarbeiter, Vergehen gegen die Werksdisziplin

Seis Karl Mai 1934 verurteilt vom OLG München zwischen einem und eineinhalb Jahren Gefängnis

Soldmann Fritz Schuhmacher, Arbeitersekretär, SPD und USPD, Staatssekretär der Räteregierung in München, Stadtrat, 3. Bürgermeister, Mitglied des Reichstags, Hauptredner der letzten Kundgebung der Eisernen Front im Februar 1933 in Schweinfurt, Schutzhaft vom 11.3. bis 1.5.1933, 1.6.1933 bis 24.8.1934 KZ Dachau, gefolgt von weiteren Verhaftungen zuletzt vom 13.10. ?? bis 11.4.1945 Internierung im KZ Buchenwald. Verstorben an den Folgen der Haft am 31.5.1945¹

Starz Kaspar Vorarbeiter, Vorsitzender der USPD, SPD, DMV, Aufruf am 30.1.1918 zum Demonstrationsstreik, 1930 bis 28.4.1933 Betriebsratsvorsitzender bei FAG Kugelfischer, 10.3.1933 Schutzhaft in der Hadergasse, 30.6.1933 bis 1935 KZ Dachau, nach Einschätzung der Militärbehörden in den Revolutionsjahren 1918 und 1919 „der einflussreichste Führer der Schweinfurter Arbeiterschaft, lebhaftes Temperament, großer Idealismus,“ Stadtrat 1946

Weil Karl verstorben 1944 im KZ²

Weiss Karl-Friedrich *2.2.1872, †11.9.1942, 10.3.1933–4.2.1935 Internierung und KZ, 7.8.1935 Verhaftung und vom 24.8.1935–23.12.1938 KZ Dachau, 18.6.1942 Verurteilung wegen Vergehen gegen das Heimtückegesetz, an den Folgen des KZ im Krankenhaus Schweinfurt verstorben¹

Weiss Ferdinand *17.7.1900, †25.1.1940, KZ Mauthausen, nach Aussage der Familie erschlagen¹

Wenzel Herrmann Arbeiter, DMV, SPD, Betriebsrat FAG Kugelfischer, Schutzhaft und KZ Dachau

Will Ernst Geschäftsstelle des „Volksfreundes“, Schutzhaft am 11.3.1933, Besetzung der Geschäftsstelle durch Polizei, SA- und SS-Leuten²

Quellen

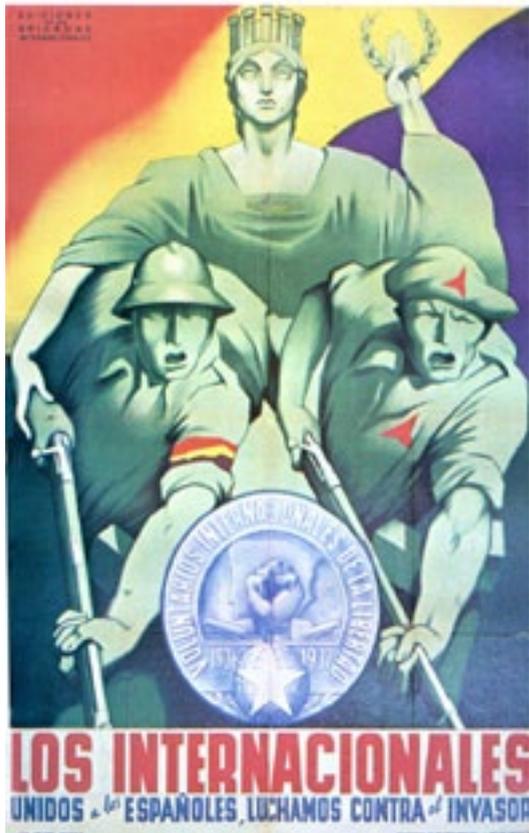
- 1 Widerstand und Verfolgung in Schweinfurt 1933–1945, VHS Stadt Schweinfurt, 1986
- 2 Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen, DGB-Bildungswerk e.V. Kreis Schweinfurt, 1986, 2. Auflage, S. 132
- 3 Dornheim, Andreas, Sachs – Mobilität und Motorisierung, 2015, 1. Auflage, S. 441 ff. Alle weiteren Namen aus dem Archiv Klaus Hofmann



Erkennungsdienstliche Fotos bei der Inhaftierung von Fritz Soldmann

„Und die Heimat leuchtet aus der Ferne ...“ Spanienkämpfer aus Mainfranken

Als im Juni 1936 die faschistischen Franco-Generale gegen die republikanische Volksfrontregierung putschten, ging eine Welle großer Solidarität durch die Welt. Aus aller Herren Länder kamen Frauen und Männer, um der spanischen Republik gegen die Faschisten zu helfen. Einige waren bereits im Land, weil als Gegenveranstaltung zu den Olympischen Spielen in Nazideutschland die spanische Regierung eine Volksolympiade organisiert hatte, an der vorwiegend Arbeitersportlerinnen und -sportler sowie Delegationen aus Gewerkschaften und Arbeiterparteien teilnehmen wollten. Viele andere Antifaschistinnen und Antifaschisten hatten ihre deutschsprachige Heimat bereits 1933 verlassen müssen, um dem faschistischen Schreckensregime



zu entkommen. Viele im Exil Lebende eilten aus ihren Zufluchtsorten an die spanische Front, um mit der Waffe in der Hand, in der Krankenpflege oder in der Berichterstattung gegen den weltweiten Faschismus zu kämpfen. Auch aus Deutschland machten sich Antifaschistinnen und Antifaschisten auf zum Teil abenteuerlichen Wegen auf den Weg nach Spanien! Dieser Mut kann nicht hoch genug bewertet werden; sich auf die Flucht aus Nazideutschland zu machen, den Weg durch Europa oftmals ohne Fremdsprachenkenntnisse und mit schlechtem Kartenmaterial zu bewältigen, um dann in Spanien Zugang und Anschluss an die republikanischen Truppen und Milizen zu suchen.

Aus Franken sind derzeit 16 Spanienkämpfer bekannt, von denen die Jüngsten bei Ausbruch des Bürgerkriegs 24 Jahre und der Älteste 38 Jahre alt waren, als sie fern der Heimat gegen den Faschismus antraten. Sie kamen von Würzburg bis Bamberg, aus der Rhön und dem Aischgrund.

Sie kamen allesamt aus der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und waren nur zum Teil Funktionäre, sondern eben auch einfache Mitglieder. Aber sie alle einte der Wille, den Faschismus zu bekämpfen. Und ihr Vorbild ist unser Auftrag im Hier und Jetzt!

Spanienkämpfer aus Franken im spanischen Bürgerkrieg 1936–1939¹

Asbeck Fritz	*27.9.1907	Würzburg
Amone Franz	*unbek.	Würzburg
Beer Fritz	*15.8.1900	Schweinfurt
Fechenbach Julius	*9.12.1909	Bad Mergentheim
Haub Friedrich	*17.7.1909	Nüdlingen
Horning Christian (Hornig)	*16.12.1899	Bad Kissingen

Hornung Georg	*5.7.1891	Würzburg
Kraft, Heinrich	*18.5.1912	Schweinfurt
Lai, Wilhelm	*17.1.1907	Würzburg
Moog Adolf (Mogg)	*24.3.1904	Würzburg
Morshäuser Josef (Morschauer, Morschauser)	*21.7.1912	Waldfenster
Paulus Michael	*4.3.1907	Lonnerstadt
Reutlinger Sally	*unbek.	Bamberg
Sack Hans	*4.8.1907	Würzburg
Staudenrausch Karl (Staudenrausch, Staudenrans)	*4.5.1898	Würzburg
Weissensiel Johann (Weissensel)	*22.11.1907	Würzburg

von Klaus Mertens

Quelle

1 Werner Abel, Enrico Hilbert (Hrsg.). „Sie werden nicht durchkommen!“ Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution. Band 1. Verlag Edition AV.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Im Neuaufbau demokratischer Verhältnisse spielten die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Nachdem die folgenschwere Herrschaft der Nationalsozialisten niedergedrungen und Deutschland durch die Alliierten befreit war, erhielten die Gewerkschaften starken Zuspruch.

Ihre Bestrebungen und ihre aktiven Personen standen in Opposition zum untergegangenen Regime und sie versprachen demokratische Beteiligung beim Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung.

Schnell fanden die Gewerkschaften ihre Rolle im kapitalistischen

Wirtschaftssystem als Gegenmacht und Gestaltungskraft.

Aufstieg aus Trümmern – Gewerkschaften nach 1945 in Schweinfurt

Der DGB Schweinfurt seit 1949 – Personen und Funktionen

Klassenkampf in Bayern – der Metallarbeiterstreik 1954

Streik im öffentlichen Dienst 1974 – als drei Tage nichts mehr ging

SKF-Streik 1988 oder „man kann auch siegen“

Der Streik der Zivilbeschäftigten 1996 – ein Novum in der Geschichte der Stationierungstreitkräfte

Bambule am Bau 2002

Arbeitskämpfe im Handel – eine Erfolgsgeschichte

„Die Pflege kämpft um ihre Rechte



Aufstieg aus Trümmern – Gewerkschaften nach 1945 in Schweinfurt

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das Deutsche Reich, das sich das 1000-jährige nannte, bedingungslos. Nach nur 12 Jahren, die von politischer Diktatur, Unfreiheit, Verfolgung, millionenfachem Mord, Krieg, Zerstörung, Not und Gewalt gekennzeichnet waren.

Auch in Schweinfurt herrschte allgemeines Chaos. Es fehlte an allem: Lebensmittel, Wohnraum, Heizmaterial, Kleidung. Das öffentliche Leben, die Güterversorgung, Verkehr, Gesellschaft und Kultur lagen am Boden. Die Produktion war zum Stillstand gekommen, riesige Mengen an Schutt und Trümmern mussten beseitigt werden. Entsprechend war auch das geistige Leben betroffen und massiv beschränkt. Statt gewählter Vertreter in Gesellschaft, Staat und Betrieben entschieden die Militärregierungen der Alliierten die künftige Entwicklung.

In Schweinfurt besetzte die amerikanische Armee am 11. April 1945 die Stadt. Eine Militärregierung übernahm die Macht und betraute unbelastete Deutsche mit verschiedenen Ämtern. Diese sollten die Befehle umsetzen, so z. B. als Oberbürgermeister Otto Stoffers, Direktor der Firma Gademann & Co., oder Karl Braun, Widerständler und früherer KPD-Vorsitzender für das Ordnungsamt.

Politisch Aktive und ehemalige Gewerkschafter fanden zusammen, um auf einen Neuaufbau der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung hinzuwirken. Das alliierte Oberkommando hatte im Juni 1945 verkündet, dass „alle Formen freier wirtschaftlicher Vereinigungen und Zusammenschlüsse der Arbeiter“ zugelassen werden. Sobald möglich, sollte die Bildung demokratischer Gewerkschaften

erlaubt sein, Grundrechte der Vereinigungsfreiheit und der Abschluss von Kollektivverträgen ermöglicht werden.

Die Erfahrungen der Weimarer Republik zeigten, dass die damalige Zersplitterung der Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaften, zur Niederlage im Kampf gegen den Faschismus beigetragen hatte. Daraus zogen die Gründer auch durch Diskussion im Exil und im KZ den Schluss, die neuen Verbände als Einheitsgewerkschaften zu bilden und Industriegewerkschaften zu gründen.

Obwohl die Militärbehörde die Gründungen Zug um Zug erlaubte, gab es doch strenge Restriktionen bei der Genehmigung.

Die ersten gewerkschaftlichen Aktivitäten waren die Gründung von betrieblichen Gruppen und Betriebsräten. Teils spontan, teils in Absprache mit den Betriebsverantwortlichen. Später dann aufgrund einer Wahlordnung des eingesetzten Bayerischen Arbeitsministers am 1. September 1945.

Die Betriebsverantwortlichen waren zu dieser Zeit nicht die Betriebsinhaber wie Georg Schäfer oder Willy Sachs. Beide hatten die Amerikaner aus ihren Betrieben als Belastete entfernt und Treuhänder bestimmt. Sie kamen erst 1948 nach der Farce der Entnazifizierung, in der sie als Mitläufer entlastet wurden, zurück und nahmen ihre alten Besitzfunktionen wieder wahr.



DGB-Haus 1946 in der damaligen Wilhelmstraße

Bei Fichtel & Sachs existierte schon am 16. Mai 1945 ein Betriebsrat mit den Kollegen Fraas, Hümpfner und Then, wobei unklar ist, wie dieser gebildet wurde. Die ersten offiziellen Wahlen fanden am 20. November bei Fichtel & Sachs statt, bei FAG Kugelfischer am 27. November 1945.

Da die Militärregierung alle bisherigen Arbeitsverhältnisse als erloschen erklärte und nur nach und nach Einstellungen genehmigte, war die Zahl der Abstimmenden gering. Die vorliegenden Zahlen bei FAG Kugelfischer: 952 Wahlberechtigte, Beteiligung 91,36 Prozent, 6 Mandate, Amtszeit 3 Monate.

Der Antrag auf Erlaubnis zur Gründung von Gewerkschaften in Schweinfurt wurde am 18. Oktober 1945 gestellt. Nach Genehmigung kommt es dann am 4. November 1945 zur Gründungsversammlung des „Freien Gewerkschaftsbundes Schweinfurt“ im Kantineaal von FAG Kugelfischer – dem einzigen erhaltenen Versammlungsort für große Veranstaltungen.

Der 4. November 1945 ist der Tag der Neugründung eines gewerkschaftlichen Dachverbands in Schweinfurt.

Tagesordnung:

Ansprache des Kollegen Sittig/Würzburg

Bekanntgabe der vorläufigen Satzung (Statut ABS.21)



DGB-Haus 60er Jahre

Wahl der Vorstandschaft

Zu den Zielen der neuen Organisation heißt es: Der Freie Gewerkschaftsbund wird:

- 1) die Arbeiter und Angestellten und Beamten aller Berufsgruppen umfassen;
- 2) keine Parteipolitik betreiben und keine parteipolitischen Ziele verfolgen;
- 3) alle Religionsgemeinschaften achten und sich nicht um die religiöse Überzeugung oder kirchliche Zugehörigkeit seiner Mitglieder kümmern; Erklärung: auch die ehemals christliche Gewerkschaft der Weimarer Zeit sollte integriert werden.
- 4) für gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten (soweit es die Anordnung der Militärregierungen erlauben);
- 5) die Aufrechterhaltung, Verbesserung und Vereinfachung des deutschen Sozialversicherungswesens befürworten;
- 6) den kulturellen Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung fördern und unterstützen;
- 7) für die Wiederherstellung der Völkerverständigung und des Weltfriedens eintreten;
- 8) sich für die Wiederherstellung der Rechtssicherheit auf dem Gebiet der Polizei und Justiz einsetzen;
- 9) den Militarismus und Faschismus in jeder Form bekämpfen;
- 10) keine ehemaligen Beamten der DAF und frühere Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen als Funktionäre in der Gewerkschaft benennen oder wählen.

Folgende Kollegen gehören dem Vorbereitungsausschuss der Versammlung an: Richard Mauer VKF, Heinrich Hümpfer F & S, Johann Link F & S, Fritz Bachmann F & S, Georg Siffel

Die Beiträge werden wie folgt festgelegt:

Lehrlinge und Rentner	0,20 RM
Frauen und Jugend	0,40 RM
Stundenlohn 0,50–0,70 RM	0,60 RM
Stundenlohn über 0,70 RM	0,80 RM

Bisher ist kein Protokoll der Versammlung dokumentiert, sodass die sicher spannende Diskussion nicht dargestellt werden kann. Auch Zeitungsberichte sind nicht vorhanden, da erst im Juni 1946 die Zeitung „Der Volkswille“ – unter Zensur der Militärregierung – in Schweinfurt zugelassen wurde.

Die wesentlichen Vorgaben der amerikanischen Behörden lauteten:

- Politische und weltanschauliche Neutralität.
- Nichteinmischung in die vom Arbeitsamt festgelegten Richtlinien (In der Folge keine Forderung nach Lohnerhöhungen).
- Es wurde untersagt, in das deutsche Wirtschaftsgeschehen einzugreifen.

Der von den Nazis verfügte Lohnstopp vom Oktober 1939 blieb in Kraft bis Ende November 1948 – also neun Jahre.

Ebenso durften Erhöhungen von Arbeitslosengeldern, Abbau der Wochenarbeitszeit und die Wiedereinrichtung von Betriebsräten kein Thema der Gewerkschaften sein.

Notgedrungen beschränkten die Kollegen deshalb die Tätigkeit zunächst auf den Aufbau der Organisation. Aber auch die Form der Gewerkschaften war ein Streitpunkt – in Wirklichkeit ging es um den Inhalt. Die aktiven Kollegen wollten eine Einheitsgewerkschaft aufbauen – das heißt in einem Betrieb eine Gewerkschaft – und auch einen starken Zentralverband mit angeschlossenen Fachverbänden, die besser zusammenarbeiten und eine gemeinsame Strategie entwickeln konnten. Die zweite Seite verhinderten die Militärbehörde.

Damit war auch das politische Ziel der Alliierten benannt, keine zu starken Gewerkschaften entstehen zu lassen und dieser Kurs wurde konsequent verfolgt. Das Beispiel Aschaffenburg zeigt, wozu das in der Praxis führen konnte:

Die erste Gewerkschaftsgründung in Bayern war schon sehr früh am 9. Juli 1945 in Aschaffenburg genehmigt worden. Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Aschaffenburg“ musste

allerdings im Oktober einen erneuten Antrag auf Gründung stellen, da das Konzept nicht den Vorstellungen der amerikanischen Militärbehörde entsprach. Das Statut vertrat das Prinzip eines starken Einheitsverbands und untergeordneter Fachverbände.



Im DGB-Jugend-Heim

Diese starke Konzentration von Abstimmung und Schlagkraft wurde von der Militärregierung nicht geduldet. Es mussten neue Anträge auf Gründung von Gewerkschaften eingereicht werden. Sie lauteten jetzt auf unabhängige Einzelverbände und einen eigenen losen Dachverband und wurden so erst nach mehreren Monaten genehmigt.

Generell hatten die Alliierten das Ziel, die politisch-organisatorische Entwicklung auch der Arbeiterbewegung strikt unter ihre Kontrolle zu nehmen und kein selbstständiges Wachsen zuzulassen.

Nach der Gründung konnte man die organisatorische und praktische Tätigkeit offiziell aufnehmen, wobei die Kollegen schon vorher halblegale Treffen durchführten und für die entstehenden Gewerkschaften Mitglieder und Aktive warben.

Der erste freie 1. Mai fand 1946 in Form einer Morgenfeier statt. Abends wurden die Beschäftigten zu einer Abendveranstaltung mit Konzert der Bamberger Symphoniker in den Kugelfischer-Saal eingeladen.



Die Zahl der Mitglieder lag zu diesem Zeitpunkt bei 2.200, davon 1.830 Metaller, 120 Bauarbeiter und 250 Angestellte.

Die Erlaubnis zur Gründung von Gewerkschaften war zuerst auf Städte und Kreise beschränkt. Kontakte darüber hinaus, vor allem in anderen Besatzungszonen, waren sehr schwierig und meist von den Militärbehörden nicht geduldet. Ab 1946



Werbeaktion der Gewerkschaftsjugend, 1950er Jahre

wurden diese Beschränkungen etwas gelockert, sodass zu einem Ersten Bayerischen Gewerkschaftskongress am 13. und 14. Juni 1946 eingeladen werden konnte.

Hierzu wurden Delegierte gewählt. Dies wurde im Mai 1946 mit der Wahl der Kollegen Mauer VKF, Hünpfner F & S, Link F & S, Raab FAG und Kupfer Bauhof Schweinfurt erfüllt.

Als Gastdelegierte bestimmte man:

Für die IG BAU: Kollegen Dittmar und Krebs von Fa. Riedel und Tasch.

Für die ÖTV: Kollegen Rödamer, Weichsel, Maar, Kennerknecht, Pfister, Vogt, Bauer von der Stadtverwaltung, E- und Gas-Werk, AOK, Arbeits- und Finanzamt.

Für die IG Metall: Kollegen Essl, Linsner, Lutz und Rechert von der Vst. IGM, Rotenburger Metallwerke und Fenster Vogel.

Die Delegierten wurden darauf hingewiesen, für den Aufenthalt in München die entsprechenden Lebensmittelmarken mitzubringen.

Der Kongress im Juni 1946 erteilte dem vorläufigen Ausschuss den Auftrag, örtliche und betriebliche Gewerkschaften zu Landesgewerkschaften zu entwickeln.

Im Juli 1946 gründete sich die „Industriegewerkschaft Metall Schweinfurt“ als stärkster örtlicher Verband. Sein Vorstand wird von folgenden Kollegen getragen: Erster Vorsitzender; Mauer Richard, Betriebsratsvorsitzender VKF. Stellvertreter, Kassier: Linsner Georg, Sekretär. Weitere Mitglieder: Benkert Otto, Betriebsratsvorsitzender FAG, Wieser Josef BAR, VKF, Imhof Hans, VKF, Sauer Hans, Betriebsrat FAG, Ziegler Adolf, Betriebsrat Star, Nusser Hans, Betriebsrat F & S, Hünpfner Heinrich, Betriebsrat F & S, Hoffmann Karl, Betriebsrat, Brehm Pankratz, Betriebsrat.

Im Oktober 1946 werden die weiteren Einzelgewerkschaften gegründet

IG Druck und Papier, IG Baugewerksbund, ÖTV, IG Textil und Bekleidung, IG Chemie und Leder,

IG Nahrungs- und Genussmittel, Gewerkschaft geistig und kulturell Schaffender, IG Holz.

Interessant ist es auch, einiges über die Verhältnisse im Gewerkschaftsbüro zu erfahren.

„Die ersten Arbeiten des Schweinfurter Metallarbeitervverbandes wurden in der Gaststätte ‚Zum Wilden Mann‘ vollzogen“, berichtet eine Kollegin aus dem Gewerkschaftsbüro. „Umzug in das Arbeitsamt Schweinfurt, Cramer-Straße. Hier waren unwürdige Verhältnisse, wenn es regnete, musste man Wasser schöpfen. Umzug im November 1946 in die Städtische Berufsschule, Zimmer 44. Nachteilig war, dass hier keine Heizung ging. Wir erhielten von der Militärregierung einen alten Ofen, unheimliche Rauchentwicklung. Tausende von Aufnahmescheinen warteten auf ihre Erledigung. Kollegin Käthe Goppert und ich leisteten sehr viele Überstunden, auch samstags und sonntags, um die Arbeit zu bewältigen, vor allem aber, dass Geld in die Kasse kam. Erwin Essl belohnte uns insofern, dass er uns, damit wir uns erwärmen und auch tüchtig schreiben konnten, heißen Kaffee und Kuchen brachte.“

1948 wird der Gewerkschaft durch Stadtratsbeschluss das teilzerstörte HJ-Heim zugesprochen, als Ersatz für das von den Nazis geraubte Vermögen. Später erfolgt der Umzug in das künftige Gewerkschaftshaus.

Zum Aufbau des Bayerischen Gewerkschaftsbunds werden Bezirkskonferenzen durchgeführt, eine davon im August 1946 in Würzburg.

Zu diesem Zeitpunkt waren 12 Untergruppen (8 Industrie, 5 Gewerkschaftsunterabteilungen) von der Militärregierung genehmigt. Die Anerkennung als Landesgewerkschaften sollte bis Ende September 1946 geschehen.

Es existieren drei verschiedene Organisationsbestrebungen:

1. Der überwiegende Teil vertritt die Zusammenfassung in Einheitsgewerkschaften aller Beschäftigten.
2. In manchen Orten entstanden selbstständige Berufsgruppen als Organisationsmodell.

3. Vereinzelte Bildung von Betriebsgruppen, die sich als Gewerkschaften verstehen.

Welche Aufgaben stellen sich den neuen Verbänden?

- Es galt, die alten Mitglieder aus der Zeit vor 1933 wieder zu sammeln und zu aktivieren. Darüber hinaus war es wichtig, neue Mitglieder zu gewinnen, die in den 12 Jahren der Diktatur keine gewerkschaftliche Erfahrung erwerben konnten.
- Engagement dafür, dass sich aktive Nationalsozialisten verantworten mussten und nicht mehr in alte Funktionen gelangten. Es wurde versucht, die Recherchen über Anhänger des Nationalsozialismus zu unterstützen und in den Betrieben auf anstehende Spruchkammerfälle hinzuweisen. Die Überwindung der faschistischen Ideologie und die Durchführung der Entnazifizierung wurden als Voraussetzung für einen demokratischen Neuaufbau angesehen.
- Der Ernährungszustand der Bevölkerung musste gesichert werden und damit auch der Erhalt der Leistungsfähigkeit.

Nachdem Lohnerhöhungen nicht geduldet wurden, versuchte man, der ständigen Preiserhöhung entgegenzutreten. Die Gewerkschaften gingen gegen Preiswucher vor und versuchten, Einfluss auf die Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln zu erlangen. Vertreter der Gewerkschaften arbeiteten in Kontrollausschüssen zum Waren- und Schwarzmarkt mit und führten Hofbegehungen durch, um versteckte Lebensmittel zu finden.

Im Dezember 1947 durchsuchte die Polizei nach Hinweisen einen Keller am Albrecht-Dürer-Platz, wo bergeweise Waren versteckt waren, die dringend andernorts gebraucht wurden. Weitere intensive Bemühungen fanden statt, um Schuhe, Reifen, Ersatzteile für Motor- und Fahrräder zu besorgen, damit die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze erreichen konnten. Es gelang auch – trotz Verbots der Militärregierung – die Arbeitszeiten von 45 bis 48 Stunden zu reduzieren und eine Mehrproduktions-

zulage für 600.000 Kollegen zu erreichen. Obwohl viele kleine Erfolge errungen wurden, war es doch nur die Verwaltung des herrschenden Mangels.

- 1948 führten die Gewerkschaften bayernweit einen 24-stündigen Proteststreik durch, weil die täglichen Brotrationen von 357g auf 267g gesenkt wurden. Der Streik erfuhr auch in Schweinfurt eine große Zustimmung und die gemeinsame Kraft reicht aus, um die Rücknahme der Maßnahme zu erzwingen.
- Gerade in Schweinfurt war der Kampf gegen die Demontage bei FAG Kugelfischer ein wichtiger Bestandteil. Kontakte mit amerikanischen und britischen Gewerkschaften und das ständige Bemühen gegen die Totaldemontage kosteten viel Zeit und Kraft und halfen mit, Maschinen zu verteidigen.
- Auch die kulturelle Weiterentwicklung und Erbauung war im Blick. 1946 gehörten die Gewerkschaften zu den Gründungsmitgliedern der Volkshochschule Schweinfurt und stellten auch Referenten.

Der Aufbau des Bayerischen Gewerkschaftsbundes auf Landesebene.

Im März 1947 wurde der erste Bundestag des Bayerischen Gewerkschaftsbundes (BGB) abgehalten. Dort wurde der Zusammenschluss der bayerischen Einzelgewerkschaften im Dachverband Bayerischer Gewerkschaftsbund beschlossen. Konkrete organisatorische Maßnahmen standen im Mittelpunkt. Eine Satzung wurde verabschiedet und der Vorstand gewählt. Die programmatischen Forderungen sind: Betriebliche Mitbestimmung, Demokratisierung der Wirtschaft und Wirtschaftsplanung, Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien.

Im November 1947 wurde der Gewerkschaftsrat der Vereinigten West-Zonen gebildet und Hans Böckler zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 stehen die Beschäftigten mit 60 DM Umtausch 1:1 da. Einem

Arbeiter bleiben z.B. von mühsam ersparten 100 RM gerade noch 6,50 DM übrig. Die Unternehmer und die besitzenden Klassen hatten dagegen mit Anteilscheinen und Aktien eine gute Basis für den Wiederaufstieg.

Im Juni 1948 findet der zweite Bundestag des BGB statt.

Was war das Besondere am Bayerischen Gewerkschaftsbund?

Der Kollege Georg Reuters beschreibt das auf dem Bundestag so: *„In jeder Stadt soll ein Gewerkschaftsbüro entstehen, das für alle Fragen da ist, und in jeder Kreisstadt sollen die Fäden zusammenlaufen. Es ist nicht mehr notwendig, wie 1933, dass 129 eigene Berufs-, Fach- und Industrieverbände bestehen.*

Wir können es uns auch nicht mehr leisten, für jeden Verband einen Vorstand einzustellen. In Zukunft, ausgehend von den amerikanischen gemeinsamen Industriegewerkschaften, wollen wir einen Landesvorstand als Bund der bayerischen Gewerkschaften.“

Dem Bund wurde die einheitliche Führung aller den Gewerkschaften dienenden Statistiken zur Pflicht gemacht. Er hatte die Ortsausschüsse zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen. Gleichartige und einheitliche Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder waren auf der Satzung beruhende Realität. Das Solidaritätsbewusstsein aller Gewerkschaftsmitglieder ist durch diese einheitlichen Leistungen zweifellos gestärkt worden. Die gemeinsame Kassen- und Geschäftsführung war eine der auffälligsten Besonderheiten des BGB. Sie sicherte einen hohen Grad von Koordination aller gewerkschaftlichen Aktionen durch den Bund und seine regionalen und lokalen Organe, wenn sie auch den einzelnen Verbänden prinzipiell die Finanzhoheit beließ. Zweifellos war die Stellung der Bundesorgane in Theorie und Praxis stärker als beim Gewerkschaftsbund der britischen Zone, dessen Organisationsmodell bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) 1949 übernommen wurde. 14 Landesgewerkschaften waren in allen Fragen

autonom. Sie vertraten ihre Mitglieder in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen. Sie schlossen Tarifverträge ab und warben neue Mitglieder. Die Zuständigkeitsbereiche wurden in Verhandlungen voneinander abgegrenzt.

An diesem Aufbau gab es aber auch in Bayern Kritik, so z.B. von Erwin Essl aus Schweinfurt, späterer Bezirksleiter der IG Metall in München. Er argumentierte, dass dem Einzelnen die Verantwortung genommen und damit von der Basis weg an eine Führungsspitze delegiert würde. Die Möglichkeit einer starken Industriegewerkschaft, für schwächere Organisationen solidarisch eintreten zu können, wurde nicht sehr positiv eingeschätzt. Diese Haltung überzog bei den „starken“ Einzelgewerkschaften. Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz verkündet und damit die Teilung Deutschlands manifest. Im August 1949 wird der Bundestag gewählt und im September die erste Regierung unter Konrad Adenauer gebildet. Damit standen auch die Gewerkschaften vor neuen Fragen, wie sie ihren weiteren Aufbau gestalten sollten.

Im September 1949 auf dem dritten Bundestag des BGB wurden die Planungen des Gewerkschaftsrats in Frankfurt diskutiert. 16 Einzelgewerkschaften bekamen weitgehende Autonomie. Eine gesamtdeutsche Gewerkschaftsbewegung war nach der Gründung der beiden deutschen Staaten nicht mehr zur realisieren.

Aufgrund der politischen Entwicklungen, der Mehrheitsmeinungen der anderen Ländergewerkschaftsorganisationen und der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung beschloss man, den BGB mit 800.000 Mitgliedern zum Ende des Jahres 1949 aufzulösen und in den Deutschen Gewerkschaftsbund zu überführen.

Am 1. Oktober 1949 wird der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in München gegründet.

Ein Delegierter beschrieb melancholisch die Stimmung nach dem Auflösungsbeschluss:

„Wir haben eine Weile gemault, schade sei's schon um den schönen Bayerischen Gewerkschaftsbund. Eine Zeitlang hat das schon sehr gewurmt. Aber ernsthaft hat niemand daran gedacht, an der Neuorganisation zu rütteln. Sonst wäre es ja auf dem Gründungskongress zu großen Schwierigkeiten gekommen.“

Von Klaus Hofmann

Der DGB Schweinfurt seit 1949 – Personen und Funktionen

Die Arbeit des DGB in Schweinfurt ist mit den nachfolgend aufgeführten Kolleginnen und Kollegen eng verknüpft. Sie haben den Wiederaufbau des DGB als Bund der politisch und weltanschaulich unabhängigen Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg und die darauf folgenden Jahrzehnte geprägt. Manche waren viele Jahre aktiv, andere nur für kurze Zeit. Oft bestimmten sie als ehren- oder hauptamtliche Funktionäre auch die Entwicklung ihrer Gewerkschaft, die sie im Gewerkschaftsbund vertraten, maßgebend mit. Die Erwähnung ihrer Namen erfolgt in chronologischer Reihenfolge und soll die Anerkennung ihrer Leistung zum Ausdruck bringen.

Wegen teilweise fehlender Unterlagen in den Anfangsjahren kann es sein, dass die Aufzählung nicht vollständig ist.

Kreis- bzw. Regionsvorsitzende des DGB in Schweinfurt

GEORG WICHTERMANN (später Oberbürgermeister),
WALTER LANGEBECK (später Bundestagsabgeordneter der SPD), HELMUT KOHL,
OTTO SCHMITTKNECHT, HELMUT HAFERKORN,
FRANZ SPIESS, FRANK FIRSCHING (bis 2014 war diese Funktion hauptamtlich besetzt),
MARTIN SCHMIDL (ehrenamtlich)

Vorsitzende der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter im DGB-Kreisvorstand

Industriegewerkschaft Bau-Steine Erden (IG BSE)

WERNER HOLLWICH (später Landtagsabgeordneter der SPD),
HEINZ JÖRG nach der Fusion mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) zum 1. 1. 1996 zur



Industriegewerkschaft Bauen-Agrar- Umwelt (IG BAU)

HEINZ JÖRG, KARLHEINZ VOLLMUTH,
KURT GRÖMLING, FRANZ GÖTZ, MICHAEL LACK,
LUDWIG SCHREINER

Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)

PHILIPP HEID, WINFRIED WASSER
Fusion mit der IG BSE am 1. 1. 1996

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IG BE)

ALFRED STATT
Die Gewerkschaft fusionierte 1997 mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik zur Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (IG CPK)

WALTER BORCHARD, HANS SEIDL, ERICH ENGEL,
NORBERT KERN, BERNHARD RAMMING,
HERBERT GLÜCKERT, OLGA MÜLLER,
VOLKER HANNWACKER
Nach der Fusion mit der IG BE und der Gewerkschaft Leder zur



Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

VOLKER HANNWACKER, HANS-DIETER SEUFERT,
EGBERT THEWS, PETRA WICK

Gewerkschaft Leder (GL)

WILLI MARSCHALL, RICHARD MAUL,
HEINZ BOROWIK, WALTER MÄRKL, DORIS FICHNER,
RITA KÜHNEL
Fusion am 6. 10. 1997 mit der IG Bergbau und der IG CPK zur IG BCE

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

OTTO SCHMITTKNECHT (später DGB-Kreisvorsitzender), HEINER ALLERT,

ALFONS KEHRLEIN, KARLHEINZ HITZ,
WERNER SCHEFFLER, ERICH SCHMITT,
PETER BAUER, KARL-HEINZ BALANDAT
Nach der Fusion am 30. 11. 2010 mit der Verkehrsgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (GDBA) zur



Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

MARTINA KELLER



Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Seit 1. 4. 1978 Mitglied im DGB
EDGAR ENGERT, HANS-JOACHIM LEHR,
FRIEDRICH BUSCHE, HERBERT THEN, LI LANGEN,
KAROLIN GROSSE, VERENA SCHLUND,
CHRISTIAN BIRKMEYER



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

REINFRIED CASTRATIUS, DIETRICH BOGNER,
EDGAR LEIPOLD, PETER BERLEIN, MARIAN JANKA,
KARL-HEINZ GEUSS, NORBERT WÜHRL

Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)

GEORG GOLLER, KOLLEGE LÖBER, FRANZ POHLI,
FRANZ ENDRES, ANTON NINDL, BERND DÖRFER
(später Geschäftsführer der GHK für Unterfranken),
HANS STÖHLING, FRIEDRICH FÖSSEL,
UTE BRECHEIS
Die GHK schloss sich zum 1. 1. 2000 der IG Metall an.

Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB)

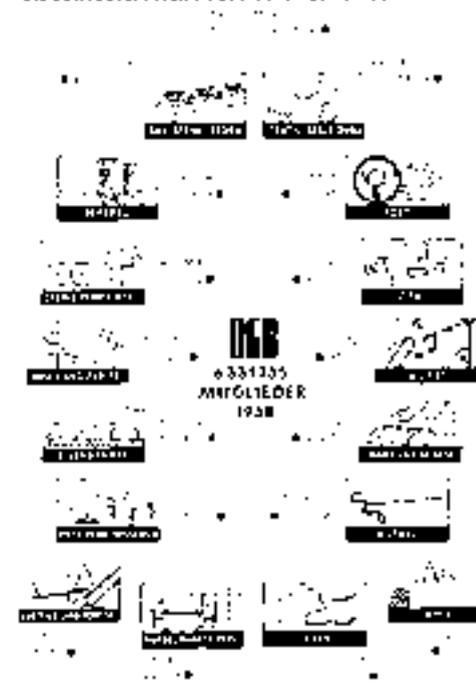
GEORG SCHEURING, RESI GOCK, ERIKA ROTTMANN
Die GTB schloss sich zum 30. 6. 1998 der IG Metall an.



Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

HANS SAUER, HANS HÜBSCHMANN, EDMUND SANDER, HARRY MUCK, GERHARD TOLLKÜHN,
KLAUS ERNST (später Bundestagsabgeordneter

DIE GEWERKSCHAFTEN IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND (GDBA)



der Partei „Die Linke“), CHARLY SCHÜBEL,
WOLFGANG ZILLER, PETER KIPPES, PASQUALE TRASENTE, TANYEL TAS



Gewerkschaft Nahrung-Genuss- Gaststätten (NGG)

GOTTFRIED REICHERT, WILLI BRÄNDLEIN,
HANS-JÜRGEN SANDER, OSWALD SCHMITT,
ROBERT RÜCKERT, KARL TREUTLEIN,
OTTMAR MONTAG

Deutsche Postgewerkschaft (DPG)

LORENZ ZWIRLEIN, OSKAR STÄBLEIN, KURT STUMPF,
HUBERT HÖCHEMER, RICHARD SCHMIDT,
SIEGFRIED PRESSER, RUDOLF VOIT

Am 19. 3. 2001 fusionierten die DPG, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Industriegewerkschaft Medien-Druck und Papier,

die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und die zuvor nicht dem DGB angehörende Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) zur

**Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
(HBV)**

HERBERT MÜLLER (später Bürgermeister),
KARL MARQUARDT, KLARA WICHTERMANN,
HEINZ BÜLOW, WINFRIED ENDERLE,
PETER WREDE, HEIKE WEBER
2001 Zusammenschluss zu ver.di

**Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr (ÖTV)**

HANS PFÖRTSCH, ARTHUR AUERNHAMMER,
HANS FICKENTSCHER, GUSTL HOFMANN,
HEINZ PFÖRTSCH, BERTHOLD PFEUFFER,
FRED KAISER, MICHAEL DÖRFER,
ANNELIESE HEUFT, RALF SANDER, SINAN ÖZTÜRK
2001 Zusammenschluss zu ver.di

Industriegewerkschaft Druck und Papier (Drupa)

STEFAN WALZER, DIETER GABOR
nach der Fusion mit der Gewerkschaft Kunst
am 15.4.1989 zur

IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst

WOLFGANG SCHMITT-KIRCHNER, WALTRAUD
HEIDEL, LORENZ SCHMIDT
2001 Zusammenschluss zu ver.di

Gewerkschaft Kunst

WALTER HESS
1989 Fusion mit der IG Druck und Papier



**Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)**

nach der Fusion von ÖTV, DPG, HBV, IG Medien und
DAG im Jahr 2001

SINAN ÖZTÜRK, BARBARA HOFRICHTER, MANFRED
TÖPPERWIEN, JÜRGEN KLOSE, DORIS BERZ.

**Vorsitzende der DGB-Personengruppen
Kreis Schweinfurt**

Kreis-Angestellten-Ausschuss

KURT LISCHNER, WERNER HAMM,
MICHAEL DÖRFER, WINFRIED ENDERLE,
HANS-JOACHIM HASENBANK
Die DGB-Angestellten-Ausschüsse wurden mit
Beschluss des Bundeskongresses 1994 abgeschafft.

Kreis-Beamten-Ausschuss

FRITZ BONENGL, HELMUT BEIERGRÖSSLEIN,
WINFRIED HÖLLEIN
Die DGB-Beamten-Ausschüsse wurden mit Beschluss
des Bundeskongresses 1994 abgeschafft.

Kreis-Frauen-Ausschuss

LONI SCHREIBER, ERIKA KÖFERL, HELGA SCHMITT,
LI LANGEN, BARBARA BERNHARD, IRENE WINKLER
Der DGB-Frauenausschuss bestand in Schweinfurt bis
2001. Seither wird das Thema Gleichstellung in den
Frauengremien von ver.di und der IG Metall bearbeitet.

Kreis-Jugend-Ausschuss

ALFRED NAGEL, DAGMAR MIKALANSKY,
RUDOLF PETERHÄNSEL, ROBERT RUDOLF,
FRANK RIEGLER, NORBERT HUGEL,
MARION MORITZ, ANDREAS SCHMITT,
CARSTEN SIXT, FRANK FIRSCHING (später DGB-
Regionsvorsitzender), ANDRÉ BARTHEL,
JÜRGEN SCHENK, ZÜLFÜKAR TOSUN,
JEROMY SCRIBNER, SASCHA BRAUN
Seit der Strukturreform 2014 findet DGB-Jugendarbeit
auf unterfränkischer Ebene statt.

DGB-Rechtsstelle Schweinfurt

WALTER LANGEBECK (später Kreisvorsitzender), OTTO
PELZL, ILSE RICHTER, HELMUT HAFERKORN (später

Kreisvorsitzender), HORST RUSCHEL,
ALBRECHT WELLSTEIN, JOACHIM RÖDER,
MICHAEL AMBERG, SIEGFRIED KASULKE
Im Jahr 2002 wurde die Rechtsstelle aus der DGB-
Struktur ausgegliedert und die Rechtsschutz GmbH
gegründet, deren regionale Organisation sich auf den
gesamten Regierungsbezirk Unterfranken erstreckt.

*Zusammenstellung von Helmut Haferkorn
und Roland Budz*

Klassenkampf in Bayern – der Metallarbeiterstreik 1954

Der Konjunkturaufschwung 1950 markierte den Beginn einer wirtschaftlichen Wachstumsphase, die als Wirtschaftswunder die bundesrepublikanische Nachkriegsentwicklung prägte. 1955 stieg das Brutto-sozialprodukt um 12 Prozent. Die Forderung der IG Metall zur Tarifrunde 1954 hatte deshalb Einkommenssteigerungen zum Ziel. Nach Streikvorbereitungen und Urabstimmung kam im Bezirk Stuttgart auf Vorschlag des Landesarbeitsministers ein Ergebnis zustande, das in einer zweiten Urabstimmung von 56,4 Prozent der Mitglieder angenommen wurde. Die Stundenlöhne in der Ecklohngruppe stiegen um 6 Pfennige sowie um 8 Pfennige für Akkordlöhne.

Abweichend von der Forderung nach Lohnerhöhungen wollte der Bezirk München strukturelle Änderungen durchsetzen. Der Ecklohn für Zeitlohn und Akkord sollte vereinheitlicht werden, für die Angestellten plus 12 Prozent und 15 Prozent mehr Geld für die Zeitlöhner. Der VBM war durchaus bereit, über Einkommenssteigerungen zu verhandeln, verlangte aber die Senkung der Lohngruppenrelation der Angelernten zum Ecklohn



FAG Kugelfischer, Georg-Schäfer-Straße



SKF Werk I, Schrammstraße

und die Vereinheitlichung von Zeitlohn und Akkord bezeichnete der Verband als nicht verhandelbar. Arbeitsminister Richard Oechslen (SPD) versuchte mehrfach, aber erfolglos, zwischen den Parteien zu vermitteln. Das Ergebnis der Urabstimmung vom 29. und 30.6.1954, mit 90,4 Prozent für den Streik bei 120.597 abgegebenen gültigen Stimmen, überraschte in seiner Deutlichkeit selbst den IG Metall Vorstand.

Der Streik beginnt mit massiven Angriffen der Unternehmer

Am 9. August begann der Flächenstreik. „Die Vorstellung mit möglichst vielen Organisierten den Streik zu beginnen, galt zu dieser Zeit als basisdemokratische Radikalität.“¹ Der Verein der Bayerischen Metallindustrie (VBM) und die örtlichen Metallarbeitgeber reagierten auf den Streik mit härtesten Mitteln. Ein Zeitzeuge berichtet: „Lautsprecherwagen fuhren durch die Schweinfurter

Wohngebiete, vor allem durch die, in denen viele Werkswohnungen lagen und warnten vor dem Streik. Sie stellten die sicheren und guten Arbeitsplätze infrage (und) warnten vor Lohnverlust aufgrund des Streiks. Sie drohten Kündigungen der Werkswohnungen an [...] und übten damit massiv Druck auf die Familien der Beschäftigten aus.“² Die Arbeitgeber drohten mit der Kündigung aller betrieblichen Sozialleistungen. Unternehmer und Führungskräfte suchten Streikende – vorwiegend Meister und Angestellte – zu Hause auf. Ehefrauen wurden bedrängt, ihre Männer zur Arbeit zu bewegen. Der VBM und die Unternehmer forderten selbst in Zeitungsanzeigen und Rundschreiben dazu auf, sich nicht am Ausstand zu beteiligen. Am zweiten Streiktag erklärte der Hauptgeschäftsführer des VBM in einer Propagandarede im Bayerischen Rundfunk: „Ein Streik ist ein sozialer Bürgerkrieg, der die gesamte Gemeinschaft, sei es direkt oder indirekt, auf das Schwerste schädigt.“³

Sie meinten es ernst mit dem Bürgerkrieg. In den ersten Tagen des Ausstands erhielten alle „Streikenden einen Brief nach Hause, in dem ihnen die Entlassung angedroht wurde, wenn sie nicht bis zum 12. August zur Arbeit erscheinen.“⁴ Unsicherheit verbreitete die Abmeldung der Streikenden bei den Krankenkassen durch die Arbeitgeber.

Viele gewerkschaftlich traditionsreiche Betriebe in Bayern hielten dem massiven Druck stand. In Nürnberg und anderswo steigerte der, von den Arbeitgebern ausgegebene, soziale Bürgerkrieg, die Militanz der aktiven Streikteilnehmer. Die Auseinandersetzungen an den Toren verhärteten sich. Es galt Streikbrecher abzuwehren. Von Anfang an versuchten die Arbeitgeber Polizei zum Einsatz zu bringen um „Arbeitswillige zu schützen.“ Der bayerische Innenminister Hoegner (SPD) wollte aber die Polizei aus der Auseinandersetzung heraushalten.⁵ Rabiante Polizeieinsätze gab es trotzdem, weil es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern kam, in Amberg, München und Augsburg. Frühzeitig setzten die Arbeitgeber

alles daran, den Streik und die damit verbundenen Handlungen ins Unrecht zu setzen und die Akteure zu kriminalisieren. Sie trafen damit die Vorbereitungen für die Strafmaßnahmen am Ende des Streiks.

Die Streikfront bricht

Zwei Tage nach Beginn brach der Streik in Schweinfurt zusammen.⁶ Die Streikenden der Firmen Fenster Vogel, Meister, Schuster & Schmidt, SKF, Fränkische Emailier- und Stanzwerke, Siemens Bad Neustadt und F & S gaben auf. Bei FAG Kugelfischer folgten nur wenige Mitglieder dem Streikaufruf. Georg Schäfer versprach eine betriebliche Sonderlösung und unterließ damit die sowieso geringere Streikbereitschaft. An der Urabstimmung vor dem Streik beteiligten sich in Schweinfurt 13.349 Mitglieder. Über die Annahme des Schiedsspruchs stimmten am 30./31. August noch 57 Streikende ab.⁷ Die in der Lieferkette der Metallindustrie strategisch wichtigen Wälzlager- und Automobilzulieferteile fielen in der Streikfront aus. Ausschlaggebend ist hier der massive Druck der örtlichen Unternehmer wie Georg Schäfer und Willy Sachs zu nennen. Sie hatten ein „besonderes Verhältnis zu ihren Belegschaften.“⁸ Deren Streik- oder Nichtstreikbereitschaft war beeinflusst von starker Betriebsbindung, hohen Sozialleistungen, hohen Löhnen, paternalistischen Betriebsstrukturen, in Arbeitsgemeinschaftsillusionen verfangene Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.“⁹ Das Buch „Der Streik in der bayerischen Metallindustrie von 1954“ nennt auf Seite 93 FAG Kugelfischer als Musterbeispiel. Aber auch die „Mehrheit unserer Betriebsräte“ (von SKF) sprachen sich am 9. August in einer Bekanntmachung dafür aus „die Arbeit in unserem Betrieb fortzusetzen.“¹⁰ Entgegen der großen landesweiten Zustimmung zum Streik, erreichte die Urabstimmung in Schweinfurt das notwendige Quorum nicht. Lediglich 65,9 Prozent der Stimmberechtigten votierten dafür; FAG Kugelfischer Eltmann 71,8 Prozent, Ebern 46,1 Prozent, Schweinfurt 35,8 Prozent.¹¹ Selbst der Bezirksleiter Erwin Essl hielt

den Streik für durchführbar, „allerdings nur in den großen Städten Bayerns: in München, Nürnberg, Fürth, Augsburg und Pegnitz.“¹² Als Schweinfurter sollte er die Schwächen der Organisation in der Region gekannt haben. Auch in anderen Teilen Bayerns bröckelte die Streikfront. Geschwächt durch viele betriebliche Sonderlösungen und Streikbrecher schmolz die Zahl der in Bayern am Ende zur Urabstimmung aufgerufenen Mitglieder auf die Hälfte.

Verhandlungen unter Zeitdruck

Unter dem Eindruck schwindender Kräfte setzte die IG Metall die Verhandlungen in einem Schiedsgericht unter dem Vorsitz von Arbeitsminister Richard

Werte Kolleginnen und Kollegen der Firma Kugelfischer!

Wir haben nichts dagegen, wenn Herr Dr. Schäfer sich dafür einsetzt, daß unsere Forderungen von dem Verband der Bayer. Metallindustriellen anerkannt werden. Nur eines verstehen wir nicht, daß Herr Dr. Schäfer bis jetzt nicht bereit war, unsere gestellten Forderungen inzwischen in seinem Betrieb zu verwirklichen.

Seit Kündigung der Lohn- und Gehaltsstafel sind 3 Monate verstrichen und noch ist von Eurer Firma kein Zugeständnis gegeben worden.

Schöne Worte allein nützen nichts!

In der Betriebsversammlung hätte Herr Dr. Schäfer sofort unsere Forderungen anerkennen können. Er kann wohl als Einzelperson mit seinem Unternehmerverband sprechen, doch hat er als Mitglied seiner Organisation deren Richtlinien. Herr Dr. Schäfer hat schon des öfteren die Erklärung abgegeben

„er ist verbandstreu“,

folglich wird er auch nach dem Vorschlag seines Verbandes, der Änderung des Lohngruppenschlüssels nach unten, zustimmen.

Die bisherigen Vorschläge des Unternehmensverbandes — und das muß hier ausgesprochen werden — gliedern sich in ein Nah- und Fernziel, wonach eine wesentliche Verschlechterung des Lohngruppenschlüssels durchgeführt werden soll. Zugeständnisse irgendwelcher Art, auch für Facharbeiter, wurden bis zum heutigen Tage nicht gegeben, was selbst aus dem Randschreiben des Unternehmensverbandes zu ersehen ist.

So wie Euer Firma verbandstreu ist, genau so verbandstreu müßt auch Ihr sein. Stimmt für die gewerkschaftliche Forderung mit **„JA“**

Nur ein eindeutiges Abstimmungsergebnis führt zum Erfolg! Wichtig ist, daß über 75 Prozent der organisierten Arbeiter und Angestellten der Bayer. Metallindustrie mit **JA** stimmen. Ein NEIN kann es nicht geben.

Wer Lohn- und Gehaltserhöhung will stimmt mit

„JA“

Industriegewerkschaft „METALL“ Verwaltungsstelle Schweinfurt

Oechsle (SPD) fort, das so lange tagen sollte, bis es eine Einigung gab. Das Ergebnis sah die Beibehaltung des gespaltenen Ecklohns vor, die drei Lohngruppen der Angelernten wurden um 2 bis 3 Prozent zum Ecklohn gesenkt, was 62 Prozent aller gewerblichen Mitarbeiter betraf. Für Frauen gab es eine Aufstockung auf 80 Prozent zum Männerlohn. Außer einer mäßigen Lohnerhöhung blieb von den Forderungen der IG Metall nichts übrig. 43 Prozent der Mitglieder nahmen das Ergebnis in einer weiteren Urabstimmung an, damit war der Streik beendet.

Die Strafmaßnahmen der Unternehmer

Noch während die Urabstimmung lief, begannen die Unternehmer mit der fristlosen Entlassung von 847 aktiven Metallern, darunter 60 Betriebsräte und mehrere Hundert Vertrauensleute.¹³ Anlass zu dieser beispiellosen Kündigungswelle waren Auseinandersetzungen der Streikposten mit Streikbrechern. Selbst Ausdrücke wie „Drecksau“ lieferte den Arbeitgebern den Vorwand, um die Maßregelung zu rechtfertigen. Die Tarifauseinandersetzung verlor jeden „Schleier der Sozialpartnerschaft.“ „Dieser Streik nahm daher mehr als irgendein anderer in der Geschichte der Bundesrepublik die Züge eines Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital an.“¹⁴ Dem VBM ging es hauptsächlich darum, die IGM zu schwächen!

Den Verhandlungsführern gelang es nicht, mit einer rechtssicheren Maßregelungsklausel alle Streikteilnehmer zu schützen. „Die Frage, die sich immer wieder stellt war, was darf ein Kollege, der am Streik teilgenommen hat, getan haben, ohne den Anspruch auf Wiedereinstellung zu verlieren.“¹⁵ Die IG Metall unterstützt die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit Rechtsschutz und der in der Satzung festgelegten Maßregelungsunterstützung. Die meisten Verfahren, die der Rechtsschutz an den Arbeitsgerichten vertrat, endeten mit einem Vergleich, für den Verlust des Arbeitsplatzes gab es eine Abfindung.¹⁶ Um die schwarzen Listen des VBM zu umgehen, wirkten die DGB-Ortskartelle

als Arbeitsvermittler. Nach bis zu einem halben Jahr fanden die Gemaßregelten einen Arbeitsplatz außerhalb der Metallindustrie. In der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt waren [...] 15 Kollegen in acht Verfahren am Landgericht betroffen. In 12 Fällen wurden Verurteilungen ausgesprochen, 8-mal Gefängnis, davon 7 auf Bewährung, ein Freizeitarrrest und drei Freisprüche.¹⁷ Der Streik 1954 grub sich tief in das kollektive Gedächtnis der Schweinfurter Metaller ein. Für die einen galt der Streik aufgrund des Aufbegehrens gegen das Diktat der Unternehmer als Erfolg. Für die anderen war der Ausstand eine bittere Niederlage. Erst mit dem Konzept der neuen Beweglichkeit ab 1981 erwarb die IG Metall in Schweinfurt ihre Handlungsfähigkeit zurück. Viele Kolleginnen und Kollegen begründeten ihre Vorbehalte auch dann noch mit den 27 Jahre zurückliegenden negativen Erfahrungen. Das tief sitzende sozialpartnerschaftliche Selbstverständnis von Belegschaften und Betriebsfunktionären brach erst 1993 laut krachend zusammen. Das informelle Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes löste die Existenzkrise von FAG Kugelfischer auf.

Die Lehren aus der Niederlage

Otto Brenner, der 1. Vorsitzende der IG Metall, richtete eine Untersuchungskommission in mehreren Verwaltungsstellen ein, um die Ursachen für die Niederlage festzustellen. Der Bericht fasst die Ergebnisse zusammen: „Der Streik ist ungenügend und unter Außerachtlassung notwendiger organisatorischer Maßnahmen und ohne Berücksichtigung psychologischer Erkenntnisse vorbereitet worden.“¹⁸ In den Verwaltungsabläufen wird ein „unbeschreiblicher Leerlauf“

beschrieben. Der Vorstand zieht aus der Bewertung des Bayernstreiks richtungsweisende Konsequenzen.

1. Der Erste Bevollmächtigte in Schweinfurt wird auf Kosten des Vorstands ersetzt.
2. Die Streikunterstützung wird drastisch erhöht.
3. Juristen begleiten die Tarifverhandlungen, um folgenschwere Unklarheiten wie bei der Maßregelungsklausel zu vermeiden.
4. Das Streikkonzept berücksichtigt Produktionsabhängigkeiten von Zulieferern und Endkunden und bildet Schwerpunkte.



Erster großer Warnstreik nach 27 Jahren, Marktplatz Schweinfurt

5. Die zentralen Streikleitungen erhalten mehr Kompetenzen.
6. Der Vorstand koordiniert die Tarifforderungen der Bezirke und gibt die Rahmensetzung vor.
7. Der Vorstand wird gewissenhafter prüfen, ob die Voraussetzungen für einen Streik ausreichend gegeben sind und beschneidet damit die Eigenständigkeit der Bezirke.

Otto Brenner sagt auf dem 3. Ordentlichen IGM-Gewerkschaftstag im September 1954, dass Streiks nicht mehr „nach unseren bisherigen Vorstellungen geführt werden.“¹⁷

Die Lehren aus der Niederlage 1954 wirkten positiv auf die folgenden Kämpfe. 1957 führte das Streikkonzept unter neuen Prämissen zur Durchsetzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit für alle Arbeitnehmer; ein sozialpolitischer Meilenstein! 1995 trug ein ausgeklügeltes Streikkonzept unter Umgehung der Fernwirkung des § 116 AFG ausgerechnet die IG Metall in Bayern zum letzten Schritt der 35-Stunden-Woche. Eine späte Revanche für die Niederlage 1954. Schweinfurt entwickelte sich durch den Einsatz unzähliger Menschen zu einer gewerkschaftlich handlungsfähigen Geschäftsstelle.

Von Norbert Lenhard

Quellen

- 1 Der Metallarbeiterstreik in Bayern 1954, Rainer Kalbitz, Gewerkschaftliche Monatshefte 2004, S.561
- 2 Archiv Klaus Hofmann, Zeitzeugenbefragung
- 3 Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung, Nr. 58, „Der Streik in der Bayerischen Metallindustrie von 1954“, Frankfurt am Main 1995, S.102
- 4 Ebenda S.102
- 5 Ebenda S.105
- 6 „Der Metallarbeiterstreik in Bayern 1954“, Rainer Kalbitz, GMH 2004, S.563
- 7 Bayernstreik 1954, Dokumente seiner Geschichte, IG Metall Ingolstadt, Juni 1984, S.197
- 8 Der Metallarbeiterstreik in Bayern 1954, Rainer Kalbitz, GMH 2004, S.563
- 9 Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung, Nr. 58, S.93
- 10 Aushang „Mitteilung an alle Arbeitskolleginnen und Kollegen“ SKF Betriebsrat Klopff, Schweinfurt
9. August 1954, Archiv Klaus Hofmann
- 11 Bayernstreik 1954, Dokumente seiner Geschichte, IG Metall Ingolstadt, Juni 1984, S.187
- 12 Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 1.3.1954 in Frankfurt, zitiert nach Rainer Kalbitz, GMH 2004, S.559
- 13 Der Metallerstreik in Bayern 1954, Rainer Kalbitz, GMH 2004, S.566
- 14 Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung, Nr. 58, S.93
- 15 „Überblick über die aus dem Streik in der Bayerischen Metallindustrie vom 9. 8. –1. 9.1954 resultierenden Arbeits- und Landgerichtsprozesse.“, Jürgen Harms, IG Metall Bezirksleitung München, Januar 1956 S.17
- 16 Ebd., S.17
- 17 Archiv Klaus Hofmann, Zeitzeugenbefragung
- 18 „Der Metallerstreik in Bayern 1954, Rainer Kalbitz, GMH 2004, S. 568
- 19 Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung, Nr. 58, ... S.144

Streik im öffentlichen Dienst 1974 – als drei Tage nichts mehr ging

Deutschland war im „Krisenmodus“. Das Ende des Wirtschaftswunders wurde spätestens allen bewusst mit der ersten Ölkrise 1973, mit autofreien Sonntagen und mit deutlichen Preissteigerungen. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) forderten gerechte Löhne für die Kolleginnen und Kollegen. Es ging auch damals darum: Wer bezahlt die Krise? ÖTV und DPG forderten für die Tarifrunde 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 185 Mark mehr. Die DAG wollte 14 Prozent Lohnsteigerung erreichen. Den Kollegen wurde auch damals entgegnet: Unbezahlbar! Der volkswirtschaftliche Untergang wurde von den Arbeitgebern, einem Teil der Volkswirte und der Presse an die Wand gemalt.

Das Angebot der Arbeitgeber nach ersten Verhandlungsrunden und vor dem Scheitern der Verhandlungen: 9,5 Prozent. Die gewerkschaftliche Antwort folgte. Bundesweit verweigerten über 200.000 Arbeitnehmer die Arbeit und ließen die Busse und Müllfahrzeuge in den Depots. Viele Ämter schlossen und waren somit für den Parteiverkehr nicht zu erreichen. Der Spiegel berichtete über Transparente mit den Aufschriften: „Gibt Genscher keinen Pfennig her, macht keiner mehr die Tonnen leer“ oder „Bleiben die Arbeitgeber stur, läuft nicht mehr die Müllabfuhr“. Rathausbedienstete reimten: „Heute bleibt die Küche kalt, die Stadt geht nun zum Wienerwald.“ Und bei der Post war zu lesen: „Der Miet- und Benzinpreis steigt, die Antwort: Es wird gestreikt.“ Natürlich beteiligten sich in Schweinfurt die Kollegen aus allen Bereichen. Zunächst fand in der Zeit vom 7. bis 8. Februar die Urabstimmung der Mitglieder der Gewerkschaften ÖTV und DAG im Raum Schweinfurt, wie auch bundesweit, statt. Im Schweinfurter Tagblatt



Streikplakate am Tor in der Franz-Schubert-Straße

wurden die Ergebnisse der ÖTV-Kreisverwaltungen in Stuttgart gesammelt und bekannt gegeben. Für die ÖTV war das Ergebnis eindeutig, da 78,89 Prozent für einen unbefristeten Arbeitskampf gestimmt hatten. Mit der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses traten am 10. Februar 1974 die ersten Arbeitnehmer in den Streik. Für die Region Schweinfurt begann der Streik am 11. Februar 1974 um 0:00 Uhr mit den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Schweinfurt (damals Eigenbetrieb, heute als GmbH). Der Busverkehr in der Stadt kam zum Erliegen, da keiner der 50 Busse das Depot verließ. Mit Dienstbeginn schlossen sich weitere Beschäftigte der Stadtwerke dem Streik an und sicherten in Rücksprache mit der örtlichen Streikleitung die Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Fernwärme. Direkt sichtbar, wie auch bei den Verkehrsbetrieben, war der Ausstand im Bauhof. Die Müllabfuhr, Handwerkertrupps, die Werkstatt für den Fuhrpark der Stadt, Straßenreinigung und weitere Gewerke

ließen ihrem Votum zum Streik nun Taten folgen. Da die Dauer des Streiks nicht abzusehen war, bat der damalige Oberbürgermeister Wichtermann die Bevölkerung, die Mülltonnen und Großraumbehälter nur für verderblichen Müll zu verwenden und alles andere zu sammeln. Die Hofeinfahrt des Bauhofs wurde vorsorglich mit einem Müllfahrzeug blockiert. Am zweiten Tag des Streiks wurden dann die Öfen der Gesellschaft für Sondermüllverbrennung abgeschaltet und ein Notdienst von zwei Mann eingerichtet, um die Anlagen vor Schaden zu bewahren, so das Schweinfurter Tagblatt. Im weiteren Verlauf wurden die Beschäftigten des Hafensbetriebs aufgerufen, den Betrieb dicht zu machen. Und Ideen, den Streik auszuweiten, gab es zuhauf. Georg Wahl, damaliger Personalratsvorsitzender der Verkehrsbetriebe, erinnert sich: „Wir sind damals nur kurz zum Duschen nach Hause. Wir haben gemeinsam gestreikt, gegessen und gekämpft. Ich hab' viele Gespräche geführt, um alle auch zusammenzuhalten und zu erfahren, wo, wie lange



Streikende Busfahrer

von wie vielen noch gestreikt wird. Das war anstrengend. Das war wichtig und es hat Spaß gemacht. Denn wir wussten, gemeinsam bekommen wir das hin.“

Zu einem großen Bericht im Tagblatt führte der Streik im Schweinfurter Theater. Empört zeigte sich die Schauspieltruppe „Zürich“, die Mary Stuart auf die Bühne bringen wollte und durch den Streik der Techniker daran gehindert wurde. Zitiert wird eine Schauspielerin, die von Terror gegen das Theater spricht, wo denn noch Freiheit ist und einen geschmacklosen Vergleich zu den Zeiten eines Terrorregimes zieht. Die ÖTV reagierte gelassen und verkündete, dass die Kampfmoral mehr als gut sei und einen weiteren Knüppel aus dem Sack lassen wird, falls sich die Arbeitgeber nicht bewegen. Der ÖTV-Geschäftsführer Fickentscher deutete an, dass es denkbar wäre, die Energieversorgung der gewerblichen Betriebe abzuschneiden. Nach drei Tagen und massiven Arbeitsniederlegungen lenkten die Arbeitgeber ein. Am 13. Februar 1974 einigten sich die Tarifparteien auf einen Abschluss in Höhe von 11 Prozent, jedoch mindestens 170 Mark. Festzuhalten ist, dass es bei diesem Streik nicht nur um mehr Lohn und Gehalt ging, sondern um die Verteidigung der Tarifautonomie. Denn in der Krise könnten doch gerade die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht Lohnsteigerungen und bessere Arbeitsbedingungen fordern. Noch vor Beginn und während der Verhandlungen ging es um die Abwehr von Lohnleitlinien. Das wäre ein massiver Einschnitt sowohl für eine gerechte Lohnentwicklung als auch in die Tarifautonomie gewesen. Bundeskanzler Brandt hatte sich gegen ein zweistelliges Ergebnis



Versammlung im Naturfreundehaus

ausgesprochen, weil es sich aus seiner Sicht nicht darstellen ließe. Aus diesen für die Arbeitgeber negativen Erfahrungen kam es noch Ende 1974 zu einem Schlichtungsabkommen für den öffentlichen Dienst.

Von Sinan Öztürk

SKF-Streik 1988 oder „man kann auch siegen“

Gewerkschaftlich sollten die 1980er Jahre in Schweinfurt stürmisch zu Ende gehen. Ab Mittwoch, dem 16. März, wurden die Werke der Schwedischen Kugellagerfabriken vom Großteil der etwa 6.000 Beschäftigten in Schweinfurt schichtübergreifend mehr als 80 Stunden lang bestreikt. Auslöser des wilden Streiks waren die beabsichtigten Maßnahmen zur Renditesteigerung des Unternehmens. Bereits im Februar gab der erst wenige Monate im Amt befindliche Geschäftsführer der deutschen SKF-Gruppe Dr. Ulf Höglund bekannt: „Trotz voller Auslastung und starken Arbeitseinsatzes aller Mitarbeiter gerät die SKF unter größten Ertragsdruck.“ Das Operationsbesteck des Managers bestand aus Lohnkürzungen, neuen Schichtmodellen mit dem Samstag als Regelarbeitstag, Kürzungen von Sozialleistungen und der Halbierung der Ausbildungsplätze. Gespräche mit dem Betriebsrat blieben ergebnislos. Am 16. März versammelten sich tagsüber tausende Beschäftigte aus Protest vor dem SKF-Verwaltungsgebäude und wurden dort vom Betriebsratsvorsitzenden Ernst Lang und dem IG Metall Vertrauenskörperleiter Ludwig Neumaier über die Vorhaben der Geschäftsführung informiert. Die Wut in der Belegschaft wuchs. Der Streik begann mit dem Schichtwechsel zur zweiten Schicht. Die Beschäftigten zogen sich vorschriftsmäßig um und stachen sowohl ein als auch aus. Im Blaumann und in Sicherheitsschuhen gingen die gewerblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht an ihre Arbeitsplätze, sondern in die Kantinen der Werke 1, 2 und 3. Viele Angestellte taten es ihnen gleich. Insgesamt beteiligten sich in Schweinfurt etwa 4.400 der 6.000 Beschäftigten am Ausstand, der bis zum Montag andauern sollte. Ab dem 17. März erfasste der Streik auch die SKF-Werke Lüchow, Bad Cannstatt, Etzenhofen und

Mühlheim an der Donau, sodass deutschlandweit etwa 10.000 Beschäftigte an diesem wilden Streik beteiligt gewesen waren.

Am Samstag, den 19. März, riefen IG Metall und Betriebsrat zur Teilnahme an einer Kundgebung auf dem Schweinfurter Marktplatz auf. Mehr als 8.000 Menschen kamen und stärkten der SKF-Belegschaft den Rücken. Das Ausmaß der Solidarität in der Region lässt sich beispielsweise durch das Grußwort des katholischen Betriebsseelsorgers Arnold Seipel belegen: „Hier wird wieder einmal deutlich, dass die wirtschaftlichen Interessen bei Unternehmensentscheidungen im Vordergrund stehen. Der Mensch wird als bloßes Werkzeug, als Ware, behandelt.“

Die breite betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Solidarität verfehlte ihre Wirkung nicht. In einer Betriebsversammlung am Montag, den 21. März, verkündete Betriebsratsvorsitzender Ernst Lang den gefundenen Kompromiss: Lohnkürzungen und die regelmäßige Samstagsarbeit waren vom Tisch. Reduziert wurden vorwiegend Sozialleistungen (dauerhaft) und einige Ausbildungsplätze (vorübergehend). Um 13 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Dr. Ulf Höglund musste seinen Platz räumen. Ernst Lang und Ludwig Neumaier blieben bis zum Rentenbeginn bei SKF in ihren Funktionen.

Ernst Lang und Ludwig Neumaier in einem Gespräch aus dem Jahr 2017 mit Elisabeth Kranz und Frank Firsching zu den Ereignissen aus 1988 über Hintergründe, Erkenntnisse und Erfahrungen.

Wie kam es zu dem Streik?

ERNST LANG Wir wurden nach einer erfolgreichen Tarifrunde mit Forderungen des Arbeitgebers zur Gewinnmaximierung konfrontiert. Erstens wollten sie auf keinen Fall die fällige Tarifierhöhung bezahlen. Diese 4,7 Prozent sollten mit außertariflichen Zulagen verrechnet werden. Hinzu kam die Forderung, den Samstag zum Regelarbeitstag bis 24 Uhr zu machen,

bestehende Sozialleistungen zu streichen und Ausbildungsplätze zu reduzieren.

Herr Dr. Höglund, der damalige Chef von SKF Deutschland, war angetreten, seinen Plan durchzusetzen, ohne Rücksicht auf Verluste. Ich habe ihm gleich gesagt, da wird man mich nie dazu bringen – da müsstet ihr mich schon erschießen.

Wir haben im kleinen Kreis von uns Betriebsräten diskutiert und kamen zu dem Schluss, die Belegschaft auf eine harte Auseinandersetzung vorzubereiten, sie miteinzubeziehen. Das lief dann über die Betriebsräte und die IG Metall-Vertrauensleute. Vorbereitung musste sein.

LUDWIG NEUMAIER Unsere Leute waren stinksauer. Sie arbeiteten, machten Sonder-schichten um die Aufträge abzuarbeiten, dann kam SKF mit der Keule daher. Unser hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad war von großem Vorteil. Ohne diese Geschlossenheit hätten wir diesen wilden Streik weder beginnen noch durchstehen können. So planten und organisierten wir für den 16. März eine spontane Kundgebung vor dem Hochhaus [Anm. SKF-Verwaltungsgebäude].

Danach ging es wieder zur Arbeit und mit Beginn der zweiten Schicht wurden die Maschinen nicht mehr angestellt. Alles klappte ohne Probleme. Der Streik lief von nun an von Schicht zu Schicht weiter. Dabei entstand der Schlachtruf „Mir bleim da!“. Mit da waren die Kantinen gemeint. Von da an musste man nicht mehr aufpassen, ob alle Werke mitmachten, das war wie zusammengeschworen! Das war der Wahnsinn, da wäre niemand auf die Idee gekommen wieder zu arbeiten.

Wie gelang es, diese große Solidarität innerhalb aller SKF-Werke in Deutschland und in der Bevölkerung auszulösen?
ERNST LANG Die geforderten Maßnahmen sollten in

allen deutschen SKF-Werken greifen. Weshalb auch alle gleich betroffen waren. Wir hatten die Themen im Gesamtbetriebsrat, dessen Vorsitzender ich war, diskutiert und abgestimmt. Im kleinen Kreis waren alle Standorte informiert.



Streikende in der Schrammstraße

Ich habe zum Beispiel mit den Geistlichen in Schweinfurt vorher gesprochen. Den Pfarrern Breitenbach und Öchle, das waren damals diejenigen, die auch etwas zu sagen hatten, habe ich gesagt: „Passt auf, bei uns braut sich was zusammen, die SKF stellt die und die Forderungen, wir wissen nicht wie das endet.“ und da haben sie gesagt: „Ihr habt unsere volle Unterstützung.“ Das war der Grundstein für die weitere öffentliche Unterstützung, die aber auch nötig war.

Die Solidarität innerhalb der IG Metall und des DGB war ohnehin gegeben. Von überall her kamen Solidaritätsadressen, Grußworte und Aufmunterungen.

LUDWIG NEUMAIER Die Solidarität der Bevölkerung war wirklich spürbar. Wir hatten ganz kurzfristig ein Spendenkonto eingerichtet. Denn klar war, dass Streikende weder von der Firma entlohnt wurden, noch auf Streikgeld der Gewerkschaft hoffen konnten, weil es ein wilder Streik war, der außerhalb von Tarifrunden stattfand und eigentlich illegal war. Von dem gespendeten Geld konnten wir hilfebedürftigen Kolleginnen und Kollegen einen Teil ihres Lohnausfalls ausgleichen, wie den Azubis zum Beispiel.

Und die Solidarität innerhalb eines großen Teils der Belegschaft war sensationell. Das Gefühl, eine Kantine zu betreten, in der Tausende streikende Kolleginnen und Kollegen sitzen und ausharren, ist nicht zu beschreiben. Die herausragende Arbeit unserer etwa 200 IG Metall-Vertrauensleute war die Grundlage des Zusammenhalts. Sie waren das Scharnier zwischen Betriebsrat und Belegschaft. Sie

transportierten die Botschaften und sorgten für gute Stimmung.

Der Harry Muck [Anm.: 1. Bevollmächtigter der IGM Schweinfurt] hatte Hunderte IG Metall-Kartenspiele verteilt. Die fanden reißenden Absatz. Überall wurde Schafkopf oder Waddeln gespielt. Peter Then hatte die Streikleitung im Werk 2 und ich selbst im Werk 3. Im Werk 1 war Lissy Kuhn zuständig. Und mit dem Fritz Glombowski warst du ja meist in den Verhandlungen, Ernst.

Wie würdest du deine persönlichen Erfahrungen in dieser harten Auseinandersetzung beschreiben, Ernst?

ERNST LANG Darüber rede ich heute in der Öffentlichkeit zum ersten Mal. Seitens des Unternehmens wurde massiver Druck gegen mich persönlich aufgebaut. Ich habe drei, vier Tage nicht geschlafen, nur genickt. Ich hatte unheimliche Angst: Hoffentlich passiert den Leuten nichts.



Ludwig Neumeier, Pfarrer Breitenbach, Pfarrer Öchslen, Erwin Saal (Kufi), Ernst Lang, Harry Muck.

Zum Beispiel wurde das Gerücht gestreut, ich würde mit einer satten Abfindung das Unternehmen verlassen. Dann habe ich in einer Aufsichtsrats-sitzung gesagt: ihr könnt machen was ihr wollt, ich geh nicht raus! Auch in der Öffentlichkeit gab es durchaus auch Gegenwind, von der FDP zum Beispiel, die standen wie immer auf der Seite der Unternehmer.

LUDWIG dazwischen: Was ich nicht vergesse, Ernst, als bei einer Betriebsratssitzung der Glomi [Anm.: Fritz Glombowski, stellv. Betriebsratsvorsitzender] geheult hat wie sonst was, weil's ihm zu viel war. ERNST weiter: Es wurde schon mit harten Bandagen gearbeitet. Ich habe mich bei den Betriebsratsvorsitzenden unserer damals wichtigsten Kunden Ford und Opel erkundigt, wie lange sie noch produzieren können. Die Antwort war: Ein bis zwei Tage haben wir noch Lager von euch, dann wird's eng – ihr müsst wieder produzieren. Da wusste ich, dass wir übers Wochenende zu einem Ergebnis kommen müssen.

Wie kam es dann zur Einigung?

ERNST LANG Nachts habe ich mal den Höglung angerufen und lange mit ihm geredet. Passen sie auf, ich gebe nicht nach! – Dann hat er gesagt: Ich gebe auch nicht auf. – Und ich habe gedacht: Wo soll das enden? Dann ging es weiter und wir haben eine Schlichtung einberufen. Vor der Schlichtung habe ich eine Betriebsratssitzung abgehalten und bin dort als Vorsitzender zurückgetreten. Das wurde aber geheim gehalten. Am Samstagabend bei der Schlichtung habe ich irgendwann gesagt: Was wollen Sie eigentlich von mir? Ich bin doch gar kein Betriebsratsvorsitzender mehr! – WAS? Warum sind Sie dann überhaupt hier? – Daraufhin ich: Ja, weil Sie mich eingeladen haben. Darüber hat sich die Gegenseite natürlich aufgeregt und weitere Geschütze wie eine Prozessandrohung aufgeföhren. Aber wir blieben stur. Keine Samstagsarbeit und keine Lohneinbußen!

Am Sonntag haben wir dann bis 24 Uhr verhandelt. Das hat mich dann genervt. Wisst ihr was, schreibt

rein, was ihr wollt, ihr kriegt es sowieso nicht – wir machen es nicht mit! habe ich gesagt. Und dann wollten sie mich erpressen, mich entlassen – da meinte ich: Kein Problem, ich stell mich vor die Türe und rede mit den Leuten.

Dann haben sie am Montag früh eingelenkt – an meinem Geburtstag.

Und das Ergebnis?

ERNST LANG Zum Schluss muss man sagen, für die Firma ist am Ende rein gar nichts rausgekommen. Sie haben ihre regelmäßige Samstagsarbeit nicht



Streikende in der SKF-Kantine

bekommen. Wir aber unsere Lohnerhöhung. Was wir aufgegeben haben, waren ein paar Sozialleistungen. Zum Beispiel wurden die jährlichen Feiern für die Betriebsjubilare gestrichen und das Treuegeld, das es ab einer gewissen Betriebszugehörigkeit gab, wurde nicht mehr jährlich ausbezahlt, sondern kumuliert beim Ausscheiden aus dem Unternehmen. Außerdem haben wir eine Klausel vereinbart, die sicherstellte, dass niemand, der sich am Streik beteiligte, Schwierigkeiten bekommt. Ohne diese Klausel wäre der Streik fortgesetzt worden. Und ja, ich frage mich heute noch, ob es richtig war, dass ich überall so stur war. Aber ich bin heute noch davon überzeugt, dass es richtig war.

Unser Erfolg war auch wichtig für alle anderen Betriebe, insbesondere für die Leute beim Kufi [Anm.: FAG Kugelfischer]. Samstagsarbeit wäre auch dort eingeführt worden, wenn sich die SKF als direkter Konkurrent gegen uns durchgesetzt hätte.

LUDWIG NEUMAIER Auf lange Sicht hat dieser Streik das Selbstbewusstsein der Belegschaft extrem nach oben gehoben. War es früher schwierig, die Leute in den Tarifrunden zum Warnstreik zu motivieren, ging das seitdem wie von selbst. Viele haben gar nicht mehr gefragt, warum gestreikt wird, es reichte aus zu sagen, dass gestreikt wird und die Maschinen wurden abgestellt. Und ich glaube, unser Streik hat auch die anderen Belegschaften in Schweinfurt gestärkt.

Das Gespräch führten Elisabeth Kranz und Frank Firsching im Sommer 2017.

FRANK FIRSCHING (damals JAV und VKL): Meine politische Sozialisation habe ich in fast zehn Jahren Jugend- und Auszubildendenvertretung bei SKF und der Gewerkschaftsjugend erhalten. Die erlebte Solidarität dieses Streik 1988 hat mich als Mensch und als Gewerkschafter so nachhaltig geprägt wie nichts sonst, denn seitdem weiß ich „man kann auch siegen!“

ERNST LANG, geb. 1941 lernte Universalschleifer, arbeitete bei SKF von 1956 bis 2006. Erstmals in den Betriebsrat wurde er im Jahr 1968 gewählt. Das Amt des Vorsitzenden übernahm Lang im Jahr 1982 und hatte es bis zu seinem Ausscheiden 2006 inne.

LUDWIG NEUMAIER, geb. 1941 lernte Bäcker und Konditor. Bei SKF war er von 1960 bis 1997 beschäftigt. In den Betriebsrat wurde Neumaier im Jahr 1972 erstmals gewählt. 1988 war er freigestellter Betriebsrat und Vorsitzender des IG Metall-Vertrauenskörpers bei SKF. Bis zu seinem Ausscheiden blieb er in seiner freigestellten Betriebsratsfunktion.

Der Streik der Zivilbeschäftigten – ein Novum in der Geschichte der Stationierungstreitkräfte

Das NATO-Truppenstatut regelt die Arbeitnehmerrechte für die zivilen Beschäftigten der Stationierungstreitkräfte abweichend vom Betriebsverfassungsgesetz und ebenso abweichend vom Personalvertretungsrecht des öffentlichen Dienstes. Im Falle einer Betriebsänderung greifen die Gestaltungsmöglichkeiten des Interessenausgleichs und des Sozialplans nicht.

Das Streikrecht gilt allerdings uneingeschränkt.

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und den daraus abgeleiteten Abrüstungsschritten schrumpfte die Zahl der zivilen Beschäftigten bei den Stationierungstreitkräften von noch 100.000 in den 1980er- Jahren auf 32.000.¹ Für diesen militärisch begründeten Personalabbau vereinbarte die Gewerkschaft ÖTV 1971 einen „Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TASS)“ und schloss damit die rechtliche Lücke zum Interessenausgleich und Sozialplan.

Nachdem Anfang der 1990er-Jahre der Personalabbau aus Abrüstungsgründen abgeschlossen war, führen die Entsendestaaten USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien mit Personalfreisetzen fort.

Rationalisierungsmaßnahmen und externe Auftragsvergaben zielten auf Kostensenkung und waren deshalb nicht militärisch begründet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Strategien betrafen, liefen Gefahr, deutlich schlechter gestellt zu werden. Aus der Sicht der Betriebsvertretungen und der Gewerkschaft ÖTV bestand dringender Handlungsbedarf, tarifliche Regelungen zu schaffen, „damit weitestgehend die Arbeitsplätze erhalten und die Folgen aus Rationalisierung und Privatisierung sozial gestaltet werden können.“²



Im Folgenden ein Interview mit Michael Dörfer und Mario Roosinigh, die bei diesem Streik aktiv waren.

In mehreren Tarifgesprächen 1996 zeigten die Stationierungsstreikkräfte ihr Desinteresse am Zustandekommen eines Rationalisierungsschutzabkommens?

MICHAEL DÖRFER Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber hat uns nicht überrascht. Die weiteren Truppenreduzierungen und Standortschließungen waren absehbar und damit auch die Tragweite unserer Forderungen; diese bedeuteten hohe Kosten! Andererseits bestärkte die Haltung der Gegenseite unsere Entschlossenheit.

MARIO ROOSINGH Im Vorfeld unserer Forderungserstellung und während des Verhandlungsprozesses schlossen in den 1990er-Jahren die Standorte Wildflecken, Bad Kissingen, Fulda, Fürth und Nürnberg. Damit hatten sich unsere Befürchtungen bewahrheitet. Gleichermaßen wirkten die Schließungen mobilisierend auf die Kolleginnen und Kollegen in den Büros und Werkstätten. Die Verunsicherung war groß, allen war klar: Die bisherigen tariflichen Absicherungen decken diese Entscheidungen der Militärs nicht ab. In jedem Jahr stieg die Anspannung bei den Beschäftigten, wenn die Veröffentlichung von geplanten Standortschließungen, Verlagerungen von Truppen und Einsparmaßnahmen anstand.

Die Urabstimmung und erst recht der Streik war ein Novum in der Geschichte der Stationierungsstreikkräfte. Wie kam es zu diesem letzten Mittel bei Tarifverhandlungen?

MICHAEL DÖRFER Nach den anfänglichen Weigerungen, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen, zeigten sogenannte Sondierungsgespräche, dass die Arbeitgeber allenfalls minimale Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes anstrebten. Kündigungsschutz, Umsetzung auf andere Arbeitsplätze und Weiterbildung, mit dem Ziel Beschäftigung zu sichern, traf auf taube Ohren. Nun folgte das Unvermeidliche: Die Tarifkommission empfahl im Januar 1997 dem Hauptvorstand der ÖTV, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und den Arbeitskampf zu beginnen.

MARIO ROOSINGH Wir standen zur Urabstimmung mit einem Kastenwagen vor den Toren. Viele Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute hatten extra Urlaub genommen. Große Verunsicherung begleitete die Abstimmung, da keiner die Konsequenzen eines Streikes abschätzen konnte. Ist der Streik legal? Angst vor Aussperrung und Repressalien und die Drohung, die Arbeit der Zivilbeschäftigten auf US-Beamte und Soldaten umzuschichten, machten die Runde. Trotzdem votierten mehr als 80 Prozent der Mitglieder, über alle Standorte hinweg, für den Streik.

Wie habt ihr angesichts der Drohungen der Arbeitgeber und der Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen den Streik organisiert?

MARIO ROOSINGH Die Voraussetzung für den Streik war ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad, flächendeckend über alle Betriebsbereiche hinweg, aktive Vertrauensleute, Persönlichkeiten, die ihren Laden im Griff haben, regelmäßig Kontakt halten und gezielt informieren!

MICHAEL DÖRFER Um den Streikkräften eine wirksame Abwehr der Streikfolgen zu erschweren, bestreikten wir unterschiedliche Standorte und schickten verschiedene Beschäftigtengruppen z. B. Lebensmitteltransporte, mit einer durchdachten Nadelstichtaktik, abwechselnd ein bis zwei Tage in den Ausstand. Für die örtliche Streikleitung eine harte Zeit! Es durfte vorab nicht bekannt werden, wer streiken wird. Das bedeutete, Information der Vertrauensleute am Vorabend, Aufzug der Streikposten ab 5.00 Uhr an allen Toren. Das alles ohne Handy und soziale Netzwerke.

MARIO ROOSINGH Aus dieser Zeit erhielt Micha den Beinamen Manolo, benannt nach einem bekannten Trommler (Einpeitscher) aus der Fußball-Bundesliga (Mönchengladbach). Nur mit äußerster Disziplin konnten wir in Schweinfurt die 21 Streiktage in

acht Wochen durchhalten. Durchschnittlich fünf Streikposten besetzten alle Eingänge von 5.00 Uhr bis 18.00 Uhr, jeweils drei bis vier Stunden. Eine eingeschworene Gruppe, mit dem selbst gewählten Namen Sixpack-Crew, besetzte regelmäßig und eigenständig die Streikposten am Betriebsparkplatz. Die Leute waren wild auf Streik, die Bereitschaft, den vereinbarten Notdienst zu leisten, gering.

MICHAEL DÖRFER Die Streiktaktik war extrem belastend. Trotz der spürbaren Solidarität, die uns motivierte, hätte ich nicht viel länger durchgehalten. Oft war ich am Abend „braindead“ – gehirntot!

MARIO ROOSINGH Ja, die Solidarität erzeugte ein erhabenes Gefühl. Wir trafen andere Leute aus den deutschen Standorten, mit gleichen Erfahrungen aus dem Arbeitskampf. Wir erlebten die Zusammengehörigkeit in den Bussen, mit denen wir zu gemeinsamen Kundgebungen fuhren. Die Kolleginnen und Kollegen brachten fantasievoll entworfene Transparente und Symbolfiguren mit. Täglich schauten die Streikposten im Streiklokal in der Wilhelm-Leuschner-Straße vorbei. Das war unser Treffpunkt! Wir erfuhren große Unterstützung durch Ralf Sander, dem Geschäftsführer der ÖTV. Beschäftigte des Leopoldina Krankenhaus besuchten uns mit einer Gulaschkanone und versorgten die Streikenden mit einer warmen Mahlzeit.

MICHAEL DÖRFER Unbeteiligte Menschen brachten Hörnchen, vorbeifahrende Autofahrer

drückten ihre Sympathie durch Hupen und Winken aus, Gastronomen spendierten Gutscheine und auch Geldspenden trafen ein. Wir erhielten an den Streikposten Solidaritätsbesuche anderer Betriebe, zum Beispiel von Metallern.

Könnt ihr von Auseinandersetzungen mit Streikbrechern oder anderen Konflikten berichten?



Streikposten am Kasernentor

MARIO ROOSINGH Abteilungsleiter und an sich bekannte Gewerkschaftsfeinde traten vereinzelt in Erscheinung, indem sie dem Streik jegliche Legitimation absprachen. Die Drohung der Streikkräfte, Soldaten und US-Beamte als Streikbrecher einzusetzen, blieb wirkungslos. Es gab manchmal Diskussionen mit Soldaten, die für den Streik kein Verständnis hatten. Letztlich überwog aber Verständnis oder gar Unterstützung für unsere Anliegen.

MICHAEL DÖRFER Während des Streiks führten wir die notwendigen Gespräche der Betriebsvertretung

mit den Führungskräften und der Personalabteilung. Schließlich mussten wir unsere Aufgaben als Interessenvertretung abarbeiten. Wir erlebten während des Streiks und auch danach keine Repressalien. Mir sind auch für andere Streikteilnehmer keine Nachteile bekannt.

Der Streik war insoweit erfolgreich, als dass er die Verhandlungen in Gang brachte und mit einem Ergebnis endete?



Warnstreik Anfang des Jahres 1997

MICHAEL DÖRFER Der Streik knackte die inhaltliche Blockade der Arbeitgeber. Angelehnt an Interessenausgleich und Sozialplan finden sich im Tarifergebnis Elemente wie Weiterbeschäftigungsanspruch, Verdienstsicherung bei Abgruppierung und Abfindung bei Verlust des Arbeitsplatzes.

MARIO ROOSINGH In der Schlussphase setzten wir den Streik aus, um die Verhandlungen konstruktiv zu begleiten. In einer zweiten Urabstimmung

stimmten die Mitglieder mit großer Mehrheit dem Tarifvertrag zu.

Was bleibt von eurem Streik?

MICHAEL DÖRFER Der Streik war notwendig und erfolgreich, weil er eine Tür öffnete. Die Anpassung der Stationierungstreitkräfte an die neuen Prämissen der Entsendestaaten und der NATO wurde sozialverträglich umgesetzt. Die Zivilbeschäftigten sind nicht die Verlierer.

MARIO ROOSINGH Die eingegangenen Geldspenden verwendeten wir für ein Grillfest mit allen am Streik beteiligten Kolleginnen und Kollegen. Die Vertrauensleute gaben ihre Sitzungsgelder als Spende und sorgten für Salate und Kuchen. Dieter Z. sagte spontan „er stehe am Grill!“ und Silvia aus der Commissary kümmerte sich um die Organisation. Dieses Grillfest wurde danach jedes Jahr wiederholt, um an die unglaublichen Streikereignisse zu erinnern, es wurde Tradition.

Nachtrag: Im Jahre 2014 zog die US-Army endgültig die Truppen aus den zwei Kasernen Ledward Barracks und Conn Barracks ab. Der daraus folgende sozialverträgliche Personalabbau mit entsprechenden Abfindungsregelungen bezog sich auf den erkämpften Tarifvertrag von 1997 und den Tarifvertrag „Soziale Sicherung“ (TASS) aus dem Jahre 1971.

Quellen

1 Broschüre, „Soziale Sicherung für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften, Tarifvertrag über Rationalisierungs-, Kündigungsschutz- und Einkommensschutz“, ÖTV-Hauptverwaltung, 1.7.1998, S.5

2 Ebenda, S. 6

MICHAEL DÖRFER, geb. 1956, Vorsitzender der Betriebsvertretung von 1990 bis 2014, Sprecher der ca. 40 aktiven ver.di-Vertrauensleute, Mitglied des Kreisvorstands der ÖTV, später ver.di, Vorsitzender der Abteilung Stationierungstreitkräfte am Ort und Mitglied in Bayern, ehrenamtlicher Arbeitsrichter, Mitglied im Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur.

MARIO ROOSINGH, geb. 1957, langjähriger stellvertretender Vorsitzender der Betriebsvertretung, Sprecher der Arbeiter, Mitglied in Arbeiterausschüssen örtlich, im Bezirk und im Bund bei ver.di, derzeit stellvertretender Vorsitzender der Hauptbetriebsvertretung United States Army Europe USAREUR (Wiesbaden), Mitglied der Tarifkommission Stationierungstreitkräfte (SSK), Mitglied des Bundesvertrauensleuteausschuss ver.di

Das Gespräch führte Norbert Lenhard im August 2021.

Bambule am Bau

Bundesweiter Bauarbeiterstreik zur Verteidigung des Rahmentarifvertrags

Schweinfurt war vom Frühjahr bis zum Sommer 2002 in den Tarifkampf der IG BAU miteinbezogen. Nach ergebnislosen Verhandlungen, mobilisierenden Versammlungen, Warnstreiks und Urabstimmung traten die Bauarbeiter in den ersten bundesweiten Baustreik der Nachkriegsgeschichte.



Streikende Bauarbeiter 2002

Aus welchen Gründen führte der Tarifkonflikt 2002 zu dieser erbitterten Auseinandersetzung und sogar zum zweiwöchigen Streik?

HANS WILLACKER Die Bau-Arbeitgeber kündigten den Bundesrahmentarifvertrag vollständig. Sie bauten damit für die Baubeschäftigten eine große Drohkulisse auf: Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Lohnausgleich für den Arbeitsausfall zwischen Weihnachten und Silvester sollten gestrichen werden, Samstagsarbeit die Regel werden.

MATTHIAS KIRCHNER Wir hatten es leicht zu mobilisieren, weil wir das Bestehende verteidigen wollten. Die Bauarbeiter sagten: „Wir lassen uns nichts wegnehmen!“

HANS WILLACKER Die Empörung auf den Baustellen war riesig, die Streikbereitschaft groß. Einzelne

Mitglieder drohten mit Austritt, wenn sie nicht in den Streik einbezogen werden.

Was hat euch geholfen, eine starke und einheitliche Streikfront aufzubauen und vom 17. bis 25. Juni durchzuhalten?

HANS WILLACKER Uns hat die enge Bindung der Betriebsräte und der Gewerkschaftssekretäre an die Kollegen auf den Baustellen geholfen. Die Sekretäre der IG BAU treten persönlich auch in Zeiten ohne Streik in Kontakt vor Ort, die Betriebsräte sowieso.

MATTHIAS KIRCHNER Auf dem Bau ist Leiharbeit verboten und damals war die Konkurrenz zu Firmen aus Thüringen und auch Werkverträge auf den kleinen Baustellen gering ausgeprägt. Großbaustellen gab es in unserer Region kaum. Zudem wirkte unser Anwalt, Heinrich Jüstel, wie ein Airbag. Er gab unseren Kolleginnen und Kollegen im Streik Sicherheit. Sicherheit, dass der Streik rechtmäßig und unser Kampf gerecht ist.

Euer Kampf hat sich über viele Wochen hingezogen.

MATTHIAS KIRCHNER Im April begannen die ersten Warnstreiks, später die Urabstimmung vom 10. bis 14. Juni 2002 mit 98,63 Prozent für Streik. Während des Streiks organisierten wir eine Kundgebung in Würzburg auf der Talavera. Als Schlichter trat Wolfgang Clement, damals Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, in Erscheinung.

HANS WILLACKER Während des Streiks kamen die Streikenden täglich, so lange wie die Arbeitszeit war, ins Streiklokal, erst beim „Rudloff“ in Bergrheinfeld und später in die „Altstadt beim Brändlein“ in den Wehranlagen. Wir mussten unsere Stempel für das Streikgeld abholen!

Was ist euch, nach 20 Jahren, besonders in Erinnerung geblieben?

MATTHIAS KIRCHNER Am ersten Tag trafen über Telefon ständig Nachrichten ein, dann war klar, dass die Baustellen stehen! Das war Gänsehaut und Hochgefühl! 4.000 streikende Beschäftigte, ca. 80

Prozent im Bauhauptgewerbe trugen den Kampf. HANS WILLACKER Mir bleibt die Solidarität in Erinnerung. Ausländische Eisenbinder, die als Subunternehmer tätig waren, schlossen sich vollständig dem Streik an. Nach den Kundgebungen hieß es: nach der Prozession ins Wirtshaus! Es gab einen schönen Zusammenhalt! Wer nicht mitmachen wollte, blieb dann schon mal in der Kälte stehen. Druck aufbauen gehört auch dazu.

MATTHIAS KIRCHNER In Erinnerung bleiben natürlich kritische Abschnitte im Streik. Auf einer Baustelle des bischöflichen Ordinariats brachte die ausführende Baufirma Strafgefangene zum Einsatz. Streikende besetzten die Baustelle und behinderten damit den Streikbruch. An einer anderen Stelle bedrohte ein Unternehmer den hauptamtlichen Streikleiter mit einer Pistole.

Wie habt ihr den Arbeitskampf zu Ende geführt?

Was habt ihr erreicht?

HANS WILLACKER Der Bundesrahmentarifvertrag wurde ohne Abstriche wieder in Kraft gesetzt. Inhaltlich war das ein großer Erfolg. In einer zweiten Urabstimmung am 25. Juni stimmten die Mitglieder mit 89,25 Prozent dem Ergebnis zu. Die Arbeitgeber haben das Ergebnis am 4. Juli akzeptiert.

Was ist aus dem Arbeitskampf für die gewerkschaftliche Arbeit geblieben?

MATTHIAS KIRCHNER Ganz überraschend traten neue Akteure in Erscheinung. Da ging ein Betriebsratskollege in der Früh auf die Baustelle und rief: „Arbeit sofort einstellen!“ Er trat selbstbewusst als Streikführer auf. Trotzdem blieb er nicht dauerhaft in gewerkschaftlichen Gremien aktiv. Es kommt vielmehr darauf an, sich mit einem konkreten Inhalt, einer Forderung zu identifizieren.

HANS WILLACKER Es ist gelungen, nach dem Streik Benachteiligungen von Streikteilnehmern weitgehend zu verhindern. Tatsächlich nahmen einige Unternehmen kleine Vorteile zurück. Mal ein Gerüst



Warnstreik am Bau von 2007

oder ein Firmenfahrzeug auszuleihen ging dann halt einige Zeit nicht mehr.

HANS WILLACKER 2002 Betriebsratsvorsitzender bei der heute nicht mehr existierenden Tasch GmbH, Hoch- und Tiefbau, vielfältig engagiert in der IG BAU in Schweinfurt und ehrenamtlicher Vorsitzender des Bezirksverbands Mainfranken.

MATTHIAS KIRCHNER 2002 hauptamtlicher Geschäftsführer der IG BAU Mainfranken mit damals ca. 13.000 Mitgliedern, 2004–2009 Generalsekretär des „Europäischen Verbandes der Wanderarbeiter“. Heute betreut er als IG Metall-Sekretär den Gesamtbetriebsrat des Bosch Konzerns im Bereich Mobility Solutions. Sein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist die Vertrauensleutarbeit.

Das Gespräch führten Frank Firsching und Norbert Lenhard im Juni 2021.

Arbeitskämpfe im Handel – eine Erfolgsgeschichte

Über 550.000 Menschen, 70 Prozent davon Frauen, arbeiten im bayerischen Einzel- und Versandhandel. Knapp die Hälfte der Beschäftigten arbeitet, oft unfreiwillig, in Teilzeit. Mit einer jährlichen wirtschaftlichen Leistung von rund 230 Mrd. Euro ist der bayerische Großhandel mit seinen etwa 270.000 Beschäftigten eine der großen Branchen in Bayern. Der Großhandel, der zwar nach außen oft nicht sichtbar ist, bildet das Rückgrat für den Einzelhandel. Allgemein ist bekannt, dass die Arbeit im Handel arbeitsintensiv, körperlich sehr belastend und meist für das Familienleben zu ungünstigen Zeiten erbracht wird. Des Weiteren sind die Aufstiegschancen begrenzt und eine Tätigkeit in Vollzeit mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ist leider mittlerweile die Ausnahme. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die Branche über nicht besetzte Ausbildungsplätze und fehlendes qualifiziertes Personal klagt, obwohl

diese Situation von den Unternehmen maßgeblich selbst herbeigeführt wurde. Kritisiert werden von den Beschäftigten die immense Arbeitsverdichtung, die ungünstige Lage der Arbeitszeiten und die oft mangelnde Wertschätzung durch Führungskräfte. Trotzdem berichten viele Beschäftigte im Handel, dass ihnen die Arbeit an sich, die Kollegialität im Kreise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Umgang mit den Kunden dennoch Freude bereitet. Mittlerweile fallen nur noch rund 33 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel und rund 25 Prozent der Beschäftigten im Großhandel unter den Geltungsbereich und damit den Schutz eines Tarifvertrags. Bislang mangelt es am Willen des Gesetzgebers, es wieder zu ermöglichen, Tarifverträge allgemeinverbindlich, d. h. für alle Arbeitgeber gültig zu vereinbaren. Das wäre nicht nur für die Beschäftigten, unser Sozialsystem und ebenfalls für die Arbeitgeber von Vorteil. Wenn allen Beschäftigten das Gleiche gezahlt würde, könnte sich kein Unternehmen durch niedrige Löhne einen Wettbewerbsvorteil zu Lasten der

Beschäftigten verschaffen. Rückblickend hat sich in den letzten Jahren durch die Filialisierung und damit verbundene kleinere Betriebsstrukturen, die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, mehr Verkaufsfläche auf der „grünen Wiese“ (sichtbar durch Lebensmittelhandel und Discounter in nahezu jeder Gemeinde), wie auch die Umsatzverlagerung in Richtung Onlinehandel die Wettbewerbssituation dramatisch verschärft. Dies alles wird am Ende auf dem Rücken der



Beschäftigten im Handel ausgetragen. Amazon ist mittlerweile Mitglied im Arbeitgeberverband des bayerischen Einzelhandels, obwohl der Onlineriese der größte Gegner des angestammten Handels ist. Der Onlinehändler und viele andere Händler, wie z. B. nahezu alle Betriebe der Edeka und Rewe Gruppe, verweigern ihren Beschäftigten eine Bezahlung nach den Tarifverträgen des Handels. Möglich macht es die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung. Gerechtigkeit und Fairness sehen anders aus!

Die Tarifverträge sind nach wie vor für die Kolleginnen und Kollegen, die täglich die Gewinne für die Unternehmen erwirtschaften, elementar, um vor Altersarmut zu schützen. Die Tarifverträge, die Tarifbindung für Unternehmen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarifverträge gilt es für uns als Gewerkschaft nach wie vor weiter zu verteidigen und durchzusetzen.



Zur Bündelung gewerkschaftlicher Kräfte haben wir bereits 1997 erstmals zu einer gemeinsamen Streikaktion von 11 Betrieben mit über 400 Streikenden aus dem Einzel- und Großhandel am Platz vor dem Zeughaus in Schweinfurt erfolgreich aufgerufen. Dass Streik auch in filialisierten Betrieben möglich ist, haben uns die Erfahrungen bei Schlecker gezeigt. Durch viel Überzeugungsarbeit haben wir seinerzeit den Kolleginnen bei Schlecker Mut gemacht, „ihre“ Filiale zu verlassen und sich an Streiks zu beteiligen. Mit den sehr mutigen „Schleckerfrauen“ haben wir über viele Jahre Flagge für gute Tarifabschlüsse gezeigt. Nicht nur die Betriebsgröße oder die Teilnehmerzahl ist für einen erfolgreichen Arbeitskampf entscheidend, sondern der Einsatz jedes Einzelnen. Bei knapper Personalbesetzung wirkt ein Streik bereits, wenn schon ein paar Kolleginnen und Kollegen die Arbeit niederlegen.

Bei mehreren Streikaktionen der Beschäftigten von Kaufland und Marktkauf in Schweinfurt – sonst Konkurrenten – haben die Streikenden stets öffentlich klargemacht, dass sie gemeinsam für ein Ziel kämpfen: einen guten Tarifabschluss. Wir haben durch unsere Tarifaktionen das Miteinander der Kolleginnen und Kollegen für IHREN Tarifvertrag stets verdeutlicht. Denn wenn wir uns nicht bewegen, bewegt sich auch nichts bei den Arbeitgebern.

Aus dem Kaufland-Lager in Donnersdorf werden über 650 Kaufland-Filialen im gesamten Bundesgebiet mit Non-Food-Artikeln beliefert. Dort sind über 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielen Nationen beschäftigt. Erfahrungsgemäß sind Arbeitskämpfe oft u. a. durch Sprachbarrieren aufwendiger zu organisieren. Durch die engagierte persönliche Ansprache von ver.di-Mitgliedern im Betriebsrat ist es gelungen, die Kolleginnen und Kollegen von der Wichtigkeit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft und dem Engagement in der Tarifrunde für mehr Entgelt zu überzeugen. Damit ist das Kaufland-Lager in Donnersdorf einer der aktivsten Streikbetriebe im Großhandel in Bayern. Die Kolleginnen und Kollegen

haben es dort auf eine einfache Formel gebracht: „Willst du mehr Geld – dann musst du streiken!“ Das bringt es bei Kaufland in Donnersdorf auf den

wie Kurzarbeitergeld. Die Gewinne entwickeln sich prächtig und zeigen in diesem Jahr wieder weiter nach oben. Im Hinblick darauf, dass Tarifverträge für die



Punkt. Unsere Streiks und damit das Engagement der Streikenden haben sich zum Beispiel in den Tarifrunden des Einzelhandels für den Zeitraum 2015 bis 2018 gelohnt! Die Löhne und Gehälter sind in diesen vier Jahren um insgesamt 12 Prozent gestiegen. Das war kein Geschenk der bayerischen Arbeitgeber, das haben sich die Streikenden erkämpft!

In der diesjährigen Tarifrunde im Handel wollen die Arbeitgeber, bedingt durch die Coronasituation, die Entgelterhöhungen deutlich unter der Preissteigerungsrate durchsetzen. Dies verwundert sehr, da nahezu alle tarifgebundenen Unternehmen, wie beispielsweise die Lebensmittelhändler, von der Coronakrise stark profitiert haben. Die Umsätze wurden deutlich gesteigert und die Arbeitgeber erhielten staatliche Unterstützungsleistungen

Zukunft abgeschlossen werden, ist es nur klar, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen zurecht für den Erhalt ihrer Tarifverträge und mehr Geld einsetzen. Unsere Streiks in Schweinfurt und in der Region sind eine Erfolgsgeschichte, die sich in der Vergangenheit durch bessere Tarife niedergeschlagen hat. Das ist ein wichtiger Schritt für die heutige Einkommenssituation und gegen die drohende Altersarmut für die Beschäftigten im Handel. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle aktiven Kolleginnen und Kollegen.

Ein Plakat der Streikenden bei Kaufland in Schweinfurt macht es deutlich: „Die beste Zeit zu streiken war früher, die zweitbeste Zeit ist jetzt“.

Von Peter König

„Die Pflege“ kämpft um ihre Rechte

Früh morgens ging es am 25. September 2008 los. Mit Bussen fuhren Kolleginnen und Kollegen von Schweinfurt nach Berlin zu einer der größten gewerkschaftlichen Demos in den letzten Jahrzehnten. Im Bus saßen Beschäftigte aus den Krankenhäusern der Region. „Wir sind kämpferisch und durchsetzungsfähig, wenn es um unsere Arbeitsbedingungen geht“, sagt Dieter Rottmann, Gesamtpersonalratsvorsitzender des Bezirks Unterfranken. 2008 war das Maß voll. Seit Jahren wurde gespart, Gesundheit wurde als Ware definiert und den Preis dafür zahlten wir, die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Über 130.000 Kolleginnen und Kollegen forderten: Der Deckel muss weg. Und das war ganz wörtlich zu verstehen. Denn für einzelne Leistungen, die in den Krankenhäusern für uns alle erbracht werden, wurde jeweils

ein finanzieller Deckel festgelegt. Dies führte zu drastischen Personaleinsparungen und einem immensen Kostendruck in allen Krankenhäusern. Mit dieser Demo und vielen weiteren Aktionen forderten die ver.di-Kolleginnen und Kollegen die politischen Entscheidungsträger in Berlin auf, endlich nötige Reformen anzupacken. „Wir hatten damit Erfolge. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir als Gewerkschafterin und Gewerkschafter seit Jahrzehnten für mehr Personal kämpfen müssen“, erinnert sich Dieter Rottmann. Auch schon in den 70er-Jahren glaubten manche, dass die Anwerbung ausländischer Fachkräfte die Lösung sei. „Wir müssen insgesamt endlich mit der Methode aufhören, ein Loch zu stopfen und dabei mindestens drei weitere aufzureißen. Gute Pflege gibts nur mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten“, fordert Dieter Rottmann.

Politisch – tariflich – betrieblich

„Gemeinsam mehr“ ist für uns im Gesundheitswesen nicht nur ein Slogan, sondern bedeutet, dass wir auf unterschiedlichen Ebenen für unsere Arbeitsbedingungen kämpfen müssen“, sagt Esther Apelt, Betriebsrätin im Leopoldina Krankenhaus. Vieles hängt von politischen Entscheidungen, wie etwa der Krankenhausplanung des Freistaats ab. Deshalb setzen wir uns, gemeinsam mit vielen anderen, für den entsprechenden politischen Rahmen. Aktuell steht die gesetzliche bedarfsgerechte Personalbemessung oder etwa ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für die Altenpflege im Fokus unserer Forderungen.

„Ohne Tarifvertrag ist alles nichts, denn konkret wird's natürlich durch unsere Tarifverträge“, betont Gewerkschaftssekretärin Marietta Eder. 2008 war auch das Jahr, in dem die Kolleginnen und Kollegen in Bad



Beschäftigte des Leopoldina Krankenhauses beteiligen sich an der Tarifrunde öffentlicher Dienst 2018

Kissingen zum ersten Mal gestreikt haben, damit hatte niemand gerechnet – vor allem nicht die Arbeitgeber. „Die Fusion des St. Elisabeth Krankenhauses mit der Kalk Klinik stand an. Ver.di forderte 6 Prozent mehr Lohn, die Arbeitgeber meinten, wir hätten uns bei



In der Corona-Pandemie 2021 streikten die Beschäftigten der Leo-Service GmbH für einen Haustarifvertrag

der Kommasetzung vertan. Sie boten uns 0,6 Prozent an. Im Mai gab es dann den ersten Warnstreiktag. Das hat gewirkt, gemeinsam konnten die Kolleginnen und Kollegen fünf Prozent Lohnsteigerung durchsetzen“, erinnert sich Marietta Eder.

Wie kämpferisch die Kolleginnen und Kollegen in Bad Kissingen und Hammelburg sind, zeigte sich auch 2016. „Sind wir Ihnen nichts WERT?“, das stand auf dem Banner der Demozüge in Bad Kissingen und Hammelburg. „Alle reden seit Jahrzehnten vom Pflegenotstand. Wir erleben ihn täglich“, so Simone Fella-Bötsch, Betriebsrätin in der Helios Klinik. „Wir haben gestreikt, weil wir Arbeitsbedingungen wollen, die uns nicht krank machen. Ständig springen Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen ein. Damit vernachlässigen wir unsere Familien, unsere Freunde – auch uns selbst,“ sagt Simone Fella-Bötsch. Für bessere Arbeitsbedingungen, die auch junge Menschen motivieren, die Berufe zu

erlernen, haben wir gestreikt. „Viel zu viele Kolleginnen und Kollegen hören nach kurzer Zeit auf oder reduzieren ihre Arbeitszeit, weil sie das immense Pensum nicht mehr schaffen,“ berichten alle Betriebs- und Personalräte in der Region.

Beim Streik in Bad Kissingen und Hammelburg ging es auch darum, bessere Löhne zu erkämpfen. „Es gab eine große Lücke zwischen unseren Entgelten und denen im öffentlichen Dienst,“ erklärt Stefan Müller. Der Streik 2016 wurde jedoch anderes als in den Vorjahren vorbereitet. „Wir haben nicht mehr kurzfristig den Streikaufruf versandt.

In den Notdienstverhandlungen haben wir den Arbeitgebern frühzeitig

mitgeteilt, wann wir streiken werden. Es ist schließlich seine Aufgabe, planbare, elektive Eingriffe zu verschieben und so das Grundrecht auf Streik jedes einzelnen zu gewährleisten“, so Fella-Bötsch.

Diese Art der Notdienstvereinbarungen wird mittlerweile in vielen Einrichtungen abgeschlossen. Insbesondere in den letzten Tarifrunden des öffentlichen Dienstes. „Erstaunlich ist aber auch, wenn den Kolleginnen und Kollegen bei den Verhandlungen bessere Besetzungen im Notdienst vorgelegt werden als wir im Alltag haben“, beschreibt der Fachbereichsvorsitzende Dieter Rottmann die Verhandlungen der letzten Jahre. Damit werde die Personalnot in allen Bereichen nochmals deutlicher.

Bei uns „in der Pflege“ habe sich in den letzten Jahren viel verändert. „Egal ob Krankenhaus, in der Altenpflege, in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder bei uns in den Servicegesellschaften sind Tarifverhandlungen

konfliktreicher geworden“, beschreibt Renate Heilmann, Betriebsratsvorsitzende der Leo Service GmbH die aktuelle Situation. Die Beschäftigten ärgern sich darüber, wenn insbesondere in der öffentlichen Diskussion „nur“ über die Pflege gesprochen

wird. Unsere Einrichtungen funktionieren nur, wenn alle Berufsgruppen zusammenarbeiten. Durch die Gründung von Servicegesellschaften wurde in allen Bereichen und von allen Trägern versucht, das Lohnniveau zu senken.

„Deshalb ist für uns Solidarität nicht nur ein Grundwert, sondern wir müssen ihn gemeinsam leben, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden“, beschreibt Heilmann.

Dem stimmt auch Christian Schäflein, ebenfalls Betriebsrat im Leo, zu. „Viele wissen gar nicht, dass es auch in Krankenhäusern viele Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes gibt“, erklärt Schäflein. 2015 haben wir

gemeinsam unter anderem mit den Beschäftigten in Kindergärten und Kindertagesstätten deutlich gemacht: unsere Arbeit ist wertvoll, es braucht Aufwertung. Mit wochenlangen Streiks haben wir Verbesserungen erreicht. „Die nächste Runde im Sozial- und Erziehungsdienst steht an. Ich bin mir sicher, wir werden gemeinsam viel durchsetzen“, so Schäflein.

Die Zuversicht ist absolut berechtigt. In den vergangenen zehn Jahren konnten im Krankenhausbereich Lohnsteigerungen von rund 33 Prozent und in der Altenpflege von sogar 38 Prozent durchgesetzt werden. „Das sind wichtige Erfolge“, so die zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretärin Marietta Eder. „Insbesondere im Branchenvergleich, wo durchschnittlich

rund 21 Prozent Lohnsteigerungen erkämpft wurden. Klar ist auch, dass wir in den nächsten Jahren nicht nur weitere deutliche Lohnsteigerungen brauchen und gemeinsam dafür kämpfen. Ohne bessere Arbeitsbedingungen wird es keine bessere Gesundheitsvorsorge für uns alle geben. Es



Warnstreik vor dem Leopoldina Krankenhaus im Mai 1989

muss Schluss sein mit dem Einspringen aus dem Frei und wir brauchen verlässliche Dienstpläne. Daran arbeiten wir, so werden wir ab Herbst 2021 über die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit mit einem Tarifpartner verhandeln.“

Von Marietta Eder

Mehr Demokratie in den Betrieben

Die Betriebsräte im deutschsprachigen Raum bilden einen Sonderweg in der Interessenvertretung. Entstanden in der Revolution 1918 als betriebliche Ausprägung demokratischer Bestrebungen, ermöglicht die Betriebsverfassung den Gewerkschaften den Zugang zum Betrieb als Handlungsfeld und den Beschäftigten weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten.

Wer hat im Betrieb das Sagen?
Das Betriebsverfassungsgesetz ist
das Ergebnis politischer Kämpfe

Abgrund und Aufstieg – Nachfrage-
einbruch und Strukturkrise
1992/1993 und die Folgen

„Manchmal muss ich auch auf den Tisch
hauen“- Interview mit Stefanie Balling

Betriebsrätepreis für Bosch Rexroth

Kapitalbeteiligung für Beschäftigte –
Mitbestimmung stärken!



Wer hat im Betrieb das Sagen? Das Betriebsverfassungsgesetz ist das Ergebnis politischer Kämpfe

Personalleiter und Führungskräfte im Betrieb verweisen gerne auf § 2 BetrVG „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten [...] vertrauensvoll [...] zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen.“

Daraus wird ein gemeinsames Interesse von Kapital und Arbeit abgeleitet und dient zur Einbindung der Betriebsräte im Sinne des Unternehmens. Der Blick in die Geschichte und auf die vielfältigen politischen Auseinandersetzungen weist in eine andere Richtung.

Die Frühgeschichte

Der liberale Abgeordnete Carl Degenkolb brachte 1848 in die Beratungen des ersten demokratischen Parlaments (allerdings nur Männer) den „Entwurf einer Fabrik-Gewerbeordnung“ ein. Diese Fabrikordnung sah im Artikel III die Beteiligung der Arbeiter und der Werkmeister an einem gemeinsamen Gremium mit dem Unternehmer vor. Übergeordnet sah der Entwurf „Fabrikräte“ vor, in die für jeden Gewerbebezirk Fabrikhaber und Fabrikarbeiter gewählt werden.¹

Dieser Gedanke, die Arbeiter an den Geschehnissen des Betriebs demokratisch zu beteiligen, nahm erst 1890 wieder konkret Gestalt an. Nach dem erzwungenen Rücktritt von Reichskanzler Bismarck

– dem Urheber des Verbots der Sozialdemokratie – erließ der Reichstag 1891 eine betriebliche Arbeitsverfassung, in der erstmals „freiwillige ständige Arbeiterausschüsse“ gesetzlich benannt wurden.² Für die gewerkschaftlich gut organisierte Schuhfabrik Heimann in Schweinfurt ist ein solcher Arbeiterausschuss dokumentiert.

Die Burgfriedenpolitik

Die kaiserlichen Militärführer, die Regierung, der Kaiser und letztlich auch die Unternehmer gingen 1914 davon aus, dass der Krieg ohne Unterstützung durch die Arbeiter nicht zu gewinnen sei. Die Gewerkschaftsführer verlangten für ihre Kooperationsbereitschaft Beteiligungsrechte.³ Die

Gewerkschafter, die um ihre sozialpolitischen Errungenschaften fürchteten, riefen mit einem Streikverzicht den sogenannten Burgfrieden aus. Tatsächlich zeigte diese Politik, die auf Anerkennung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen zielte, einige Erfolge. Im Dezember 1916 verabschiedete der Reichstag als Teil dieser Strategie das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“. Damit beabsichtigten die Militärs die Einbindung der

Gewerkschaften in die Mobilisierung für den Krieg. Im Gegenzug gewährte das Regime Zugeständnisse. So wurden Arbeiterausschüsse – erstmals knapp 70 Jahren nach dem Antrag in der „Paulskirche“ – obligatorisch eingeführt und der Wohnungsbau über die Gründung von Genossenschaften, wie dem



Bauverein in Schweinfurt 1917, verstärkt. Mit dem Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als legitime Tarifpartner an. Ein historischer Fortschritt, der nach Vorstellung der Gewerkschaften die häufigen Niederlagen bei Tarifstreiks beenden und zu tragfähigen Verhandlungen und zu Ergebnissen führen sollte.

Opposition gegen den Krieg

Die Unterstützung der Burgfriedenpolitik erfuhr nach dem zweiten Kriegsjahr wachsende Opposition. Aus ersten Gegenstimmen in der SPD-Reichstagsfraktion entstand 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die Spartakusgruppe. „Parallel wuchs eine Fundamental-Opposition in den Gewerkschaften – insbesondere im Deutschen Metallarbeiter Verband (DMV) gegen die kriegsverlängernden Kompromisse.“⁴

Am 30. 1. 1918 schlossen sich – aufgerufen von Kasper Starz (Mitglied von USPD und DMV) – 14.000 Arbeiter in Schweinfurt den Protesten gegen den Krieg an.

Die Novemberrevolution

Nach den ersten Meutereien der Matrosen in Kiel verbreitete sich der Aufstand bis zum 8. November auf alle Städte in Deutschland. Theodor Wolff, Chefredakteur des Berliner Tagblatts, formulierte am 10. November 1918: „Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt.“

In Schweinfurt bildete sich ebenfalls ein „Arbeiter- und Soldatenrat“, der ohne Gegenwehr die administrative Gewalt auf kommunaler Ebene übernahm. Erste Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter wurden verkündet: 8-Stunden-Tag, allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen.

Der reichsweite „Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte“ von 16.–21. Dezember

1918 in Berlin beschloss mit 77,83 Prozent der Delegiertenstimmen die baldige Wahl zur Nationalversammlung. Damit entschieden die Arbeiter- und Soldatenräte den Übergang zur parlamentarischen Demokratie.

Versuche der radikalen Linken, in der 1919 gegründeten KPD unter dem Einfluss der Kommunistische Internationale (Komintern) und der KP in Moskau, mit bewaffneten Kämpfen die Macht zu erringen, scheiterte in Berlin, Hamburg und im Ruhraufstand in den Jahren bis 1924.

Die Kräfte, die eine weitgehende „sozialistische“ Revolution erhofften, in der USPD gemeinsam mit Reformkräften in der Mehrheits-SPD, setzten im Fortgang der Ereignisse auf umfassende Demokratisierung der Betriebe und der Wirtschaft.

Die Betriebsräte formieren sich

Der Rätekongress in Berlin im Dezember 1918 brachte wiederum die Forderung auf, die Verwaltung der Betriebe nicht alleine den Unternehmern und ihren „Beamten“ zu überlassen. Die Arbeiter seien zu beteiligen, die Überwachung der Arbeitsleistung müsse in die Hände von Arbeiterräten gelegt werden.⁵ „Arbeiterräte seien notwendig zur Kontrolle der Betriebsführung und zur Mitwirkung bei der Betriebsführung“ sagte Reichstagsabgeordneter Haase, USPD, in der Debatte des Reichstags.

Am 24. April 1919 gründete sich nach einem Beschluss einer gemeinsamen Sitzung von Arbeiter- und Angestelltenausschuss bei Fichtel & Sachs ein Betriebsrat. Die rechtliche Grundlage bildete eine Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 22. April 1919. Das erste Protokoll des Betriebsrats von FAG Kugelfischer ist auf den 22. Mai 1919 datiert.

Beeinflusst von der USPD, die in Schweinfurt sehr stark war, schlossen sich die örtlichen Betriebsräte der „Halleschen Zentralstelle“ an. Über diese Vereinigung nahmen sie an den Verhandlungen zur Ausgestaltung des Betriebsrätegesetzes teil. Arbeitsministerium und Gewerkschaftsvertreter schienen ernsthaft bemüht, den Arbeitnehmervertretern „innerhalb eines begrenzten Rahmens“ volle Gleichberechtigung zugestehen zu wollen.⁶

In den Betrieben kümmerten sich die neu gebildeten Betriebsräte um die vom Krieg ausgelösten

katastrophalen Ernährungsfragen, die Integration von zurückkehrenden Frontsoldaten und um die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse. Unter dem Eindruck drohender Enteignung und angesichts des Zusammenbruchs der alten Ordnung erkannten auch die örtlichen Unternehmer die weitgehende Mitbestimmung der Betriebsräte an. Georg Schäfer, Eigentümer von FAG Kugelfischer, sagt laut Protokoll am 9. Juli 1919 bei einer Besprechung mit dem Betriebsrat, „dass er sich freut, über die letzten Vorschläge und über die Art der Erledigung der Fragen und erklärt seine Bereitwilligkeit mit uns (dem Betriebsrat) auf der Basis eines guten Einvernehmens.“⁷

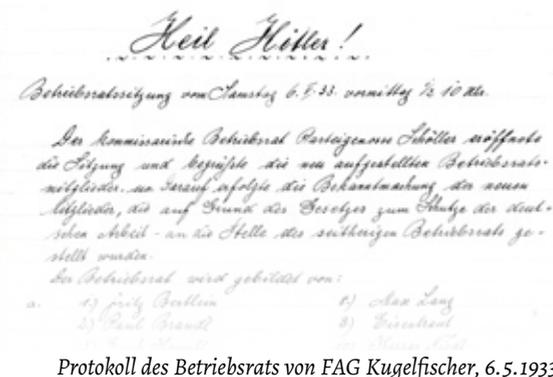
Rätekonzeption

Der politischen Linken gelang es unter Federführung des Mehrheitssozialdemokraten und Reichstagsabgeordneten Hugo Sinzheimer in der Weimarer Verfassung Artikel 165 ein dreigliedriges Rätssystem zu verankern. Betriebsarbeiterräte garantieren demzufolge mit nach Wirtschaftsgebieten (Branchen) gegliederten Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeitererrat, die demokratische Verfassung der Wirtschaft. Dieses Rätssystem sollte das parlamentarische System nicht ablösen, vielmehr ergänzen.

Erstes Betriebsrätegesetz

In der parlamentarischen Umsetzung des Artikels 165 trat das Betriebsrätegesetz am 4. Februar 1920 als einziger Baustein der Rätekonzeption in Kraft. Während der Beratung im Reichstag am 13. Januar demonstrierten 100.000 aufgebrachte Arbeiter aus den Berliner Betrieben. 40 unbewaffnete Demonstranten ließen ihr Leben, Hunderte wurden von Schüssen durch zum Schutz des Parlaments eingesetzte Freikorpsoldaten verletzt. Den revolutionären Räten und der linken USPD ging das Gesetz nicht weit genug. Die angestrebte sozialistische Umgestaltung war nicht mehr erkennbar.

Die Arbeitgeber hatten den Schreck der Revolution



überwunden und mobilisierten Widerstand. Den Gewerkschaften ging es in erster Linie um die Stärkung der tariflichen Mitbestimmung. Kritik kam auch von berufsständischen Gruppen, die ihre besonderen Interessen nicht berücksichtigt sahen. Der Tendenzschutz benachteiligte die Buchdrucker, für die das Gesetz nicht galt.⁸ Das Betriebsrätegesetz 1920 trägt deutliche Merkmale eines Kompromisses der widerstreitenden Interessen. In der Folgezeit beschnitten die Unternehmer die bis dahin praktizierte Mitbestimmung in den Betrieben erheblich.

Die Arbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften in der Weimarer Republik kennzeichnete einerseits die krisenhafte kapitalistische Zuspitzung von der Inflationszeit bis zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft 1929. Andererseits waren die Unternehmer nicht bereit, die demokratischen Verhältnisse anzuerkennen. Sie verweigerten ihren Frieden mit der Republik! In den Protokollen des Betriebsrats von FAG Kugelfischer ist der zähe Kampf um Beteiligungsrechte festgehalten. Ohne Zustimmung des Betriebsrats setzt die Direktion im September 1926 neue Arbeitszeiten fest. Im August 1932 verwehrt ein Betriebsleiter dem Betriebsratsvorsitzenden Kaspar Starz den Zutritt zu einer Abteilung. Die Konflikte wurden zunehmend vor Gericht und in Schlichtungsverfahren ausgetragen.

Ausschaltung von Betriebsräten und Gewerkschaften

Nach der Machtübernahme 1933 überzogen die Nationalsozialisten die Arbeiterbewegung mit Verboten und kriminellem Terror auf der Straße. Trotzdem verliefen die Betriebsratswahlen nicht nach den Wünschen der Diktatur. Die Kandidaten der Nazis erhielten im März 1933 Stimmenergebnisse von gerade mal 30,7 Prozent reichsweit. 1931, als die Betriebsratswahlen noch frei und ohne Behinderung stattfanden, wählten bei FAG Kugelfischer 70,87

Prozent die Liste der freien Gewerkschaften, die nationalsozialistische Liste 8,27 Prozent der Arbeiter. In mehreren Schritten schalteten die Machthaber die Gewerkschaften und Betriebsräte aus und führten das „Führer-Gefolgschaft“ Prinzip im Betrieb ein.

Die Betriebsgemeinschaft

Im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 22. Januar 1934 heißt es:

„§ 2 Abs. 1 Der Führer des Betriebes entscheidet der [sic] Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

Abs. 2 Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen.

Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“

„Der Vertrauensrat“, der den Betriebsrat ablöste, „hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.“ (§6 AOG)

Diese Betriebsgemeinschaft und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung waren ganz im Sinne der Schweinfurter Unternehmer. Kommerzienrat Barthel von FAG Kugelfischer wird im Protokoll des Betriebsrats vom 23. August 1932 zitiert: „[...] dass er sich auf keine Konzession beiderseitig einlasse, im Gegenteil wenn er in seinem Herr im Hause Standpunkt [...] im Recht sei, dann werde die Anordnung durchgeführt.“⁹

Am 24. April 1933 schrieb Willy Sachs: „Der Nationalsozialismus sei auch deshalb eine gute Sache, weil er Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt habe und einen Ausgleich zwischen Arbeiter und Arbeitgeber anstrebe.“¹⁰

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit beendete nicht nur das kümmerliche Pflänzchen an betrieblicher Beteiligung der Arbeitnehmer. In den Schlussvorschriften „wurde die gesamte kollektive Arbeitsverfassung der Weimarer Republik an ihr Ende gebracht.“¹¹ An die Stelle des Betriebsrätegesetzes, der Tarifvertragsverordnung und der Schlichtungsverordnung trat ein „ultra-autoritäres Fabrik-Regime unter dem Motto – Führer und Gefolgschaft.“¹¹

Wiederaufleben der Betriebsräte

Am Morgen des 11. April 1945 rückten Soldaten der US-Streitkräfte in Schweinfurt ein. Zu dieser Zeit lebten in der Ruinenstadt 24.600 Menschen, die Hälfte der Vorkriegseinwohner. Georg Wichtermann, Betriebsrat bei F&S, später Oberbürgermeister, berichtet: „Trauer und Sorge um 3.700 Gefallene und Vermisste, die Hälfte der Bevölkerung in alle Winde verstreut. Jede zweite Wohnung und die Hälfte der Schulen zerstört [...] Hunger und Elend überall [...] Grau und trostlos erschien die Gegenwart und ebenso düster die Zukunft [...]. Die Betriebe waren zum größten Teil zerstört, ihre Zukunft ungewiss.“¹²

Dem Miteigentümer Georg Schäfer II von FAG Kugelfischer, Betriebsführer und Vorsitzender des Sonderring Wälzlager zur Planung der Rüstungsproduktion, entzogen die US-Verwalter die Verfügungsgewalt über das Unternehmen. Am 2. Oktober 1945 stellte die Militärregierung das gesamte Firmenvermögen von FAG unter ihre Kontrolle und setzte, wie auch bei den anderen nationalsozialistisch belasteten örtlichen Unternehmen, Treuhänder ein.¹³ Erst am 21. Juni 1948 durfte Georg Schäfer das Werk, nach Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens, wieder betreten. Willy Sachs verblieb ebenfalls in Haft, das Unternehmen wurde am 20. Mai 1948 aus der Vermögensverwaltung entlassen.¹⁴ Führungskräfte aus der zweiten Reihe, die als politisch unbelastet galten, führten im Auftrag der Besatzungsmacht die Unternehmen. F&S erhielt ab 29. August 1945 die Erlaubnis, mit Friedensproduktion zu beginnen. Torpedonaben für Fahrräder, Stoßdämpfer und Kupplungen gingen mit 935 Arbeitern und 246 Angestellten aus der Fabrik.¹⁵ In vielen Betrieben traten frühzeitig Betriebsräte in Erscheinung. So berichtet der damalige Einkaufschef von F&S Ende April 1945 von einem kommissarischen Betriebsrat, der an einer Besprechung teilnahm.¹⁶ Im Mai 1945 verordneten die Westalliierten ein Verbot gewerkschaftlicher Betätigung, das sie im August rückgängig machten.

Nach der Veröffentlichung einer Richtlinie der Militärbehörden zur Gründung von Betriebsräten erließ das bayerische Arbeitsministerium am 1. September 1945 eine Wahlordnung zur Durchführung von Betriebsratswahlen.¹⁷

Am 27. November 1945 wählten 1.050 Beschäftigte von FAG Kugelfischer mit 91,5 Prozent Wahlbeteiligung sechs Betriebsratsmitglieder. Bei F&S beteiligten sich 90 Prozent der 880 wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen an der Wahl. Otto Benkert, FAG Kugelfischer, und Fritz Bachmann, F&S, erzielten jeweils das beste Wahlergebnis. Diese beiden Vorsitzenden kamen, wie viele Betriebsräte der ersten Stunde, aus der Arbeiterbewegung der Weimarer Zeit. Sie hatten als Facharbeiter die Diktatur überstanden und waren nationalsozialistisch unbelastet.

„Mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus waren die Gewerkschaften und die demokratisch gewählten Betriebsräte zu moralischen Instanzen geworden.“¹⁸ In vielen Fragen, z. B. bei den Entnazifizierungsverfahren, griffen die Behörden auf Gewerkschafter zurück. Ihre Einschätzung zur sozialen Lage wurde gehört. In einer Unterredung mit Mr. Stern von der Militärregierung am 15. Juni 1948 schildern die Kollegen Sauer und Bleicher von FAG Kugelfischer von durchschnittlich 50 bis 60 Beschwerden, die beim Betriebsrat eingingen. Diese bezogen sich „auf Mangelware, wie Schuhe und Arbeitskleidung.“ Aufgrund der mangelnden Ernährung seien die Arbeitszeiten zu lang. Es fehle an Fahrradbereifung und die Bahnverbindungen machte den Arbeiterinnen und Arbeitern zu schaffen. Diese Besprechung verdeutlicht, dass das Handeln der Betriebsräte durch Not bestimmt war. In einer Denkschrift vom 18. August 1946 wendet sich der Betriebsrat gegen die Demontage von FAG Kugelfischer. Das Werk war als einziges in Schweinfurt und als eines von 88 in Bayern zur Entschädigung der im Krieg überfallenen Länder vorgesehen. Betriebsräten, Gewerkschaften und der Stadtverwaltung gelang es die Aufhebung des Demontagebefehls zu erwirken.¹⁹

Das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Die Besatzungsmächte regelten mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 17. April 1946 die Arbeit der Betriebsräte einheitlich. In den Grundzügen beschrieben die Verfasser die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit konfliktorientiert. Es fehlten sozialpartnerschaftliche Bezüge, die Unterstützung des Arbeitgebers war dem Text völlig fremd, es fehlte die Friedenspflicht. Diese Rechtsgrundlage traf in den Betrieben auf wenig Zustimmung. Aus dem Betriebsrätegesetz von 1920 kannten die Betriebsräte klare Aufgabenbeschreibungen, die nach der Fassung des Kontrollrats mit dem Arbeitgeber erst zu verhandeln waren. 1948 folgten in den Ländern verschiedene Betriebsratsgesetze. Zwischenzeitlich veränderten die Westalliierten die politische Ausrichtung. Die Rekonstruktion Deutschlands sollte auf privatkapitalistischer Grundlage ausgestaltet werden. Das bedeutete: kein Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit. Der Deutsche Bundestag hatte die Regierung bereits am 4. November 1949 aufgefordert, die Mitbestimmung gesetzlich zu formulieren. Der daraufhin entstandene Gesetzesentwurf blieb weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück. Anknüpfend an die Diskussionen in der Weimarer Republik, schwebte den Gewerkschaften eine umfassende Arbeitsverfassung und eine weitgehende Mitbestimmung auf allen Ebenen – Betrieb, Unternehmen, Branche, Gesamtwirtschaft – vor. Der Deutsche Gewerkschaftsbund empfand deshalb die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 als Niederlage. Das gipfelte danach in einen Aufruf: „Wähl einen besseren Bundestag!“, was eindeutig gegen die Regierung Adenauers gerichtet war. Trotzdem kam die CDU/CSU 1953 nahe an die absolute Mehrheit der Sitze heran. Der Kampf um eine alternative Wirtschaftsordnung war verloren! Im Vergleich zum Betriebsrätegesetz von 1920 beinhaltete die bundesdeutsche Fassung erhebliche Fortschritte, obgleich die Vorstellung

einer Betriebsgemeinschaft im §2 Restbestände des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 aufnimmt. Im Grundsatz greift das Gesetz nicht den Konflikt Arbeit – Kapital auf, vielmehr wird die betriebliche Schicksalsgemeinschaft in der Zusammenarbeit hervorgehoben. Das finden wir dann in der Friedenspflicht und in der Auslegung der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ des Bundesarbeitsgerichts wieder. Dessen Präsident von 1954 bis 1963, H. C. Nipperdey, Mitverfasser des Arbeitsordnungsgesetzes von 1934, wirkte maßgeblich an der Ausgestaltung des Arbeitsrechts mit. Das neue Gesetz enthält konkrete Aufgaben und Rechte der Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, wie auch Schwerbehindertenvertreter. Unterhalb der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit prägt die Textfassung Mitbestimmung, Beteiligung, Beratung und Information stark aus. Die auf Druck der Gewerkschaften beschlossenen Anpassungen 1972 und in den folgenden Etappen, erweiterten die Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten mithilfe der demokratisch legitimierten Betriebsräte weiter. Zu nennen sei hier die Quotenregelung für das Minderheitengeschlecht, ein vereinfachtes Wahlverfahren für kleinere Betriebe, die Senkung des Schwellenwerts für freigestellte Betriebsräte auf 200 Mitarbeiter und jüngst das Betriebsrätemodernisierungsgesetz. Den Gewerkschaften und den Betriebsräten gehen diese Reformen nicht weit genug.

Perspektiven

Noch immer gibt es eine riesige Zahl von Betrieben ohne Betriebsrat. Kaum vorstellbar, dass eine Kommune in Deutschland ohne Gemeinde- oder Stadtrat auskommt! Im Betrieb gilt die Einrichtung eines Betriebsrats oft als überflüssig, bürokratisch, kostensteigernd. Wenn die Wahl zum Betriebsrat zum persönlichen Risiko anwächst, muss dem viel entschiedener auch öffentlich entgegengetreten werden.

Die Herausforderungen der Transformation von

Produkten, Prozessen und Lieferketten in eine umweltverträgliche und damit humanisierte Wirtschaft sind besser zu bewältigen, wenn die betroffenen Menschen beteiligt, gefragt und begleitet werden. Demokratisch gewählte Betriebsräte bilden dafür unverzichtbare Bindeglieder. Die Einflussmöglichkeiten von Belegschaften als Sachverständige, mehr Gestaltungsideen neuer Arbeitsformen und Mitwirkungsrechte in wirtschaftlichen Entscheidungen müssen verbessert werden. Die demokratische Ausgestaltung der Wirtschaft ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Die Parität der Aufsichtsräte soll ohne Doppelstimmrecht des kapitalbestimmten Vorsitzenden und mit Interventionsrechten der Arbeitnehmerseite ausgestaltet werden. Auf regionaler und überregionaler Ebene fehlt es an Dialoggremien aus Betriebsräten, Gewerkschaftern und Vertretern der Zivilgesellschaft. Die wirtschaftlichen Weichenstellungen alleine der Kapitallogik zu überlassen, kann den Herausforderungen nicht gerecht werden.

Von Norbert Lenhard

Quellen

- 1 Geschichte der Betriebsverfassung, Bundverlag, 2020 Frankfurt am Main, S. 66–67
- 2 Ebenda, S. 97–99
- 3 Ebenda, S. 121
- 4 Ebenda, S. 135
- 5 Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 1976 Berlin S. 112–113
- 6 Ebenda, S. 158–159
- 7 Protokolle des Betriebsrates von FAG Kugelfischer, BR Schaeffler 2020, S. 9
- 8 Ebenda, S. 7
- 9 Ebenda, S. 11
- 10 Andreas Dornheim, Sachs Mobilität und Motorisierung, Hoffmann und Campe 2015, S. 222
- 11 Geschichte der Betriebsverfassung, Bundverlag, 2020 Frankfurt am Main, S. 270
- 12 Wie lange müssen wir noch mit den Ängsten leben? Weppert GmbH, Schweinfurt 1995, S. 50
- 13 Klaus Hofmann, Neugründung des Betriebsrates bei Kugelfischer, Broschüre 2005
- 14 Andreas Dornheim, Sachs Mobilität und Motorisierung, Hoffmann und Campe 2015, S. 446
- 15 Ebenda, S. 434
- 16 Ebenda, S. 435
- 17 Ebenda, S. 280
- 18 Ebenda, S. 440
- 19 Klaus Hofmann, Neugründung des Betriebsrates bei Kugelfischer, Broschüre 2005, S. 13
- 20 Geschichte der Betriebsverfassung, Bundverlag, 2020 Frankfurt am Main, S. 325 ff.

Abgrund und Aufstieg – Nachfrageeinbruch und Strukturkrise 1992/1993 und die Folgen

Die Arbeitslosenquote in Schweinfurt lag 1993 bei zwölf Prozent und gehörte damit zu den höchsten im damaligen Bundesgebiet. Vorausgegangen war der Niedergang traditionsreicher Metallbetriebe wie Fenster Vogel und die Meisterwerke (Nähmaschinen) sowie der Personalabbau bei SKF. Auch FAG Kugelfischer und Fichtel & Sachs passten ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ihre Personalstrukturen an die Kapazitäten an, sodass trotz des Wiedervereinigungsbooms die Warnzeichen unübersehbar waren.

Bereits im Geschäftsbericht 1963 bis 1965 beklagt der DGB Schweinfurt „Die Wirtschaft der Stadt sei zu sehr von den großen Drei bestimmt.“⁴¹ Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte Fichtel & Sachs 7.000, FAG Kugelfischer 9.000 und SKF 10.000 Mitarbeiter.

„Eine möglicherweise eintretende Krise der Kugellager-

industrie würde die Stadt sofort an den Rand des Bankrotts bringen.“⁴¹ Schweinfurt, zumindest die gewerkschaftliche Seite, wusste um die große Abhängigkeit von der Metallindustrie. Der DGB beteiligte sich Anfang der 1980er-Jahre an der Gründung des Arbeitsförderungsentrums, die IG Metall sensibilisierte bereits im Frühjahr 1992 mit Flugblättern in der Öffentlichkeit und in den Betrieben.

Wird Schweinfurt ein Armenhaus?

Die weltweite Nachfragekrise 1992 traf die Schweinfurter Kugellager- und Automobilzulieferindustrie in unvermittelter Härte und unvorbereitet. Der Boom nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ fiel in sich zusammen. Die in Osteuropa erhofften Märkte erwiesen sich als zu wenig zahlungskräftig. Die von Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ blieben aus. SKF wollte 800 Stellen streichen, Fichtel & Sachs kündigte einen Personalabbau von 1.400 Stellen an.

Die FAG Kugelfischer AG traf der Konjunkturbruch in existenzbedrohender Weise. Seit vielen Jahren ertragsschwach, mit Umsatzrenditen von drei bis fünf

Prozent, ging das Management mit der vollständigen Übernahme der ostdeutschen Deutsche Kugellagerfabriken GmbH (DKFL) und dem Kauf der koreanischen Hanwha-Gruppe zu große Risiken ein. Das aufgeblähte Management mit zu vielen Hierarchieebenen erwies sich als wenig handlungsfähig.

Im Dezember 1992 war das Unternehmen mit 2,2 Mrd. DM verschuldet. Die Banken verlangten angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit umfassende Umstrukturi-



Demonstration am 13. Februar 1993



Teilnehmende am Bonnmarsch

erungen, die der aus seinem SKF Zwischenspiel bekannte Firmensanierer Dr. Kajo Neukirchen in kurzer Zeit durchsetzte. Der Vorstand wickelte die ostdeutschen Standorte ab, Unternehmensteile wie die Fahrzeugtechnik Ebern (FTE) wurden verkauft und das Personal halbiert.

Größte Demonstration Schweinfurts

Am 13. Februar 1993 folgten 13.000 Menschen dem Motto der IG Metall „Stoppt den Arbeitsplatzabbau – Keine weiteren Verlagerungen – Die Region muss weiterleben“ zu einer Demonstration und Kundgebung auf dem Marktplatz. Mit den Forderungen benennt die Interessenvertretung aus IG Metall und Betriebsräten drei Stoßrichtungen:

- Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung,
- Beeinflussung der betrieblichen Entscheidungen im Sinne der Arbeitnehmer,
- Regionale Industriepolitik, um langfristig die Strukturen zu diversifizieren.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute organisierten mehrere Großdemonstrationen in Schweinfurt. Die Mahnwache am Tor 1 von FAG Kugelfischer sowie eine Menschenkette von den Betrieben SKF, Fichtel & Sachs und FAG Kugelfischer zum Arbeitsamt brachten

Tausende von Menschen auf die Straße.

Vom 13. bis 21. Oktober 1993 folgte der Marsch nach Bonn. Vier Frauen, 35 Männer und ein Hund trugen das Motto „Kanzler, mach die Augen auf – Schweinfurt wird zum Armenhaus“ über rund 320 Kilometer ins Kanzleramt.

Mit Unterstützung des Instituts für Medienforschung und Urbanistik e. V.

(IMU) entwickelte die IG Metall ein Konzept für die regionale Industriepolitik. Große Konferenzen mit Betriebsräten, Kommunalpolitikern und Vertretern der Landesregierung stellten eine breite Beteiligung der Akteure sicher. Davon geblieben ist das sogenannte Gründer- und Innovationszentrum (Gribs) unter der Federführung der IHK.



Strukturpolitische Erfolge

Die damalige CSU-Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser kritisierte die „Untergangsstimmung“, die sie den Aktionen der IG Metall zuordnete und setzte auf Arbeitsplätze in Kultur und Dienstleistung.

Die Ausgründung der EDV von FAG Kugelfischer an IBM mit bis zu 630 Arbeitsplätzen (Stand vom 5. März 2005) war ein Leuchtturm dieser Strategie. Ab 2005 baute das Unternehmen jedoch das Personal ab. 2015 gab das Unternehmen das Rechenzentrum in Schweinfurt auf und Schaeffler erwarb das Gebäude. In den Krisenjahren entstanden viele Klein- und Mittelbetriebe aus ausgegliederten Aktivitäten der Metallindustrie. Vom Konstruktionsbüro bis zur Qualitätssicherung tragen diese Unternehmen zum industriellen Netzwerk bei.

Gerade weil die Aktionsformen der IG Metall bundesweit für Aufmerksamkeit sorgten, gelang es der Oberbürgermeisterin, strukturpolitische Maßnahmen nach Schweinfurt zu holen. Das Museum Georg Schäfer mit bedeutenden Werken der Malerei, wurde mit Landesmitteln und aus einer Stiftung der Eigentümerfamilie Schäfer errichtet. Teile des Landesozialgerichts und des Landesamts für Statistik brachten rund 300 krisensichere Arbeitsplätze nach Schweinfurt. Das im Oktober 2002 eröffnete Konferenzzentrum mit Hotel auf der Schweinfurter Maininsel ist ganzjährig ausgebucht.

Der Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau konnte die Verringerung der Mitarbeiterzahl jedoch nicht aufhalten. Mit Abfindungen durch Sozialplan, Vorruhestandsregelungen in Verbindung mit Arbeitslosengeld verabschiedeten sich 1993 allein bei FAG 2.400 Beschäftigte innerhalb von wenigen

Monaten. Die ausgesprochenen Kündigungen sowie die Ungewissheit in Bezug auf das Überleben des Unternehmens veranlassten viele Mitarbeiter, eine Alternative anzustreben.

Mit Lean Management aus der Krise

Mit dem radikalen Personalabbau leitete das neue Management bei der FAG Kugelfischer tiefgreifende Veränderungen im Betrieb ein.

- In drei Hierarchieebenen statt bisher fünf delegierte der Vorstand Entscheidungen nach unten.
- In der Halle F bauten die Ingenieure eine neue Zellenfertigung in Fließfertigung nach japanischen Lean Management Methoden auf.
- Teilautonome Gruppenarbeit mit Wahl der Gruppensprecher durch die Mitarbeiter beförderte die Motivation im Team.
- Betriebsrat und Management vereinbarten Leistungsentgelt in Form einer Standardprämie mit zusätzlichen Elementen der Mitarbeiterbeurteilung.
- Ein ständiger Verbesserungsprozess floss in das Ideenmanagement ein.
- Arbeitszeitflexibilität trat an die Stelle von „Heuern und Feuern“.

Bereits Mitte 1994 fasste FAG Kugelfischer wirtschaftlich wieder Tritt. Es kam erstmals wieder zu Neueinstellungen. Nicht wenige der frisch eingestellten Beschäftigten gehörten zu den vorher entlassenen Arbeitnehmern.

Neuausrichtung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik

Betriebsräte und IG Metall legten auf Basis ihrer Erfahrungen in der Krise die eigenen strategischen Grundannahmen neu fest. Dies hatte umfassende Auswirkungen für die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung. Die Auseinandersetzungen mit dem Management wurden ab diesem Zeitpunkt viel stärker im Konflikt ausgetragen. Frühzeitig fragten die Betriebsräte jetzt nach



wirtschaftlichen Zusammenhängen, um rechtzeitig handeln zu können und von der Defensive in die Offensive zu kommen. 1998 und 2004 beispielsweise gab die IG Metall eine Studie zur wirtschaftlichen Lage der Wälzlagerindustrie in Auftrag und lud Betriebsräte zu Branchenkonferenzen ein. Vereinbarungen zur Beschäftigungs- und Standort-sicherung verknüpften die von den Unternehmen gewünschte höhere Flexibilität der Arbeitnehmer mit der von Belegschaften, IG Metall und Betriebsräten geforderten Zusicherungen von Kündigungsschutz und Standortsicherung. Neue Werkzeuge zur Beschäftigungssicherung, wie Zeitkonten und Gruppenarbeit, trugen wesentlich zur Modernisierung der Arbeitsbeziehungen – unter Verteidigung der tariflichen Rahmensetzung – bei. Mit der Gründung der tariflichen Leiharbeits-gesellschaft QB (Personaldienste Qualifizierung und Beschäftigung GmbH), der Einrichtung der Arbeitszeitkonten, dem Projekt Arbeit für Studenten „Campus und Job“ sowie dem Kampf um gute Arbeitsbedingungen im Lager- und Verteilzentrum (LVZ) erwiesen sich IG Metall und Betriebsräte bei FAG Kugelfischer Schweinfurt als gleichermaßen konfliktbereit wie lösungsorientiert. Der Billigleiharbeiter, ermöglicht durch Unterbietungstarifverträge der „Christlichen Gewerkschaften“ schoben die Betriebsräte in den gewerkschaftlich organisierten Betrieben der Region einen Riegel vor.

Die IG Metall gewann mit dieser strategischen Neuausrichtung nach der Krise erheblich an Zustimmung. In den Betrieben, insbesondere bei FAG Kugelfischer, stieg der gewerkschaftliche Organisationsgrad deutlich. Das industriepolitische Profil machte zudem die IG Metall und die Betriebsräte regional zu anerkannten Partnern der Politik und in der Öffentlichkeit.



Wirtschaftlicher Wiederaufstieg der Region

Die Erholung der Metallindustrie in Schweinfurt und in der Region gründet auf der Fähigkeit der Unternehmen, notwendige Strukturreformen in der Arbeitsorganisation erfolgreich umzusetzen. Die Anpassung an die Erfordernisse des kapitalistischen Weltmarkts ist gelungen, sodass die Anzahl der Arbeitsplätze ab Mitte der 1990er-Jahre wieder anstieg. Die heutigen Standorte von Bosch Rexroth, SKF, ZF Friedrichshafen und Schaeffler beschäftigen etwa 20.000 Mitarbeiter. Dazu zählen noch die Ausgründungen wie Senertec, Horton, SRAM (F&S), HST, Spindel Weiß (FAG) und die große Zahl an Zulieferern, die aus Outsourcing der Unternehmen entstanden, wie beispielhaft die Firma Madinger. Für den Standort Schweinfurt spricht das Wachstum des Standorts der Fresenius AG, der Medizintechnik für den Weltmarkt entwickelt und produziert. Zum 31.12.2019 verzeichnete die Stadt Schweinfurt mit 53.899 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten etwas mehr Arbeitsplätze als Einwohner (53.426).

Mit nur 20.702 Bewohnern, die im Stadtgebiet beschäftigt sind, wird der hohe Anteil an Pendlern sichtbar und verdeutlicht die Strahlkraft, die von Schweinfurt für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ausgeht. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt zum Jahresende 2019 im Stadtgebiet trotzdem bei 6,1 Prozent.

Aus Versäumnissen gelernt?

Die Stadt Schweinfurt unterließ nach 1993 eine langfristig angelegte, nachhaltige regionale Struktur- und Industriepolitik. Die Vorschläge des IMU-Instituts² blieben nach der Krise unbearbeitet. Die starke Abhängigkeit der Stadt und der Region von der Metallindustrie blieb weitgehend bestehen. Der Sprung über den Main in der 1960-Jahren und das Industriegebiet Maintal in den 2000er-Jahren boten neuen Arbeitsplätzen Raum. Das große Übergewicht der Automobilindustrie und weiterer Zulieferbereiche



„Boot“ Entwurf Jan Polacek, Ausführung durch Kollegen der Instandhaltung, Eltmann, Zur Erinnerung an den Kampf zum Erhalt des Werks im Oktober 2004

und Sozialem muss dabei nachhaltig betrachtet werden. Aktuell bringen die Gewerkschaften den Vorschlag ein, durch Bildung von „Clustern“ die Verknüpfung der regionalen Liefer-, Dienstleistungs- und Forschungsstrukturen zu stärken.

Von Norbert Lenhard

für die Industrieabnehmer bilden auch heute ein großes Risiko für die wirtschaftliche Stabilität und die Anzahl der Arbeitsplätze.

In den nächsten Jahren wird entschieden, ob und wie die Unternehmen mit den Betrieben in Schweinfurt die Herausforderungen der Transformation meistern werden.

Industriedialog

Die Gewerkschaften schlagen deshalb erneut einen regionalen Industriedialog vor. Management, Gewerkschaft, Betriebsräte, Zivilgesellschaft, Hochschulen und Politik diskutieren gemeinsam, wohin sich die Region wirtschaftlich entwickeln will und welche Beiträge dafür notwendig sind. Ein solcher Dialog beinhaltet die Zusammenführung der Interessen in Bezug auf Beschäftigung und gute Arbeit und den notwendigen Umbau von Industrie, Mobilität, Bauen und Landwirtschaft zur Erreichung der Klimaziele. Der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie

Quellen

- 1 DGB-Kreis Schweinfurt, Geschäftsbericht 1963–1965
- 2 „Die Region als Handlungsfeld arbeitsorientierter Industriepolitik – Eine Fallstudie über Schweinfurt in Unterfranken.“ Walter Krippendorf, IMU-Institut Nürnberg, April 1994

Weiterführende Literatur

„Auf dass der Mensch ein Mensch bleibt“. DGB-Kreis Main-Rhön/Schweinfurt, 1998

„Schweinfurt: kleine Stadtgeschichte“. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2014

„Durchblick“: IG Metall-Vertrauensleute bei FAG informieren. Ausgaben 39/März 1993; 40/Juli 1993; 41/Oktober 1993; 42/Dezember 1993.

Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsagentur

„Manchmal muss ich auf den Tisch hauen!“

Interview mit Stefanie Balling,
Betriebsratsvorsitzende

In der Nähe des Schweinfurter Hafens, von der B 286 gut sichtbar, liegt das Firmengelände der Fresenius Medical Care. 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen Dialysegeräte her. 1979 entstand dort Medizin-Technische-Systeme, kurz MTS – Schweinfurt mit 40 Beschäftigten. Heute bildet der Betrieb den größten Entwicklungs- und Produktionsstandort der Sparte Fresenius Medical Care (FMC) des medizintechnischen Unternehmens. Diese außergewöhnliche Aufstiegsgeschichte trägt wesentlich dazu bei, dass Schweinfurt die große Krise der Automobilzulieferer- und Wälzlagerindustrie Anfang der 1990er-Jahre erfolgreich bewältigen konnte. Wir sprachen mit der Betriebsratsvorsitzenden Stefanie Balling, die von einem ihrer Kollegen als „taffe Frau mit Herz und Verstand“ beschrieben wird, über ihre Arbeit.

Stefanie, du bist die Vorsitzende des Standorts Schweinfurt, des Gesamtbetriebsrats und Aufsichtsrätin der Fresenius SE & Co. KGaA und Teil des europäischen Betriebsrats. Wie kommt man in diese Position und wie war dein Werdegang? Soviel ich weiß, bist du auch Mutter von zwei Kindern.

STEFANIE BALLING Ja, das stimmt. Nach der Ausbildung zur Bürokauffrau in einem örtlichen Betrieb und meiner Tätigkeit im Einkauf von SKF bekam ich zwei Kinder und war erst einmal in Elternzeit. Als die Kinder zur Schule gingen, wollte ich wieder arbeiten. Zuerst machte ich eine Weiterbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin und mit dem Start 1999 bei Fresenius hat sich so ziemlich alles verändert. Trennung, alleinerziehend und Vollzeit arbeitend. Es war nicht immer leicht, aber ich bin zielgerichtet und habe Ausdauer! 2002 kamen Kollegen auf mich zu, ob ich nicht für den Betriebsrat kandidieren wolle. Ich denke, es hatte

sich herumgesprochen, dass ich ohne Angst und sehr deutlich meine Meinung vertrete und so kandidierte ich erstmals für den Betriebsrat.

Du kamst 2010, auch für dich überraschend, zum Amt der Betriebsratsvorsitzenden.

STEFANIE BALLING Die Vollfreistellung von den betrieblichen Aufgaben lag ursprünglich nicht in meinem Sinn. Ich war beruflich etabliert und mein Job als Einkäuferin machte mir Spaß. Mit den vielfältigen Anforderungen im Gremium ergab sich aber eine Schwerpunktverschiebung in Richtung Interessenvertretung. Dass meine Vorgängerin mich zu diesem Schritt drängte, ist heute betrachtet richtig gewesen. 2015 wurde ich für den Aufsichtsrat vorgeschlagen und 2016 gewählt. Im Jahr 2018 folgte dann noch der Vorsitz für den Gesamtbetriebsrat.

Was hat dich bewogen, Gewerkschafterin und Betriebsrätin zu werden?

STEFANIE BALLING Gewerkschafterin war ich schon in der Ausbildung. Schon damals war ich davon überzeugt, Verbesserungen zu erreichen, aber das geht nur gemeinsam. Betriebsrätin – das hatte ich eigentlich gar nicht auf dem Schirm. Mein Leitgedanke bleibt bis heute: Ich will mich für Menschen einsetzen und ich habe eine Affinität für Gerechtigkeit. Nachdem ich damals gewählt wurde, half anfangs der intensive Austausch mit meinem damaligen Schwiegervater Ernst Lang – zu dem Zeitpunkt BR-Vorsitzender bei SKF. Bis heute sehe ich ihn als Leitbild für meine Betriebsratsarbeit.

Im Handelsblatt und Manager Magazin vom 17.11.2021 wirst du zitiert, indem du die wenig transparente Informationspolitik eurer Unternehmensführung kritisierst. Immerhin verkündet der Vorstand einen Personalabbau von weltweit 5.000 Stellen.

STEFANIE BALLING Im Aufsichtsrat erfuhren wir frühzeitig die Hintergründe. In der Folge der Coronapandemie verstarben allein in den USA 14.000



Stefanie Balling (rechts) im Gespräch

sehr am Herzen liegen. Da fällt es schwer, auch mal eine Auszeit zu nehmen. Weiter steigt die Schlagzahl der Themen im Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat kontinuierlich. Im Gesamtbetriebsrat arbeiten wir – neben dem angekündigten Personalabbau an einer vielfältigen Aufgabenliste. Von „Flex-Work“ über die Einführung eines Personalsystems weltweit bis zu betrieblichen Sozialleistungen. Beispielsweise können unsere Mitarbeiterinnen

chronisch kranke Nierenpatienten. Eine schreckliche Folge von COVID-19, die mich persönlich damals sehr erschütterte. Die Folgen für unser Unternehmen habe ich zunächst gar nicht wahrgenommen, jedoch führte das Ganze auch zu einem Nachfragerückgang unserer Produkte, der schließlich als eine Begründung für den Personalabbau genannt wurde. Als Betriebsrätin erwarte ich aber, dass frühzeitig mit der Arbeitnehmervertretung gesprochen wird. Welcher Standort ist in welcher Weise betroffen? Welche Alternativen gibt es zum Personalabbau? Wie machen wir die Situation fair für alle Betroffenen? Und viele Fragen mehr. Erst dann können wir unsere Mitwirkungsrechte in angemessener Weise anwenden und mögliche Alternativen suchen. Es geht immerhin um unsere Mitarbeiter und deren Familien.

Ist die Betriebsratsarbeit sehr herausfordernd?

STEFANIE BALLING Ja, insbesondere, weil es eine sehr emotionale Aufgabe ist. Ich vertrete die Interessen unserer Mitarbeiter, Menschen, die mir

und Mitarbeiter durch die betriebliche Umsetzung einer Tarifregelung verschiedene Vorteile auswählen. Wir bieten ein Langzeitkonto, das für verschiedene Aspekte genutzt werden kann und unter anderem eine Krankenzusatzversicherung. Als Unternehmen in der Gesundheitsbranche passt das gut zu uns.

Die zahlreichen Aufgaben machen das Spannungsverhältnis deutlich. Der Betriebsrat soll nahe bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein und professionell, auf Augenhöhe mit Personalern, Vorständen und Aufsichtsräten verhandeln.

STEFANIE BALLING Das stimmt. Viele verkennen, dass die wenigsten Betriebsräte studiert haben. Man hat sich alles selbst beigebracht, angelesen oder im Gremium bzw. Seminaren erarbeitet. Gleichzeitig wird erwartet, dass man dem Management Paroli bietet. Ich war damals froh, von den „alten Hasen“ lernen zu dürfen. Außerdem kommt einem die jahrelange Erfahrung und ein Elefantengedächtnis zu gute. Wir haben Unterstützung durch die im Unternehmen vertretene IG Bergbau, Chemie, Energie

(IGBCE). Weiter steht uns die arbeitnehmersnahe Rechtsanwaltskanzlei Arbeitsrecht für Arbeitnehmer (AfA) in Nürnberg bezüglich kollektivem Arbeitsrecht zur Seite. Mehrere Assistenzfunktionen unterstützen die Vorbereitungen von Sitzungen und der Büroorganisation der verschiedenen Gremien.

Schon beim Zutritt zum Werk beobachtete ich, dass du den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr zugewandt begegnest.

STEFANIE BALLING Ich bemühe mich, soweit es die zwingenden Termine zulassen, einmal in der Woche durch die Werkstätten und Büros zu gehen. Bis vor wenigen Jahren kannte ich noch jeden einzelnen Kollegen im Werk. Ich bin ein Schweinfurter Kind und kämpfe für meinen Standort. In meiner Gedankenwelt will ich nahe bei der Belegschaft sein. Vieles an konzeptioneller Arbeit geschieht deshalb am Wochenende und am Abend. Ich bemühe mich, das im privaten Umfeld nicht so sichtbar zu machen. Es wird toleriert, da mein Umfeld weiß, mit welcher Leidenschaft ich meinen Job ausübe. Nur manchmal muss mein Mann mich ausbremsen.

Wie organisiert ihr euch als BR und Gewerkschaft am Standort?

STEFANIE BALLING Aufgrund der vielfältigen Aufgaben haben wir uns arbeitsteilig aufgestellt. Im Bezirksvorstand der IGBCE mit Sitz in Würzburg, in der Tarifkommission der Gewerkschaft und in Fachausschüssen vertreten uns verschiedene Kolleginnen und Kollegen. Unser Vertrauenskörper tritt regelmäßig zusammen. Wir nutzen die Mittagspause und stehen für die Sitzungszeit der Vertrauensleute aus.

Gelingt es euch, die Belegschaft bei eurer Arbeit abzuholen?

STEFANIE BALLING Wir bemühen uns, größtmögliche Transparenz anzubieten. Monatlich veröffentlichen wir Stichpunkte zu den Schwerpunkten der Betriebsratsarbeit.

Infoblätter hängen am Schwarzen Brett, wir sind im Intranet vertreten und natürlich wird jede E-Mail unverzüglich beantwortet. Meine Tür steht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offen und es ist allgemein bekannt, dass man mich jederzeit anrufen kann. Auch unsere Betriebsversammlungen stoßen seit jeher auf großes Interesse und bieten die Möglichkeit eines unkomplizierten Austausches, auch unser legendäres Sommerfest ist dazu ideal. Bei der letzten hybriden Betriebsversammlung nahmen die Kollegen der Produktion in den einzelnen Hallen per Beamerpräsentation teil. Zusätzlich nahmen noch 700 Mitarbeiter per MS-Teams teil – eine stolze Teilnehmerquote von etwa 90 %.

Etwa die Hälfte der Beschäftigten bei FMC sind Frauen. Welche Bedeutung hat es für Dich als Frau im Betriebsrat, in der Gewerkschaft und im Aufsichtsrat engagiert zu sein?

STEFANIE BALLING Im Betrieb oder im Gesamtbetriebsrat fühle ich mich grundsätzlich gleichberechtigt. Ich erlebe Respekt und Anerkennung. In Gesprächsrunden mit dem Management, stark von Männern bestimmt, muss ich schon manchmal auf den Tisch hauen, um meinen Standpunkt klar zu machen. Als Betriebsrätin muss man taff auftreten und klare Grenzen setzen.

Du unterstützt Kolleginnen bei der Frage, was besonders für Frauen entscheidend ist, um im Beruf die Rolle auszufüllen, die sie sich wünschen.

STEFANIE BALLING Außerbetrieblich engagiere ich mich als Coach und Experte für souveränes Auftreten von Frauen. Die männerdominierte Businesswelt braucht starke Frauen, die diese für alle nachteiligen Strukturen dauerhaft verändern. Weiter arbeite ich im IGBCE Netzwerk für Aufsichtsrätinnen mit. Hier tauschen wir unsere Erfahrungen aus und unterstützen sowie fördern Frauen in der Bewältigung ihrer beruflichen Herausforderungen.

Liebe Stefanie, ich danke für das interessante Gespräch.

Abschließend noch eine Frage: Was wünschst du dir als Betriebsrätin und Gewerkschafterin für die Zukunft?

STEFANIE BALLING Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein wirksames Werkzeug für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Wir gelangen aber oft an die Grenzen dessen, was wir durchsetzen können. Manchmal sind wir daher gezwungen, gewisse Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen zu enttäuschen. Ich wünsche mir z. B. mehr Mitwirkungsrechte des Betriebsrats bei der Qualifizierung der Beschäftigten, bei Verlagerungen von Produktionsstätten oder Änderungen der Organisationsstruktur. Als Gewerkschafterin wünsche ich mir, dass die Erfolge der Gewerkschaften nicht als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Nur wenn wir Mitglieder in der Gewerkschaft haben, können wir uns auch durchsetzen und das Beste für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Sabbatical, etc. gab und gibt es nicht durch die soziale Großmut des Arbeitgebers.

Das Gespräch führte Norbert Lenhard im November 2021

STEFANIE BALLING, (geb. 1968), Betriebsratsvorsitzende seit 2010, Mitglied des BR seit 2002, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Medical Care, Mitglied des Aufsichtsrats Fresenius SE & Co. KGaA, Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie.

Betriebsrätepreis für Bosch-Rexroth

Das Betriebsratsgremium von Bosch Rexroth gewinnt 2015 den Deutschen Betriebsräte-Preis in der Kategorie „Zukunft sichern“.

Projekt: „Vertriebsoffensive für nachhaltige Beschäftigungssicherung“.

Der „Deutsche Betriebsräte-Preis“, ist eine Initiative der Fachzeitschrift „AiB – Arbeitsrecht im Betrieb“.

Sie zeichnet seit 2009 besondere und beispielhafte Leistungen von Betriebsräten in Deutschland aus. An der feierlichen Preisverleihung im ehemaligen Plenarsaal

des Deutschen Bundestags nahmen rund 500

Gäste teil. Ingrid Schmidt, Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, hielt die Festrede. Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Eine Jury mit Vertretern aus Gewerkschaften, Wissenschaft und ausgewiesenen Praktikern traf in diesem Jahr eine Auswahl aus fast 100 eingereichten Projekten. Beworben hatten sich Betriebsratsgremien aus nahezu allen Branchen und Regionen und den verschiedensten Unternehmensgrößen. Die Preisverleihung erfolgte im Rahmen des „Deutschen BetriebsräteTags“.

In der Kategorie „Zukunftssicherung“ ging der Sonderpreis des deutschen BetriebsräteTags 2015 an den Betriebsrat der Bosch Rexroth AG, Standort Schweinfurt/Volkach, für sein Projekt „Vertriebsoffensive für nachhaltige Beschäftigungssicherung“. Der Betriebsrat wagte sich besonders weit in die Managementangelegenheiten. Gemeinsam mit Experten aus der Belegschaft entwickelte er einen Maßnahmenkatalog für ein neues kundennahes Vertriebskonzept, das die Belegschaft mit Aktionen durchsetzte. Damit konnte der Betriebsrat den

Auftragsrückgang stoppen und geplante Einschnitte bei den Beschäftigten abwehren.

Stetig sinkende Auftragsgänge, der Verlust von Kundenkontakten, negative Rückmeldungen von Zulieferern und Kunden vor allem aus den mittel-

ständischen Betrieben waren Anlass

für die Vertriebsoffensive.

Der Maßnahmenkatalog des Betriebsrats enthielt den Aufbau einer

Berechnungsabteilung für komplexe

Kundenanwendungen, die direkte Aufstockung sowohl

der Vertriebsmannschaft in den Landesniederlassungen sowie der technischen Support-

abteilungen am Standort

Schweinfurt, die Verfügbarkeit der Produkte auf Onlineplattformen für Konstrukteure im Internet sowie der Installation und die verstärkte Zusammenarbeit mit Systempartnern für die Lösung von kundenspezifischen Anforderungen. Zudem sah der Maßnahmenkatalog vor, dass der Außendienst wieder aktiv die technischen Berater vom Standort zum Kunden hinzuziehen konnte.

Mit diesen Maßnahmen und einer Umstellung von Branchen- auf Produktvertrieb konnte einer der größten Managementfehler, die Reorganisation der Vertriebsstrukturen in den vorhergehenden Jahren, weitestgehend zurückgedreht werden.

Die Lineartechnik von Bosch Rexroth hatte in den darauffolgenden Jahren, trotz weltwirtschaftlich anspruchsvoller Lage, die höchsten Umsätze seit Firmengründung mit überdurchschnittlich guten Absatzsteigerungen in den „totgeglaubten“ beratungsintensiven Geschäften erzielt. Zudem erfuhren vor allem die Neu- und Zukunftsprodukte den lang ersehnten Anstieg der Verkaufszahlen, welche allein durch die Zentralfunktionen des Branchenvertriebs nicht erreicht werden konnten.



Dem hohen Einsatz des Betriebsrats und der unge- teilten Unterstützung durch die Belegschaft und die Gewerkschaft IG Metall war es zu verdanken, dass nach dem durchschlagenden Erfolg der Ver- triebsoffensive die Reduzierung von über 200 Mitarbeitern abgewendet werden konnte. Im Gegenteil: Steigende Auftragseingänge führten innerhalb kürzester Zeit wieder zu einem Personal- aufbau. Hilfreich waren am Ende auch zusätzlich mit dem Vorstand verhandelte Maßnahmen wie zum



Beispiel die Installation eines Werbetrucks. Diese Korrekturen und deren Nachhaltigkeit beweisen umso mehr die Notwendigkeit der Einbindung von Arbeitnehmervertretern und Gewerkschaften in die unternehmerischen Entscheidungen.

Von Sebastian Schierling

Kapitalbeteiligung für Beschäftigte – Mitbestimmung stärken!

In der zweiten Jahreshälfte 2008 geriet die Schaeffler Gruppe in eine „existenzielle Krise“.¹ In Folge der, von der Pleite der amerikanischen Bank Lehmann Brothers ausgelösten, Finanzkrise entwickelte sich die beabsichtigte strategische Beteiligung an der Continental AG zum Desaster. „Sozusagen über Nacht sitzen die Schaefflers auf einem Schuldenberg von 23 Milliarden Euro“² Im ersten Quartal 2009 brach der Umsatz der Schaeffler KG um 26 Prozent ein. Die Eigenkapitalquote sank auf 15 Prozent.³ Im Februar des gleichen Jahres bitten 24 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Bundesfinanzminister in einem „Brandbrief“, einen Antrag der Schaeffler-Gruppe auf staatliche Unterstützung nachdrücklich zu befürworten.“⁴ Im Interesse der, von den Folgen eines Zusammenbruchs bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, treten Betriebsräte, Belegschaften und die IG Metall für den Erhalt des Konzerns ein. Am 23. Februar 2009 unterzeichnen der IGM-Vorsitzende Berthold Huber, Georg W. und Maria-Elisabeth Schaeffler in Frankfurt eine „Zukunftsvereinbarung“, „zum Erhalt des Unternehmensverbundes zwischen Schaeffler und Continental und der Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten.“⁵ Die IG Metall bestätigt die Familie Schaeffler als „Ankeraktionär“ und sagt „Unterstützung beim Eintreiben staatlicher Hilfen“ zu.⁶

Im Zusammenhang mit eventuellen Staatshilfen und der Zukunftsvereinbarung diskutierte der Gesamtbetriebsrat der Schaeffler KG eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer?
NORBERT LENHARD Die Vereinbarung zwischen IG Metall und der Familie Schaeffler verhinderte 4.500 Kündigungen in der Finanzkrise in den deutschen Standorten. Der wirtschaftlichen Schief- lage wurde aber mit Einsparmaßnahmen begegnet. Die Belegschaft brachte 250 Millionen Euro

Entgeltverzicht pro Jahr in Form von beispielsweise Kurzarbeit und kürzerer Arbeitszeit ein.

WOLFGANG MÜLLER Klar war, wenn die Rettung des Unternehmens gelingt, sichern die Eigentümer ihr milliardenschweres Kapital und können nach der Krise mit Zuwachs an Reichtum rechnen. Aus dem Rettungsbeitrag der Belegschaften leiteten wir den Vorschlag einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung ab. Diese sollte mindestens 5 Prozent des Aktienkapitals plus eine Aktie betragen. Mit dieser Sperrminorität – gehalten über eine Genossenschaft – bliebe die Aktiengesellschaft gegen eine vollständige Übernahme geschützt, die Mitbestimmung gesichert. Aus den Dividenden böte sich bei Renteneintritt eine finanzielle Ausschüttung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.



IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber und Frau Maria Elisabeth Schaeffler 2009 bei der Unterzeichnung der Vereinbarung

Klaus Ernst, du warst vor Ort wie auch in Berlin an der Debatte beteiligt? Am 13. März titelte ein örtliches Onlinemedium: „Schaeffler in Arbeitnehmerhände!“
KLAUS ERNST Peter Kippes, damals 2. Bevollmächtigter, Frank Firsching als DGB-Regionsvorsitzender und ich schlugen eine Lösung des finanziellen Fiaskos vor: Die Banken, die dem Familienunternehmen das Geld gaben, um Continental zu übernehmen, sollten ihre Forderungen in Eigenkapital umwandeln und sich mit

maximal 50 Prozent in einem zur Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmen beteiligen. Der Bund und die Länder mit Schaeffler-Standorten geben kein Geld an die Firma Schaeffler, sondern finanzieren eine Stiftung, über die staatliche Mittel zur Rettung des Unternehmens fließen. Die Stiftung selber beteiligt sich im Gegenzug mit mindestens 25 Prozent am Aktienkapital. Weniger als 25 Prozent verbleiben bei den beiden Familienmitgliedern. Der Stiftungsrat wird paritätisch aus Arbeitnehmern und Vertretern der öffentlichen Hand besetzt, die sich an der Finanzierung der Stiftung beteiligt haben. Die Stiftung selbst hat als Eigentümerin Sitz und Stimme im Aufsichtsrat, wovon zwei der Sitze an Arbeitnehmervertreter gehen. Die Arbeitnehmer hätten somit über ihre Sitze nach dem Mitbestimmungsgesetz rechnerisch die Mehrheit im Aufsichtsrat und damit eine echte Mitbestimmung über wirtschaftliche Entscheidungen des Unternehmens.

FRANK FIRSCHING Unser damaliges Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ bezog sich auf die staatlichen Bankenrettungsprogramme in der Finanzkrise, die mit Steuergeldern erfolgten. Im Kern ging es um die Forderung, Einfluss auf die Unternehmenspolitik zu



Maiabzeichen aus dem Jahr 1968

erhalten, wenn schon der Staat und damit die Allgemeinheit als Reparaturbetrieb des Kapitalismus erhalten soll. Gerade Unternehmen, die in eine wirtschaftliche und finanzielle Notlage geraten, bieten sich für neue Gedanken an. Bei Schaeffler sahen wir die Voraussetzungen als gegeben, echte Veränderungen vorzuschlagen.

WOLFGANG MÜLLER Der DIW Wochenbericht 29/2020 besagt, dass die Konzentration von Vermögen höher ist als bisher angenommen. Die Berechnungen haben ergeben: Die oberen 10 Prozent besitzen gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens. Das reichste ein Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent der gesamten Vermögenswerte auf sich.⁷ Während die Lohnquote – der Anteil der Löhne an der gesamten Wirtschaftsleistung – in Deutschland langfristig fällt, steigt der Anteil der Kapitaleinkommen an der Wirtschaftsleistung, und der Kapitalbesitz wird immer dominanter. Der Arbeitnehmer, der Lohnverzicht übt, um seinen Arbeitsplatz zu sichern, kann diesen Einkommensverlust später nicht ausgleichen. Der Eigentümer erfährt aber durch die Rettung des Unternehmens und vor allem danach einen gewaltigen Wertzuwachs. Vorausgesetzt die Rettung gelingt!

KLAUS ERNST Deshalb ist es folgerichtig, Unternehmensanteile zumindest teilweise in Arbeitnehmerhand zu geben. Es reicht aber nicht aus, der Belegschaft Anteile zu übereignen. In der Folge muss die Belegschaft über ihre Vertreter im Aufsichtsrat die Unternehmenspolitik tatsächlich mitbestimmen können.

WOLFGANG MÜLLER Es gibt dafür Beispiele wie die PFW Aerospace in Speyer, die zeitweilig an eine Arbeitnehmerstiftung ging. Mit unserer Forderung nach einer mindestens 5-prozentigen Beteiligung nahmen wir damals Kontakt zu Beratern auf, um die Idee zu konkretisieren.

NORBERT LENHARD In der „Zukunftsvereinbarung“ zwischen Berthold Huber und der Familie Schaeffler finden wir in Ziffer 3e einen Bezugspunkt: „Beide Seiten stimmen überein, dass die Möglichkeiten zur Kapitalbeteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden sollen. Die Gesellschafter (...) sind deshalb bereit, die Mitarbeiter an ihrem zukünftigen Gesellschafteranteil zu beteiligen.“⁸ FRANK FIRSCHING Im gleichen Zeitraum gab es drei verschiedene Initiativen zur Beteiligung der Arbeitnehmer an ihrem Unternehmen. Es ist nötig, die Debatte heute weiter voranzutreiben.

Ist Schaeffler wirtschaftlich leistungsfähig und für die deutsche Industrie bedeutend genug, um sich 2010 und in den Folgejahren aus der desaströsen Lage zu befreien? Ganz ohne staatliche Hilfen!

KLAUS ERNST Weil kein Antrag auf staatliche Hilfen gestellt wurde, fehlte der politische Hebel, mit dem unser Vorschlag weitergetrieben werden konnte. Norbert Im Laufe des Jahres 2010 stabilisierte sich die Schaeffler KG. Der Umsatz stieg schneller als erwartet auf Vorkrisenniveau, die Schulden und die Eigenkapitalquote wurde beherrschbar. Das Unternehmen richtete freiwillig ein paritätisch besetztes Gremium ein, einem Aufsichtsrat vergleichbar. Nach dem Motto: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ vereinbarten IG Metall und Schaeffler die „Diskussion zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung auszusetzen, solange eine Erfolgsbeteiligung angewandt wird.“ Bis heute ist die Familienholding derart hoch verschuldet, dass eine Trennung von Anteilen zuerst in die Entschuldung eingebracht werden wird.

KLAUS ERNST MdB (Die Linke), 2009
1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt

FRANK FIRSCHING 2009 DGB Regionsvorsitzender Schweinfurt/Main-Rhön

NORBERT LENHARD 2009 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Schaeffler AG

WOLFGANG MÜLLER 2009 Sekretär des IG Metall Bezirks Bayern, 2010 Mitglied des vereinbarten Vorläufergremiums und später des Aufsichtsrats der Schaeffler AG, IGM Unternehmensbetreuung Schaeffler

Quellen

- 1 Gregor Schöllgen, Schaeffler Biographie einer Familie und eines Unternehmens, 2021 Deutsche Verlags-Anstalt, München, S. 401
- 2 Ebenda, S. 417
- 3 Ebenda, S. 436
- 4 Ebenda, S. 420
- 5 Ebenda, S. 424
- 6 Ebenda, S. 424–425
- 7 Carsten Schröder und andere, Millionärinnen unter dem Mikroskop... DIW Wochenbericht 29/2020
- 8 Zukunftsvereinbarung vom 23. Februar 2009, anhängende Erklärung vom 8. Dezember 2010

Nur wer sich ändert, bleibt sich treu – der Zukunft entgegen? Herausforderung Transformation

Digitalisierung, Globalisierung und nachhaltiges Wirtschaften sind Schlagworte der Transformation. Die Herausforderungen sind gewaltig, gilt es doch Wirtschaft und Gesellschaft auf eine neue tragfähige Funktionsweise umzustellen, die die Ressourcen der Erde für zukünftige Generationen erhält. Was können die Interessenvertreter in Gewerkschaften, Betriebsräten und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten beitragen?

Wir lassen uns nicht billig abspeisen –
Zukunftsvereinbarung bei Schaeffler

125 Jahre Transformation –
Interview mit Oliver Moll



Wir lassen uns nicht billig abspeisen – Zukunftsvereinbarung bei Schaeffler

Im September 2020 stellte der komplette Vorstand der Schaeffler AG dem Wirtschaftsausschuss das Restrukturierungsprogramm „SPACE“ vor. Demnach sollten in 10 Standorten 4.400 Arbeitsplätze abgebaut und sechs Standorte geschlossen werden. Zudem sah der Plan vor, die Aktivitäten für Werkzeugbau, Aftermarket, Robotics und E-Mobilität auf jeweils einen Standort zu konzentrieren.

Für den Gesamtbetriebsrat unterstrich dessen Vorsitzender Salvatore Vicari: „Nein, dieses Maßnahmenpaket des Managements können wir so nicht akzeptieren. Wir lehnen

Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen ab. Wir werden uns massiv zu Wehr setzen!“

Jürgen Wechsler, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und ehemaliger Bezirksleiter Bayern der IG Metall, kommentierte die Planung des Managements: „In der Vergangenheit haben wir als Arbeitnehmervertreter immer wieder die Verlagerung

von Produkten aus deutschen Werken nach Osteuropa kritisiert, ohne dafür zukunftsfähige Produkte als Ersatz zu erhalten. Das muss sich ändern. Keine Verlagerung nach Osteuropa!“

◀ Schlüsselanhänger 2019

Die Region Main-Haßberge war besonders betroffen durch die

angekündigte Schließung des Werks Eltmann mit mehr als 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und tiefgreifende Veränderungen im Campus – Werke Industrie und Aerospace sowie Zentralbereiche – in Schweinfurt.

Bereits im April 2018 schlossen die IG Metall, die Betriebsräte und der Vorstand der Schaeffler AG nach intensiven Verhandlungen eine Zukunftsvereinbarung. Erst später brachte die IG Metall ähnliche Überlegungen bundesweit auf den Weg. Absicht dieser Schaeffler-Vereinbarung ist die nicht absehbaren Veränderungen der Industrie in einem Dialogformat ergebnisoffen zu bearbeiten. Das gemeinsame Verständnis des Dialogs wurde in drei Säulen zusammengefasst.

Zukunftsvereinbarung Schaeffler

Stärkung deutscher Standorte

- **Ziele und Maßnahmen aus der Portfolioanalyse** zur Stärkung der deutschen Standorte prüfen und strategisch-zukünftige Ausrichtung ableiten.
- **Standortdialog/Steuerkreis:** Prüfen, ob neue **Produkte und Geschäftsmodelle** an von der Transformation betroffenen Standorten angesiedelt werden können und inwiefern **Technologien und Kompetenzen** sowie bestehende Produkte dort zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gebündelt werden können.
- **Vermeidung** von betriebsbedingten Kündigungen

Kreativität braucht gute Arbeitsbedingungen

- **Qualifizierung**
 - Ausbau der Erstausbildung
 - Weiterbildung in der Fertigung
 - Auffrischungsqualifizierungen
- **Nachhaltige Arbeitsorganisation** und Führungsleitlinien
- Betriebliches **Eingliederungs- und Gesundheitsmanagement**
- Flächendeckende **Tarifbindung**

Innovationsfond

- **Zeitraum von 5 Jahren mit 50 Millionen Euro:** soll Innovationsvorhaben fördern und finanziell ausstatten
 - nachhaltige Wertschöpfung vor allem in Deutschland schaffen und deutsche Standorte stärken sowie Arbeitsplätze sichern.
- Beantragung durch **jede/n Mitarbeiter/in** über die Werkleitung oder den örtlichen Betriebsrat

Ein paritätisch besetzter Steuerkreis aus Mitgliedern des Vorstands der Schaeffler AG, Betriebsräten und der IG Metall wacht über die Einhaltung und Umsetzung der Verabredungen dieser Vereinbarung. Im Folgenden ein Gespräch mit verantwortlichen Akteuren der Interessenvertretung des Unternehmens.

Was hat euch bewogen, diese Zukunftsvereinbarung mit dem Vorstand von Schaeffler abzuschließen?

JÜRGEN SCHENK In Schweinfurt und der Region ist die Schließung von Schaeffler Elfershausen in Erinnerung geblieben. Es gab damals ein Beschäftigungs-bündnis und die Belegschaft hat jahrelange, abweichend vom Tarifvertrag, einzelvertraglich pro Woche fünf Stunden unbezahlte Arbeitszeit eingebracht, um Arbeitsplätze und Standort zu sichern. Letztlich hat das den Standort nicht gerettet und wir mussten im Gesamtbetriebsrat einen neuen Weg diskutieren.

und aktuell der Krieg in der Ukraine sind zu benennen. Die bisherigen statischen Vereinbarungen zur Sicherung von Beschäftigung und Standorten können die davon abgeleitete Dynamik der ökonomischen Entwicklung nicht abbilden.

Wir brauchen einen ständigen Dialog von Betriebsräten, IG Metall und Management zu den Fragen, wie sich das Unternehmen diesen Herausforderungen stellt. Es geht dabei auch um die Zukunft des Industriestandorts Deutschland.

SALVATORE VICARI Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat und das Betriebsverfassungsgesetz sind klar

ein Standortvorteil in Deutschland. Der Steuerkreis und die Regelungen der Zukunftsvereinbarung verknüpfen diese gesetzlichen Mitbestimmungsebenen. Die Arbeitnehmervertretung kann sich umfangreicher informieren mit den wichtigen Fragen der Unternehmensstrategie befassen. Der Standortdialog auf örtlicher Ebene bringt die Betriebsräte auf Augenhöhe in den Dialog mit der Werkleitung. Wie wirtschaftlich ist der Standort? Welche Produkte stellen wir zukünftig her? Welche Kompetenzen zu Fertigung und Prozesse hat das Werk oder benötigt es für die Zukunft?“

Wie passt dieses umfangreiche Restrukturierungskonzept „SPACE“ zur Zukunftsvereinbarung? Man könnte denken, der Betriebsrat schließt eine Vereinbarung zur Sicherung von Standort und Beschäftigung und in der Folge bleibt der Betriebsrat von heftigen Einschnitten – Personalabbau und Restrukturierung – verschont.

JÜRGEN WECHSLER Die kapitalistische Konkurrenz um bessere Produkte, beste Prozesse und beste Kosten führt in Unternehmen ständig zu Anpassungen. Stillstand gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Zuletzt erlebten wir 2014 eine solche Gefährdung. Die Industriesparte geriet mit niedrigen Erträgen und stagnierendem Umsatz in eine höchst kritische Lage. Die dann folgenden Einschnitte waren umso heftiger. Es ist auch in unserem Interesse, frühzeitig Veränderungen vorzunehmen, die es uns ermöglichen, Lösungen im Interesse der Belegschaft durchzusetzen.

SALVATORE VICARI Die Zukunftsvereinbarung beinhaltet an dieser Stelle eine große Chance.

Wir sagen nicht einfach NEIN, mit uns nicht! In Zusammenarbeit mit einem externen arbeitnehmerorientierten Beratungsinstitut prüfen wir die Pläne des Managements und legen alternative Vorschläge auf den Verhandlungstisch. In dem von Jürgen Wechsler beschriebenen Sinne bringen wir uns ein für die beste Lösung, die die Sichtweise und die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt.

ULLRICH SCHÖPPLEIN Für Eltmann wie auch für das Werk Wuppertal legten die Betriebsräte ein Konzept vor, das den Weiterbetrieb für einige Zeit wirtschaftlich gesichert hätte. Da kommen wir an die Grenze unserer Einflussnahme. Weil der Vorstand die langfristige Tragfähigkeit bestritt, konnten wir uns mit unseren Vorschlägen nicht durchsetzen. Es bleibt trotz aller Mitbestimmungsrechte bei der letzten Entscheidungsmacht des Unternehmens. Die

Ausweitung der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten fehlt.

Wie bewertet ihr die Zukunftsvereinbarung unter dem Eindruck der schwierigen Verhandlungen zu „SPACE“?

JÜRGEN SCHENK Die Konflikte mit dem Management sind nicht weniger hart. Diese Vielfalt an Programmen bringt massive Unruhe, Arbeitsverdichtung und Unzufriedenheit in die Belegschaft. Die Einschätzung



Lichter für den Fortbestand des Werkes Eltmann

JÜRGEN WECHSLER „Das industriepolitische Umfeld unterliegt, auf die weitere Zukunft betrachtet, großen Veränderungen. Die Transformation der Mobilität von fossilen Energieträgern zu alternativen Lösungen mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb, die CO₂-freie nachhaltige Produktion, die Komplexität der Lieferketten, die Gesundheitsmaßnahmen in der Pandemie



Protest gegen »SPACE« 2021

der Betriebsräte, dass die Kündigung aller 179 Kolleginnen und Kollegen in der Leiharbeit der QB* ein Fehler ist, hat sich bewahrheitet. Schon zum 1. März 2021 stellte das Unternehmen die Hälfte der zuvor entlassenen Mitarbeiter wieder ein – unbefristet! Das Verhandlungspaket für Schweinfurt verknüpfte der Vorstand mit Zugeständnissen zum Einsatz von Leiharbeitnehmern. Das und noch viel mehr erschwerte die Verhandlungen.

ULLRICH SCHÖPPLEIN Hilfreich waren die zahlreichen Aktionstage zur Unterstützung der Verhandlungen. In allen Standorten wurde die Solidarität deutlich. In Eltmann informierten wir in enger Tuchfühlung mit der Belegschaft über alle Inhalte der Verhandlungen. Häufig in kleinen Gruppen, weil die Corona Gesundheitsschutzmaßnahmen uns Regeln auferlegten.

SALVATORE VICARI Ohne die Rahmensetzung der Zukunftsvereinbarung wäre das gewaltige Paket nicht in dieser Weise lösbar gewesen. Mehrfach drohte das Scheitern der Verhandlungen. Es besteht beim Interessenausgleich nach dem Betriebsverfassungsgesetz kein Zwang zur Einigung. Wenn der Arbeitgeber nachweisen kann, dass er ernsthaft verhandelt hat, kann er im Zweifel die Maßnahmen einseitig umsetzen.



Papierschiffchen symbolisieren den Arbeitsplatzverlust – „Wir sitzen alle in einem Boot“

ULLRICH SCHÖPPLEIN Die Schließung von Wuppertal und Eltmann überschreitet unsere ‚rote Linie‘, die wir uns gegeben hatten. Auf der Habenseite steht aber jeweils ein hoch ausgestatteter Interessenausgleich. Wir lassen uns nicht billig abspeisen. In Wuppertal entsteht ein neuer kleiner Schaeffler Standort für Aufarbeitung von gebrauchten Lagern. Eltmann zieht mit der ganzen Produktion und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das möchten, nach Schweinfurt um.

JÜRGEN WECHSLER Das ursprüngliche Konzept des Vorstands hat wesentliche, von uns durchgesetzte, Veränderungen erfahren. Ein Moratorium hat die Verlagerung von Produkten nach Osteuropa gestoppt! Jetzt sieht eine Konzernbetriebsvereinbarung erweiterte Beteiligungsrechte der Betriebsräte bei Verlagerung von Maschinen und Produkten,

Outsourcing und Fremdvergabe vor. Alternativen oder Ersatzvolumen werden verhandelt.

JÜRGEN SCHENK Auch wir mussten Kröten schlucken, wie die Zentralisierung von Aktivitäten des Werkzeug- und Maschinenbaus an anderen deutschen Standorten. Andererseits entsteht ein Robotic-Zentrum, ein Innovationszentrum Industrie 4.0, Ausbau von Aerospace und Investitionen in die Schmiede.

JÜRGEN WECHSLER Die Regelungen in der Zukunftsvereinbarung, insbesondere der paritätische Steuerkreis, ist eine zusätzliche Einflussnahme auf Entscheidungen des Vorstands und somit eine wirksame Ergänzung zur häufig diskutierten Ausweitung der Mitbestimmung im Aufsichtsrat. Diese erweiterte Form der Mitbestimmung hat sich in der Gesamtbewertung bei SPACE bewährt. Wir haben Alternativen zu Werkschließungen erreicht und Standorte perspektivisch mit neuen Produkten gestärkt. Selbst ein Vetorecht gegen Werkschließungen würde eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der strategischen Perspektive nicht verhindern. Die Ausweitung der Mitbestimmung könnte uns allerdings helfen, wenn es zukünftig um die Durchsetzung tragfähiger Konzepte der Arbeitnehmerseite ginge.

*Anmerkung: Die unternehmenseigene Qualifizierungs- und Beschäftigungs GmbH (QB) beschäftigt seit 1999 Leiharbeitnehmer zu Bedingungen des IG Metall Tarifvertrags. Diese Arbeitnehmer sind der Stammbetriebschaft gleichgestellt mit zwei Ausnahmen. Sie fallen nicht unter den Kündigungsschutz der Beschäftigungsvereinbarung und sind flexibler einsetzbar. Die maximale Verleihdauer beträgt zwei Jahre, die mit Zustimmung des Betriebsrats auf bis zu vier Jahre verlängert werden kann.

Das Gespräch führte Norbert Lenhard im März 2022.

JÜRGEN SCHENK, Betriebsratsvorsitzender in Schweinfurt, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Mitglied im Steuerkreis der Zukunftsvereinbarung, stellvertretender Vorsitzender des GBR.

ULLRICH SCHÖPPLEIN, Betriebsratsvorsitzender in Eltmann, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats.

SALVATORE VICARI, Betriebsratsvorsitzender in Homburg/Saar, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Mitglied im Steuerkreis, Vorsitzender des GBR.

JÜRGEN WECHSLER, ehemaliger Bezirksleiter IG Metall Bayern, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, Mitglied im Steuerkreis.

Der Konflikt wird in einer ca. 60-seitigen Broschüre umfassend dargestellt.

ROLAND BUDZ, Sozialpartnerschaft versus Konfliktpartnerschaft bei Schaeffler – Das Spannungsverhältnis zwischen Zukunftsvereinbarung und dem Maßnahmenprogramm „SPACE“, IG Metall Schweinfurt, Juni 2022

125 Jahre Transformation – Interview mit Oliver Moll

Lieber Olli, du bist Betriebsratsvorsitzender der ZF Friedrichshafen AG am Standort Schweinfurt; einem Standort, den es seit mehr als 125 Jahren gibt. Sind das auch 125 Jahre Transformation?

OLIVER MOLL Ja, so würde ich das heute bezeichnen, da der Begriff der Transformation in aller Munde ist. Aber ich denke für die Kolleginnen und Kollegen, die das erlebt haben, war es zunächst eine

Weiterentwicklung der Technik, die Erfindung neuer Produkte und der Aufbruch in neue Märkte. Wir haben vom Kugellager über die Torpedo-Nabe für Fahrräder über Motoren für Zweiräder hin zum

sortenreinen Automobilzulieferer mit Stoßdämpfer, Kupplung, Wandler und Zweimassenschwungrad die Produkte für die zeitgemäße Mobilität der Menschen gebaut. Dabei haben der Firmenname und die Eigentümerverhältnisse immer wieder gewechselt. Aber was recht stabil da gewesen ist, ist der Betriebsrat! Wohin das geführt hat, als dies im Faschismus nicht so war, wissen wir alle.

Wo steht die ZF heute? Die Vorstellungen einer zeitgemäßen Mobilität dehnen sich ja vom dicken Diesel-SUV bis hin zu einem modal split, also dem Verteilen des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel mit viel ÖPNV und Fahrradfahren in ungeahnter Bandbreite.

OLIVER MOLL Nun ja, da ist es gut, dass wir als Standort mit unserem Portfolio breit aufgestellt sind und bis auf Fahrräder für alle Facetten der Mobilität etwas zu bieten haben. Nur, denke ich auch, neigt sich die Zeit für den Diesel-SUV dem Ende entgegen. Deshalb hat ZF bereits 2016 mit dem Programm

„Speed“ die Division E-Mobility gegründet und die Industrialisierung von E-Motoren auf den Weg gebracht. Das haben wir als Betriebsrätinnen und Betriebsräte auch forciert, weil auf der anderen Seite die Stoßdämpferproduktion unter hohen Wettbewerbsdruck geraten ist und verlagert werden sollte. Und wir brauchten dafür natürlich eine Produktwelt, die zukunftsfähig ist.

Du sagst, dass die Stoßdämpfer verlagert werden sollten. Heißt das, dass ihr das verhindern konntet?

OLIVER MOLL Wir haben das nicht komplett verhindern können, aber von den angekündigten 1.300 Arbeitsplätzen sind schlussendlich nur 600 verlagert worden und die dadurch frei gewordenen Kolleginnen und Kollegen haben allesamt einen neuen Platz in der Division Elektromobilität gefunden. Und falls sich die Frage stellt, wie wir das hingekriegt haben, kann ich nur so viel verraten. Wir haben das Produkt in unseren Überlegungen in seine Einzelteile zerlegt und herausgearbeitet, wo unsere Kernkompetenzen und Alleinstellungsmerkmale auch in billigen Kostenvergleichen die entscheidende Rolle spielen. Denn am Ende geht es um „Besser statt Billiger“. Das haben allerdings viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber noch nicht verstanden. Unserem Management konntet wir das aber nahebringen und so werden heute noch Teile für Dämpfungssysteme in Schweinfurt produziert!

Das war 2016. Seitdem sind fünf Jahre ins Land gegangen, die neben einer Pandemie auch die Zeitenwende am Antriebsstrang gebracht hat. Die Elektromobilität ist nicht mehr aufzuhalten und die Automobilindustrie befindet sich in einem sehr grundsätzlichen Wandel. Wie geht ihr diese Themen also in 2021 an?

OLIVER MOLL Das Projekt Speed war noch nicht ganz abgeschlossen, als der Arbeitgeber mit neuen Ideen ums Eck kam, um den Standort wettbewerbsfähig in die Zukunft zu bringen. Wir haben unsererseits bereits 2018 ein Zielbild eingefordert und elf Handlungs-

felder benannt, in denen wir Ansatzpunkte für Zukunftsfähigkeit ermittelt haben. Und da war er dann auch wieder: Der alte Widerspruch von Kapital und Arbeit, der uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ja schon immer begleitet: Während sich die Arbeitgeberideen auf kurzfristige Kostensenkung und Profit fokussierten, haben wir an einem langfristigen Konzept für einen erfolgreichen Standort gearbeitet, das gute Arbeit und Perspektiven für die Beschäftigten mit dem Unternehmenserfolg verknüpft und ihn nicht auf Kosten der Beschäftigten erzielt! Es hat mehr als zwei Jahre gedauert, bis wir uns mit unserem Ansatz Gehör verschaffen konnten. Das war auch pandemiebedingt, aber eben nicht nur.

Das macht neugierig. Worum ging es denn noch?

OLIVER MOLL Nun, ohne aus dem Nähkästchen zu plaudern, will ich das mal so formulieren. Wir haben eine Zeitlang gebraucht, um zu begreifen, vor welchem grundsätzlichen Wandel wir stehen, und zwar auf beiden Seiten. Auf der Arbeitgeberseite wurde ausschließlich auf Kostensenkung fokussiert, und zwar zulasten der Beschäftigten. Auf der Arbeitnehmerseite gab es hie und da die Idee, dass ein beschäftigungsorientiertes Zukunftsbild ganz ohne Härten umgesetzt werden könnte. Das war nun ein längerer Prozess, der viele Gespräche und Workshops brauchte, um das gegenseitige Verständnis und eben auch die unterschiedlichen Perspektiven herauszuarbeiten. Nun sind wir da auf einem guten Weg, denke ich.

Du hast bislang nur aus der Standortperspektive argumentiert, und da seid ihr als sogenannter Multidivisionsstandort mit vielen unterschiedlichen Produkten natürlich gut aufgestellt. Aber wie sieht es für die ZF insgesamt aus?

OLIVER MOLL Auf der Ebene des Konzerns hat die IG Metall mit Unterstützung des Gesamtbetriebsrats einen Tarifvertrag Transformation abgeschlossen, der auf der einen Seite die Beschäftigung bis 2022 für alle deutschen Standorte der ZF absichert. Auf der

anderen Seite machen sich alle deutschen Standorte auf den Weg, ein sogenanntes Zielbild zu entwickeln. Aus diesen Zielbildern werden dann entsprechende Maßnahmen und Projekte abgeleitet, um diese Ziele auch erreichen zu können. Dabei gilt es, die technischen Möglichkeiten der jeweiligen Standorte auszuloten, genauso wie die Marktchancen des Portfolios und dabei nichts als gegeben hinzunehmen, sondern konsequent an der Verbesserung der Chancen und Möglichkeiten zu arbeiten.

Die Aktivitäten im Rahmen des Tarifvertrags werden zentral koordiniert und evaluiert. Dabei ist klar, dass insbesondere die kleineren Standorte nicht ohne externe Unterstützung auskommen werden. Hierzu gibt es ein Patensystem, sowie die Unterstützung durch ein Fraunhofer-Institut und die IG Metall.

Zum Schluss noch die Gretchenfrage: Glaubst du das alles hilft, die Herausforderungen der Transformation zu stemmen und die Beschäftigung zu sichern?

OLIVER MOLL Das ist tatsächlich eine komplexe Frage. Wenn ich mir überlege, dass wir einerseits die Folgen von Klimawandel und Rohstoffknappheit bewältigen müssen, während sich andererseits die Arbeitswelt zusehends digitalisiert und wir eine Regionalisierung der Weltwirtschaft beobachten müssen, kann ich nicht davon ausgehen, dass ausgerechnet in der Automobilindustrie alles so bleibt, wie es ist.

Aber das ist in transformativen Zeiten so. Das haben wir in der Textil-, der Kohle- und der Stahlindustrie gesehen und ich denke, woran wir arbeiten müssen, sind Konzepte, wie wir für Wege von „Arbeit in Arbeit“ sorgen können, in der Firma, in der Region, aber innerhalb oder eben auch außerhalb der Branche, aus der wir kommen. Dazu brauchen wir die Zusammenarbeit aller Akteure in der Region, genau wie jede Menge gute Ideen, Innovation und Erfindergeist!

Das Gespräch wurde im Oktober 2021 geführt

Die gesamte Gesellschaft im Blick – für ein besseres Leben!

Der Doppelcharakter der Gewerkschaften beschreibt ihre Aufgabe im Kampf für Verbesserungen im Betrieb und für die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten, beschreibt aber gleichermaßen ihre Aufgabe, eine Vision von einem besseren Leben in sich zu tragen. Entsprechend vielschichtig ist ihre Mitwirkung in gesellschaftlichen Fragen.

Vom Gastarbeiter zum Schweinfurter-Interview mit Pietro Messina

Wir werden politisch – gewerkschaftliche Jugendarbeit in den 1970er-Jahren

Ohne Gage ohne Lohn – die DGB Songgruppe

Schweinfurt ist bunt– Kampf gegen Neofaschismus

DGB und SPD: Uneins, aber einig?

Ehrung für Engagierte – die Fritz-Soldmann-Urkunde



Vom „Gastarbeiter“ zum Schweinfurter – Interview mit Pietro Messina

Mit dem Wirtschaftswunder der Bundesrepublik werden immer mehr Arbeitnehmer gesucht, die auf dem inländischen Markt nicht mehr zu finden sind. Und so schließt die Bundesrepublik am 20. Dezember 1955 mit Italien das erste Anwerbeabkommen ab, um so genannte Gastarbeiter nach Deutschland zu holen. Es folgen Abkommen mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). So kommen in den 1960er und 70er-Jahren einige Tausend gerufene „Gastarbeiter“ aus Südeuropa nach Schweinfurt. In Schweinfurt arbeiten 1963 schon 1.531 Gastarbeiter, darunter 296 Frauen. 1971 sind es bereits 3.624. Auf ihre Integration wird seitens der Bundesrepublik keinen gesteigerten Wert gelegt, sollen die Menschen doch nach wenigen Jahren wieder zurück in ihre Heimatländer. Das taten einige, viele nicht. Sie wurden gebraucht und blieben. So findet die Integration in die Gesellschaft zunächst vorwiegend über den Arbeitsplatz statt. Dieser befindet sich meist in einem der vier großen Unternehmen der Schweinfurter Metallindustrie, später aber auch im öffentlichen Dienst und im Handwerk. So werden die hiesigen DGB-Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, zum natürlichen Ort der Integration. Die Kolleginnen und Kollegen aus Italien, der Türkei und Griechenland lernen Sprache und Gebräuche des Gastlands nicht in eigens dafür eingerichteten Integrationskursen, sondern mit der Arbeit im Betrieb, im Kontakt zu den deutschen Kolleginnen und Kollegen, in Pausengesprächen, in Sitzungen und Lehrgängen der Gewerkschaften.

Was Kollege Pietro Messina im Interview beschreibt, sind seine, größtenteils sehr positiven Erfahrungen als „Gastarbeiter“. Ein Begriff, den er gar nicht mag, wie er sagt.

Doch es gibt auch andere Biografien von Kollegen, die sich schwertun mit der Sprache und dem Eingewöhnen. Die im Alltag von Einheimischen als „Kanaken“ oder „Itaker“ beschimpft werden und rassistische Beleidigungen und Diskriminierungen erleben. Ausgrenzungen, die sich über Jahrzehnte hinziehen.

Interview von Elisabeth Kranz mit Pietro Messina, Italiener, der 44 Jahre bei Fichtel & Sachs in Schweinfurt arbeitete (aus 2017).

Wo warst du in Schweinfurt beschäftigt und wie bist du nach Schweinfurt gekommen?

PIETRO MESSINA Ich bin im Juni 1970 in Schweinfurt gelandet und bin dann zum Arbeitsamt. Dort haben sie mich gefragt: ‚Wo wollen Sie arbeiten? Bei Sachs, SKF oder Kugelfischer?‘ Ich habe gesagt, ich möchte bei Sachs arbeiten, weil ich dort eine Bekannte hatte. 1970 bin ich dann sofort in die Produktion gegangen, klar, ich bin ja kein Ingenieur, in Italien habe ich bei VW Automechaniker gelernt. Dann war ich also bei Sachs und die Griechen haben mich gefragt: ‚Was? Du bist



Solidaritätsfest, 1982

Italiener?’ In der Produktion habe ich die Maschinen ganz genau gekannt: Wenn die Maschinen kaputt waren, habe ich sofort gewusst, wie sie zu reparieren sind, weil ich Automechaniker war. Das hat auch der Meister gemerkt. Ich habe auch meinen griechischen Kollegen viel geholfen in meiner Abteilung, da habe ich schnell gemerkt, dass es viele Probleme gab. Und ich habe gleich zu Beginn gedacht, dass ich in die Gewerkschaft gehe, weil vor allem die Griechen Probleme hatten. Viele sind zu mir gekommen: ‚Pietro, ich möchte Urlaub, ich habe Probleme in der Abteilung, ich habe Probleme mit der Schichtarbeit, die Kinder sind krank.‘ Da habe ich gedacht, ich gehe auch hier zur Gewerkschaft. Und die Leute waren begeistert von mir, weil ich italienisch konnte und dann bin ich immer losgegangen und habe auch Lehrgänge gemacht, was mir sehr Spaß gemacht hat. Die Chefs und die Meister haben mich geschätzt. Bald war ich dann auch Vertrauenskörperleiter und ich hatte vor niemandem Angst. Ich war immer für die Leute da und war immer dabei, das hat mir immer Spaß gemacht. Ab da habe ich als Vertrauensmann meine Leute vertreten.

Warum bist du ausgerechnet nach Schweinfurt gekommen?

PIETRO MESSINA Ich habe daheim in Italien ein Mädchen kennengelernt, in das ich mich verliebt hatte. Meine Mutter war sehr dagegen, meine Schwester ist schon verheiratet und lebt in Athen und ich wollte nach Deutschland zu dem Mädchen nach Schweinfurt, das bei Sachs gearbeitet hat. Das Mädchen hat gesagt, wenn du nach Deutschland kommst, kannst du bei uns bei Sachs arbeiten. Einen Monat habe ich dann bei ihr gelebt, ohne zu arbeiten und ich bin ehrlich, da habe ich oft geweint, weil ich weg von meiner Heimat war und immer an meine Familie, meine Mutter, meinen Bruder gedacht habe. Deshalb bin ich hergekommen, auch wenn nach zwei Jahren zwischen uns finito war – sagt man auf Italienisch – aber trotzdem bin ich stolz. Ich sage immer: Deutschland ist meine zweite Heimat, ich

konnte mich integrieren. Viele Griechen und Türken tun mir leid, weil die sich nicht integriert haben und es denen oft schlecht gegangen ist. Man muss sich integrieren und die Sprache lernen! Die Leute sind so nett. Es gibt auch schlechte Menschen, aber die gibt es auch in Italien oder Griechenland.

Hattest du Heimweh?

PIETRO MESSINA Ja, das hatte ich, aber auch jetzt noch! Wenn ich nach Italien komme, wo meine ganze Familie und Freunde leben, dann bleibe ich länger, oft drei bis vier Wochen. Wenn ich dann wieder nach Deutschland zurückkomme, bin ich traurig. Ich kann mich noch vor Jahren erinnern, als ich einmal zurückgefahren bin und geweint habe. Ich telefoniere jeden Tag mit meiner Mutter und mit meinem Bruder, aber früher war das wirklich schwer.

Zurück zu deiner Arbeit bei Sachs: Wie hast du dein Arbeitsleben als Gastarbeiter wahrgenommen? War Gastarbeiter zu sein ein großes Thema?

PIETRO MESSINA Ich muss sagen, ich mag dieses Wort nicht. Bei dem Wort Gastarbeiter werde ich immer ein bisschen nervös und böse, weil wir in Italien so etwas nicht sagen. Dieses Wort gibt es bei uns nicht! Ich sage aber ehrlich, ich habe auch Probleme gehabt. Am Anfang habe ich schwere Arbeit gehabt und oft an der Hand geblutet. Ich war am Ende zwanzig Jahre in der Produktion. Die dritte Schicht habe ich nicht gemocht, weil ich früh nicht schlafen konnte und deshalb habe ich mich auch neu beworben für den Wareneingang mit Lieferscheinen und Frachtbriefen. In dieser Abteilung hatten sich schon dreißig Leute beworben und ich habe am Ende den Job bekommen. Der Chef dort dachte anfangs aber, dass ich ja Italiener bin und deshalb kein Deutsch oder gar nicht erst lesen kann. Aber das finde ich schwach! Es ist doch egal, wer welche Nationalität hat. Man lädt denjenigen ein und schaut ihn sich erst einmal an. Solche Chefs gibt’s aber genug, die Ausländer nicht wollen und dich nichts machen lassen, sowas ist schwach.

Das Thema Gastarbeiter war für dich also lange präsent und es war schwierig, sich in der Firma weiterzuentwickeln oder aufzusteigen?

PIETRO MESSINA Ja, auf jeden Fall! Aber früher war es schlimmer. Jetzt stehen ja auch die Gewerkschaften sehr dahinter. Man muss auch sagen, dass ein guter Betriebsrat sehr wichtig ist. Als ich mich auf die neue Stelle dort beworben habe, hat man für mich beim Chef gesprochen und gesagt: ‚Laden Sie den Messina ein und schauen Sie sich ihn an.‘ Der hatte mich ja bis dahin zwei bis drei Monate warten lassen, ich habe nichts gehört. Dann habe ich mich vorgestellt und den Job bekommen. Aber dann gab es noch andere Probleme in dieser Abteilung: Die Leute haben mir dort nicht genau gezeigt, wie die Arbeit geht. Und ich habe ja auch viel mit den Gewerkschaften zu tun gehabt, hatte Sitzungen. Wenn ich dann zur Arbeit gekommen bin, haben mir die Kollegen nicht geholfen. Die waren ein bisschen so nach dem Motto ‚Schau mal wie schön der lebt, wie gut der es hier hat, der geht in die Gewerkschaft.‘ Und dann hatten die gedacht: ‚Sollen wir für den arbeiten?‘ Das fand ich nicht sehr schön. Aber nachher haben wir uns langsam aneinander angepasst.

Und apropos: Noch während ich in der Produktion war, habe ich gedacht, dass ich in die Volkshochschule möchte. Ich hatte zwei Schichten gehabt und bin dann trotzdem noch in die Volkshochschule in Schweinfurt. Die zweite Schicht sagte, nein du gehst nicht, du musst hierbleiben. Dann bin ich zum Betriebsrat und der hat gesagt, ‚Messina gehen Sie, aber Sie bekommen weniger Geld.‘ Da habe ich gesagt: ‚Ist mir egal, ich möchte Deutsch lernen.‘ Ich wollte ja auch einen anderen Job.

Das Verhältnis zu den Kollegen war als Gastarbeiter also nicht ganz einfach, oder? Gab es viele Vorurteile gegenüber Ausländern?

PIETRO MESSINA Ich sage ganz ehrlich, wenn jemand Ausländer war und sich nicht integriert hat, dann aber mit den Deutschen sprechen wollte, dann

hatte der oft Probleme. Den hat man an den Rand geschoben und ihm nicht geholfen – genauso wie bei vielen Ausländern heute. Ich kann mich erinnern, dass es bei mir immer anders war, weil ich immer Contra gegeben und nichts geschluckt habe. Vor mir hatte man Respekt, weil ich immer meine Meinung gesagt habe. Viele türkische, griechische oder slowenische Kollegen waren von den deutschen Kollegen im Vergleich ganz gedrückt. Die hatten oft viele Probleme, sie haben mir leidgetan. Das ist der Grund, warum ich



in die Gewerkschaft gegangen bin. Mein Vater ist auch in der Politik.

Und apropos da kann ich noch eine kurze Geschichte zu Italien 1974/75 erzählen: Wir haben uns mit ein paar Leuten in Italien getroffen und die haben gefragt, was ich denn in Deutschland und bei den Gewerkschaften suche. Da wurde ich gefragt: ‚Was? Bist du Kommunist?‘ Die Gewerkschaft in Deutschland, habe ich entgegnet, ist die beste Gewerkschaft der Welt. So was gibts woanders gar nicht. Die machen Lehrgänge, die gehen in die Schule, da bist du wie ein Rechtsanwalt für die Arbeitnehmer – du hast ja keine Ahnung!

Dann waren die Gewerkschaften also sehr wichtig für dich?

PIETRO MESSINA Ja, Gewerkschaften sind für die Arbeitnehmer, für die Gerechtigkeit da! Früher wurde man als Beschäftigter viel kommandiert und das geht nicht. Wenn jemand eine Firma hat und es der gut geht, dann sollte es den Arbeitnehmern auch gut gehen. Da darf die Schere nicht zu weit auseinandergehen. Das finde ich wichtig! Und ich glaube, die Gewerkschaften haben einen großen Beitrag geleistet, da geht es Deutschland gut.

Vor allem Schweinfurt ist ja durch die Gewerkschaften streikerprobt! Hast du dich auch an den vielen Streiks in Schweinfurt beteiligt?

PIETRO MESSINA Natürlich, ich bin immer raus! Ich habe auch die Leute beschimpft, die drinnen geblieben sind und nicht beim Streik mitgemacht haben. Da habe ich immer gesagt, dass es Gesetze für die Streikbeteiligung geben müsste, aber das geht natürlich nicht. Die Leute, die bei der IG Metall sind und rausgehen, die kriegen das Geld und die, die nicht mitmachen, bekommen nichts (Pietro lacht). Das macht der Arbeitgeber natürlich nicht. Ich kann mich auch erinnern, als wir bei einem Streik bei Sachs vorbeigelaufen sind und die oben vom Büro nur runtergeschaut haben. Da habe ich mich immer geärgert, mit was für einer Kälte die uns von oben raus angeschaut haben – Ungerechtigkeit! Viele Leute haben seelisch sehr drunter gelitten, ich habe mir nichts sagen lassen, aber andere taten mir sehr leid. Ich habe oft zu meinem Bruder gesagt, diese Leute von früher tun mir leid. Meine Familie hat mich oft gefragt, ob ich Probleme in Deutschland mit den Nazis habe und ich habe immer gesagt, ich habe keine schlechten Erfahrungen mit den Deutschen gemacht.

Sind viele Gastarbeiter dann wieder in ihre Heimat zurückgegangen?

PIETRO MESSINA Viele sind wieder gegangen, ja. Die hatten Kinder und sind dann wieder zurückgegangen. Ich kannte jemand mit drei Kindern. Den habe ich gefragt, ob er nicht hierbleiben

möchte. ‚Deine Kinder sind doch jetzt groß?‘ Da meinte er, nein, er möchte wieder nach Griechenland. Die Kinder sollen dort in die Schule gehen. Aber hier gibt es ja auch griechische Schulen – er wollte aber unbedingt.

Und wie empfindest du allgemein das Leben in Schweinfurt? Gefällt es dir hier?

PIETRO MESSINA Insgesamt sind die Deutschen sehr nett. Ich habe keine Probleme, das muss ich wirklich sagen. Ich kann nicht viel Negatives berichten. Oh, da fällt mir noch eine Geschichte zu 1970 ein. Ich bin in Deutschland mit dem Zug in München angekommen. Ich stand da am Bahnhof und habe nicht gewusst, wie das mit dem Ticket funktioniert. Ich hatte ja nur die Adresse in Schweinfurt. Da stand aber ein Haufen Leute und ich habe zwei Griechen gefunden, die ich fragen konnte. Die beiden haben mir dann gesagt, wo ich hin muss. Da habe ich aber nicht richtig aufgepasst und bin in Nürnberg rausgekommen. Es war schon nachts um 11 Uhr und da war kein Mensch mehr. Ich war müde und dachte mir, oh Gott, wo bin ich hier gelandet – da war ich 21 Jahre alt und das erste Mal weg von zu Hause. Ich glaube, da habe ich auch geweint. Ein Polizist am Gleis hat mir dann gesagt, wann der richtige Zug kommt. Als ich eingestiegen bin, saßen da dann Studenten, die mir weitergeholfen haben. An einem kleinen Bahnhof von Werneck bin ich am Ende ausgestiegen und habe mich gefragt, ob es hier vielleicht ein Taxi gibt. Aber da war es 5 Uhr früh und ich stand da. ‚Was mache ich jetzt?‘ Dann habe ich meinen Daumen rausgehalten und jemand hat mich mitgenommen, der von der SKF war und meinte, er kenne die Familie, zu der ich möchte. Und da hat man mich dann gekannt: ‚Du bist doch der Pietro – das Mädchen wohnt da drüben.‘ Dann hat man mir erst einmal Kaffee gemacht.

Das Interview führte Elisabeth Kranz

Wir werden politisch – gewerkschaftliche Jugendarbeit in den 1970er-Jahren

Jugendarbeit in den damals 16 Einzelgewerkschaften des DGB war überwiegend dadurch geprägt, dass man sich zu Freizeitunternehmungen getroffen hat, gemeinsame Filmabende durchgeführt hat und in den Betrieben über die Jugendvertretungen Interessenvertretung organisiert hat. Die Studentenrevolten 1968 fielen in eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Vollbeschäftigung. Jugendarbeitslosigkeit war ein Fremdwort, Kriegsdienstverweigerung aber ein wichtiges Thema. Schließlich wurden viele von uns nach Beendigung der Ausbildung entweder für 15 Monate zur Bundeswehr eingezogen oder traten ihre Stelle als anerkannter Kriegsdienstverweigerer an. Die Jugendarbeit politisierte sich. Gedenktage wie die Reichspogromnacht (9. November 1938), der Antikriegstag am 1. September und Gedenkveranstaltungen in den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg wurden von uns aktiv gestaltet. Ein Termin ist für uns als Lehrlinge noch wichtig. Ab dem 1. September 1969 waren wir jetzt Auszubildende. Der Bundestag hatte mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zum ersten Mal die Berufsausbildung in einem Gesetz geregelt. Das Gesetz vereinheitlichte die bisherigen Regelungen in den Handwerksordnungen und anderen Vorschriften. Ein Hauptkritikpunkt war die Regelung über eine gestufte Ausbildung. Diese sieht vor, dass in den Ausbildungsordnungen dreistufige Ausbildungsberufe vereinbart werden konnten. Das wollten wir auf jeden Fall verhindern und über die Betriebsräte und Jugendvertretungen wurde auf die großen Betriebe eingewirkt, dass die Ausbildung über mindestens drei Jahre mit dem Fachabschluss bei der zuständigen



Anti-NPD-Demonstration, 1983



Kammer (i. d. R. IHK oder HK) die Regel blieb. Und ab September 1969 durften wir unser heiß geliebtes Berichtsheft während der Arbeit führen. Das ging nicht ganz so einfach, wie man sich das eigentlich denkt, wenn es im Gesetz so drinnen steht. Aber über viele betriebliche Aktivitäten konnten wir das dann auch durchsetzen. Der Kreisjugendausschuss des DGB war unser Gremium, wenn es darum ging, betriebliche und überbetriebliche Informationen auszutauschen, Aktionen zu planen und durchzuführen.



Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

In den 70er-Jahren war ein Wochenendseminar für die Klassensprecher an der Berufsschule ein wichtiges Instrument, um insbesondere mit Auszubildenden aus Klein- und Mittelbetrieben ins Gespräch zu kommen. In den Klein- und Mittelbetrieben ging es verstärkt auch um Jugendarbeitsschutz und die Verhinderung von ausbildungsfremden Tätigkeiten („Ausbeutung Tag für Tag, gesichert durch den Lehrvertrag.“). Uns gelang es, in vielen kleineren und mittleren Betrieben, Banken und Versicherungen Jugendvertretungswahlen durchzusetzen. Treffpunkt war das Jugendheim im Gewerkschafts- haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße. In den 70er- Jahren wurde das mit viel Eigeninitiative so umge- baut und eingerichtet, wie wir das haben wollten. Bildungsarbeit an den Abenden und an bis zu sechs Wochenenden im Jahr waren ein Kern unserer Arbeit. Es ging um die Reform der Betriebsverfassung, die Verbesserung der beruflichen Bildung, um Umwelt- themen, die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, um Frieden und Abrüstung sowie die Aufarbeitung der Nazivergangenheit. Dabei kam aber auch die gemeinsame Freizeit nicht zu kurz. Wir kegelten regelmäßig, veranstalteten Disko-Abende und einmal im Jahr gab es ein Zeltlager auf der „Hohen Wann“ bei Haßfurt. Ab Mitte der 70er Jahre verschärfte sich die wirt-

schaftliche Situation. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel waren die Folgen. Die Planungen für ein Kernkraftwerk in Grafenhein- feld wurden öffentlich und auch für uns junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war das ein Thema. Von Anfang an standen wir mit der Bürger- bewegung gegen den AKW-Standort in Verbindung und brachten uns aktiv in die Arbeit ein. Viele fantasievolle Aktionen fanden statt. Trotzdem wurde das AKW gebaut und ist schon wieder seit 2015 Geschichte. Die Hinterlassenschaften werden unsere Region aber noch über viele Jahre begleiten. Am Antikriegstag 1979 ergriffen wir die Initiative, um die Wilhelmstraße (nach dem letzten deutschen Kaiser 1914 in einen Krieg gegen Frankreich gezwungen hatte,



Umbenennung der Wilhelmstraße in Wilhelm-Leuschner- Straße, eine Initiative der DGB-Jugend



Kundgebung zum Antikriegstag

der sich zu einem Weltkrieg ausweitete und bis 1918 Europa in Schutt und Asche legte) in Wilhelm- Leuschner-Straße (nach dem Gewerkschafter, der 1890 in Bayreuth geboren und am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde; er gehörte dem Kreisauer-Kreis an, der auch das Attentat am 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler durchführte) umzubenennen. In etlichen Musikveranstaltungen füllten wir die Stadthalle oder das Naturfreundehaus. Beim Konzert von „Floh de Cologne“ waren über 600 überwiegend Jugendliche. Bei „Ton, Steine, Scherben“ im Natur- freundehaus gab es noch keine Schallbegrenzung. Als Jugendliche haben wir auch polarisiert. Unsere Arbeit wurde nicht nur unterstützt von unseren älteren Kolleginnen und Kollegen. Da lagen auch schon mal dicke Äste auf dem Weg. Die Jusos, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die Falken und die Revolutionäre Jugend/Marxisten-Leninisten (RJ/ML) waren mit am Tisch, wenn wir im Jugendausschuss und auf unseren Versammlungen diskutierten und stritten. Trotzdem



hatten wir in der Gewerkschaftsjugend viele # Ziele, die wir auch gemeinsam verfolgten. Diese waren insbesondere die Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren, die Senkung der Volljährigkeitsgrenze vom 21. auf das 18. Lebensjahr, was dann 1974 Gesetz wurde, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und auf sexuelle Selbstbestimmung. In Schweinfurt haben wir auch immer Bünd- nisse mit anderen Jugendgruppen gesucht und gemeinsame Aktionen durchgeführt. Da ist z. B. die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer- fragen (AfA) der ev.-luth. Kirche zu nennen.

Ein wichtiges Betätigungsfeld war für uns auch die Jugendringarbeit im Stadtjugendring Schweinfurt und im Bezirksjugendring Unterfranken. Wir haben die Diskussionen dort auch politisiert und Interessen- vertretung für Demokratie und gegen Rassismus gemacht. Mit Winfried Enderle stellten wir in den Jahren 1978 bis 1986 auch den Vorsitzenden. Insbesondere in den Gewerkschaften IGM, HBV, ÖTV waren wir stark in den Landesgremien und auf der Bundesebene vertreten. Was war das für eine Zeit!?! Der Beginn der 70er-Jahre: Homosexualität war strafbar (§ 175 StGB), unverheiratete Paare durften eigentlich nicht zusammen übernachten. Es gab den „Kuppelparagraphen“, der das unter Strafe stellte, Volljährigkeit war erst mit dem 21. Lebensjahr erreicht, ohne Trauschein zusammen zu leben war schwierig, uneheliche Kinder waren diskriminiert, die ersten Gastarbeiter kamen nach Deutschland, 1967 putschte das Militär in Griechenland, Spanien und Portugal waren Militärdiktaturen, Südafrika ein Apartheidsregime, 1968 wird Martin Luther King ein Apartheidsregime, 1968 wird Martin Luther King in den USA ermordet, im August 1968 marschieren sowjetische Truppen in Prag ein...

Von Frank Riegler

Ohne Gage, ohne Lohn – die DGB Songgruppe

Unvermittelt fängt Peter Schüllermann an zu singen, wie einst Hans Albers, allerdings nicht von der



Stadthalle Schweinfurt, 1988

Reeperbahn, sondern vom Big-Mac-Stand nachts um halb eins. Die Leute im Café Vorndran drehen sich um. Schüllermann hat eine gute Stimme und plötzlich kann man sich vorstellen, was abgeht bei den Konzerten der DGB-Band.

Die zwei Gründungsmitglieder Peter Schüllermann und Sonja Stöcklein waren quasi Aushilfsmusiker in der alten DGB-Band. Als die sich auflöste, gründeten die beiden mit Michael Ditzel die neue Gruppe gleichen Namens. Das war vor etwa 15 Jahren.

Vieles hat sich verändert in dieser Zeit. Die drei verließen die Fußstapfen der alten Liedermachertradition, sangen eigene politische Texte, die ganz speziell auf Schweinfurt zugeschnitten waren. Aus Mungo Jerrys Ohrwurm "In the Summer-time" wurde „In der Härtereier“, ein Song, der die schwere Arbeit dort beschrieb, auf Drafi Deutschers „Rote Lippen soll man küssen“ ließ sich wunderbar „Am Samstag sollt ihr schaffen“ texten.

Die schönsten Auftritte waren die bei den Warnstreiks der IG Metall, erinnert sich Schüllermann, der übrigens die meisten Texte schreibt. Unvergessen aber auch der Gig bei der Bürgeraktion gegen die A 81 mit dem umgetexteten "Highway to Hell". Dass die Veranstalter am Sprit für das Notstromaggregat sparten und ein schönes Gitarrensolo unterbrachen, ist ihnen längst verziehen.

Man spielte auf Einladung von SPD und Grünen, bei Friedensdemos und für Ausländerorganisationen. Das ist weniger geworden. Aber der Auftritt bei der DGB-Kundgebung am 1. Mai zählt seit vielen Jahren zum festen Programm.

Oft wird die Kernmannschaft durch Musiker aus der Region verstärkt, die einfach Lust am Spielen haben. „Wir sind alle Laien, wenn auch begeisterte“, betont Schüllermann. Tradition hat die Verstärkung durch die sogenannten Sympathisanten aber vor allem beim alljährlichen Auftritt fürs Schweinfurter Frauenhaus. Seit vier Jahren findet dieses Benefizkonzert im Rahmen der Schweinfurter Frauenwochen statt, wie immer im Café Vorndran.

Ein ganzes Jahr lang proben Band und Sympathisanten für den großen Auftritt. Denn das Programm ist immer wieder neu. An diesem Abend werden nämlich nicht die eigenen politischen Songs gespielt, man serviert leichtere Kost. Jeder Gastmusiker darf vorschlagen,



Festzelt am Spitalseeplatz, 1988



DGB Songgruppe auf dem Wichtermann-Platz 2021

was er spielen möchte und dann wird experimentiert und geprobt. Weil viele der Musiker im Schichtdienst arbeiten, ist die gemeinsame Freizeit knapp. Und so gibt es Proben, bei denen der Bassist in der ersten Hälfte dabei ist, bevor er zur Arbeit geht, der Gitarrist in der zweiten Hälfte, wenn er von der Schicht kommt. Beim diesjährigen Konzert am Sonntag, 28. März ist mit Mad Bob übrigens zum

ersten Mal ein Profimusiker dabei. Weitere Sympathisanten sind: Michael Streit, Mickey Bergmann, Ossi Mitschke, Limbi Limbach, Joachim Schön und Tochter Isabell. Zusammen mit den „drei von der DGB-Band“ spielen sie Musik von Zappa über Tracy Chapman und Beatles bis Police. Von den 13 beliebtesten Songs – die Zuhörer machen Kreuzchen – wird es eine CD zum Preis von sieben Euro geben. Fünf Euro davon gehen ans Schweinfurter Frauenhaus. Außerdem spielen die Musiker wie immer ohne Gage, das Personal im Vorndran spendet seinen Lohn und

Chefin Sonja Stöcklein legt noch etwas drauf. Alles ohne Reibungsverluste für den guten Zweck, sagt Peter Schüllermann. Auch die Zuhörer dürfen kräftig spenden, der Eintritt ist schließlich frei.

Von Katharina Winterhalter, 25.3.2004

Schweinfurt ist bunt – Kampf gegen Neofaschismus

In Schweinfurt konnte die Bevölkerung zum Ende eines turbulenten Jahrzehnts ein solidarisches Erlebnis gestalten. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus hatte sich das Bündnis „Schweinfurt ist bunt“ gegründet, welchem sich insgesamt 80 verschiedene Gruppen, Verbände und Parteien mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Wurzeln anschlossen. Wie kam es dazu?

In der zweiten Januarhälfte hatte das Nazinetzwerk „Freies Netz Süd“ einen Aufmarsch für den 1. Mai 2010 in Schweinfurt und in Würzburg angekündigt. Darunter befanden sich über 105 rechtsextreme Gruppen und Parteigliederungen der NPD, die auf diversen Onlineplattformen europaweit für die Teilnahme an den geplanten Aufmärschen in beiden Städten warben. Inhaltlich ging es den Rechtsextremen des „Freien Netzes Süd“ darum, den 1. Mai als Arbeiterkampftag ihren Vorbildern aus 1933 entsprechend national umzudeuten. Der Internationale Tag der Arbeit, der von den Gewerkschaften weltweit gefeiert wird, sollte wie 1933–1945 zum *nationalen Tag der Arbeit* werden. Diese Strategie verfolgten die

Neonazis wieder seit den Nullerjahren zum Teil bis heute. Jeweils zum 1. Mai riefen die ewig Gestrigen abwechselnd in nordbayerischen, thüringischen und sächsischen Städten zu einer möglichst großen Demonstration aller rechtsradikalen Kräfte auf. Zur Gründungsversammlung des Widerstands gegen den Naziaufmarsch am 8. Februar 2010 lud der DGB Schweinfurt ins Kolpinghaus ein. Etwa 40 Organisationen, Verbände, Gruppierungen und Parteien erschienen. Sie wählten mit Frank Firsching den DGB-Regionsvorsitzenden zu ihrem Sprecher und einigten sich auf folgenden Aufruf:

„Das Bündnis ist sich darüber einig, dass Rechtsextremismus in Schweinfurt keine Chance haben darf. Rassismus, Ausländerhass, Gewalt und die Verfolgung von Minderheiten sind mit den Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar.“

Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai sieht es als seine Verpflichtung an, solidarische Maßnahmen in die Wege zu leiten, um alten und neuen Nazis am 1. Mai in Schweinfurt eine klare Absage zu erteilen.“

Als Name wurde „Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Schweinfurt – Schweinfurt ist bunt, nicht braun! Bündnis für Demokratie und Toleranz“ gewählt. Bis zum 1. Mai wuchs das Bündnis auf 80 unter-

stützende Organisationen, darunter Kirchen, Parteien, die Gewerkschaften, die Schweinfurter Antifa, Sport- und Kulturvereine aus der Stadt und dem Umland. In Würzburg wurde ebenfalls auf Einladung des DGB das Bündnis „Würzburg ist bunt, nicht braun“ gegründet.

Wie groß die Solidarität und der Zusammenhalt unter der Bevölkerung in und um Schweinfurt dann tatsächlich waren, konnte das Bündnis selbst kaum fassen. Der 1. Mai 2010 wurde zum unvergessenen Fest der Demokratie.

In den Wehranlagen versammelten sich Tausende. Immer mehr Menschen strömten aus allen Richtungen in den großen Park. Von dort aus setzte sich der Zug mit bis zu 10.000 Teilnehmenden über die Maxbrücke in Richtung Innenstadt in Bewegung. Die

Menschen kamen mit Bannern ihrer Verbände, mit Plakaten, auf denen Friedenstauben oder Sprüche wie „Nazis raus“ zu lesen waren. Musiker platzierten sich selbstständig entlang der Strecke und spielten auf. Angeführt wurde der Zug von den Organisatoren der gewaltigen Demonstration. Sie trugen gemeinsam das Banner „Schweinfurt ist bunt“. Über die Schultesstraße, Rufferstraße und den Roßmarkt schlängelte sich der Zug durch die Manggasse hinauf zum Zeughausplatz. Der Kundgebungsplatz selbst fasste die Menschenmenge nicht.

Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Peter Kippes, eröffnete die Kundgebung und begrüßte alle 80 Bündnispartner namentlich. Die anschließenden teils sehr emotionalen Reden wurden mit einer beeindruckenden Stimmung aufgenommen und gemeinsam gefeiert. Der KZ-Überlebende und Zeitzeuge Ernst Grube folgte der Einladung und kam nach Schweinfurt. Seine beeindruckende und ergreifende Rede verdeutlichte die Notwendigkeit des Aufbegehrens gegen rechtsextreme und rassistische Umtriebe. Sowohl die Kundgebung als auch die Demonstration verliefen in Begleitung



Bühne am 1. Mai 2010 am Zeughausplatz. V.l.n.r. Oliver Bruckmann ev. Dekan, Ayfer Fuchs Vorsitzende des Integrationsbeirats Schweinfurt, Ernst Grube Holocaust Überlebender, Sebastian Remelé Oberbürgermeister Stadt Schweinfurt, Peter Kippes 1. Bevollmächtigter IG Metall Schweinfurt, Frank Firsching DGB-Regionsvorsitzender Main Rhön/Schweinfurt am Rednerpult.

eines beachtlichen Polizeiaufgebots absolut friedlich. Zwischenfälle gab es nicht.

Etwa 900 Rechtsextreme trafen sich am Hauptbahnhof, überwiegend Männer. Viele reisten mit der Bahn an. Dort prüfte ein enormes Polizeiaufgebot die Einhaltung der gerichtlichen und polizeilichen Auflagen. Das dauerte. Verspätet setzte sich der martialisch daherkommende Aufmarsch in Richtung Schuttberg über die Bahnhof- und Landwehrstraße in Bewegung.

Aufgrund der räumlichen und zeitlichen Distanz kam es nicht zum Aufeinandertreffen beider Demonstrationzüge. Einige Hundert, vorwiegend junge Leute, versuchten den Demonstrationzug der Nazis zu stoppen. Das gelang nicht. Die vorgesehene Route der Rechtsextremisten wurde durch die Polizei verkürzt, da die Störungen zu erheblichen Zeitverlusten führten. Die Verspätung war so gravierend, dass die vom „Freien Netz Süd“ geplante zweite Demonstration an diesem Tag in Würzburg entfiel. Dort warteten 6.000 Gegendemonstrierende von „Würzburg ist bunt!“ vergeblich auf die Ankunft der Nazis.



1. Mai 2010, Ludwigsbrücke

Schweinfurt ist bunt macht weiter

Unter dem Motto „Nach der Kundgebung ist vor der Kundgebung“ entschieden sich die Akteure im Bündnis nach dem erfolgreichen Agieren am 1. Mai 2010, weiter für Demokratie und Toleranz im Sinne unseres Grundgesetzes aktiv zu bleiben. Das Bündnis wurde auf Dauer angelegt. Seine Struktur blieb erfreulich übersichtlich. Zur Zentrale des Bündnisses



entwickelte sich das DGB-Regionsbüro. Dort wurde und wird meist getagt, alle administrativen Arbeiten erledigt und die strategischen und operativen Planungen vorgenommen.

Im Steuerungskreis treffen sich die ehrenamtlich Aktiven, um alle Vorhaben abzustimmen und zu organisieren. Verpflichtende Mitgliedsbeiträge gab es im Bündnis nie. Wurde Geld gebraucht, bat das Bündnis die Unterstützerorganisationen um Spenden. Und diese flossen immer ausreichend, um die Arbeit des Bündnisses zu finanzieren. Bald wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz Schweinfurt ist bunt“ über die Grenzen Schweinfurts hinaus bekannt.

Das Wirken des Bündnisses konzentrierte sich auf drei Säulen. Präventionsarbeit und Diskussionsangebote durch Veranstaltungen aller Art (Diskussionsrunden, Vorträge, Lesungen, Ausstellungen, Workshops, Schulklassenbesuche); Widerstandskaktionen bei Auftritten Rechtsradikaler und Rechts-

extremer in Schweinfurt; Unterstützung anderer Bündnisse in Bedrohungslagen und bei Aktionen (Stammheim 2015, Würzburg 2013 und 2015, Bamberg 2012, Dresden 2018).

Ein Höhepunkt für das Bündnis war die Auszeichnung mit dem Würzburger Friedenspreis 2015 im Würzburger Mainfränkentheater. Für das Bündnis nahmen die Auszeichnung Marietta Eder, Jürgen Wilk, Dekan Oliver Bruckmann und Bündnissprecher Frank Firsching entgegen. Die Auszeichnung trug wesentlich dazu bei, dass die Arbeit des Bündnisses in der Gesellschaft Würdigung und Anerkennung erfuhr. Spätestens seit dieser Ehrung ist „Schweinfurt ist bunt“ eine über Parteigrenzen hinweg geachtete Institution in Stadt und Landkreis Schweinfurt. Das wurde auch während der großen Feier zum 10-jährigen Bestehen am 8. Februar 2020 in der Rathausdiele sichtbar, als Oberbürgermeister Sebastian Remelé in seinem Grußwort erstmals eine Zusammenarbeit mit der AfD nach der Kommunalwahl 2020 ausschloss.

Um neben Verbänden, Organisationen, Parteien und Vereinen auch Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, bei „Schweinfurt ist bunt“ einzutreten und mitzuwirken, wurde am 6.12.2016 der eingetragene Verein „Freunde von Schweinfurt ist bunt e.V.“ gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Frank Firsching und zur stellvertretenden Vorsitzenden Marietta Eder gewählt. Fünf Jahre und etliche Veranstaltungen später zählt der Verein mehr als 200 Mitglieder und Frank Firsching gab den Vorsitz an Marietta Eder ab.

Die noch vergleichsweise kurze, aber ereignisreiche Geschichte von „Schweinfurt ist bunt“ spiegelt die Bedeutung und die Verankerung des DGB und seiner Gewerkschaften in Schweinfurt exemplarisch wider. Denn ohne das Engagement aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wäre die Geschichte von „Schweinfurt ist bunt“ nicht zu erzählen.

Von Frank Firsching

DGB und SPD: Uneins, aber einig?

Oder „Die Schweinfurter Geschichte der Agenda 2010“

Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Niederlage gegen Hitlers Nazis 1933 gründete sich der DGB 1949 nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Ein Betrieb – eine Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft für alle, gleich welcher demokratischer Partei sie die Einzelnen nahe fühlen, gleich welchen Beruf sie ausüben. Nur gemeinsam könne man mit einer starken Stimme für die Beschäftigten sprechen, nur gemeinsam könne man erfolgreich Tarifpolitik gestalten, nur gemeinsam könne man die Demokratie verteidigen.

Die historisch begründete und inhaltlich natürliche Verbindung zur SPD aber blieb eine besondere. Aufgrund der großen Übereinstimmungen der Programmatik von DGB und SPD, die bis heute festzustellen sind, erwarteten die Gewerkschaften seit jeher von Kanzlern der SPD Gesetze, die das Leben der Beschäftigten spürbar verbesserten. Hinzu kamen personelle Verschränkungen (nicht nur) in den Spitzenpositionen der Gewerkschaften, die oft den inhaltlichen Einfluss auf die Gesetzgebung ermöglichen. Die Vorsitzenden des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften waren meist auch Sozialdemokraten. Um das Organisationsprinzip der Einheitsgewerkschaft zu dokumentieren, ist zum Beispiel ein Platz im DGB-Bundesvorstand bis heute für ein Mitglied des Arbeitnehmerflügels der Union reserviert. Trotz alledem blieb der DGB parteipolitisch unabhängig, niemals aber politisch neutral. Was aufgrund seines Anspruchs, die Interessen aller Beschäftigten zu vertreten, ohnehin ein unmögliches Unterfangen bliebe.

SPD und DGB sind auch in Schweinfurt aus dem gleichen Stamm gewachsen. Mit Fritz Soldmann wurde der erste Arbeitersekretär des Schweinfurter Gewerkschaftskartells bereits 1920 zum SPD-Reichstagsabgeordneten gewählt (siehe der

Artikel zur Fritz-Soldmann-Urkunde), der frühere DGB-Kreisvorsitzende Georg Wichtermann war von 1956–1974 SPD-Oberbürgermeister der Stadt, der DGB-Kreisvorsitzende Walter Langebeck wurde 1961 Bundestagsabgeordneter der SPD, der Geschäftsführer der Schweinfurter IG Bau-Steine-Erden Werner Hollwich saß von 1961–1978 im Stadtrat und von 1978–1994 für die SPD im Bayerischen Landtag. Dazu kommen viele Betriebsräte, die als gewerkschaftlich orientierte Sozialdemokraten Mitglieder im Schweinfurter Stadtrat waren. Man denke beispielsweise an den Betriebsratsvorsitzenden von FAG Kugelfischer, Erwin Saal (Stadtrat 1972–2002), an die SKF-Betriebsräte Helge Erler (1978–1996) und Peter Then (2002–2008), an den stellvertretenden Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Fichtel & Sachs Gerhard Rosentritt (1990–2002) oder an die ÖTV-Angestellte Erika Köferl (1966–1996). Nur wenige bekannte Schweinfurter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren bis 2003 in anderen Parteien aktiv als in der SPD, zum Beispiel der Bahngewerkschafter Gregor Schömig, der von 1990 bis 2002 im Schweinfurter Stadtrat für Bündnis 90/Die Grünen Platz nahm.

In der Arbeiter- und Industriestadt Schweinfurt waren immer große Erwartungen an SPD-geführte Bundesregierungen geknüpft, nicht nur der personellen Verquickungen wegen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war auch in Schweinfurt nie die SPD selbst. Teile der Gewerkschaftsbewegung waren (und sind) Teil der SPD.

Vom Schröder-Blair-Papier zur Agenda 2010

Nach der Bundestagswahl 1998 atmeten viele im DGB auf. Die Ära von Kanzler Kohl war zu Ende. Der Vorsitzende der IG Metall Klaus Zwickel kommentierte das Ergebnis so: „Es ist geschafft!“¹ Nach einem aus gewerkschaftlicher Sicht vielversprechenden Start der Protagonisten Schröder-Lafontaine-Fischer nahmen die Angriffe von Arbeitgeberverbänden, Medien und der Opposition

auf die Regierung zu. Die Märkte, insbesondere die Finanzmärkte, müssten befreit und der Sozialstaat abgebaut werden. Die sogenannte Deutschland AG müsse zerschlagen werden. Der Einfluss von Gewerkschaften, die als Dinosaurier und Modernisierungsbremse verunglimpft wurden, müsse geschwächt werden. Dergestalt prasselten neoliberale Forderungen auf SPD und Grüne ein. Ziel der interessengeleiteten politischen Angriffe war auch der Finanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der sich zunehmend mit Kanzler Gerhard Schröder überwarf.

Nach Differenzen über die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in der Kabinettsitzung am 10. März 1999 in einer Rücktrittsdrohung von Bundeskanzler Schröder gipfelten, erklärte Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine am 11. März 1999 seinen Rücktritt.²

verabschiedet, das bisher durch den Dogmatismus von links oder rechts repräsentiert wurde.³

Die Sozialdemokraten, so das tatsächlich von Schröders hemdsärmeligem Kanzleramtsminister Bodo Hombach und Blair-Vertrautem Peter Mandelson verfasste Papier, hätten bisher die Schwächen der Märkte überschätzt und ihre Stärken unterschätzt. „Wir brauchen flexible Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte“, um neue Arbeitsplätze schaffen zu können, lautete die Schlussfolgerung. Es war ein ungewöhnlich deutliches Plädoyer für Deregulierung und Liberalisierung und traf auf entsprechenden Widerstand in der Partei und bei den Gewerkschaften. Das Papier verschwand bald lautlos in der Versenkung.³ Im Folgejahr legte die Rot-Grüne Regierungskoalition mit einer Steuerreform den Grundstein zur Zerschlagung der sogenannten Deutschland AG. Als „Deutschland AG“ wurden die engen finanziellen Verflechtungen zwischen deutschen Unternehmen und deutschen Versicherungen und Banken bezeichnet. Ziel der Zerschlagung war es, internationales Kapital ins Land zu holen.

Um dies zu erreichen, stellte die Koalition die Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen an Unternehmen steuerfrei. Damit lohnte es sich für Banken und Versicherungen, Schritt für Schritt ihre Aktienpakete zu verkaufen. Banken und Versicherungen trennten sich, wie vom Gesetz beabsichtigt, von ihren Unternehmensbeteiligungen und gaben damit gleichzeitig die Kontrolle über Deutschlands Großindustrie ab.⁴

Die Folge: Das in Deutschland investierte Private Equity Kapital, das 2002 noch 6,9 Milliarden Euro betrug, explodierte schon zwei Jahre später auf 22,5 Milliarden Euro. Weitere Folgen: Nachhaltige Wirtschaftskonzepte wurden stark beschädigt und benachteiligt, da kurzfristige Renditeerzielung wichtiger wurde als langfristige Unternehmensentwicklung.⁴ SPD-Politiker Franz Müntefering bezeichnete schon 2005 die kaufenden Fonds als „Heuschrecken“, die sinngemäß über eine Firma

herfallen und diese für sich verwerten und dabei Arbeitsplätze und Perspektiven der Beschäftigten vernichten.⁵

Schröders Agenda 2010

Am 14. März 2003 war es dann so weit. Der Kanzler und SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder verkündete die Agenda 2010 mit dem Titel „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“. Die hohe Arbeitslosigkeit und das schwache Wirtschaftswachstum erwiesen sich als Dünger für die neoliberalen Lösungsvorschläge, die schon im Schröder-Blair-Papier skizziert wurden. Diese Rezepte fanden nicht den Weg in die Wahlprogramme von SPD und Grünen, die 2002 knapp wiedergewählt wurden. Jenseits aller Parteitagsbeschlüsse und Wahlversprechen änderte das Duo Schröder-Fischer über Nacht aber die Richtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik um 180 Grad.

„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberufliche Tätige und auch Rentner.“ Mit diesen Worten formulierte Gerhard Schröder seinen neuen Weg der Agenda 2010.⁶

Was folgte, waren drastische Kürzungen beim Arbeitslosengeld gepaart mit der faktischen Abschaffung von Unzumutbarkeitsgrenzen für Arbeitslose bei der Jobvermittlung und die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau unter dem Label Hartz IV, dem Kern der arbeitsmarktpolitischen Kehrtwende. Gepaart mit der massiven Ausweitung von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen, so genannten Minijobs, von ICH AGs und Strafzahlungen für Arbeitslose bei Ablehnung eines Stellenangebots ließen diese Maßnahmen beim DGB die Alarmglocken klingeln. Garniert wurde der sozialpolitische Rückschritt mit Rentenkürzungen und der Vorbereitung zur Rente mit 67, die später von Franz Müntefering als

Vizekanzler durchgesetzt wurde. Den Gewerkschaften schrieben Schröder und Fischer ins Stammbuch, Öffnungsklauseln in die Flächentarifverträge einzuarbeiten, um diese für Unternehmen flexibler zu halten, und Entscheidungen über Arbeitsbedingungen auf die betriebliche Ebene zu verlagern.⁷

Während eine breite Basis im DGB darin eine Kampfansage an die gesamte Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften sah, gaben sich andere im DGB der Bundesregierung gegenüber kommod und gesprächsbereit. Dieser interne Konflikt spiegelte sich in der IG Metall auch nach außen wider. Der designierte Vorsitzende Jürgen Peters kündigte im August 2003 „erheblichen Widerstand gegen die Reformen und einen neoliberalen Kurs“ der Gewerkschaften an. Sein designierter Vize Berthold Huber dagegen erklärte den Konfrontationskurs für gescheitert und forderte zu einer differenzierten Bewertung auf.⁸

Dieser öffentliche Disput zwischen Huber und Peters spiegelte die Situation im gesamten DGB. Einerseits überwogen große Enttäuschung und Empörung, andererseits dominierten Verständnis und Parteitreu. So erklärt es sich, dass der DGB nach regionalen Aktionen und Kundgebungen ein Jahr nach Verkündung der Agenda zu bundesweiten Demonstrationen aufrief und nach erfolgreicher Durchführung die Proteste faktisch wieder einstellte. Ernüchternd mussten alle im DGB feststellen, dass die Rot-Grüne Bundesregierung nicht bereit war, ihren Kurs zu ändern. Da die Opposition aus Union und FDP eher an einer Kursverschärfung als einer Kursänderung interessiert war, verloren die Gewerkschaften und ihre Bündnispartner die politische Auseinandersetzung um die Agenda 2010. Die SPD hingegen verlor über lange Zeit das Vertrauen vieler abhängig Beschäftigter und eine stattliche Anzahl an Wahlen.

„Schweinfurt als Keimzelle der West-Linken!“ So titelte das Schweinfurter Tagblatt im Juni 2007 über den zweijährigen Fusionsprozess zwischen der ostdeutschen Linkspartei und der westdeutschen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich der historisch angelegten Ausstellung zur Geschichte des Verhältnisses zwischen SPD und Gewerkschaften wollen wir mit dieser Diskussionsrunde die Möglichkeit eröffnen über die aktuell strittigen Themen zu debattieren, sowie das gegenwärtige Verhältnis zu analysieren.

Dabei ist die Ausgangslage klar. Ob Agenda 2010, Gesundheitsreform, Rente mit 67 oder Unternehmenssteuerreform – zentrale Regierungsentscheidungen der letzten Jahre fielen gegen den Widerstand der Gewerkschaften mit den Stimmen der SPD.

Die Ausladung von einigen SPD-MdBs als Redner zum 1. Mai 2007 durch den DGB Bayern ist eine konkrete Folge dieser Politik. Die weitaus größere ist die Entstehung der Partei DIE LINKE, die heftig um die Unterstützung der Gewerkschaften wirbt.

Welche Schlüsse lassen sich im gegenseitigen Dialog aus der Vertrauenskrise zwischen DGB und SPD für beide Beteiligten ziehen? Ist das gegenseitige Verhältnis zerrüttet oder nur gestört? Wie gestaltet sich aktuell die politische Zusammenarbeit? Welche gemeinsamen Anliegen können das Zusammenwirken befördern? Welche Perspektiven sehen Fritz Schösser und Franz Maget?

Einladung zum Dialog

Uneins – aber einig?
Zum Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften

Donnerstag, 26. Juli 2007 um 19.00 Uhr

Diele des Alten Rathauses Schweinfurt, Markt 1

Es diskutieren mit Ihnen
Fritz Schösser
Vorsitzender DGB-Bayern
Franz Maget
SPD-Fraktionsvorsitzender Bay. Landtag

Moderation
Ulrich Schürten

Mitte 1999 – in fast allen europäischen Ländern regierte damals die Sozialdemokratie – erblickte ein Papier mit dem vielversprechenden Titel „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ das Licht der Öffentlichkeit. Die meisten Menschen, las man in dem bald sogenannten „Schröder-Blair-Papier“, hätten sich schon lange von einem Weltbild



WASG zur neuen Partei „DIE LINKE“. Weiter heißt es im Artikel „Vermutlich wird in keiner Rede vorkommen, dass das Pflänzchen WASG in Schweinfurt zu wachsen begann. Die Keimzelle der West-Linken liegt ausgerechnet in einer SPD-Hochburg.“⁹

Doch wie kam es dazu, dass die gewerkschaftliche Debatte um die Agenda 2010 ausgerechnet von Schweinfurt aus eine neue Dimension erreichte, die bundesweit Politikgeschichte schrieb?

Drei Wochen vor der Agenda-Verkündung sprach Oskar Lafontaine vor 400 Vertrauensleuten der IG Metall in der Schweinfurter Stadthalle und geißelte die Regierungspolitik als arbeitnehmerfeindlich und neoliberal.¹⁰ Ende März übten die Gewerkschaftslenker Ralf Sander (Geschäftsführer ver.di Bezirk Schweinfurt), Matthias Kirchner (Geschäftsführer IG BAU), Klaus Ernst (1. Bevollmächtigter IG Metall) und Frank Firsching (DGB-Regionsvorsitzender) anlässlich der DGB-Pressekonferenz „Ja zum Sozialstaat – nein zum Systemwechsel“ scharfe Kritik an der nahenden Agenda-Politik. Klaus Ernst kündigte gar betriebliche Mobilisierungskampagnen an.¹¹ Mitte April stellte Frank Firsching auf einer DGB-Funktionärskonferenz im Naturfreundehaus vor 250 Kolleginnen und Kollegen ein regionales Aktionsprogramm der Gewerkschaften vor.¹²

Die Taten ließen nicht lange auf sich warten. Die bundesweit erste große Protestaktion gegen den Sozialabbau der Agenda 2010 fand in Schweinfurt am 29. April statt. Aufgerufen von der örtlichen IG Metall, beteiligten sich über 5.000 Industriebeschäftigte an einer Kundgebung während der Arbeitszeit. Als Redner trat der designierte Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters „Wir müssen uns wehren“

auf.¹³ Auch die betrieblichen Redner gingen mit der SPD hart ins Gericht. Norbert Völkl, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von SKF, meinte, man müsse sich als Gewerkschafter für die heutige SPD fast schämen und Willy Dekant, Betriebsratsvorsitzender von ZF Sachs sagte „Diese Reform ist zutiefst ungerecht“.¹³

Weiter ging es Schlag auf Schlag. Wenige Wochen später rief der DGB Bayern zu einer Kundgebung nach Nürnberg am 24. Mai. Aus der Region Schweinfurt stiegen über 1.000 Menschen in die vom DGB organisierten Busse. Wenige Tage zuvor trat der ehemalige Bundesarbeitsminister und IG Metall-Mitglied Norbert Blüm (CDU) im Naturfreundehaus bei einer weiteren IG Metall-Versammlung auf. Er kritisierte nicht nur Gerhard Schröder, sondern bezeichnete auch Angela Merkel und Edmund Stoiber als „Sozialpolitische Ferkel“.¹⁴ Es war eine Zeit des intensiven politischen Diskurses in den Gewerkschaften und der Gesellschaft.

In der Schweinfurter SPD rumorte es ebenfalls. Ihre Vorsitzende Kathi Petersen, gleichzeitig Vorsitzende der ver.di-Frauen, erklärte der Presse, man stehe hinter den Zielen der Agenda 2010, sehe aber Korrekturbedarfe.¹⁵ Peter Then, SPD-Stadtrat und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der Schweinfurter SPD, nannte in der AfA-Jahreshauptversammlung im DGB-Haus die Agenda „ungerecht und unsozial“.¹⁶ Es zog sich ein Riss zwischen DGB und SPD und weitere Risse in der SPD zwischen gewerkschaftlich orientierten Genossinnen und Genossen untereinander und den Sozialdemokraten ohne gewerkschaftliche Anbindung.

Unzählige gewerkschaftliche Vorstandssitzungen, Versammlungen und örtliche Aktionen später fuhren am 3. April 2004 mehr als 2.000 Teilnehmende in 38 Bussen aus Schweinfurt und Umgebung nach Stuttgart zu einer von vier zeitgleichen Kundgebungen des DGB bundesweit. Eine halbe Million Menschen brachte der DGB mit seinen Bündnispartnern an diesem Tag

auf die Straßen. Der DGB hatte es geschafft, die Basis zu mobilisieren.

Parallel zu den Protestaktionen wurde in Schweinfurt gewerkschaftsintern in einigen Zirkeln darüber diskutiert, wie dem Sozialabbau parteipolitisch zu begegnen sei, nachdem sich schnell herausstellte, dass keine Fraktion im Bundestag vom DGB als Verbündete gegen die Agenda-Pläne zu gewinnen war. Wortführer in der Diskussion vor Ort waren neben vielen Betriebsräten allen voran IG Metall-Chef Klaus Ernst, der DGB-Regionschef Frank Firsching und ver.di-Sekretär Sinan Öztürk. In dieser Konstellation und Breite einmalig in Bayern. Pikant am Rande ist die Tatsache, dass Öztürk und Firsching zur Jahrtausendwende aus der SPD austraten. Es wurde der Plan geschmiedet, die SPD mit der Gründung der „Initiative soziale Gerechtigkeit“ (AsG) von außen unter Druck zu setzen. Dazu sammelte Klaus Ernst in der bayerischen IG Metall Mitstreiter. Er fand sie mit Thomas Händel und Anny Heike (beide Fürth), Peter Vetter (Allgäu), Günter Schachner (Weilheim), Gerd Lobodda (Nürnberg) und dem Hamburger Wirtschaftsprofessor Dr. Herbert Schui.¹⁷ Mit der Gründung der AsG am 10. Mai 2004 nahm das Projekt rasant Fahrt auf. Bayernweit trugen sich Menschen in Unterstützerlisten ein. Die Gruppierung wuchs schnell und organisierte sich. Wenige Wochen später war die Schweinfurter AsG-Regionalgruppe schon 50 Mitglieder stark.¹⁸ Es sind vorwiegend Funktionäre der IG Metall aus den Industriebetrieben, die sich in Schweinfurt der AsG anschließen. Zeitgleich formierte sich im Westen und Norden Deutschlands eine Gruppierung mit inhaltlich gleichen Anliegen unter dem Namen „Wahlalternative“. Die Ereignisse überschlugen sich weiter.

Schon am 3./4. Juli 2004 fusionierten die Zwillinge Wahlalternative und die AsG zur WASG als e.V. Mittlerweile mit dem Anspruch, perspektivisch als Partei in eine neue Dimension vorzustoßen. Als Akteur in die Politik selbst. In Berlin waren bei der

Gründungsversammlung unter den bundesweit etwa 30 Entsendeten Klaus Ernst und Frank Firsching aus Schweinfurt. Klaus Ernst wurde dort zugleich in den vierköpfigen geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt und sollte im politischen Berlin noch für einigen Wirbel sorgen. Er wurde schnell zum Gesicht der jungen Bewegung. Direkt nach der Gründung war Klaus Ernst am 5. Juli Gast bei Sabine Christiansen in der Sonntagabend Talk Runde der ARD. Der Spiegel betitelte den Bevollmächtigten der Schweinfurter Metallgewerkschaft als „Robin Hood aus Schweinfurt“.¹⁹ Zeitgleich wurde der 49-jährige Ernst im Eilverfahren aus der SPD ausgeschlossen. Auch in Schweinfurt ging es voran. Der Verein WASG konstituierte sich im September 2004. Den Vorsitz übernahm Frank Firsching. Den Vorstand vervollständigten der Preh Betriebsrat Werner Lorz (Bad Neustadt), der SRAM Betriebsratschef Heinz Amling, ZF Sachs Betriebsrat Norbert Seidel und SKF Vertrauensmann Holger Haimerl.²⁰ Frauen suchte man zunächst vergebens in den vorderen Reihen der Schweinfurter WASG, die im Dezember 2004 etwa 130 Mitglieder in der Region Main-Rhön zählte.²¹ Die WASG wurde 2005 Partei, fusionierte mit der ostdeutschen PDS über einen Zwischenschritt zur Bundestagswahl 2005, nachdem Oskar Lafontaine sein Mitwirken von der Fusion beider linken Parteien abhängig machte, zwei Jahre später zur neuen Partei DIE LINKE. Klaus Ernst gab 2010 seine Tätigkeit als 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt auf, als er zum Bundesvorsitzenden der Linken gewählt wurde (bis 2012). 2005 zog Ernst in den Bundestag ein und wurde bis einschließlich 2021 jeweils wiedergewählt. In der Wahlperiode 2017–2021 fungierte Ernst als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestags.

Die gewerkschaftliche Prägung der Partei DIE LINKE ist bis heute in Schweinfurt erhalten geblieben. Seit den Kommunalwahlen 2008 ist DIE LINKE im Schweinfurter Stadtrat als Fraktion vertreten. Mit dem Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Schweinfurt

Sinan Öztürk und dem DGB-Regionsgeschäftsführer Frank Firsching sitzen zwei Führungskräfte der Schweinfurter Gewerkschaften seit 2008 im Stadtrat. Auch im Kreistag ist DIE LINKE seither durchgehend vertreten, unter anderem mit dem damaligen SKF-Betriebsrat Klaus Schröder (2008–2020) und Wolfgang Gutgesell (seit 2008), Betriebsratsvorsitzender bei ZF Aftermarket.

Zurück zur SPD. Auch in Schweinfurt litt die Sozialdemokratie lange an der Agenda 2010 von Gerhard Schröder. Es blieben genügend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der ehemaligen Arbeiterpartei treu. Das belegen zum Beispiel die Stadträtinnen Kathi Petersen (seit 2002; MdL 2013–2018) und Marietta Eder, stellvertretende ver.di-Geschäftsführerin (seit 2018), sowie der ehemalige Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Schaeffler Norbert Lenhard (Stadtrat 2014–2020).

Nach Jahren des konfliktären Miteinanders von Sozialdemokraten und Linken im Schweinfurter DGB verbesserte sich das Verhältnis in den letzten Jahren spürbar. Die Gründe dafür liegen in der schrittweisen inhaltlichen Abkehr der SPD von der Agenda-Politik, die im Programm zur Bundestagswahl 2021 nahezu vollendet wurde.

Rückblickend darf festgestellt werden, dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das Prinzip der Einheitsgewerkschaft leben. Vielleicht wurde es durch die Agenda 2010 sogar gestärkt. Diese These belegen zumindest in der Region Schweinfurt bekannte Gewerkschafter, die seither in und für die CSU aktiv waren. Wie der damalige BRV von ZF, Willy Dekant, der von 2010 bis 2014 in den Stadtrat nachrückte oder der stellvertretende BRV von SKF, Sebastian Witzel, der von 2014 bis 2020 für die CSU im Kreistag saß. Und da war dann noch Heinz Amling, BRV SRAM, der von der CSU kam, den Vorsitz der WASG 2005–2007 übernahm und bei der Linken blieb.²²

Von Frank Firsching

Quellen

- 1 »metall« 10/98, Seite 4
- 2 Wikipedia Kabinett Schröder
- 3 Rolf Hosfeld, Deutschlandfunk 20.11.2009
- 4 Hans Becker von Sothen, Neue Ordnung IV/2008
- 5 Tagesspiegel vom 29.10.2019 „Warum das Bild der bösen Heuschrecken wirklich stimmt“
- 6 Deutscher Bundestag Plenarprotokoll 15/32 S. 2480 vom 14.3.2003
- 7 Deutscher Bundestag Plenarprotokoll 15/32 S. 2487 vom 14.3.2003
- 8 taz vom 28.8.2003
- 9 Main-Post vom 16.6.2007 „Schweinfurt als Keimzelle der West-Linken“
- 10 Süddeutsche Zeitung vom 21.2.2003
- 11 Schweinfurter Volkszeitung vom 27.3.2003 „Das geht es an die Substanz“
- 12 Schweinfurter Volkszeitung vom 14.4.2003 „Menschlich modernisieren und gerecht gestalten“
- 13 Schweinfurter Volkszeitung vom 30.4.2003 „Es kann und es darf nicht sein“
- 14 Schweinfurter Volkszeitung vom 23.5.2003 „Entweder gute oder miese Sozialpolitik“
- 15 Schweinfurter Volkszeitung vom 14.5.2003 „SPD-SW für Schröders Agenda Ziele“
- 16 Schweinfurter Volkszeitung vom 16.5.2003 „Then: Ungerecht und unsozial“
- 17 Faltblatt Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit vom Mai 2004
- 18 Schweinfurter Tagblatt vom 21.7.2004 „30 neue AsG Unterstützer“
- 19 Der Spiegel 29/2004 „Der Robin Hood aus Schweinfurt“
- 20 Schweinfurter Tagblatt vom 15.9.2004 „Eine Partei Aufmüpfiger“
- 21 Schweinfurter Volkszeitung vom 22.12.2004 „Wahlalternative will als Partei antreten“
- 22 Schweinfurter Tagblatt vom 16.7.2005 „Ich habe mich immer für Soziales eingesetzt“

Ehrung für Engagierte – die „Fritz-Soldmann-Urkunde“

Der DGB-Regionsvorstand Main-Rhön/Schweinfurt beschloss am 20. Oktober 2003 auf seiner regionalen Ebene eine Auszeichnung für Kolleginnen und Kollegen einzuführen, die sich in ihrem Leben für finanziell Schwächere, für soziale Gerechtigkeit auch und vor allem gegen den Zeitgeist eingesetzt haben. Menschen, die andere nicht als Kostenfaktor, sondern als Mensch sehen und sich dementsprechend engagieren.

Dieser Entschluss entstand in einer Zeit Anfang des neuen Jahrtausends, als der Zeitgeist neoliberal war. Soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie die soziale Sicherung und gute Löhne wurden politisch und gesellschaftlich diskreditiert. Gewerkschaften wurden als Dinosaurier verspottet und so mancher FDP-Politiker rief dazu auf, den „Sumpf trocken zu legen, ohne vorher die Frösche zu fragen“. Mit dem Sumpf waren gewachsene Tarifstrukturen ebenso gemeint wie Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertretungen und die solidarischen Sozialversicherungssysteme, die von den Gewerkschaften im Rahmen der „Sozialen Selbstverwaltung“ mitverantwortet wurden (und immer noch werden).

Ein weiterer Treiber für diese Innovation war die bis heute selten entwickelte Ehrungstradition im DGB. Tatsächlich gibt es nur eine, auf Bundesebene existierende, Auszeichnung des Dachverbands für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die „Hans-Böckler-Medaille“. Weil diese Auszeichnung relativ spärlich vergeben wird, bleiben unzähligen verdienten Kolleginnen und Kollegen vor Ort gewerkschaftliche Ehrungen für ihre ehren- und hauptamtlichen Dienste verwehrt. Mit Einführung dieser Urkunde wurde dieser Mangel zunächst für die Region Schweinfurt behoben. Durch diverse Umstrukturierung und Regionsfusionen innerhalb des DGB weitete sich das

Verbreitungsgebiet der Urkunde 2010 über die Region Würzburg, 2014 auf ganz Unterfranken aus.

Für den Regionsvorstand Main-Rhön/Schweinfurt war von Anfang an klar, dass mit Fritz Soldmann nur ein Namensgeber infrage kam. Er ist die herausragende Person in der Schweinfurter Gewerkschaftsgeschichte. Die Urkundenverleihungen erhielten so auch die Funktion, die Erinnerung an den Menschen Fritz Soldmann aufrechtzuerhalten und seinen Namen über Schweinfurt hinaus bekannt zu machen.

Zum Leben und Wirken von Fritz Soldmann: Fritz Soldmann wurde 1878 als Sohn des Schneidermeisters Karl Soldmann in Lübeck geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernt er das Schuhmacherhandwerk. Als Geselle begab er sich auf die Wanderschaft, die ihn auch ins Ausland führte, so nach Dänemark, Holland, Schweiz und Südfrankreich. In dieser Zeit besuchte er auch in den Abendstunden die Volkshochschulen in Chemnitz, Dresden, Leipzig und München. Auf der Wanderschaft beteiligte er sich in einigen Städten an der Gründung von Ortsgruppen des Schuhmacherverbands. Mehrmals wurde er wegen des Organisierens von Streiks im Auftrag des Schuhmacherverbands von Arbeitgebern gemäßregelt und nicht wieder eingestellt. 1903 ließ sich Fritz Soldmann schließlich in Schweinfurt nieder und arbeitete in der bayerischen Schuhfabrik Heimann. Hier agierte er für den Schuhmacherverband und führte mehrere Streiks zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an. Der



Schuhmacherverband war die erste gewerkschaftliche Organisation in Schweinfurt. Bald wurde Soldmann zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Schuhmacherverbands gewählt. Darüber hinaus war er aktiv tätig im ADGB. Von 1905 bis 1913 war er bei der Ortskrankenkasse in Schweinfurt beschäftigt. Die im Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften beauftragten ihn am 1.1.1914 mit der Leitung des Arbeitersekretariats in Schweinfurt. Zu seinen Aufgaben gehörte es, die Mitglieder in allen Fragen des öffentlichen Rechts, der Unfall-, Invaliden-, Kranken-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung, sowie des Arbeitsrechts zu beraten, deren Ansprüche vor den zuständigen Stellen und Spruchkammern persönlich zu vertreten und in Gewerkschaftsversammlungen Aufklärungsvorträge zu halten. 1914 wurde er zum Vorsitzenden der Ortskrankenkasse gewählt.

Nach der Kriegsteilnahme von 1915–1918 wurde Fritz Soldmann Vorsitzender des Schweinfurter Arbeiter- und Soldatenrats und rief die Revolution aus. Von 1919–1923 war er Landessekretär der USPD in München. Anschließend wieder Arbeitersekretär bis 1933.



Vater und Sohn Soldmann

Von 1912–1933 gehörte Fritz Soldmann dem Schweinfurter Stadtrat an. Vorübergehend bekleidete er das Amt des ehrenamtlichen 3. Bürgermeisters.

Er war Mitglied des Reichstags während der ersten Wahlperiode von 1920–1924 und von 1932–1933.

Fritz Soldmann bekämpfte den Nationalsozialismus von Anfang an. Auf der letzten Kundgebung der Eisernen Front im Februar 1933, nach einem Demonstrationzug unter starker Beteiligung der freien Gewerkschaften, der SPD, des Reichsbanners, des Arbeiter- und Kulturkartells, war Soldmann der Hauptredner. Die Kundgebung fand auf dem Grünen Markt statt, auf dem wenige Tage zuvor mehrere Sozialdemokraten durch Schüsse der Nationalsozialisten verletzt wurden.

In der Hitler-Diktatur war Soldmann den schwersten Verfolgungen durch die Gestapo ausgesetzt, die ihn schließlich Gesundheit und Leben kosteten.

Insgesamt wurde er fünfmal inhaftiert und verbrachte viele Jahre in Gefängnissen und in den Konzentrationslagern Dachau, Sachsenhausen und zuletzt in Buchenwald. Vor dem Sondergericht Bamberg wurde er wegen Hochverrats und Verächtlichmachung der Reichsregierung angeklagt. Das Verfahren wurde aber dann niedergeschlagen. Auf Druck der Gestapo verließ die Familie Soldmann Schweinfurt und zog nach Nordhausen in Thüringen. Vorübergehend in Freiheit gesetzt, schloss Fritz Soldmann sich dort trotz seines fortgeschrittenen Alters einer Widerstandsbewegung an.

Er wurde am 11. April 1945 von US-Truppen aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit und kehrte nach kurzem Hospitalaufenthalt zu seiner Familie in Wernrothe bei Nordhausen zurück. Dort starb er 14 Tage später an den Folgen seiner langen Haft am 31. Mai 1945.

Der 67-jährige Soldmann gehört zu den Mitunterzeichnern des Buchenwalder Manifests der demokratischen Sozialisten. Auf Initiative von Hermann Brill, einem ehemaligen Thüringer Landtagsabgeordneten der SPD, erarbeiteten

einige Tage nach der Befreiung 42 deutsche und österreichische Sozialdemokraten und Sozialisten, alle ehemalige KZ-Insassen, programmatische Grundsätze für die künftige Entwicklung Deutschlands.

Seine Urne wurde am 10. August 1948 nach Schweinfurt überführt. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde Fritz Soldmann auf dem städtischen Friedhof beigesetzt.

Von Frank Firsching

Bisher mit der Fritz-Soldmann-Urkunde geehrte Kolleginnen und Kollegen

- 3.3.2005 Rolf Preising, IGM, Bad Kissingen
- 11.3.2005 Willy Schütz, IGM, Sand am Main
- 31.1.2006 Rudolf Herrmann, IGM, Elfershausen
- 14.3.2006 Horst Gräfenschnell, IGM, Bad Neustadt
- 9.3.2007 Günter Selig, IGM, Zeil
- 30.3.2007 Hermann Koch, IG BAU, Schweinfurt
- 17.4.2008 Rosl Pflaum, IGM, Eltmann
- 23.6.2009 Gerhard Tollkühn, IGM, Schweinfurt
- 1.7.2010 Gottfried Hergenröther, ver.di, Bad Kissingen
- 30.9.2010 Karl Krebs, IG BAU, Schweinfurt
- 12.10.2010 Georg Mahlmeister, IGM, Kitzingen
- 24.11.2011 Klaus Emser, ver.di, Höchberg
- 25.10.2012 Ludwig Neumaier, IGM, Schweinfurt
- 7.11.2013 Werner Nawarotzky, IGM, Remlingen
- 26.10.2016 Manfred Töpferwien, ver.di, Bad Kissingen
- 30.10.2017 Herbert Koch, ver.di, Schweinfurt
- 22.6.2018 Alois Klebes, IGM, Kleinlangheim
- 8.10.2018 Rudi Großmann, IGM, Erlenbach
- 5.11.2019 Elvira May-Lipp, ver.di, Würzburg
- 2020/2021 Keine Urkundenverleihung aufgrund der Coronapandemie
- 2022 Norbert Lenhard, IGM, Schweinfurt

Die Autorinnen und Autoren

ROLAND BUDZ geboren 1985. Ausbildung zum Industriekaufmann bei der SZST Salzgitter Service und Technik GmbH (heute Salzgitter Flachstahl GmbH). Mitglied der IG Metall, 2006 bis 2010 Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Ab 2008 freigestellter JAV-Vorsitzender sowie Vorsitzender der Konzern Jugend- und Auszubildendenvertretung der Salzgitter AG. 2010 bis 2019 Bachelorstudium Sozialökonomie (Schwerpunkt Soziologie) im Fachbereich Sozialökonomie an der Universität Hamburg und Masterstudium Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit 2017 Referent des Gesamtbetriebsrats der Schaeffler Technologies AG & Co. KG in Schweinfurt. Altstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Mitglied der SPD.

MARIETTA EDER geboren 1977. Abschluss an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zur Diplompolitologin. Gewerkschaft ver.di. 2014 bis 2016 Regionssekretärin beim DGB Oberfranken. Seit 2016 Gewerkschaftssekretärin für die Fachbereiche Gesundheit, Soziale Dienste, Sozialversicherungen und Frauen in Schweinfurt. Seit 2017 stellvertretende Geschäftsführerin ver.di Schweinfurt. Ehrenamtliche Tätigkeiten in der Selbstverwaltung bei AOK und MD. Mitglied der SPD. Mitglied des Stadtrats der Stadt Schweinfurt.

FRANK FIRSCHING geboren 1964. Ausbildung zum Technischen Zeichner bei SKF, acht Jahre Jugend- und Auszubildendenvertreter. Mitglied der IG Metall. 1991 Studium an der Sozialakademie Dortmund. 1992 bis 1996 DGB-Jugendsekretär für Nordbayern. 1998 bis 2003 Gewerkschaftssekretär der IG Metall Kempten. Seit 2003 Regionsvorsitzender des DGB Main-Rhön/Schweinfurt. Ab 2014 DGB-Regiongeschäftsführer

Unterfranken. Ehrenamtliche Tätigkeiten in der sozialen Selbstverwaltung von AOK und der Agentur für Arbeit. Mitglied der SPD bis 2000. Mitglied DIE LINKE seit Gründung 2007. Mitglied des Stadtrats der Stadt Schweinfurt seit 2008.

HELMUT HAFERKORN geboren 1949. Fachhochschulausbildung zum Rechtspfleger. Gewerkschaft ver.di. 1971 bis 1979 Rechtsschutzsekretär beim DGB. 1979 bis 2001 DGB-Kreis- bzw. Regionsvorsitzender in Schweinfurt. Bis 2018 selbstständiger Dozent für Arbeits- und Sozialrecht in gewerkschaftlichen Einrichtungen. Ehrenamtliche Tätigkeiten in der Selbstverwaltung von AOK, Arbeitsamt und Rentenversicherung. Von 1969 bis 2008 Mitglied der SPD.

KLAUS HOFMANN 1953 – 2020. Ausbildung zum Industriekaufmann in der Malzfabrik und Einkäufer bei Kugelfischer, Mitglied der IG-Metall seit 1971, Vertrauensmann, Betriebsrat lange Zeit auch freigestellt, stellvertretender Leiter des Vertrauenskörpers, Herausgeber der Betriebszeitung „Durchblick“, Basisarbeit im Angestellten-Team, Archivar und Chronist der Schweinfurter Arbeiterbewegung, Initiator der Initiative gegen das Vergessen für die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg in Schweinfurt. Autor von „Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen“ und weiterer Veröffentlichungen sowie unzähliger Vorträge.

PETER KÖNIG geboren 1965. Ausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel. Nach Zivildienst Umschulung zum Krankenpfleger. Berufliche Tätigkeit im Einzelhandel und Betriebsrat. Seit 1993 Gewerkschaftssekretär bei der DAG/ver.di in Unterfranken und zuständig u. a. für den

Fachbereich Handel. Langjährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Arbeitsrichter, Bildungsreferent und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten. Gewerkschaftsmitglied seit 1989.

ELISABETH KRANZ geboren 1992. Studierte Political and Social Studies bis 2017 im Bachelor in Würzburg und Staatswissenschaften im Master bis Ende 2018 in Passau. Werkstudentin beim DGB Schweinfurt von 2017 bis 2018. Seit 2019 Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Umweltenergie recht. Lebt in Würzburg.

NORBERT LENHARD geboren 1957. Ausbildung zum Maschinenschlosser bei FAG Kugelfischer (heute Schaeffler). 1990/91 Studium an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main. Mitglied der IG Metall seit 1976. Jugend- und Auszubildendenvertreter, Vertrauensmann, Vertrauenskörperleiter, 33 Jahre Betriebsrat. 18 Jahre Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Ehrenamtlicher Bildungsreferent. Mitglied der SPD.

KLAUS MERTENS geboren 1966. MA (Politikwiss./Soziologie/Wirtschaftswiss.), Betriebsratsberater seit 1993; zunächst bei Siegerland Consult, dann mit dem eigenen Unternehmen – Mach- und Tagewerk – und aktuell als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Betriebsrats der ZF Friedrichshafen AG, Schweinfurt. Neben dem gewerkschaftlichen Engagement auch Mitarbeit bei den Transformateuren (<https://transformateure.org/>) und dem AK ZAUM der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Betreiber eines eigenen Blogs: (<https://das-richtige-im-falschen.de/>)

SINAN ÖZTÜRK geboren 1975. Ausbildung zum Industriemechaniker beim Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt (heute Wasserstraßen und Schifffahrtsamt Main). Vertrauensmann, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Personalrat. Mitglied der ver.di seit 1991. Ehrenamtlicher Richter. Gewerkschaftssekretär. Seit 2015 Bezirksgeschäftsführer ver.di Schweinfurt. Mitglied des Stadtrats der Stadt Schweinfurt seit 2008.

FRANK RIEGLER geb. 1953. Ausbildung zum Zahn-techniker. Seit 1970 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV (ver.di). Ehrenamtlich im Kreisjugendausschuss (KJA) der Gewerkschaft ÖTV und DGB von 1971 bis 1980. Ab 1980 ÖTV-Sekretär in Schweinfurt, ab 1984 ÖTV-Geschäftsführer in Erlangen. Ab 2000 ver.di-Sekretär in Nürnberg. Ab 2006 Landesfachbereichsleiter Verkehr in Bayern.

SEBASTIAN SCHIERLING geboren 1977. Ausbildung zum Industriemechaniker, Maschinenbautechniker und Technischen Betriebswirt. Tätigkeit in Konstruktion und Projektleitung im Sondermaschinenbau bei der Bosch Rexroth AG. Seit 2014 Betriebsratsmitglied und seit 2018 Betriebsratsvorsitzender bei der Bosch Rexroth AG am Standort Schweinfurt/Volkach. Mitglied im IG Metall-Ortsvorstand Schweinfurt.

KATHARINA WINTERHALTER langjährige Journalistin bei Mainpost/Schweinfurter Tagblatt. Seit 2010 Autorin bei Linon Medien mit Schwerpunkt zeitgenössische Kunst. Lebt im Steigerwald.

Abkürzungen

Bildquellen

- „Auf daß der Mensch ein Mensch bleibt“,
DGB Schweinfurt, 1998 62
Bachmeier Werner 36, 75
Bauverein Schweinfurt 2017, 100 Jahre 78
Betriebsrat Schaeffler AG 1, 69, 176, 180, 192, 194
Betriebsrat Fresenius 182
Betriebsrat Bosch Rexroth 186
DGB Songgruppe 206, 207
DGB 24, 27, 28, 31, 34, 39, 44, 64, 74, 127, 131, 132, 133,
134, 145, 201, 199, 204, 208, 209, 210, 212, 217, 218
Dörfer Michael 92, 155, 157, 158
FAG Kugelfischer 19, 169, 171
Firsching Frank 214, 216
Freie Turner, 1952, Jubiläumsschrift 50-Jahre
77, 97, 98, 101
Hofmann Klaus 19, 26, 99, 107, 112, 122, 134, 144
IG Metall 37, 4041, 42, 43, 72, 187, 193, 196
König Peter 162, 163, 164
Lang Ernst 151, 152, 153
Lebendiges Museum online 87
Lenhard Norbert 13, 15, 23, 30, 32, 33, 36, 46, 49, 80,
94, 96, 101, 104, 106, 108, 110, 113, 130, 168, 177, 178, 179,
185, 188, 190, 198, 205
Lösch Edgar „Geschichte der alten Gaststätten
in Schweinfurt“, 2010 105
Mein Bauverein, 2013 81
Müller Edgar, 100 Jahre AOK Schweinfurt 50, 53
Naturfreunde Schweinfurt 97, 98, 100, 102, 112
Neugebauer Werner 94, 95
„Palette und Flamme“, Sofia Press 1980 128
Riegler Frank 203, 204, 205
Rott Wilfried, Sachs „Unternehmer, Playboys,
Millionäre“, München 2005 21
RV Solidarität, Jubiläumsschrift 100 Jahre, 2004 99
Schweinfurter Tagblatt 55, 57, 59, 142, 147, 148
SKF GmbH 142
Spiegel Wolfgang 177
Stadtarchiv Schweinfurt, Bildersammlung 79
Stützel Wilhelm 99, 117, 118, 119
„Unser Werk und wir“, Betriebszeitung
Kugelfischer 1939-1944 20, 114
ver.di 149, 165, 166, 167, 168
Vollmuth Karl-Heinz 160, 161
ZF Sachs 121

